Landtag Rheinland-Pfalz
11. Wahlperiode

Plenarprotokoll 11/26
28. April 1988

26. Sitzung

Donnerstag, den 28. April 1988

Mainz, Deutschhaus

Fragestunde:

a) Fortführung der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahme „Textil" bei der Handwerkskammer in Kaiserslautern — 1773
Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Schmidt (SPD)
- Drucksache 11/1111 - (Anlage)

b) Weinrechtsurteil des Europäischen Gerichtshofes — 1777
Mündliche Anfrage der Abg. Jürging, Debus und Rösch (SPD)
- Drucksache 11/1113 - (Anlage)

c) Verunreinigungen in Mehlprodukten — 1777
Mündliche Anfrage des Abg. Kroh (CDU)
- Drucksache 11/1114 - (Anlage)

Neuwahl eines Vertreters des Landtags Rheinland-Pfalz in den Rundfunkrat des Südwestfunks — 1778

Der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, den Abgeordneten Hörner in den Rundfunkrat des Südwestfunks zu wählen, wird mit Mehrheit angenommen. — 1778

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Frauenfragen 1778
zu der Besprechung
- der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und
der Antwort der Landesregierung zur Förderung der beruflichen
Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz
- Drucksachen 11/94/268 -
- der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort
der Landesregierung zur Situation des öffentlichen Dienstes
in Rheinland-Pfalz
- Drucksachen 11/167/380 -
- Drucksache 11/799 -

Einstellung von Männern und Frauen in den Landesdienst 1778
im Verhältnis zu den Bewerbungen
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 11/914 -

Die Drucksachen 11/94/268/167/380 und die Drucksache 11/914 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Der in der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Frauenfragen - Drucksache 11/799 - enthaltene Antrag wird einstimmig angenommen. 1793

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 11/914 - wird an den Innenausschuß - federführend - und den Ausschuß für Frauenfragen überwiesen. 1793

Deutsch-polnische Schülerpartnerschaft 1793
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 11/437 -

Der Antrag ist aufgrund der Berichterstattung durch Staatsminister Dr. Gölter gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags erledigt. 1802

Zukünftige Entwicklung der Erziehungswissenschaftlichen 1802
Hochschule Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 11/470 -

Der Antrag wird an den Kulturpolitischen Ausschuß zur ergänzenden Berichterstattung überwiesen. 1810

Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschule und Gymnasium 1810
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 11/503 -

Ausbau und Organisation des Ganztagsschulangebotes in Rheinland-Pfalz 1810
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 11/669 -

Unterrichtsausfall und Lehrerarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz 1811
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und
der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksachen 11/285/446/496 -

Die Drucksache 11/503, die Drucksache 11/669 und die Drucksachen 11/285/446/496 werden gemeinsam aufgerufen und beraten. 1811

Die Anträge der Fraktion der SPD - Drucksachen 11/503/669 - werden an den Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen. 1830

Genehmigungslage von Ellweiler 1830
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
- Drucksache 11/766 -

Stillegung der Urananlage Ellweiler 1830
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
- Drucksache 11/1030 -

Die Drucksache 11/766 und die Drucksache 11/1030 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/766 - wird an den Ausschuß für Umwelt und Gesundheit überwiesen. 1854

Der Antrag auf Ausschußüberweisung zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/1030 - wird mit Mehrheit abgelehnt. 1854

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/1030 - wird mit Mehrheit abgelehnt.

Verhaltenskodex für Abgeordnete des Landtags 1854
Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 11/436 -

Der Antrag - Drucksache 11/436 - wird an den Ältestenrat überwiesen. 1863

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel; die Staatsminister Brüderle, Caesar, Geil, Dr. Gölter, Frau Dr. Hansen, Martin, Dr. Wagner, Wilhelm, Ziegler.

Entschuldigt fehlte:

Abg. Frau Düchting.

Rednerverzeichnis:

Präsident Dr. Volkert 1773, 1774, 1775, 1776, 1777, 1778, 1779, 1782
..... 1783, 1786, 1789, 1793, 1795, 1797, 1799, 1800
..... 1802
Vizepräsidentin Büttner 1831, 1832, 1833, 1835, 1836, 1837, 1838, 1839
..... 1840, 1841, 1845, 1847, 1848, 1849, 1850, 1851
..... 1853, 1854, 1856, 1858, 1859, 1863
Vizepräsident Prof. D. Preuss 1802, 1804, 1805, 1807, 1810, 1812, 1815, 1816
..... 1817, 1820, 1822, 1825, 1830
Bauckhage (F.D.P.) 1783
Bickel (CDU) 1778
Bill (DIE GRÜNEN) 1786, 1831, 1860
Büttner (CDU) 1793
Dahmen (CDU) 1813
Debus (SPD) 1802
Dieckvoß (F.D.P.) 1848
Dörr, Dr. (DIE GRÜNEN) 1799, 1816, 1845
Eymael (F.D.P.) 1805
Franzmann (SPD) 1776, 1811
Heinz (F.D.P.) 1830, 1854
Kokott-Weidenfeld, Prof. (CDU) 1782
Kutscheid (CDU) 1778, 1858
Lang, Roland (SPD) 1776
Nagel (SPD) 1833
Reisinger, Prof. (F.D.P.) 1797, 1820, 1836, 1850
Rott (SPD) 1775, 1779
Scharping (SPD) 1837, 1838, 1848
Schiffmann, Dr. (SPD) 1795
Schmidt, Dr. (SPD) 1774, 1775, 1777, 1815
Schuler (CDU) 1831, 1839, 1847
Schweitzer (SPD) 1822
Seibel (DIE GRÜNEN) 1775, 1853
Steffny (DIE GRÜNEN) 1832, 1833
Weyrich, Dr. (SPD) 1856
Wittkowsky (CDU) 1804
Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr 1773
Gölter, Dr. Kultusminister 1800, 1807, 1825
Hansen, Dr. Minister für Soziales und Familie 1789
Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit 1777, 1839, 1851
Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten 1777

26. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 28. April 1988

Die Sitzung wird um 9.34 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Dr. Volkert:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die 26. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz. Zu Schriftführern für die Vormittagssitzung berufe ich Frau Kollegin Nienkämper und Herrn Kollegen Schwamm. Ich bitte Herrn Kollegen Schwamm, die Rednerliste zu führen.

Für den heutigen Tag hat sich Frau Kollegin Düchting entschuldigen müssen.

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Teilnehmer des Landtagsseminars und Schülerinnen und Schüler der Staatlichen Realschule Mainz-Hechtsheim.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, wir hatten gestern die Tagesordnung um den Punkt „Neuwahl eines Vertreters des Landtags Rheinland-Pfalz in den Rundfunkrat des Südwestfunks" und um einige Mündliche Anfragen ergänzt. Von der Landesregierung sind noch drei Mündliche Anfragen zu beantworten, die zwar alle nicht rechtzeitig eingegangen sind, aber von der Landesregierung beantwortet werden.

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Schmidt (SPD), Fortführung der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahme „Textil" bei der Handwerkskammer in Kaiserslautern** betreffend - Drucksache 11/1111 - auf.

Das Wort hat der Herr Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich die einzelnen Fragen beantworte, möchte ich die Unterschiede zwischen den Grundausbildungslehrgängen der Arbeitsverwaltung und den überbetrieblichen Vollzeitmaßnahmen deutlich machen. Dies ist für das Verständnis des Fragenkomplexes von entscheidender Bedeutung.

Bei den Grundausbildungslehrgängen der Arbeitsverwaltung und den überbetrieblichen Vollzeitausbildungsmaßnahmen handelt es sich um eigenständige, voneinander getrennte Bildungsmaßnahmen, die sich von der Zielsetzung, den Inhalten, der Rechtsform und der Finanzierung her unterscheiden. Die Grundausbildungslehrgänge sind berufsvorbereitende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, die auf bestimmte Berufsbereiche vorbereiten und die Berufsfindung erleichtern sollen. Sie haben ihre Rechtsgrundlage im Arbeitsförderungsgesetz. Das Berufsbildungsgesetz findet demnach auf die Grundausbildungslehrgänge keine Anwendung. Die Grundausbildungslehrgänge werden von der Arbeitsverwaltung finanziert. Mit den Teilnehmern werden keine Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz abgeschlossen. Für die Grundausbildungslehrgänge gelten demnach auch nicht die nach dem Berufsbildungsgesetz erlassenen Ausbildungsordnungen und Anrechnungsverordnungen.

Das vom Land aufgelegte Sonderprogramm „Förderung der überbetrieblichen Vollzeitausbildung" ist eine vorübergehende Notmaßnahme für die Zeit der vor allem durch starke Geburtenjahrgänge ausgelösten überaus hohen Lehrstellennachfrage. Es war von Anfang an vorgesehen, das Programm auslaufen zu lassen, wenn sich die Ausbildungsplatzsituation entspannen würde. Bei diesen Vollzeitausbildungsmaßnahmen handelt es sich im Gegensatz zu den Grundausbildungslehrgängen um eine vollwertige Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz, die sich rechtlich und inhaltlich von einer betrieblichen Ausbildung nicht unterscheidet.

In den Jahren der Höchstbelastung des Ausbildungsstellenmarktes wurde ein großer Teil der Absolventen von Grundausbildungslehrgängen in eine anschließende überbetriebliche Vollzeitausbildung übernommen. Dabei wurde der einjährige Grundausbildungslehrgang - dies ist die Ausnahme - auf die anschließende Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz angerechnet.

Die Träger von Grundausbildungslehrgängen und die Träger überbetrieblicher Vollzeitausbildungsmaßnahmen sind in der Regel identisch. Ich räume deshalb ein, daß aufgrund dieses Umstandes und aufgrund der Anrechnung auf die Ausbildung bei den Jugendlichen der falsche Eindruck entstehen konnte, daß es sich dabei um einheitliche Bildungsmaßnahmen handeln würde. Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr hat deshalb die Arbeitsverwaltung und die jeweiligen Kammern wiederholt darauf hingewiesen, daß aus der Teilnahme an einem Grundausbildungslehrgang kein Anspruch auf eine Übernahme in eine überbetriebliche Vollzeitausbildung abgeleitet werden kann. Hierzu bestand um so mehr Veranlassung, als mit der Entspannung der Ausbildungsplatzsituation das Sonderprogramm stark zurückgefahren wurde. Die Landesregierung mußte davon ausgehen, daß die Arbeitsämter die Lehrgangsträger und die Jugendlichen entsprechend informiert haben.

Die einzelnen Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 7: Aufgrund der sich entspannenden Ausbildungsplatzsituation und im Hinblick auf die finanziellen Rahmenbedingungen wurden in den Haushaltsjahren 1988/1989 die Mittel für die Fortführung des Sonderprogramms „Berufliche Vollzeitausbildung" zurückgeführt. Haushaltsermächtigungen bestehen im Jahre 1988 für 100 zu fördernde Auszubildende und im Jahre 1989 für 50 zu fördernde Auszubildende.

Eine endgültige Entscheidung über den Einsatz dieser Mittel wird zu Beginn des Ausbildungsjahres 1988/89 erfolgen, wenn sich die Schwerpunkte des Bedarfs noch genauer konkretisieren lassen. Angesichts der begrenzten Haushaltsmittel werden jedoch nur noch wenige Vollzeitausbildungsmaßnahmen für eine Förderung in Betracht kommen.

Vor diesem Hintergrund kann ich - ich bitte insoweit um Ihr Verständnis - den Teilnehmern des Grundausbildungslehrganges „Textil" bei der Handwerkskammer Kaiserslautern eine Übernahme in eine vom Land geförderte überbetriebliche Vollzeitausbildungsmaßnahme nicht in Aussicht stellen. Ich habe dies den Jugendlichen in der letzten Woche auch mitgeteilt.

Zu den Fragen 2 und 3: Die beiden Fragen basieren auf einem Mißverständnis, das ich eingangs versucht habe klarzustellen.

Die Grundausbildungslehrgänge der Arbeitsverwaltung haben insbesondere die Aufgabe, Schulabgänger systematisch auf bestimmte Berufsbereiche vorzubereiten und damit den Übergang in eine Berufsausbildung zu erleichtern. Die Finanzierung von überbetrieblichen Vollzeitausbildungsmaßnahmen durch das Land erstreckt sich auf die gesamte Ausbildungszeit bis zur Abschlußprüfung nach dem Berufsbildungsgesetz, wobei ein vorab absolvierter und von der Arbeitsverwaltung finanzierter Grundausbildungslehrgang angerechnet wird.

Das Land hat jedoch keine Verpflichtung übernommen, die Absolventen von Grundausbildungslehrgängen ganz oder teilweise in überbetriebliche Vollzeitausbildungsmaßnahmen zu übernehmen.

Zu Frage 4: Bei Übernahme der Absolventen des Grundausbildungslehrgangs „Textil" bei der Handwerkskammer in Kaiserslautern in eine überbetriebliche Vollzeitausbildung würden dem Land Kosten von insgesamt 328 000 DM entstehen.

Zu Frage 5: Der Arbeitsverwaltung war rechtzeitig bekannt, daß das Land eine Überführung von Grundausbildungslehrgängen in überbetriebliche Vollzeitausbildungsmaßnahmen nicht in Aussicht stellen konnte. Dies war auch der Handwerkskammer Kaiserslautern bekannt.

Wie bereits einleitend gesagt, mußte die Landesregierung davon ausgehen, daß den Jugendlichen dies auch bekanntgegeben wurde.

Zu Frage 6: Der Landesregierung ist bekannt, daß es nach wie vor einen Mangel an Ausbildungsplätzen für den Ausbildungsberuf Damenschneider gibt. Hierbei handelt es sich jedoch eher um ein strukturelles Problem des Damenschneiderhandwerks und weniger um eine Frage der allgemeinen Ausbildungsplatzsituation.

Soweit im Einzelfall eine Vermittlung in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis nicht möglich ist, sucht die Berufsberatung der Arbeitsverwaltung zusammen mit den Jugendlichen nach Lösungsmöglichkeiten. Grundsätzlich muß allerdings von den Absolventen des Grundausbildungslehrganges, die keinen Ausbildungsplatz in einem adäquaten Beruf finden, auch die Bereitschaft erwartet werden, sich notfalls in ihrem Berufswunsch umzuorientieren.

Präsident Dr. Volkert:

Eine Zusatzfrage des Kollegen Dr. Schmidt.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Staatsminister, räumen Sie ein, daß gerade dieser Grundbildungslehrgang eine fachspezifische Engführung besitzt und sich deshalb Probleme ergeben?

Sie haben darauf hingewiesen, daß es sich um Strukturprobleme handelt. Würden Sie einräumen, daß es im Bereich der Damenschneider durchaus möglich ist, daß man eine besondere Chance hat, sich auch selbständig zu machen, und insofern eine übertriebliche Ausbildung in dieser Maßnahme sinnvoll wäre?

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Die Möglichkeit der Selbständigkeit ist im Handwerk generell gegeben. Wer die Meisterprüfung ablegt, kann selbständig werden, ob als Damenschneider, Herrenschneider oder in einem anderen Handwerksbereich.

Hier ist die Situation so, daß wir über das Land verteilt insgesamt maximal 100 Maßnahmen fördern können und dann, wenn das Ausbildungsjahr 1988/89 beginnt - in der Regel ab 1. September des Jahres -, entscheiden müssen, nach welchen Prioritäten wir diese Mittel vergeben. Ob der von Ihnen angesprochene Fall eine so hohe Priorität hat, etwa in der Konkurrenz zu Problemen in Zweibrücken, Pirmasens und anderen Regionen, kann erst dann abschließend beurteilt werden. Deshalb habe ich auch den Jugendlichen, die mich angeschrieben haben, keine Hoffnungen, die vorab nicht seriös sein können, gemacht, sondern in einem umfänglichen Brief klar gesagt, wie sich die Situation darstellt.

Möglicherweise besteht eine Chance; aber ich möchte dies heute nicht erklären, weil ich nicht weiß, was sich in Mayen, in Trier, in Pirmasens, in Zweibrücken, in Koblenz tut. Ich muß dann abwägen, wohin ich die Mittel gebe, wenn entschieden ist. Unter Umständen gibt es anderswo noch prekärere, noch größere Engpässe als in diesem Bereich.

Der Ausbildungsmarkt hat sich deutlich entspannt. Auch in Kaiserslautern haben wir eine leichte Überhangsituation. In der Summe, zwar nicht in den einzelnen Sparten, sind mehr unbesetzte Ausbildungsplätze als bisher vorhanden. Ich habe deshalb die Hoffnung, daß es vielen vielleicht doch gelingt, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden und wir vielleicht anderen helfen können, bei denen die Situation noch prekärer ist. Aber diese abschließende Bewertung - dafür bitte ich um Verständnis - kann nicht im April 1988 getroffen werden, sondern erst dann, wenn wir die Fakten über das Land haben, nämlich etwa im August/September.

Präsident Dr. Volkert:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Rott.

Abg. Frau Rott, SPD:

Herr Minister, ich habe eine Frage zu dem Problem in Ludwigshafen. Dort tauchen dieselben Dinge auf, daß 45 Jugendliche, insbesondere junge Mädchen und Altbewerberinnen, auch aus dieser Maßnahme herausfallen. Dort bleiben eigentlich nur noch 14 Floristinnen. Der Oberbürgermeister unserer Stadt hat Ihnen eine 50%ige Beteiligung angeboten. Das hat jetzt nichts ursächlich mit Kaiserslautern zu tun, aber das Problem ist ähnlich gelagert.

Haben Sie dem Oberbürgermeister eine positive Antwort geben können, um diese Ausbildungsmaßnahme unter der Gegebenheit, daß 50 % von der Stadt Ludwigshafen und 50 % vom Wirtschaftsministerium übernommen werden, fortzuführen?

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Das kann ich im Moment nicht sagen. Ich habe den Brief zwar im Kopf, ich weiß aber nicht, ob er schon beantwortet ist.

Präsident Dr. Volkert:

Ich bitte die Kollegen, möglichst nur Fragen zur Mündlichen Anfrage zu stellen.

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Seibel.

Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:

Herr Staatsminister, teilen Sie unsere Auffassung, daß eine überbetriebliche Vollzeitausbildung wenig bis gar keine Zukunftsperspektiven vermitteln kann, wenn sich eine solche sogenannte überbetriebliche Vollzeitausbildung nur auf den Grundlehrgang beschränkt?

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Diese Frage geht meines Erachtens am Sachverhalt vorbei. Ich habe eingangs versucht, die Unterschiede deutlich zu machen. Möglicherweise ist mir das nicht gelungen. Beides hat nichts miteinander zu tun.

Es ist temporär befristet ein Sonderprogramm aufgelegt worden, das in den Jahren des starken Mangels an Ausbildungsplätzen eine Alternative zur betrieblichen Ausbildung bieten sollte. Es war der Arbeitsverwaltung und auch jedem Träger, wie der Handwerkskammer, bekannt, daß diese Maßnahme auslaufen wird, wenn sich der Ausbildungsplatzmarkt entspannt. Wenn man in dem bisher bewährten dualen System, zu dem ich mich bekenne, bleiben will, kann eine solche Maßnahme dann, wenn wir wie heute eher wieder einen Überhang an Stellen haben, nur auslaufen und nicht die Alternative zu dem sein, was wir wollen, nämlich die Ausbildung im Betrieb.

Präsident Dr. Volkert:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Dr. Schmidt.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Staatsminister, Ihnen ist sicher bekannt, daß diese Grundausbildungslehrgänge in den nächsten Wochen abgeschlossen werden. Nun stellen Sie dar, daß die Landesregierung noch nicht in der Lage ist, die Feinabstimmung abschließend vornehmen zu können.

Präsident Dr. Volkert:

Eine Frage, Herr Kollege Schmidt.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Ist es in Anbetracht der zeitlichen Enge und der sehr eingeschränkten Möglichkeiten auch im Arbeitsamtsbezirk Kaiserslautern zumutbar, noch zuzuwarten? Müßte diese Feinabstimmung nicht sehr schnell vonstatten gehen, damit die jungen Leute sich entsprechend orientieren können und dieses Vertrauen, das bisher schon belastet ist, zumindest in dem Kurs Kaiserslautern, nicht noch mehr Schaden leidet?

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Dr. Schmidt, zunächst kann das Vertrauen nicht belastet sein, weil von vornherein Klarheit bestanden hat. Es war gegenüber den Kammern und den Arbeitsämtern, die schriftlich darauf hingewiesen wurden, klar, daß kein Fortsetzungsanspruch besteht und eine Fortsetzung dann, wenn die

Entspannung da ist, nicht erwartet werden kann. Das war allen Beteiligten bekannt. Ich habe auch die Handwerkskammer Kaiserslautern aufgrund Ihrer Anfrage schriftlich aufgefordert, zu erläutern, ob sie ihrer Verpflichtung, dies den Teilnehmern auch darzulegen, etwa nicht nachgekommen ist. Wenn dies zutrifft, könnte ich dies nur rügen; denn ich muß natürlich erwarten, daß die Träger einer solchen Maßnahme den Beteiligten auch reinen Wein einschenken, ihnen die Wahrheit sagen und sie richtig informieren.

(Körper, SPD: Das war mit Sicherheit nicht überall der Fall!)

Das ist ihre Verpflichtung. Sollte das hier in der Tat nicht korrekt gelaufen sein, werde ich das so auch nicht hinnehmen. Aber ich gehe bis zum Beleg des Gegenteiles davon aus, daß sich Arbeitsamt und die Kammern korrekt verhalten haben. Das wird zur Zeit überprüft.

Ich bitte noch einmal um Verständnis, es gibt Arbeitsamtsregionen - das sagt Ihnen die Statistik - in diesem Lande, in denen die Situation weit schwieriger als in Kaiserslautern ist. Auch die Ausbildungssituation ist in anderen Arbeitsmarktbezirken schlechter oder schwieriger als in Kaiserslautern. Gerade jetzt nach dem Auslaufen der Grundlehrgänge ist auch ein Stück Eigeninitiative des einzelnen, aber auch die Berufsberatung der Arbeitsämter gefordert, zu erkunden, ob es nicht betriebliche Ausbildungsplätze gibt. Erst wenn dies erfolgt ist und ich abwägen kann, ob Kaiserslautern wirklich der von Ihnen jetzt unterstellte prekäre Sonderfall ist, oder ob ein Fraktionskollege von Ihnen aus dem Norden des Landes vielleicht begründet noch prekärere Fälle hat, ist es möglich, diese Entscheidung vorzunehmen. Wir grübeln erst, dann dübeln wir.

Präsident Dr. Volkert:

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Franzmann.

Abg. Franzmann, SPD:

Herr Staatsminister, halten Sie es für möglich, daß die statistische Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt den jungen Menschen, die sich in Kaiserslautern im Ausbildungslehrgang Damenschneider/in oder in Ludwigshafen im Ausbildungslehrgang Floristin befinden, wenig hilft? Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Sind Sie möglicherweise bereit, wenn entsprechende Ausbildungsplätze nicht angeboten werden können und sich keine finden, in Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung zu versuchen, im Landeshaushalt entsprechend Mittel einzusetzen, damit aufbauend auf den G 1-Lehrgang zusätzlich überbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden können?

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Abgeordneter Franzmann, ich kann mich wiederholen; denn im Haushalt sind - der Souverän ist der Haushaltsgesetzgeber; das ist der Landtag - Vorsorgemittel für 100 Vollzeitmaßnahmen eingestellt. Wenn ich abwägen kann und weiß, ob Kaiserslautern wirklich der prekäre Sonderfall ist, wie jetzt gesagt wird, oder ob Ludwigshafen, wie dies von der Kollegin angesprochen wurde, oder andere Sektoren prekärer sind, ist es für mich möglich, eine sinnvolle Verteilung dieser Mittel vorzunehmen. Ich bitte um Verständnis, daß das erst dann möglich ist. Eventuell ergibt sich dann die Möglichkeit, in Kaiserslautern etwas zu machen, wenn diese Priorität anderswo im Lande nicht gegeben ist. Aber ich kann nicht mehr ausgeben, als im Haushalt steht.

Präsident Dr. Volkert:

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Roland Lang.

Abg. Lang, R., SPD:

Herr Minister Brüderle, würden Sie Ihre getroffene Entscheidung und Aussage angesichts der Tatsache überprüfen, daß in diesen Tagen der größte Betrieb, der in Frage käme, die Teilnehmerinnen der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahme Textil zu übernehmen, nämlich die Firma Westrich in Ramstein, die zwischen 200 und 300 Beschäftigte hat, schließen wird? Das heißt, es wird jetzt sehr schwer sein, die Teilnehmerinnen in ein ordentliches Ausbildungsverhältnis zu übernehmen.

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Ich darf mich auch hier noch einmal wiederholen. Dann, wenn ich landesweit einen Überblick habe, wo die größte Dringlichkeit besteht, werde ich nach Prioritäten, nämlich der größten Dringlichkeit aufgrund der Arbeitsmarktsituation die Verteilung vornehmen. Dabei ist freilich das, was Sie ansprechen, ein Faktor, der in die Überlegungen eingehen muß. Ich hätte es aber für nicht seriös gehalten, wenn ich den Jugendlichen gesagt hätte: Bevor ich dies abschließend beurteilen kann, sage ich euch heute schon zu, das Geld geht nach Kaiserslautern, ohne zu wissen, wie es in Trier, in Mayen oder sonstwo im Land aussieht. - Das geht in die Beurteilung mit ein.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Volkert:

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Schmidt.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Staatsminister, ich habe darauf hingewiesen, daß in den nächsten Wochen diese Lehrgänge auslaufen. Bis zu welchem Zeitpunkt können Sie in Aussicht stellen, daß Sie diesen Überblick haben und dann letztlich Ihre Entscheidung treffen?

Brüderle, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Auch hier darf ich mich wiederholen. Ich habe gesagt, das Ausbildungsjahr beginnt zum 1. September. Das heißt, wir müssen die Entscheidung vor dem 1. September treffen. Ich kann Ihnen nicht sagen, daß das Arbeitsamt montags oder dienstags seine Post schickt. Ich bitte da um Verständnis.

Präsident Dr. Volkert:

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich danke dem Herrn Minister für die Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage der Abgeordneten Jürging, Debus und Rösch (SPD), Weinrechtsurteil des Europäischen Gerichtshofes** betreffend - Drucksache 11/1113 -, auf.

Für die Landesregierung antwortet der Herr Landwirtschaftsminister.

Ziegler, Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Auswirkungen für die Winzer in den nördlichen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten aufgrund des Urteiles des Europäischen Gerichtshofes sind so, daß gesagt werden kann: Es sind keine Auswirkungen in diesem Zusammenhang festzustellen; denn es war zwar diese Regelung im deutschen Weingesetz verankert, die Bundesregierung hat jedoch regelmäßig dann, wenn eine Ausnahmebestimmung aufgrund der Witterungsverhältnisse für die nördlichen Anbaugebiete notwendig war, diese bei der EG-Kommission für bestimmte Gebiete und bestimmte Rebsorten beantragt. Aufgrund dessen ist in dem Entwurf für ein zu änderndes Weingesetz im Jahre 1989 diese Passage gestrichen worden. Ich kann nur noch einmal feststellen: Auswirkungen auf die rheinland-pfälzischen Winzer in den nördlichen Anbaugebieten liegen nicht vor.

Präsident Dr. Volkert:

Zusatzfragen sind nicht erkennbar. Dann danke ich dem Herrn Minister für die Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich rufe die **Mündliche Anfrage des Abgeordneten Kroh (CDU), Verunreinigungen in Mehlprodukten** betreffend - Drucksache 11/1114 -, auf.

Für die Landesregierung antwortet der Herr Minister für Umwelt und Gesundheit.

Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ministerium für Umwelt und Gesundheit in Rheinland-Pfalz wurde mit Fernschreiben des baden-württembergischen Umweltministeriums vom 14. April 1988 darüber informiert, daß die Mehlsorten „Goldpuder" und „Bäckerblume", Weizenauszugsmehl, Typ 405, Füllgewicht 500 Gramm und 1 000 Gramm, Mindesthaltbarkeitsdatum 9/89 und 10/89, der Firma Pfälzische Mühlenwerke, Mannheim, mit feinen Metallteilchen verunreinigt sind. Die Ursache liegt in Umbauarbeiten innerhalb der Deckenkonstruktion des Mehlsilos. Dabei fielen Beton- und Metallteile in das Silo.Vor der Wiederbefüllung wurde zwar eine Reinigung durchgeführt, es stellte sich jedoch heraus, daß Teile der Anlage nicht vollständig gereinigt wurden. Die Gefahr der Gesundheitsgefährdung nach § 8 Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz ist gegeben.

Mit Fernschreiben des Regierungspräsidiums Karlsruhe vom 26. April 1988 wurde mitgeteilt, daß auch die Produkte „Kaufmannmehl" und „Blütengold" betroffen sind. Die Verbraucher wurden durch eine vom Hersteller veranlaßte Pressemitteilung in den regionalen Zeitungen am 15. April 1988 informiert.

Zu Frage 1: In Rheinland-Pfalz wurden die kontaminierten Mehle möglicherweise im Absatzzeitraum vom 8. März bis 31. März 1988 an Geschäfte im Bereich der Pfalz geliefert.

Zu Frage 2: Das Ministerium für Umwelt und Gesundheit hat am 15. April 1988 die Bezirksregierungen in Koblenz, Neustadt und Trier über den Sachverhalt informiert und angewiesen, die Sicherstellung der betreffenden Ware und die Überwachung der vom Hersteller eingeleiteten Rückrufaktion zu veranlassen. Die mit Fernschreiben vom 26. April 1988 mitgeteilten weiteren Produkte „Kaufmannmehl" und „Blütengold" wurden den für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörden mit Fernschreiben vom 26. April 1988 mitgeteilt.

Zu Frage 3: Nach den uns vorliegenden Informationen aus Baden-Württemberg ist eine Gesundheitsgefährdung des Verbrauchers gegeben. Die Überwachungsbehörden werden dementsprechend kontaminierte Ware sofort aus dem Verkehr ziehen. Bisher liegen dem Ministerium für Umwelt und Gesundheit allerdings noch keine Informationen vor, daß Weizenmehle der genannten Art im Handel gefunden wurden.

Präsident Dr. Volkert:

Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann danke ich dem Herrn Minister für die Beantwortung der Mündlichen Anfrage.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich rufe den gestern in die Tagesordnung aufgenommen **Tagesordnungspunkt** auf:

Neuwahl eines Vertreters des Landtags Rheinland-Pfalz in den Rundfunkrat des Südwestfunks

Die Neuwahl ist durch das Ausscheiden des Herrn Kollegen Wollscheid erforderlich geworden, der in den Verwaltungsrat gewählt wurde.

Die CDU-Fraktion hat das Vorschlagsrecht. Herr Kollege Kutscheid, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Kutscheid, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Wahl eines Mitglieds in den Rundfunkrat des Südwestfunks schlage ich Herrn Abgeordneten Dieter Hörner vor.

(Zurufe von der SPD)

Präsident Dr. Volkert:

Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag gehört. Vorgeschlagen ist der Kollege Dieter Hörner. Wer ist gegen die Wahl des Kollegen Dieter Hörner? - Wer enthält sich? - Ich darf feststellen, daß Herr Dieter Hörner bei einigen Enthaltungen in den Rundfunkrat des Südwestfunks gewählt wurde.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir hatten gestern bereits den Tagesordnungspunkt 12 erledigt, allerdings noch nicht die Tagesordnungspunkte 10 und 11.

Ich rufe daher die **Punkte 10** und **11** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Frauenfragen zu der Besprechung

- der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort der Landesregierung zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz
- Drucksachen 11/94/268 -

- der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung zur Situation des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz
- Drucksachen 11/167/380 -
- Drucksache 11/799 -

Einstellung von Männern und Frauen in den Landesdienst im Verhältnis zu den Bewerbungen Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 11/914 -

Berichterstatter zu Punkt 10 ist Frau Kollegin Bickel; ich erteile ihr das Wort.

Abg. Frau Bickel, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch Beschluß des Landtags vom 12. November 1987 wurden die vorgenannten Großen Anfragen sowie die dazu ergangenen Antworten der Landesregierung an den Ausschuß für Frauenfragen und an den Innenausschuß zur gemeinsamen Besprechung in öffentlicher Sitzung überwiesen. Beide Ausschüsse haben die Besprechung in einer gemeinsamen öffentlichen Sitzung am 28. Januar 1988 durchgeführt.

Dabei kristallisierte sich heraus, daß sich im Bereich des öffentlichen Dienstes bezüglich der beruflichen Chancen der Frauen einiges bewegt hat. Dazu gehört u. a. die Erhöhung des Anteils der Frauen bei der Vollzeit- und der Teilzeitbeschäftigung sowie der überdurchschnittliche Anteil der Frauen im Ausbildungsbereich.

Aber es hat sich auch gezeigt, daß es noch einiges zu bewegen gilt. Hervorzuheben ist dabei der Teilzeitbereich, der ausgeweitet werden muß, und zwar auf allen Ebenen. Ebenso sollten der Zugang in qualifizierte Funktionen erleichtert und Fördermaßnahmen intensiviert werden.

Zusammengefaßt ist zu sagen: Will der öffentliche Dienst in Zukunft dem Ruf nach einer Vorreiterrolle gerecht werden, dann bedarf es dazu auch sicher noch einer Vorreiterin.

Bei der Besprechung wurde ein Sachantrag gestellt, den die Ausschüsse dem Landtag entsprechend § 86 Abs. 7 GOLT einstimmig zur Annahme empfehlen. Die Beschlußempfehlung lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob über die bereits bestehenden Leitlinien und Empfehlungen zur Frauenförderung hinaus zusätzliche gesetzliche oder sonstige Regelungen zur Frauenförderung erforderlich sind.

(Beifall im Hause)

Präsident Dr. Volkert:

Ich danke der Frau Berichterstatterin und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Rott.

Abg. Frau Rott, SPD:

Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wir Frauen, so scheint es, stehen heute im Mittelpunkt politischer Überlegungen und Maßnahmen. „Frauen zurück an den Herd", so plump wagt heute niemand mehr Politik für Frauen zu begründen. Die moderne Variante auch dieser Landesregierung heißt „Wahlfreiheit".

Frauen wollen eine gute Ausbildung und Chancen im Beruf, und Frauen wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Wenn sich eine Frau für Beruf und Familie entscheidet, hat sie gleichzeitig mehrere Berufe. Ein Soziologe hat allein für den Beruf der Hausfrau bis zu 35 berufsspezifische Tätigkeiten gezählt, und trotzdem ist die Ausbildung der Frauen am unvollständigsten. Obwohl sie ebensoviel leisten wie Männer, werden sie in der Regel schlechter bezahlt. Frauen sind der Motor der Volkswirtschaft, erreichen aber kaum Führungspositionen.

Nicht zuletzt aufgrund schwindender Wählerinnenstimmen haben nun die Bundesregierung und auch die rheinland-pfälzische Landesregierung einen Kurs eingeschlagen, der scheinbar auf das veränderte Bewußtsein von Frauen eingeht, ohne die uralte Strategie der Ausgrenzung von Frauen aus dem Beruf und die Zementierung ihrer Chancen in der Gesellschaft aufzugeben.

(Beifall der SPD und der GRÜNEN -
Anhaltend Unruhe im Hause)

Die Landesregierung rühmt sich, das erste Bundesland gewesen zu sein, das ein Frauenförderungsprogramm für Frauen im Landesdienst in Kraft gesetzt hat. Dieses Förderprogramm entpuppt sich allerdings bei näherem Hinsehen als Mogelpackung mit lila Schleife.

(Beifall der SPD und der GRÜNEN -
Anhaltend Unruhe im Hause)

Die Einleitung zu den Leitlinien zur beruflichen Förderung von Frauen im Landesdienst aus dem Jahre 1983 klingt zunächst ganz gut; ich zitiere: Die Landesregierung hat wiederholt erklärt, daß Frauen grundsätzlich die gleichen Chancen und Möglichkeiten wie die Männer erhalten müssen. Dem öffentlichen Dienst kommt die Aufgabe zu, beispielhaft für andere Betriebe die beruflichen Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen zu fördern. -

Endlich, so atmet „frau" auf, nicht diese wachsweichen Formulierungen, und liest gespannt weiter. Aber plötzlich ist nur noch die Rede davon, daß Frauen zu ermutigen, zu unterstützen und vorzubereiten sind auf die zu erwartende Karriere im Landesdienst. Wenn Frauen dann gleichermaßen ermutigt, unterstützt und vorbereitet sind, sollen sie bei Stellenbesetzungen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Wie diese wachsweichen Formulierungen von „ermutigen" bis „unterstützen" greifen, beweist die Beantwortung der Großen Anfrage meiner Fraktion zur Förderung von beruflichen Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst.

(Beifall der SPD und der GRÜNEN -
Anhaltend Unruhe im Hause -
Frau Bill, DIE GRÜNEN: Die Männer sollten
auch einmal zuhören!)

Lassen Sie mich dies anhand einiger Beispiele aufzeigen. So gibt es derzeit in der Staatskanzlei und in den Ministerien neun Dienststellenleiter und eine Dienststellenleiterin, neun Stellvertreter und zwei Stellvertreterinnen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Volkert:

Meine Damen und Herren, es ist ziemlich unruhig. Ich bitte doch, der Frau Kollegin mit Aufmerksamkeit zuzuhören.

(Beifall im Hause)

Abg. Frau Rott, SPD:

Danke schön, Herr Präsident.

Bei den Gerichten unseres Landes mit Ausnahme des Sozialgerichts, bei dem es seit kurzem eine Präsidentin gibt, sind von 76 Dienststellenleitern ganze zwei weiblich und von den Stellvertretern drei.

Am deprimierendsten für „frau" sieht es aber bei den drei Bezirksregierungen unseres Landes aus. Hier scheint die Frauenfeindlichkeit oberste Priorität zu besitzen; denn dort gibt es weder eine Dienststellenleiterin noch eine Stellvertreterin noch unter den 17 Abteilungsleitern oder deren 17 Stellvertretern eine Vertreterin des weiblichen Geschlechts.

Selbst im Schulbereich, bei dem der Kultusminister unseres Landes von einer Verweiblichung des Schuldienstes spricht, reicht der Anteil bei den Schulleiterstellen mit Ausnahme der Grund- und Hauptschulen - da sind es zirka 12 % - nicht über 8 % hinaus.

(Beifall der SPD und der GRÜNEN)

Auch im Hochschulbereich ergeben die vorhandenen Statistiken des Hochschulpersonals einen geringen Anteil an Wissenschaftlerinnen.

Nun hat Kultusminister Dr. Gölter - wohl aufgeschreckt durch diese Zahlen - für den 20. Juni zu einem Symposium eingeladen, um einen Überblick über das bisher Geleistete zu gewinnen und Anregungen für Verbesserungsmaßnah-

men zu erhalten. Wir fordern nach wie vor in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Planstelle für eine Frauenbeauftragte an der Universität in Mainz,

(Beifall bei der SPD)

um die dort vorhandenen Nachteile zu beseitigen.

In diesem Zusammenhang bekräftige ich nochmals unsere Forderung nach einer Stärkung der Frauenbeauftragten in den Gemeinden und im Lande, die auch vom Landesfrauenbeirat unterstützt wird. Für uns Sozialdemokraten bleibt von besonderer Bedeutung, daß sich Frauenförderung nicht nur auf den öffentlichen Dienst und schon gar nicht auf höher bewertete Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes beschränken darf.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gerade für die 1 700 Arbeiterinnen im Landesdienst, die in den untersten Lohngruppen überrepräsentiert, also nicht unterrepräsentiert, sind, muß es in Zukunft verstärkt Fort- und Weiterbildungsangebote sowie Umschulungsmaßnahmen für ungelernte Arbeiterinnen, und zwar am Ort, geben, um auf die besondere Lebenssituation dieser Frauen einzugehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Anhand dieser Maßnahmen können Sie, meine Herren und Damen, erkennen, daß wir Sozialdemokraten die Frauenförderung nicht nur im Munde führen, wir haben sie in unseren Köpfen und Herzen verinnerlicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN -
Zuruf von Staatsminister Frau Dr. Hansen)

- Das kommt noch, Frau Ministerin.

Das beste Beispiel, den Frauenanteil im öffentlichen Dienst wirksam zu erhöhen, gibt das Land Nordrhein-Westfalen. Just am 8. März, dem internationalen Frauentag, hat das Land Nordrhein-Westfalen ein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen eingebracht, in dem Frauen im öffentlichen Dienst bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt eingestellt und befördert werden, sofern nicht andere Gründe, die in der Person des Mitbewerbers liegen können, zum Beispiel Schwerbehinderung, den Ausschlag geben.

Erstmals gibt es damit in einem Bundesland einen konkreten Gesetzentwurf der Förderung zur beruflichen Chancengleichheit im öffentlichen Dienst. Damit hat das Land Nordrhein-Westfalen die vom früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Ernst Benda aufgezeigten rechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft.

(Beifall bei der SPD)

Springen Sie, meine Herren und Damen der regierungsbildenden Parteien, über Ihren eigenen Schatten und bringen Sie gemeinsam mit uns ein ebensolches Gesetz noch während dieser Legislaturperiode im Landtag ein.

(Beifall bei der SPD)

So können Sie unter Beweis stellen, daß auch Sie Frauenpolitik mit dem Herzen machen und sie nicht nur in Sonntagsreden im Munde führen

(Zuruf von der SPD: Jawohl! -
Beifall bei der SPD)

Wenn es Ihnen, Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, ernst mit der Frauenförderung in Rheinland-Pfalz ist, fangen Sie zuerst in Ihrem Hause damit an,

(Beifall bei der SPD -
Reichenbecher, SPD: Sehr richtig!)

indem Sie eine Staatssekretärin für Frauenfragen berufen, und statten Sie die Landesfrauenbeauftragte, Frau Dr. Böhmer, die sich wirklich für die Sache der Frauen einsetzt, mit mehr Kompetenzen

(Ministerpräsident Dr. Vogel: Noch mehr?)

- genau, ja - und mehr finanziellen Mitteln aus,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

wie dies in den anderen Bundesländern der Fall ist. Dann kann auch nicht mehr passieren, was ich in der gemeinsamen Sitzung des Innenausschusses und des Ausschusses für Frauenfragen am 28. Januar bereits beanstandet habe, daß der Entwurf eines Personalkonzeptes zur Besetzung in herausgehobenen Funktionen der Landesverwaltung, der trotz aller verbalen Bekenntnisse zur Förderung von Frauen ein Beispiel der mittleren Diskriminierung von Frauen ist, zum einen für die Besetzung von Führungspositionen Bedingungen und Voraussetzungen enthält, die von Frauen schwer zu erfüllen sind,

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, SPD)

zum anderen im gesamten Konzept mit einer Ausnahme - das ist der Hinweis auf die Leitlinien - bereits Frauen ausgeschlossen werden. Da heißt es nämlich auch - ich zitiere -: Bewerber, Referenten, Referats- und Abteilungsleiter, Beamte. - Dazu gehört aber auch, wenn man Frauenförderung betreiben will, daß Mädchen verstärkt in den gewerblich-technischen Berufen des Landes ausgebildet werden. Sie sehen, meine Damen und Herren, dieser Ausflug in die Negativbilanz der rheinland-pfälzischen Frauenförderung im öffentlichen Dienst ist ein alarmierendes Zeichen und eine Bestätigung unserer Forderungen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Herren und Damen, in der bereits von mir erwähnten gemeinsamen Sitzung des Innenausschusses und des Ausschusses für Frauenfragen wurde auch die Große Anfrage der CDU-Fraktion und die Antwort der Landesregierung zur Situation des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz besprochen, bei der es um die Gestaltung von Arbeitsplätzen, um die Besoldung von Beamten, die Vergütung bei Angestellten und den Lohn von Arbeitern und Arbeiterinnen geht. Die darin aufgeworfenen Fragen und Probleme sind auch Probleme der Frauen im öffentlichen Dienst. Die SPD-Fraktion kann die Begeisterung des Kollegen Bischel über die Antwort der Landesregierung, die er in der erwähnten Sitzung an den Tag legte, nicht teilen. Ich will dies anhand einiger Beispiele konkretisieren.

Auf Seite 8 der Drucksache 11/380 wird die Forderung der CDU-Fraktion, daß auch Führungspositionen für Teilzeit geöffnet werden sollen, mit der Begründung abgelehnt - ich zitiere -: Demgegenüber kommen Führungspositionen in der Regel für eine Teilung nicht in Betracht. - Diese Aussage bestätigt unsere Befürchtung, daß sich Teilzeit nur in den unteren BAT-Gruppen, nämlich in den Gruppen VII und VIII, abspielen soll, gerade dort, wo es die größten sozialen Probleme gibt.

(Beifall bei der SPD)

Zusätzliche Teilzeitstellen - so die bisher von Ihnen geübte Praxis - werden meist durch die Umwandlung von Vollzeitstellen geschaffen. Dies zeigt auch die Entschließung der Fraktionen der CDU und F.D.P. - Drucksache 11/1032 -, die die Erweiterung von Teilzeitbeschäftigung im Landesdienst fordert und unter Nummer 3 die Landesregierung auffordert, daß im Vollzug des Doppelhaushaltes 1988/1989 im Tarifbereich (Angestellte und Arbeiter) jede dritte freiwerdende und zur Wiederbesetzung vorgesehene Vollzeitstelle in Teilzeitstellen umgewandelt werden soll. Dies bedeutet aber nichts anderes, meine Herren und Damen: Vollzeitarbeit für Männer, Teilzeitarbeit für Frauen -; denn sie sind nach wie vor gerade im öffentlichen Dienst mit über 90 % in der Teilzeitarbeit beschäftigt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im Hinblick auf die von der Landesregierung im Bundesrat eingebrachte Initiative zur Erweiterung der Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit auch für Beamte könnte die Zukunft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst aber auch wie folgt aussehen: Teilzeitarbeit wird zum Regelarbeitsverhältnis, und Vollzeitarbeit wird zur Ausnahme. - Um aber beim mittleren und einfachen Dienst zu bleiben, so ist weiter festzuhalten, daß dem Land Rheinland-Pfalz, was die Besoldungsstruktur betrifft, gegenüber den anderen Bundesländern die rote Laterne zugestanden werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen noch sehr, sehr viel tun, um wenigstens den Bundesdurchschnitt zu erreichen.

Die Gelegenheit war bei den Haushaltsberatungen gegeben. Sie haben sie vertan, indem Sie unsere Anträge pauschal abgelehnt haben. Sie müssen sich daher fragen lassen: Woher wollen Sie bitte Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit bei den Beschäftigten in diesem Bereich einfordern, wenn Sie jeglichen Anreiz zur Motivation nehmen? Woher wollen Sie bitte qualifizierte Bedienstete nehmen, wenn, wie bei der Einführung des Technologieprogramms praktiziert, die Ausbildung an den Bildschirmgeräten im Schneeballsystem erfolgt, indem der oder die Ausgebildete das Erlernte an 30 andere weitergeben muß? Wie wollen Sie Ihrer Fürsorgepflicht nachkommen, wenn Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet werden, die jegliche ergonomische Gestaltung vermissen lassen?

Wir fordern daher die Weiterentwicklung des Fortbildungskonzepts im Bereich des Technologieprogramms sowie die Einrichtung von unabhängigen Technologieberatungsstellen, um den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zugang zu den für ihr berufliches Fortkommen notwendigen Informationen zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur aufgrund der vorerwähnten Punkte fällt es uns schwer, mit in die Lobeshymnen der CDU- und F.D.P.-Fraktionen einzustimmen, sondern auch deshalb, weil wir große Diskrepanzen in der Beantwortung der Großen Anfrage und den Angaben der Statistischen Monatshefte aus 1987 bezüglich der Überalterung der Personalstruktur im öffentlichen Dienst feststellen mußten. Wie es in diesem Zusammenhang heißt, hält es die Landesregierung für erforderlich, in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes Strukturverbesserungen vorzunehmen, und bezieht sich auf den von der Bundesregierung vorgelegten Strukturbericht, der hierfür wertvolle Anregungen geben soll. Wir von der SPD-Fraktion fragen die Landesregierung: Warum wird der Strukturbericht der Bundesregierung nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Meine Herren und Damen, Fragen über Fragen, auf die nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch die Bediensteten dieses Landes eine Antwort erwarten.

Abschließend möchte ich für meine Fraktion feststellen, daß wir in der Beantwortung der Großen Anfrage zur Situation des öffentlichen Dienstes keine zukunftsweisenden Aussagen entdecken konnten, wie die Attraktivität des öffentlichen Dienstes verbessert werden könnte. Der Staat, sprich die Landesregierung, muß nicht nur Vorreiter für die Sache der Frauen, sondern für alle ihm anvertrauten Bediensteten sein.

(Reichenbecher, SPD: Sehr richtig!)

Zum Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 11/914 -, Einstellung von Männern und Frauen in den Landesdienst im Verhältnis zu den Bewerbungen betreffend, ist zu sagen, daß dieser wohl Ausfluß der fehlenden Beantwortung der

Fragen 7 und 8 der Großen Anfrage meiner Fraktion zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst ist Von seiten der Landesregierung mußte eingestanden werden, daß eine Kontrolle für Frauenfördermaßnahmen nicht möglich ist, weil keine Bewerbungsstatistiken, die einen Überblick über die Berufs- und Laufbahnwünsche von Frauen geben, vorliegen.

Die SPD-Fraktion schlägt daher die Überweisung des Antrages federführend an den Innenausschuß und mitberatend an den Ausschuß für Frauenfragen vor.

Meine Herren und Damen, ich darf mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Starker Beifall der SPD -
Beifall der GRÜNEN)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Frau Kollegin Professor Kokott-Weidenfeld.

Abg. Frau Prof. Kokott-Weidenfeld, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gleichberechtigung kann nicht Umkehr der Verhältnisse bedeuten; deswegen bleibe ich dabei: Meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Beck, SPD: Ein ganz wichtiger Punkt! -
Heiterkeit)

In unserer heutigen Debatte zum öffentlichen Dienst steht die Frage der beruflichen Chancen von Frauen im Landesdienst im Vordergrund. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen die Zielsetzung meiner Fraktion in dieser Fragestellung nennen:

Wir wollen eine Offensive für die Frauen im öffentlichen Dienst in Gang setzen.

(Reichenbecher, SPD: Da fangen Sie mal an!)

Das heißt für uns: Mehr Frauen müssen einen Arbeitsplatz im Landesdienst erhalten; und das heißt: Den Frauen müssen bessere Aufstiegschancen im öffentlichen Dienst ermöglicht werden.

(Beifall bei der CDU -
Frau Bill, DIE GRÜNEN: Das ist aber ein
müder Applaus!)

Das Land soll damit als öffentlicher Arbeitgeber Vorbild für alle anderen Bereiche der Gesellschaft sein.

Meine Damen und Herren, wir wollen weg von der Praxis, die auch bei uns vielfach noch lautet: Die guten Jobs verteilen die Männer lieber unter sich. Wir wollen auch weg von der immer noch altbekannten Männerweisheit: Frau - das ist lange Haare, kurzer Verstand, also reizvoll für den Mann, aber ungeeignet für den Staatsdienst.

(Heiterkeit im Hause und
Zurufe von der SPD: Ach!)

Die CDU-Fraktion will weiter aktiv werden. Wir wollen unsere generelle frauenpolitische Offensive mit einer beamtenpolitischen Offensive für die Frauen verbinden.

Dabei ist es zunächst wichtig, meine Damen und Herren, daß wir uns ein realistisches Bild von der tatsächlichen Situation der Frauen im öffentlichen Dienst machen. Ich meine, wir dürfen, wenn wir uns dieses Bild ansehen, die Lage weder verharmlosen, noch dürfen wir sie negativ dramatisieren, wie das von seiten der Opposition und von seiten der Kollegin Rott auch heute wieder getan wurde;

(Reichenbecher, SPD: Das stimmt ja nicht zusammen,
was Sie sagen!)

denn es gibt auch einige erfreuliche, die Frauen betreffende Trends im öffentlichen Dienst festzuhalten.

Der öffentliche Dienst beschäftigt immer mehr Frauen. Im gesamten Bundesgebiet beschäftigt der öffentliche Dienst derzeitig etwa 1,9 Millionen Frauen; das sind doppelt soviel wie im Jahre 1960. In einzelnen Schlüsselbereichen des öffentlichen Dienstes sind die Frauen sogar überproportional repräsentiert.

(Frau Rott, SPD: In den unteren Bereichen!)

Auch in einem besonderen Bereich im Land Rheinland-Pfalz möchte ich ein Beispiel nennen, bei dem wir besondere Fortschritte zu verzeichnen haben. So hat sich im Jahre 1987 bei uns unter den Juristen für den höheren Dienst ein Drittel Frauen beworben; es wurden dann sogar über 50 % Frauen eingestellt.

Dennoch gilt, meine Damen und Herren: In den Führungspositionen liegt das zentrale Problem im Landesdienst. Hier sind die Frauen tatsächlich noch deutlich unterrepräsentiert.

In den vergangenen Jahren wurde aber - auch das muß man ganz deutlich sagen; es wurde in den Ausführungen der Vertreterin der Opposition eben nicht deutlich - eine Menge getan. Seit 1983 gibt es die Leitlinien zur beruflichen Förderung von Frauen im Landesdienst, die Empfehlungen an den Staat als Arbeitgeber geben und noch bestehende Defizite in Sachen Gleichberechtigung ausgleichen sollen.

(Frau Rott, SPD: Ohne Kontrolle!)

Damit soll das Land als Vorbild mit gutem Beispiel vorangehen.

Für die Zukunft sieht die Offensive der CDU-Fraktion für die Frauen im öffentlichen Dienst einen Sechs-Punkte-Katalog vor, den ich zusammenfassend nennen möchte:

1. Wir wollen in erster Linie das Bewußtsein für die frauenpolitische Zielsetzung im öffentlichen Dienst schärfen. Meine Damen und Herren, Frauen und Männer, Beschäftigte und Einstellende müssen für den öffentlichen Dienst offener, sensibler, aufgeschlossener und bewußter werden, wenn es um die Situation der Frauen geht.

2. Frauen müssen selbst eine größere Bereitschaft zeigen, sich für die Positionen auf allen Ebenen zu bewerben. Ich meine, dann müssen wir sie auch wirklich dazu ermutigen, nämlich zum Beispiel durch Art und Inhalt unserer Stellenausschreibungen. Ich halte es für wichtig, daß wir den Frauen Mut machen.

3. Wir müssen mehr Angebote machen, um den Frauen die Koordination von beruflichen und familiären Aufgaben zu erleichtern. Zwar ist Hausarbeit auch Männersache, aber sie ist nun einmal nicht jedermanns Sache. Deswegen muß auch noch mehr Teilzeitarbeit angeboten werden - die Nachfrage steigt ständig. Mit einem entsprechenden Aufgabenzuschnitt ist grundsätzlich jeder Arbeitsplatz teilzeitgeeignet.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich darf dabei nicht übersehen werden, daß Teilzeitbeschäftigte und Vollzeitbeschäftigte dieselben Aufstiegschancen haben müssen.

4. Wir sind darüber hinaus der Meinung, daß eine insgesamt flexiblere Arbeitszeitgestaltung die Situation für die Frauen ebenfalls verbessern kann.

5. Es ist noch der Fortbildungsbereich zu nennen. Auch hier muß stärker auf die besonderen Belange der Frauen Rücksicht genommen werden. Geschehen kann das zum Beispiel durch eine stärkere Regionalisierung von Fortbildungsveranstaltungen, durch Angebote an Kinderbetreuung bei diesen Fortbildungsveranstaltungen und auch durch spezielle Veranstaltungsangebote an teilzeitbeschäftigte Bedienstete, das heißt an Frauen.

(Frau Linnerth, SPD: Wo bleibt der Beifall?)

6. Ich möchte das Stichwort Quotierung per Gesetz aufgreifen. Wir wollen den Frauen eine Diskriminierung durch Quotierungen ersparen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Quotenverfahren machen Frauen zu Pflegefällen. Auch bei Frauen müssen Leistung und Gerechtigkeit zählen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine selbstbewußte Frauenpolitik darf die Frauen nicht zum bloßen Objekt staatlicher Fürsorge machen.

Dieser Sechs-Punkte-Katalog einer Offensive für die Frauen im öffentlichen Dienst ist Teil unserer frauenpolitischen Gesamtperspektive.

Trotzdem, auch uns ist bewußt: Bis zum Abschied von der Männergesellschaft im öffentlichen Dienst ist sicherlich noch ein langer Weg zu gehen. Aber wenn wir die partnerschaftliche Gesellschaft wirklich wollen, dann darf der öffentliche Dienst nicht im Abseits stehen. Im Gegenteil, der öffentliche Dienst muß auch beim Thema Gleichberechtigung Leitbild sein. Dafür setzen wir uns ein.

Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Präsident Dr. Volkert:

Ich erteile Herrn Kollegen Bauckhage das Wort.

(Reichenbecher, SPD: Frauenbeauftragter der F.D.P.! Ein Mann für alle Fälle!)

Abg. Bauckhage, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich interessant, daß hier Heiterkeit auftaucht, wenn ein Mann an das Rednerpult geht. Aber ich denke, Frauenpolitik muß, wie Frau Professor Kokott-Weidenfeld richtig sagte, in Partnerschaft gemacht werden. Wir können hier nur in Partnerschaft bestimmte Dinge bewegen. Deshalb muß es ebenfalls objektiv nicht schlecht sein, wenn ein Mann zu dieser doch relativ wichtigen Problematik sprechen wird.

(Reichenbecher, SPD: Ihr müßt einmal eine Frau aufstellen!)

- Herr Reichenbecher und Frau Bill, die F.D.P. hatte schon Frauen an vorderen Listenplätzen. Das ist natürlich ein Problem des Wählers.

(Zuruf der Abg. Frau Bill, DIE GRÜNEN)

- Frau Bill, lassen Sie mich zunächst zu Ende führen, dann werden Sie sehr schnell erkennen, daß es ein Problem der Wähler ist.

Wir haben nun einmal nicht 50 % der Stimmen, aber wir haben gemeinsam mit unserem Partner ein anderes Kommunalwahlrecht jetzt hier initiiert. Das ist eine Chance für Frauen;

(Heiterkeit bei der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Schneider, SPD -
Weitere Zurufe von der SPD)

denn bei diesem Wahlrecht - so bitter wie es für Sie ist - besteht durch die Form des Panaschierens und des Kumulierens natürlich die Möglichkeit, die Unterrepräsentanz in den Parlamenten zu verändern.

(Beifall bei F.D.P. und vereinzelt bei der CDU -
Unruhe im Hause)

Es sind nicht nur mehr Mitwirkungsrechte möglich, sondern in der Tat taucht ein sehr positiver Effekt auch für Frauen in der Gesellschaft beim Wahlrecht auf.

(Reichenbecher, SPD: Passen Sie auf, daß
Sie nicht wegpanaschiert werden!)

- Herr Reichenbecher, ich möchte noch eines sagen: Sie kennen auch die Zusammensetzung der Gesellschaft. Von daher gesehen glaube ich, daß die Frauen wissen, was sie tun, wenn sie in der Wahlkabine stehen. Ich möchte nicht wissen, wie oft Männer noch versuchen, ihre Frauen zu manipulieren.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie werden genau wissen, was sie wollen.

Zum Ernst der Sache zurück.

Meine Damen und Herren, Artikel 3 des Grundgesetzes garantiert die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft. Wir, die Liberalen, wollen, daß dieser Verfassungsgrundsatz Wirklichkeit wird. Gleichwohl muß man erkennen, daß in Jahrhunderten gewachsene Rollenverteilungen nicht in relativ wenigen Jahren veränderbar sind.

Das Grundgesetz feiert seinen 40. Geburtstag. Einiges ist geschehen; vieles muß noch geschehen, um Gleichberechtigung wirklich herzustellen. Es bedarf der Beharrlichkeit und Stetigkeit, um diesem Ziel näherzukommen, das heißt, der Verfassungsgrundsatz bedarf der Sensibilisierung und der Problematisierung. Deshalb ist es gut, daß wir diese Thematik hier sehr offensiv besprechen.

Deshalb begrüßt die F.D.P.-Fraktion die Besprechung der Großen Anfrage von der SPD - Drucksache 11/94 - sowie die Anfrage der CDU-Fraktion - Drucksache 11/167 -, die sich zwar in erster Linie mit der Gesamtsituation des öffentlichen Dienstes befaßt, aber gleichwohl hier einen Zusammenhang herstellt, insbesondere durch die gemeinsame Beschlußempfehlung des Ausschusses für Frauenfragen und des Innenausschusses sowie durch den Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 11/914 -.

Gestatten Sie mir deshalb, daß ich mich zunächst mit dem wichtigen Punkt Gleichberechtigung befasse. Wie sieht es heute mit der sozialen Wirklichkeit der Gleichberechtigung aus? Gerade in den letzten Jahren ist einiges positiv auf die Schiene gebracht worden. So werden zum Beispiel die Erziehungszeiten in der Rentenversicherung anerkannt. Nicht erwerbstätige Frauen erhalten Erziehungsgeld, Alleinerziehende erhalten höhere Sozialhilferegelsätze. Bei der Gewährung von Unterhaltsgeld für Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen werden die Kindererziehungszeiten berücksichtigt. Während der Kinderbetreuungszeit werden Teilzeitfortbildungsmaßnahmen gefördert. Die Chancengleichheit im Beruf wurde durch das Beschäftigungsförderungsgesetz und die 7. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes verbessert.

Meine Damen und Herren, die Beschäftigung von Frauen hat seit 1983 stärker zugenommen als die von Männern.

Jetzt möchte ich einen Satz einschieben. Herr Minister Brüderle, wir danken Ihnen zunächst dafür, daß Sie einmal Klarheit in die Zahlen über die Arbeitsplätze, die zusätzlich geschaffen wurden, gebracht haben; denn es geisterte immer die Zahl von etwa 600 000 in der Bundesrepublik herum. Sie haben nun klargestellt, daß es wesentlich mehr sind, nämlich etwa um die Hälfte mehr als 600 000 Arbeitsplätze, die geschaffen worden sind.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Davon ist der Frauenanteil über 70 %.

Dies reicht natürlich nicht aus, aber immerhin, diese Maßnahmen haben sich positiv für die Gleichberechtigung der Frau ausgewirkt.

Gleichberechtigung - ich sagte es schon - muß täglich in Partnerschaft gelebt werden, und zwar auch nicht unwesentlich unter dem Gesichtspunkt, daß der Staat immer nur - wie so oft im gesellschaftlichen Leben - die Rahmenbedingungen herstellen kann. Das sind die Rahmenbedingungen, welche Chancengleichheit gewährleisten; denn staatlich verordnete Gleichberechtigung ist nichts, wenn Gleichberechtigung nicht in Partnerschaft täglich gelebt wird.

Außer der Selbstbestimmung, die für uns als Liberale einen hohen Stellenwert hat, ist auch die Selbstverwirklichung der einzelnen und des einzelnen wichtig. Es ist die tiefe Überzeugung von uns, daß man Selbstverwirklichung nicht staatlich verordnen kann und darf.

Damit wäre ich bei dem Punkt der Quotierung. Quotenregelungen können für uns Liberale überhaupt nicht in Frage kommen, weil dies kein Beitrag für das Selbstwertgefühl der Betroffenen ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir wollen keine „Quotenfrauen", sondern wir wollen die Herstellung von Chancengleichheit im Wettbewerb. Die Frauen in unserer Gesellschaft stellen sich dem Wettbewerb. Sie sind leistungsbereit und leistungsfähig. Sie wollen keine Privilegien, sondern Chancengleichheit.

Übrigens haben Frauen in der schulischen Bildung längst mit den Männern gleichgezogen. Oftmals erzielen sie bessere Schulabschlüsse. Der Staat muß nur - auch in diesem Fall - durch die richtigen Rahmenbedingungen für später gleiche Berufschancen schaffen. Hier geht es uns oft noch zu langsam vorwärts. Für die F.D.P.-Fraktion haben viele kleine Schritte eine wichtige Funktion, so zum Beispiel die Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kindergarten, aber auch der Zeiten in den Grundschulen. Der Dienstleistungsabend ist auch ein Stück für Chancengleichheit der Frauen.

Technische Berufe müssen mehr für Mädchen und Frauen geöffnet werden. Die Tarifpartner müssen endlich ihre ablehnende Haltung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit aufgeben. Gerade bei den neuen Technologien wächst ein enormes Potential für mehr Frauenbeschäftigung.

Der Staat muß für die Wirtschaft eine Vorbildfunktion einnehmen. Deshalb hält die F.D.P.-Fraktion auch die Beschlußempfehlung der Ausschüsse für wichtig, nämlich zu prüfen, ob weitere Maßnahmen, weitere Instrumente erforderlich sind.

Frau Bickel, wir halten allerdings die Frage für problematisch, ob ein Gesetzgebungsbedarf besteht. Wir sind für Maßnahmen, aber einen Gesetzgebungsbedarf zu produzieren, halten wir für problematisch; das müßte näher geprüft werden.

Deshalb nenne ich noch einmal einige Schlaglichter, die aus Sicht der F.D.P.-Fraktion wichtig sind. Fortbildungsmaßnahmen müssen so gelegt sein, daß die Teilnahme von Frauen möglich ist. Teilzeitarbeit muß auch für leitende Funktionen eingerichtet werden können.

Gestatten Sie mir noch einen wichtigen Hinweis: Ich beziehe mich auf die Antwort des Ministeriums auf die Anfrage der SPD, die ich als Lichtblick bezeichnen möchte. Im Ausbildungsbereich lag der Anteil der Frauen in 1986 im Durchschnitt bei immerhin 44,5 %. Dagegen ist die Situation gerade im Bereich der tatsächlich besetzten Stellen, zum Beispiel bei Schulleiterinnen, als nicht befriedigend zu bezeichnen.

Übrigens belegen die „Statistischen Monatshefte", daß im Bereich der Angestellten ein hoher Frauenanteil von zum Beispiel 50 % zu verzeichnen ist. Das gilt insbesondere für die sogenannten frauenspezifischen Berufe.

Im höheren Dienst ist der Anteil von Frauen seit 1977 von 8,7 % auf fast 13 % gestiegen. Das ist natürlich auch nach Meinung der F.D.P.-Fraktion nicht befriedigend, aber es zeigt, daß die bisherigen Schritte, auch der öffentliche Bewußtseinswandel, nicht falsch waren. Es muß aber noch viel dagegengesteuert werden, wenn man sieht, daß sich der Anteil der Frauen bei den oberen Gruppen zwar seit 1977 verdoppelt hat, dagegen sich der Anteil der Männer verdreifacht hat. Im gehobenen Dienst sind es 5 168 Angestellte, die überwiegend bei den Grund-, Haupt- und Sonderschulen, der Hochbauverwaltung sowie den Hochschulkliniken und Universitäten beschäftigt sind. Die beiden Gruppen IV a und VI b sind annähernd gleich stark besetzt. Sie umfassen zusammen 64 % des gehobenen Dienstes, wobei der Anteil gegenüber 1977 gestiegen ist. Natürlich muß man einräumen, daß bei der Eingangsgruppe der Anteil gesunken ist, wohl nicht zuletzt als eine Folge der zurückhaltenden Einstellungspraxis.

Meine Damen und Herren, ich sage dies alles nicht, um hier schön in schön zu färben, sondern um zu zeigen, daß Chancengleichheit und Gleichberechtigung gerade in den letzten Jahren eine positive Wende genommen haben. Dies alles reicht natürlich nicht aus. Es muß sowohl im Bewußtsein aller gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen als auch im Bewußtsein der Behörden, aber auch im Bewußtsein der Politiker weiter mehr getan werden.

Man muß sehen - ich sagte es eingangs schon -, daß man bei jahrhundertealten Rollenverteilungen nur Schritt für Schritt vorankommen kann.

(Beifall der F.D.P.)

Vieles - ich sagte es schon eingangs - ist im Ausschuß besprochen worden. Daran muß weiter gearbeitet werden. Die F.D.P.-Fraktion betrachtet diese beiden Anfragen und die Antworten auf die Anfragen als wichtige Stütze für die weitere politische Arbeit.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zur Gesamtsituation im öffentlichen Dienst. Bei enger und knapper Finanzlage und vor dem Hintergrund einer demographischen Entwicklung - Sie wissen, daß es im öffentlichen Dienst eine bestimmte Rechtslage bei Beamten und Angestellten gibt, die man mitberücksichtigen muß - hat es das Land Rheinland-Pfalz geschafft, zum Beispiel den Einstellungskorridor bei den Lehrern zu erhalten.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

- Sie hören das nicht gern, aber dem ist so.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Das ist so!)

Bei der Polizei sind mehr Leute eingestellt worden. In anderen Bereichen sind mehr Arbeitsplätze geschaffen worden. Auch die Struktur der Besoldung im Bereich der Polizei ist verbessert worden. Man sieht, Rheinland-Pfalz hat das getan, was in dieser Situation der knappen Kassen möglich war, und hat sich verantwortlich verhalten.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Stellen im öffentlichen Dienst sind auch Dauerbelastungen gegenüber den Steuerzahlern. Man muß hier verantwortungsvolle und verantwortungsbewußte Politik betreiben. Es kann nicht so sein, daß man sagt, man macht Tür und Tor für den öffentlichen Dienst auf. Hinterher können dann die wirklich wichtigen Leistungen nicht mehr bezahlt werden.

(Beifall bei der F.D.P. -
Frau Rott, SPD: Vor allen Dingen
bei d e r Steuerreform!)

Zurück zur Chancengleichheit von Frauen. Es liegt an uns allen, daß wir uns auf die gesellschaftspolitisch wichtigen Probleme einstellen und daß wir das Bewußtsein in der Öffentlichkeit für die Probleme schärfen, damit Chancengleichheit verwirklicht wird und damit wir ein Stück weiterkommen. Wir sind bereit, hier mitzuarbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Frau Kollegin Bill.

Abg. Frau Bill, DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, meine Kollegen von den GRÜNEN sind anscheinend aus Angst vor dem Thema weggelaufen. Nur Herr Dr. Dörr harrt tapfer aus.

(Reichenbecher, SPD: Herr Dr. Dörr ist im Landtag
für alles gut! -
Staatsminister Dr. Wagner: Privatstunde -
Weitere Zurufe aus dem Hause)

Wir werden es ihnen nachher eindringlich noch einmal erzählen.

Zum Inhalt der Großen Anfragen selbst: Die positive Bewertung, die von den Regierungsparteien herüberkommt, kann ich nicht teilen. Wenn auch die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst absolut fällt, der prozentuale Anteil von Frauen aber steigt, wenn auch nur minimal, dann heißt das für mich lediglich, daß nur weniger Frauen entlassen worden sind.

In der Antwort auf die Große Anfrage der SPD weist die Landesregierung selbst auf die wenig vorzeigbaren Ergebnisse hin. Im Vergleich von 1985 zu 1986 zeigt sich lediglich eine Steigerung von 0,6 %. Während die Landesregierung dabei auf die kurze Zeitspanne verweist, die schuld an dieser kaum erwähnenswerten Entwicklung sein soll, sind wir eher der Auffassung, daß ein Vergleich von größeren Zeitabständen, zum Beispiel seit Inkrafttreten des Landesfrauenförderplanes, eher zu noch deprimierenderen Ergebnissen führt.

(Frau Rott, SPD: Richtig!)

Wir haben uns einmal die Mühe gemacht, Daten aus älteren Anfragen und Statistiken zu ergänzen. Wir haben dabei überraschend feststellen müssen, daß in der Tat eine längerfristige Betrachtung nicht etwa zur Verbesserung der Ergebnisse führt, sondern im Gegenteil der Anteil der Frauen reell sogar gesunken ist. Das ist nicht überall der Fall, aber an wichtigen Stellen.

Ein konkretes Beispiel: Setzen wir die Angaben über den Anteil von Frauen in leitenden Positionen im Schuldienst - das wurde heute schon einmal gemacht; ich will es noch einmal vergleichen - in einen Vergleich mit den Angaben von 1983 - den Zeitpunkt der Großen Anfrage der SPD -, so zeigt sich, daß bei den meisten Schultypen sowohl die Anzahl der weiblichen Schulleiterinnen und Stellvertreterinnen seit 1983 sowohl in absoluten Zahlen als auch in prozentualen Zahlen nicht unbeträchtlich gesunken ist. Bei den Schulleiterinnen in Gymnasien waren es 1983 in absoluten Zahlen elf, in Prozentzahlen 8,4, in 1984 in absoluten Zahlen 9, in Prozentzahlen 7,4 und in 1986 in absoluten Zahlen 7 und in Prozentzahlen 6,1. Das ist kein positives Beispiel.

Wenig aussagekräftig werden die Zahlen auch dadurch, daß zum Teil schon die Steigerung des Anteils weiblicher Beschäftigter von Null auf eine Frau natürlich in prozentualen Angaben ungeheuer beeindruckend wirkt, nämlich 10 %, so bei den Angaben hinsichtlich der Dienststellenleiter in der Staatskanzlei und in den Ministerien.

Bei solchen Angaben von einer strukturellen Verbesserung der Situation von Frauen im öffentlichen Dienst zu sprechen, halten wir - gelinde gesagt - für etwas übertrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Etwas härter ausgedrückt könnte man das auch als Etikettenschwindel nennen.

Ein weiterer Beleg dazu: Aus der Antwort auf die Große Anfrage der SPD geht hervor, daß der Anteil von Frauen an Stellen für Oberärzte und Chefärzte in den Landeskrankenhäusern und in den Universitätskliniken 16 % Oberärztinnen und 2,4 % Chefärztinnen ausmacht. Sicherlich entspricht dieser geringe Anteil in den Führungsetagen ganz

bestimmt nicht dem Anteil der Ärztinnen gegenüber den Ärzten insgesamt.

Setzt „frau" diese mageren Ergebnisse in einen Vergleich zu den Daten von 1983, so zeigt sich, daß trotz massiver Stellenaufstockungen in diesem Bereich, nämlich von 1983 auf 1986, der Anteil von Frauen in diesem Zeitraum wiederum gefallen ist. Die Zahlen lese ich jetzt nicht vor, weil ich sonst mit der Zeit nicht hinkomme. Ich kann sie Ihnen zeigen, wenn Sie es mir nicht glauben.

Peinlich ist diese positive Bewertung der Entwicklung durch die Landesregierung auch hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen angesichts der Tatsache, daß landesweit eine alarmierende Steigerungstendenz bei der Anzahl der arbeitslosen Frauen zu verzeichnen ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

während der Anteil der Männer am Arbeitslosenmarkt sinkt. Bei den Männern sind es etwa 7 %, bei den Frauen über 10 %. Gegenüber diesen Frauen halten wir die Aussage, daß in irgendeiner Abteilung eine Frau mehr sitzt, wirklich für einen blanken Zynismus.

Die Antworten auf die Große Anfrage bieten unseres Erachtens kein positives Bild der Entwicklung. Es läßt nichts darauf schließen, Frauen im öffentlichen Dienst gingen anderen Zeiten entgegen. Im Gegenteil, es ist eine rückläufige Tendenz in wichtigen Bereichen zu verzeichnen.

Der Schwerpunkt der Anfragen und deren Beantwortung ist eine rein quantitative Betrachtung des Anteils von Frauen bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Differenzierter betrachtet werden nur Entwicklungen in den gehobenen Positionen - das hat Frau Rott sehr ausführlich dargestellt - berücksichtigt. Die Situation der Mehrzahl der weiblichen Beschäftigten bleibt völlig unberücksichtigt. Wichtige Fragestellungen für eine solche differenzierte Betrachtungsweise wären aus unserer Sicht beispielsweise, wie viele der weiblichen Beschäftigten Teilzeitbeschäftigte sind, wie sich die Gesamtstundenzahl der männlichen Beschäftigten zu der der weiblichen Beschäftigten verhält, welchen durchschnittlichen Lohn weibliche Teilzeitbeschäftigte und Vollzeitbeschäftigte haben und wie sich diese Größe in einem Vergleich zu den männlichen Einkommen verhält, oder ob die Teilzeitbeschäftigung überhaupt den Wünschen der betroffenen Frauen entspricht.

Völlig unberücksichtigt bleiben außerdem die Auswirkungen von Rationalisierungen und Privatisierungen. Das sind Probleme, von denen Frauen in weniger gehobenen Positionen, zum Beispiel in den Wäschereien der Krankenhäuser, in den Reinigungsdiensten und in den Schreibdiensten, besonders betroffen sind.

Laut Landesfrauenförderplan und verbalen Bekundungen der Landesregierung und der Koalitionsparteien geben sich allesamt wild entschlossen, Frauen zu fördern, egal wie, wo und wann, Hauptsache, es wird gefördert. Diese eiserne männliche Entschlossenheit - das kann man hier durchaus sagen - wirkt sich leider nirgendwo so richtig aus, obwohl Frauen ansonsten gewohnt sind, daß sich die männliche Entschlossenheit ziemlich unaufhaltsam auswirkt. Deshalb habe ich auch den Eindruck - Frau Rott hat das eben schon dargestellt, da möchte ich mich anschließen -, daß es sich zur Zeit überhaupt keine Partei leisten kann, nicht in irgendeiner Weise Frauenpolitik zu betreiben, da die Parteien einem Wandel des öffentlichen Bewußtseins Rechnung tragen müssen, der zweifellos vorhanden ist. Frauen müssen schließlich seitens der Parteien als Wählerinnen umworben werden, da sie das größte Potential der Nichtwähler und Nichtwählerinnen darstellen, und Frauen bei ihrer Entscheidung auch zunehmend die Frage nach der politischen Umsetzung ihrer Interessen durch die Parteien berücksichtigen.

Es geht ihnen im großen und ganzen mehr um eine Antwort auf öffentliche Fragestellungen und um die Wählerinnen. Es geht weniger um gleiche Rechte für Frauen, gleichberechtigten Zugang zur Erwerbsarbeit und gleiche Verteilung von unbezahlter Reproduktionsarbeit, ehrenamtliche Arbeit und soziale Beziehungsarbeit. Letzteres sind übrigens Arbeitsbereiche, bei denen Männer nach wie vor ihren Arbeitsanteil sowieso verweigern

Die Antworten der Landesregierung auf die beiden Großen Anfragen sowie die Politik der Landesregierung weisen dementsprechend aus unserer Sicht auch immanente Widersprüche auf. Erstens sollen dort Frauen gefördert werden. Dabei soll zweitens das nicht näher bestimmte oder definierte Leistungsprinzip gelten. Gleichzeitig soll drittens die sogenannte Familienpause als unveräußerlicher Bestandteil weiblicher Lebensbiographien bestehen bleiben. Das Wort „Familienpause" ist übrigens auch ein solcher Witz. Das Wort „Pause" erinnert mich und wahrscheinlich auch andere mehr an Ruhepause und an Erholung. Dabei handelt es sich in diesem Falle der „Familienpause" um Erziehungsarbeit. Ich würde das zumindest so sehen, nachdem ich zwei Kinder großgezogen habe.

(Beifall bei den GRÜNEN -
Beck, SPD: Das ganze Soziologendeutsch ist
ein einziger Graus!)

- Ja, da gebe ich Ihnen recht.

In der Praxis heißt das für mich, das paßt irgendwie nicht zusammen. Diese drei Forderungen an Frauen können mit Förderung nichts zu tun haben. Irgend etwas bleibt dabei auf der Strecke. Das kann einfach nicht zusammengehen. Ich habe den Eindruck, daß dabei die Frauenförderung auf der Strecke bleibt.

Ich möchte noch einmal auf das Leistungsprinzip eingehen. Da bin ich mit Frau Rott nicht einer Meinung. In Nordrhein-Westfalen und in dem Benda-Gutachten wird ein Leistungs-

begriff dargestellt, der für mich sehr fragwürdig ist. Ich möchte das ein wenig ausführen. Laut Landesfrauenförderplan sollen - nicht etwa müssen - Frauen stärker, das heißt etwas mehr als bisher bei Einstellungen und Beförderungen berücksichtigt werden, dies aber immer unter Wahrung des Leistungsprinzips. Ich könnte es vorlesen, aber dazu reicht mir die Zeit wieder nicht. Lesen Sie es nach.

(Staatsminister Frau Dr. Hansen: Wir wissen das auch!)

- Alle wissen das bestimmt nicht, Frau Dr. Hansen.

Mit dieser auch bei gutwilliger Betrachtung äußerst laschen und konsequenzlosen Formulierung hebt sich der Landesfrauenförderplan auch nicht besonders von den Frauenförderplänen in anderen Bundesländern ab. Das mag die Landesregierung beruhigen. Da die Landesregierung offensichtlich nicht gewillt ist, den Leistungsbegriff näher zu erläutern oder eine kritische Diskussion des Disqualifikationsbegriffes zu führen, möchte ich versuchen, eine kurze Problemskizze aus unserer Sicht zu entwerfen.

Der praktizierte Leistungsmaßstab geht immer vom männlichen Arbeitnehmer inklusive der Frau an seiner Seite aus - das wird wahrscheinlich hier in diesem Hause kaum jemand bestreiten -, die Frau an der Seite des Mannes, die die unbezahlte Arbeit leistet und ihm, der im harten Erwerbsleben steht, den Rücken freihält. Die Anzahl der Männer, die mit dieser Arbeitszuweisung unzufrieden sind, wächst zwar, aber bisher ist es eine kaum bemerkbare Größe. Im Gegenteil, die Männer sind meistens an der Erhaltung und strikten Trennung von beruflicher Arbeit einerseits und Hausarbeit, Erziehungsarbeit und sozialer Beziehungsarbeit andererseits vehement interessiert.

(Tölkes, CDU: Sie scheinen Erfahrung zu haben!)

- Ja, die habe ich. Diese Trennung ist schließlich auch Garantie für männliche Privilegien, den eigenen Gestaltungsfreiraum und die Machtausübung und Machterhaltung. Genauso interessiert ist daran auch der Arbeitgeber, auch der öffentliche; denn die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen für die männlichen Arbeitnehmer senkt letztlich die Personalkosten und erhöht die Leistungsfähigkeit der männlichen Arbeitnehmer.

Schließlich beinhaltet hohe weibliche Erwerbsarbeitslosigkeit auch sehr viel weniger sozialen Zündstoff als männliche Arbeitslosigkeit, scheint also gesellschaftlich zumutbarer als hohe männliche Arbeitslosigkeit. Man geht anscheinend davon aus, was sich leider in der Praxis so auch zeigt, daß arbeitslose Frauen weniger aufmüpfig sind, so daß der soziale Frieden gewahrt bleibt.

Die Frauen bleiben also ziemlich allein, was das Interesse einer Veränderung ihrer Situation angeht. Solange Erwerbsarbeitsplatzgestaltung, Qualifikation und Leistungsstandards an dem vom alltäglichen Ballast unabhängigen Mann orientiert sind und dieser die Gleichstellung von Frauen auch noch in die Hand nehmen möchte, haben die Frauen keine Chance, weder die gleiche Qualifikation noch die Leistungsfähigkeit nachzuweisen.

Die Konsequenz, die wir daraus ziehen, ist, daß Erwerbsarbeit so gestaltet werden muß, daß jeder auch automatisch in der Lage ist, seine Reproduktionsarbeit selbst leisten zu können und als Erziehender verantwortlich zu sein. Dies bedeutet, daß er seine Hemden selbst bügelt, dem Kind auch einmal die Windeln wechseln kann und vieles andere mehr. Da eine solche Arbeitsplatzgestaltung sicher nicht im Interesse der Arbeitgeber ist, wie ich schon gesagt habe, reichen freundliche Appelle und smarte Soll-Vorschriften nicht aus. Deswegen ist eine gesetzliche Regelung mit Vorschriften notwendig. Die Kriterien für die Arbeitsplatzvergabe müssen andere Lebensmuster als allein männliche berücksichtigen. Die Akzeptanz von Haus-, Erziehungs- und Beziehungsarbeit als geleistete Arbeit muß zu einer Veränderung des Leistungs- und Qualifikationsbegriffes führen, dies nicht nur im Bewußtsein.

Die GRÜNEN fordern vor diesem Hintergrund eine Quotierung aller Erwerbsarbeitsplätze in allen Lohn- und Gehaltsstufen. Quotierung muß eine klare Zielvorgabe haben, das heißt, mindestens 50 % aller Ausbildungs- und Arbeitsplätze müssen für Frauen sein. Es sollen so lange bevorzugte Einstellungen und Förderungen von Frauen bei formal ausreichender Qualifikation geben, bis die Quote erreicht ist. Formal gleiche Qualifikation ist für Männer natürlich erschreckend. Da sind die Mädchen und Frauen mit ihren überwiegend besseren Noten und Abschlüssen im Vorteil. Sie geraten immer erst dann ins Hintertreffen, wenn es um die Praxis geht. Frauen werden nun einmal schwanger, sie bekommen die Kinder. Sie ziehen die Kinder groß und haben daher eine andere Arbeitspraxis und andere Erwerbsausfallzeiten als Männer. Ich habe wohlgemerkt gesagt, andere Arbeitspraxis, nicht keine Arbeitspraxis.

Wir GRÜNEN sehen die Garantie dafür, daß eine Bewerberin für die zu erwartende Arbeit entsprechend ausgebildet ist, als vollkommen ausreichend an. Einarbeitungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten werden ihr helfen, sich weitere Kompetenzen anzueignen, wie das bei Männern in der Praxis schließlich auch aussieht. Qualifikationsmerkmale, die darüber hinausgehen, richten sich sowieso nur nach männlichen Persönlichkeitsidealen aus.

In diesem Zusammenhang ist übrigens eine Quotierung der Einstellungsgremien vonnöten. Wie wir alle sehen können, haben Männer, die einstellen, überall, auch im öffentlichen Dienst, leider ausgeprägte Vorurteile, was das Arbeitsvermögen von Frauen angeht. Sonst gäbe es überall mehr Frauen. Daß wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung als unabdingbare Voraussetzung ansehen, um diesen Träumen eine Realisierungschance zu geben, ist hinreichend bekannt. Da aber die Tarifverträge mittelfristig die Möglichkeiten

schon zugebaut haben, die Frauen für notwendig halten, legen wir Wert auf eine Absicherung jedweder Teilzeitarbeitsplätze und auch auf die Möglichkeiten, dort beruflich weiterzukommen.

Dazu gehört sicher in vielen Bereichen, vor allem in den Führungspositionen, eine radikale Umgestaltung dieser Arbeitsplätze; denn vor allem Führungspositionen sind so entworfen, daß sie derzeit nicht nur die Arbeitskraft einer Person verbrauchen, sondern die kostenlos im Hintergrund arbeitende Hausfrau, Mutter und Beziehungskistenpflegerin automatisch mit einplanen.

(Staatsminister Frau Dr. Hansen: Was ist das denn?)

- Das kann ich Ihnen nachher einmal erklären.

(Reitzel, SPD: Das ist aber auch nicht lieb, so etwas zu sagen!)

Dann können Frauen überhaupt keine Chance haben. Solange die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - hören Sie gut zu, das ist jetzt der wichtigste Teil - allein als ein Problem von Frauen und nicht auch von Männern betrachtet und erörtert wird, solange wird sich trotz Frauenförderplänen und frauenfreundlichen Worten überhaupt nichts an der Frauenrealität ändern. Die Überforderung von Frauen wächst höchstens.

Dabei wäre Ihre Einsicht in meine Ausführungen für Sie, meine Herren von der CDU, von der F.D.P. und von der SPD, selbst für meine Kollegen von den GRÜNEN,

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

wirklich eine Chance, mehr Kraft und Zeit für das Leben zu haben, nicht nur zum Geldverdienen und den Machterhalt, mehr Zeit zum Nachdenken, Zeit und Gelegenheit, sich und andere Menschen einmal anders erfahren zu können als im Konkurrenz fixierten und Konkurrenz belasteten Berufsleben. Statt in Rollenteilung - wer spielt schon gerne bloß eine Rolle - als ganzheitlicher Mensch zu leben und zu arbeiten, das ist es, was die GRÜNEN sich wünschen, und das ist es, worauf wir hinarbeiten.

(Eich, SPD: Stellen Sie doch einen Antrag!)

In diesem Sinne möchte ich diesen Antrag in die Ausschüsse geben, damit wir dort in diesem Sinne noch einmal weiter diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Frau Staatsminister Dr. Hansen.

(Zuruf des Abg. Beck, SPD)

Frau Dr. Hansen, Minister für Soziales und Familie:

Herr Beck, das kann ich nicht, weil mir das erst erklärt werden muß.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion heute morgen hat wieder deutlich gemacht, daß mit dem Stichwort „Frauenförderung" enorm hohe Erwartungen verbunden werden. Ich möchte dazu sagen: Frauenförderprogramme sind in der Tat ein Weg, die Chancen von Frauen im Beruf zu verbessern. - Der Versuch, dies in die Praxis umzusetzen, hat im Bund und in allen Bundesländern zu enormen Ernüchterungen geführt. Es stellt sich heraus, daß die darin aufgestellten Zielvorgaben und die einzuleitenden Maßnahmen noch ganz erheblicher Anstrengungen all derer bedürfen, die mit Frauenförderung befaßt sind.

Ich möchte auf vorausgegangene Redebeiträge eingehen. Wenn gesagt wird, man könne die Lobeshymne nicht verstehen, man könne diese enorm positive Bewertung durch die Landesregierung und die Regierungskoalition nicht verstehen, dann haben wir - wenn Sie richtig zuhören und redlich mit uns umgehen - immer gesagt, daß der Fortschritt ein allmählicher, ein nicht ausreichender ist, daß aber die Tendenz in der Tat in die Richtung nach vorne geht. Ich habe nie Lobeshymnen darüber gesungen, sondern ich habe immer das gesagt, was mir solche Berichte ausweisen.

Frau Bill, wenn Sie sagen, es bleibe in der Beantwortung dieser Anfrage unberücksichtigt, was sich für Frauen in Arbeits- und Berufssituationen an vielen anderen Stellen abspielt, und wenn Sie Arbeitslosenzahlen beschwören und sagen, daß Frauen in höherem Maße arbeitslos seien,

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Im öffentlichen Dienst, nur an unteren Stellen!)

so ist das richtig. Das sehen wir und beklagen wir auch und leisten unseren Einsatz, dies zu ändern. Nur beziehen sich die Arbeitslosenzahlen zunächst einmal auf die ganze Berufstätigkeit, und die Anfrage der SPD bezieht sich auf die Situation im öffentlichen Dienst. Ob man so ohne weiteres die Arbeitslosigkeit von Frauen allgemein mit der im öffentlichen Dienst vergleichen kann, ob sich das entspricht, bezweifle ich.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Habe ich nicht getan!)

- Das haben Sie nicht gesagt. Aber Sie haben hier gesagt, die Arbeitslosigkeit der Frauen ist um so vieles höher als die der Männer. Wir reden hier über die Situation im öffentlichen Dienst. Das läßt den Schluß zu, daß Sie das auch in diesem

Bereich so sehen. Wir haben uns einmal dieses eingegrenzte Gebiet vorgenommen. Natürlich kann man über die Situation der Frauen im allgemeinen, im Berufsleben, in Familie usw. unheimlich viel und mehr sagen, als das heute morgen in diesem Zusammenhang hier nötig ist. Ich meine, man müsse, um der Klarheit willen und auch um der Wahrhaftigkeit willen wirklich auch zu der Sache reden, die hier zur Debatte steht. Dann kann man nicht automatisch von Arbeitslosenzahlen allgemein sprechen, wenn es speziell um den öffentlichen Dienst geht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich weise darauf hin, daß wir jetzt erst, nachdem wir einige Jahre Erfahrung mit diesem Frauenförderplan haben, einen Überblick über einen längeren Zeitraum haben. Das wird in unserem zweiten Bericht, der Ende 1987 vom Kabinett zur Kenntnis genommen und gebilligt wurde, deutlich. Sie werden ihn in den nächsten Tagen erhalten und aus diesem Bericht noch einmal detailliertere Zahlen und Darstellungen ersehen können.

Frau Rott, ich kann nicht nachvollziehen, wieso dies eine negative Bilanz der Frauenpolitik der Landesregierung sein soll. Dann müssen Sie das zumindest auch auf SPD-geführte Landesregierungen ausdehnen; denn dort sieht es nicht etwa besser, sondern auf Strecken schlechter aus.

Die Tatsache, daß Nordrhein-Westfalen einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, beweist zunächst einmal noch überhaupt nichts. Mich interessieren immer die Ergebnisse solcher Maßnahmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich frage mich manchmal auch, ob wir eigentlich mit denen sprechen und deren Meinung hören, über die wir diskutieren. Ich hatte in dieser Woche Gelegenheit, mit dem Personalchef eines größeren Industrieunternehmens zu sprechen, der mir sagte, daß sich die jungen Frauen, die aus dem Hochschulbereich bei ihm in der Naturwissenschaft tätig seien, im Gespräch von sich aus mit Händen und Füßen gegen alles, was Frauenförderplan und Quotierung heißt, gewehrt haben, weil sie sagen: Wir wollen nicht als Frau, weil Frauen eingestellt werden, sondern wir wollen unserer Fähigkeit und unserer Leistungen willen eingestellt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Abg. Frau Rott, SPD: Das wollen wir auch!)

Insofern stimme ich der Kollegin Kokott-Weidenfeld absolut zu, wenn sie sagt: Wir sehen in Quotierungsmaßnahmen eine Möglichkeit der Diskriminierung von Frauen. Ich verspreche mir davon überhaupt keine Besserung der Situation.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Bill, DIE GRÜNEN)

- Frau Bill, ich bin bereit, Ihre Ausführungen in meine Überlegungen einzubeziehen, daraus, wenn möglich, Einsichten zu schöpfen. Wenn Sie sagen, das, was gefordert wird, Förderung der Frauen im Bereich der Arbeitswelt, in diesem Falle im öffentlichen Dienst, wenn von gleicher Leistung gesprochen wird und wenn auch noch die Familienpause möglich sein soll, dies widerspreche sich, - - -

Über das Wort „Familienpause" kann man streiten. Wir wissen, was damit gemeint ist.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Das ist typisch,
daß das so heißt!)

- Wir haben das Wort nicht geboren und nicht geschaffen. Es gibt viele Begriffe, die revidiert werden müßten. Es meint eine von Erwerbsarbeit freie Zeit, damit sich Frauen der Familienarbeit oder der Erziehungsarbeit verstärkt widmen können. Das ist ein Teilbeitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wohlgemerkt, nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Dies nehmen im Lande immerhin auch Männer in Anspruch. Ich hätte gedacht, es nimmt kein Mann in Anspruch. Aber sie nehmen es, wenn auch zugegebenermaßen eine geringe Zahl, in Anspruch.

Wenn Sie sagen: Diese drei Forderungen stehen sich entgegen und das kann nicht ehrlich gemeint sein -, dann muß ich Sie fragen: Was wollen Sie denn? Wollen Sie, daß Frauen nur gefördert werden, und zwar unabhängig davon, was sie leisten, und wollen Sie, wenn Sie Gleichberechtigung meinen, für Frauen eine andere Anforderung als für Männer an einer bestimmten Stelle mit beruflicher Aufgabe?

(Zuruf der Abg. Frau Bill, DIE GRÜNEN)

Deswegen meine ich, daß man diese Betrachtungen durchaus anstellen kann, aber daß sie sich eigentlich von der Wirklichkeit ein weites Stück entfernen.

(Beifall bei der F.D.P. -
Frau Bill, DIE GRÜNEN: Dabei muß die F.D.P. klatschen!
Die wissen gar nicht, was Frauen leisten!
Die kennen das nur vom Hörensagen!)

Wir haben von allen Bundesländern als Land - das ist mehrfach gesagt worden - die längsten Erfahrungen. Wann der Bericht vorgelegt worden ist, ist schon dargestellt worden.

Der zweite Bericht, der jetzt im Druck vorliegt, kann zum ersten Mal eine vergleichende Entwicklung mehrerer Jahre aufzeigen. Er zeigt in der Tat, daß in einigen Bereichen Verbesserungen eingetreten sind.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß trotz Rückgang der Gesamtbeschäftigtenzahl der Anteil der Frauen bei Voll- und Teilzeitbeschäftigten absolut und relativ gestiegen ist. Wenn Sie das kritisieren und sagen, das heiße eigentlich nur, daß nicht gleichviel Frauen anteilig entlassen wurden, dann muß

ich sagen, daß dies auch eine Maßnahme für Frauen ist. Wenn man Frauen im Erwerbsleben und hier im öffentlichen Dienst so negativ gegenüberstünde, hätte man vielleicht zunächst die Frauen entlassen, wenn Ihre These, die Sie aufstellen, so absolut gilt. Es ist sicher etwas Wahres daran. Das wissen wir alle. Es ist eine Entwicklung über viele Jahre und Jahrzehnte hin. Insofern meine ich auch, daß Ihre Betrachtungen einfach die Wirklichkeit außer acht lassen. Eine Situation, die sich über Jahrzehnte so verfestigt hat - das sagen wir auch -, kann sich doch nicht innerhalb von zwei Jahren oder auch nicht innerhalb von vier Jahren ändern.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Deshalb wollen wir radikalere Maßnahmen; da stimme ich Ihnen zu!)

Wir stellen fest, daß Maßnahmen, die solche Vorgaben machen, im Grunde genommen nicht greifen, sondern daß es entscheidend ist, daß im Ausbildungsbereich und in der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die wesentlicheren Dinge liegen. Das sind ein paar Vorgaben für die Bewerbung und für die Einstellung, die ich für absolut wichtig halte. Ich unterscheide mich von Ihnen nur dadurch, daß ich das nicht für das alleinige Heil- und für das alleinige Lösungsmittel ansehe.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Ich auch nicht!)

Ich weise noch einmal darauf hin, daß im Ausbildungsbereich des höheren und gehobenen Dienstes in der Tat zum Ende des Berichtszeitraums - er lag nun in 1986 - am 30. Juni 1986 der Frauenanteil bereits über 40 % beträgt. Das war doch in dem vorausgegangenen Bericht nicht so. In der Zeit vor diesen Fördervorgaben war es doch auch nicht so. Dies ist doch eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, daß Frauen dann auch in führenden Positionen und in Positionen mit höherer Anforderung auch in größerer Zahl vertreten sein können, wenn sie sich in die Ausbildung zu diesen Berufen begeben, so daß ich darin eigentlich die wesentlichste und positivste Aussage in diesem Bericht sehe. Die kann man doch nicht einfach wegwischen. Da kann man doch nicht einfach sagen, das sei eine Negativbilanz.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist nur konsequent und im Grunde genommen zwingend zu erwarten, daß sich diese positive Bilanz im Ausbildungsbereich in den nächsten Jahren dann auch auf die Beschäftigtenstruktur positiv auswirken wird.

Als weitere Bereiche, in denen sich positive Entwicklungen für Frauen abzeichnen, nenne ich nur noch einmal die Stellenausschreibungspraxis. Wir haben doch die Erfahrung, daß heute anders verfahren wird als zu der Zeit, bevor wir einmal mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht haben. Ich nenne den Fortbildungsbereich. Ich nenne die steigende Zahl an Teilzeitbeschäftigten.

Frau Rott, es ist immer dasselbe: Teilzeit vorwiegend für Frauen. - Meine Damen und Herren, es sind die Frauen, die vorwiegend Teilzeit wünschen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Frau Bill, DIE GRÜNEN: Logisch!)

Ich muß ehrlich gestehen, als ich meine vier Kinder im Schulalter hatte, war mir Teilzeit auch lieber als Vollzeit. Die Entscheidung, ob die Frau oder der Mann Teilzeit wählen oder ob die Frau überhaupt Teilzeit statt Vollzeit wählt, ist die Entscheidung innerhalb der familiären Situation.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Von uns ist doch nur gefordert, daß wir dafür sorgen, daß diese Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung stehen. Darum kann es doch nur gehen.

(Beifall der F.D.P. und bei der CDU)

Wenn Sie uns vorwerfen, wir hätten die Chance bei der Haushaltsgestaltung verpaßt, dort mehr Teilzeitarbeitsplätze zu schaffen, dann muß ich sagen, da mögen Sie recht haben. Nur tun Sie hier wieder etwas, was Sie an vielen anderen Stellen im Zusammenhang mit Haushaltsberatungen getan haben. Sie stellen unentwegt neue Forderungen auf.

(Frau Rott, SPD: Die berechtigt sind!)

Sie fordern unentwegt zusätzliche Ausgaben, und Sie, die gleichen, werfen uns vor, daß der Haushalt zu sehr steigt, daß wir zuviel ausgeben und die Neuverschuldung zu hoch ist.

(Beifall der F.D.P.)

Das gilt auch in diesem Bereich. Wir können nicht so tun, als lebten die Frauen allein auf der Erde und im luftleeren Raum und als habe sich Frauenpolitik von allen anderen Betrachtungen und Wirklichkeiten isoliert. Sie kann sich immer nur im Kontext der Gegebenheiten vollziehen.

(Beifall bei der F.D.P. -
Frau Bill, DIE GRÜNEN: Genau!)

Das ist die Grundlage unserer politischen Entscheidungen.

(Frau Rott, SPD: Wir fordern nicht mehr, als uns zusteht!)

- Gut. Nur muß es auch verwirklicht werden. Wir sind uns im Fordern einig. Wir unterscheiden uns nur in der Beurteilung der Lage. Sie sagen: Alles negativ. -

(Frau Schneider, SPD: Sie alles positiv!)

Wir sagen: Die Entwicklung geht in die Richtung, in der wir sie haben wollen, und in die richtige Richtung. - Das weist

der zweite Bericht aus. Ich bin davon überzeugt, der dritte Bericht wird wieder bessere Daten aufzeigen, ohne daß ich das jetzt im Detail sagen kann.

Wir unterscheiden uns darüber hinaus in der Bewertung der Lösungsansätze. Sie versprechen sich das Heil von einem Gesetz und von Leitlinien zur Frauenförderung und ähnlichem. Wir sind der Meinung, daß das zwar ein Mittel zur Lösung der Probleme ist, daß dazu aber vieles andere kommen muß. Wenn dem nicht so wäre, wären die Ergebnisse aufgrund der Förderprogramme bessere. Ich sage noch einmal, alle Bundesländer machen die gleichen Erfahrungen, wie wir sie auch machen. Nach meiner - wie ich meine - realistischen Beurteilung hat sich das Bewußtsein für frauenpolitische Zielvorstellungen dank des bestehenden Frauenförderungsprogrammes sehr geschärft und auch positiv entwickelt.

Auch ich verhehle nicht, daß es noch gezielter Vorgehensweisen bedarf und daß es noch weiterer Anstrengungen bedarf - das haben wir von dieser Stelle aus mehrfach gesagt -, damit wirklich die frauenpolitische Zielvorgabe, Frauen zusätzliche Chancen zu geben, auch Wirklichkeit wird.

So ist in der Zukunft insbesondere bei Neueinstellungen und Beförderungen darauf zu achten, daß Frauen entsprechend berücksichtigt werden, aber eben nicht mit Quotenregelung. Das ist einfach meine feste Überzeugung, daß wir damit den Frauen keinen Gefallen tun. Das Fortbildungsangebot ist weiter zu verbessern. Es ist schon geschehen. Wir können nachprüfbar feststellen, daß mehr Angebote gemacht werden und Frauen im öffentlichen Dienst diese Fortbildungsangebote auch mehr in Anspruch nehmen. Das Fortbildungsangebot ist einerseits dahingehend zu verbessern, daß Frauen speziell im Interesse ihres beruflichen Aufstiegs entsprechende Angebote unterbreitet werden. Andererseits ist es aber auch erforderlich, daß sich die Beschäftigten in den Personal- und Organisationsabteilungen mit Fragen der beruflichen Förderung von Frauen in ihrer Behörde beschäftigen und auseinandersetzen, damit die Entscheidungen auch immer mehr entsprechend nach diesen Grundsätzen und Forderungen fallen.

Es kommt darauf an, daß die Frauen in der Fortbildung und darüber hinausgehend die Förderungen erhalten, und zwar ganz konkret erhalten, die für sie hilfreich sind. Meine Damen und Herren, unter diesem Aspekt wird sich die Landesregierung, wenn Sie der Beschlußempfehlung des Ausschusses folgen werden, mit diesem Prüfauftrag des Ausschusses für Frauenfragen und des Innenausschusses auseinandersetzen und sehr ernsthaft die dort gestellten Fragen prüfen und daraus die Konsequenzen ziehen.

Ich möchte jetzt noch kurz darauf eingehen, was im CDU-Antrag gefordert ist. Es geht dabei um die Frage nach der Bewerberstatistik. Dazu kann ich sagen, daß zur Zeit die Einführung einer solchen Bewerberstatistik zwischen den Ressorts abgestimmt wird. Danach wird es voraussichtlich allerdings erst in einigen Jahren - ich schätze einmal in 1992 - möglich sein, über das Verhältnis der Einstellungen zu den Bewerbungen zu berichten. Meine Damen und Herren, das ist hier schnell gesagt. Es muß zunächst einmal beschlossen werden. Dann muß es getätigt werden. Man muß dies einmal über einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren praktizieren. Dann muß man darüber berichten.

Ich gebe allerdings folgendes zu bedenken: Die Gründe für die Ablehnung von Bewerbern oder Bewerberinnen, wenn auch in anonymisierter Form, mitzuteilen, halte ich nicht für unproblematisch. Die Personalauswahl im Landesdienst erfolgt nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. Wenn dann Ablehnungsgründe dargestellt werden, so könnte sich das meiner Meinung nach für die betroffene Person auch zukünftig gesehen als nachteilig erweisen. Weiterhin besteht natürlich auch die Gefahr, daß trotz anonymisierter Form aufgrund bestimmter Sachverhalte Rückschlüsse auf die entsprechende Person gezogen werden.

Ich möchte diese Bedenken heute hier anmelden; es wird im Zuge der Beratungen im Ausschuß noch zu prüfen sein.

Wir meinen, eine Bewerberstatistik sollte ohne die geforderte Begründung geführt werden; denn aus dem Zahlenverhältnis allein kann man schon einen Großteil ablesen. Dieses Zahlenverhältnis allein kann schon als Indikator dafür dienen, inwieweit es dann in der Praxis gelingt, Frauen konkret zu fördern.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Das, was wir in unserem zweiten Bericht zur Umsetzung der Leitlinien aufgrund der uns gegebenen Daten - da ist nichts manipuliert, und wir erfüllen uns mit diesen Zahlen nicht unsere Wünsche; denn sonst sähen sie anders aus - darlegen und zusammenstellen konnten, läßt die Feststellung zu, daß die Entwicklung in die von uns beabsichtigte gute Richtung geht, daß sie in kleinen Schritten vorangeht, daß sich herausgestellt hat, daß Förderrichtlinien allein nicht ausreichen, um die Situation der Frauen in diesem Bereich zu verbessern, daß viele, viele andere flankierende Maßnahmen hinzukommen können. Diese Maßnahmen sind zum Teil heute morgen hier genannt worden. Dazu gehört alles, was für die Familiensituation getan wird, wobei wir die Leistungen immer wahlweise den Männern und Frauen anbieten, auch dies ein Schritt in die richtige Richtung. Wie die Männer sie wahrnehmen und auch wahrnehmen können, das ist in der Tat - das ist meine feste Überzeugung - wirklich immer die Entscheidung der betroffenen Männer und Frauen in ihrer aktuellen Situation, und dies läßt sich - Gott sei Dank, würde ich sagen - nicht gesetzlich verordnen und auch nicht gesetzlich und vom Staat her kontrollieren.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Präsident Dr. Volkert:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Kurt-Schumacher-Schule Ingelheim.

(Beifall des Hauses)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die Beschlußempfehlung des Ausschusses für Frauenfragen - Drucksache 11/799 -. Es handelt sich um eine Beschlußempfehlung zu den beiden Großen Anfragen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion. Wer dieser Beschlußempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Beschlußempfehlung einstimmig angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 11 „Einstellung von Männern und Frauen in den Landesdienst im Verhältnis zu den Bewerbungen" - Drucksache 11/914 - ist Ausschußüberweisung beantragt worden. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag an den Ausschuß für Frauenfragen überwiesen.

(Frau Rott, SPD: Federführend an den Innenausschuß und mitberatend an den Ausschuß für Frauenfragen!)

- An den Innenausschuß als federführenden Ausschuß und an den Ausschuß für Frauenfragen als mitberatenden Ausschuß. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall; dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich hatte gestern angekündigt, daß es dem Herrn Kultusminister heute wegen einer dringenden Verpflichtung nicht möglich ist, an der gesamten Sitzung teilzunehmen. Ich rufe daher nunmehr die Tagesordnung ab Punkt 14 auf, und zwar zunächst

Punkt 14 der Tagesordnung:.

Deutsch-polnische Schülerpartnerschaft
Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 11/437 -

Zur Begründung des Antrags erteile ich Frau Kollegin Büttner das Wort.

Abg. Frau Büttner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion, heute unter Tagesordnungspunkt 14, die Landesregierung möge über die Entwicklung und Perspektiven deutsch-polnischer Schülerpartnerschaften berichten, begleitet die Tagesordnungen seit dem Ende des vergangenen Jahres. Es bewahrheitet sich aber das Sprichwort: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. - Ferner kann man sagen: Auch dann, wenn wichtige Dinge liegenbleiben, kann das gute Folgen haben. -

Mittlerweile haben wir Positives zu vermerken, nämlich dies, daß wir in den verabschiedeten Doppelhaushalt für jedes Haushaltsjahr je 100 000 DM für die deutsch-polnischen Schülerpartnerschaften eingestellt haben. Außerdem ist eine weitere Gruppe rheinland-pfälzischer Schüler und Schülerinnen von einer diesjährigen zwölftägigen Informations- und Besuchsreise in den Osterferien in Polen mit positiven Ergebnissen zurückgekehrt.

Studienfahrten rheinland-pfälzischer Schüler und Schülerinnen nach Polen bestehen seit rund zehn Jahren. Erwachsen sind diese Fahrten aus den seit 1970 in Rheinland-Pfalz bestehenden Schülerwettbewerben „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn". Preisträger aus diesen Wettbewerben dürfen seit dem Jahr 1978 alljährlich in jeweils zwölftägigen Studienfahrten die Volksrepublik Polen besuchen. Die Reisen werden vom Kultusministerium ausgerichtet.

Darüber hinaus entstanden aufgrund der mit polnischen Schulen und deren Schülern gewonnenen Kontakte Beziehungen zwischen einzelnen rheinland-pfälzischen Schulen und polnischen Schulen insbesondere auf gymnasialer Ebene. Ich erwähne hierbei vor allen Dingen die Beziehungen zwischen dem Görres-Gymnasium in Koblenz und dem Fünften allgemeinbildenden Lyzeum in Thorn deshalb, weil 1986 aus diesen Schülerbeziehungen die erste Schülerpartnerschaft entstanden ist, weil, und das ist der entscheidende Durchbruch, erstmals polnische Schüler in Rheinland-Pfalz weilten. Sie alle werden sich an den Besuch der Schüler aus diesem Gymnasium im Juli des vergangenen Jahres erinnern können, als wir auch noch zu diesem Zeitpunkt die Ausstellung über Thorn im Landtag hatten. Ich selbst habe diese Schülergruppe betreuen dürfen und weiß daher, wie entscheidend wichtig der Schritt nach vorne war, polnische Schüler bei uns zu wissen. Ein bemerkenswerter Durchbruch.

Wenn ich eingangs von einer Gruppe von Schülern und Schülerinnen sprach, die in den Osterferien 1988 erneut in Polen war, so habe ich hierzu besonderen Anlaß; denn neben all den genannten Beziehungen fahren seit 1986 Schüler und Schülerinnen des freiwilligen 10. Hauptschuljahres, die den qualifizierten Sekundarabschluß I erstreben, ebenfalls zwölf Tage lang nach Polen. An dieser Reise in den Osterferien haben 73 Schüler und Schülerinnen teilgenommen. Es war die dritte Reise dieser Art von Hauptschülern.

Alle diese Aktivitäten waren Anlaß für die CDU-Fraktion, den vorliegenden Antrag - wir hoffen, Sie unterstützen diesen - einzubringen.

Die Studienfahrten haben für uns nichts mit Vergnügungstourismus zu tun. Begegnungen dieser Art haben vielmehr einen tiefen Sinn. Deutsch-polnische Schülerbeziehungen er-

wuchsen und vollziehen sich auf dem Hintergrund dunkelster, bitterster und leidvollster deutscher Geschichte. Die Zeit des Nationalsozialismus, der Zweite Weltkrieg, der das deutsche Volk in die größte Katastrophe seiner Geschichte führte, hinterließen eine schreckliche, eine traurige Bilanz, die heute noch, auch was insbesondere das Verhältnis zu Polen angeht, alles andere als ausgeglichen ist. Millionen Tote aus kriegerischen Auseinandersetzungen, Millionen Tote in Konzentrationslagern bleiben unvergessen und mahnen, ebenso das Schicksal der Vertriebenen und Flüchtlinge; dies gilt auch für Polen.

Mit dieser Vergangenheit mußten wir Deutsche leben lernen und müssen wir in Zukunft leben. Aus dieser Vergangenheit erwuchs aber auch der Wille zu und die Verantwortung für Versöhnung und Frieden in Freiheit. Wir Deutsche haben die Lektion der Geschichte begriffen.

Es kann für uns keine friedliche Zukunftsgestaltung ohne Akzeptanz der Vergangenheit geben. Das gilt auch insbesondere für diejenigen, die Krieg und Nachkriegszeit nicht erlebt haben. Weil wir in der Pflicht stehen, unseren Beitrag für eine friedliche Zukunft einzubringen, deshalb ist den seit 18 Jahren in Rheinland-Pfalz alljährlich durchgeführten Schülerwettbewerben - allein drei davon befaßten sich mit dem Thema Polen - und den daraus erwachsenen deutsch-polnischen Schülerbeziehungen eine besondere Bedeutung beizumessen. Insgesamt dienen diese der Vergangenheitsbewältigung und der Zukunftsgestaltung zugleich.

Wer sich Preisträgerarbeiten der Wettbewerbe anschaut, wer Schülerarbeiten zur Vorbereitung von Studienfahrten nach Polen oder aber deren Berichte über diese Studienfahrten liest, wird über den Umfang der Kenntnisse, vor allem aber auch über Interesse sowie Engagement unserer Schüler und Schülerinnen, mit dem sie sich den gestellten Aufgaben widmen, überrascht sein.

Die Begegnungen deutscher und polnischer Schüler und Schülerinnen, der notwendige Dialog miteinander, müssen Kenntnisse über Land und Leute, über geschichtliche, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen des - wohlbemerkt - anderen Landes einschließen. Echte Schülerpartnerschaften, wie sie sich seit 1986 zu entwickeln beginnen, sind nur lebensfähig, wenn man Gegenseitigkeit erlebt, voneinander weiß; denn nur dann ist Partnerschaft effizient zu entfalten. Das wird nicht immer einfach sein; denn Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit müssen gegenseitige Information bestimmen. Aus Sachlichkeit soll Toleranz erwachsen, aus Toleranz Verständnis füreinander und aus diesem Verständnis Freundschaft. Das ist nicht einfach. Zum Beispiel darf geschichtliche Information nicht auf die Zeit nach 1933 verkürzt werden, nein, sie muß die gesamtgeschichtliche Entwicklung seit Jahrhunderten einschließen. Zum Beispiel kann zur Freundschaft und zum Verständnis beitragen und hilfreich sein, daß im 16. Jahrhundert bereits ein Höhepunkt friedlicher deutsch-polnischer Beziehungen bestand.

Es gehört aber auch dazu das Wissen um die Unterschiedlichkeit staats- und verfassungsrechtlicher sowie gesellschaftspolitischer Ordnungen mit den daraus resultierenden Konsequenzen. Dies heißt für polnische Schüler, freiheitlich-demokratische Rechtsordnung zu verstehen, auch in ihren Funktionsabläufen, und für deutsche Schüler und Schülerinnen sollte zum Beispiel Verständnis für die Katholizität der Polen entstehen. Das sollte bewußt werden, weil nicht zuletzt diese Katholizität darauf beruht, daß seit 966 ein Bündnis zwischen Kirche und Staat in Polen existiert.

Meine Damen und Herren, am wichtigsten ist aber nicht das theoretische Wissen. Am allerwichtigsten sind die persönlichen Begegnungen, das sich Kennenlernen, das Voneinanderlernen. Hier meinen wir, gerade die Zusammentreffen mit den Familien, die Möglichkeit, nunmehr auch die Zeit in polnischen Familien zu verbringen oder aber die polnischen Schüler in deutschen Familien, das sichert, die Aufgabenstellung zu erreichen, daß Freundschaft und letztlich damit ein entscheidender Beitrag für Frieden erwächst.

Die Gastfreundschaft und die Herzlichkeit, die unsere Schüler und Schülerinnen in Polen erfahren haben, ist wohl überwältigend. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich zwei Schülerstimmen zitieren, zunächst die Polin Johanna: Vielleicht fehlt es bei uns an vielem. Für mich sind jedoch Herzlichkeit, Gastfreundschaft und Aufrichtigkeit die wichtigsten Voraussetzungen, die die Freundschaft richtig unterstützen, und diese wollten wir und wollen wir weiter unseren Freunden von ganzem Herzen schenken. -

(Beifall bei der CDU)

Die Deutsche Uta: So glaube ich, daß der Gegenbesuch in Thorn auf beiden Seiten Früchte tragen wird und viele sich auch im nächsten Jahr sehen werden. Ob in Deutschland oder in Polen ist im Grunde genommen unwichtig; denn was zählt, ist das Wiedersehen der Freunde. -

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Beispiele, die ich Ihnen eben vortrug, sind keine Einzelheiten, sondern Bände mit derlei Auffassungen gefüllt. Das ist ein Ansatz dafür, die Beziehungen weiter friedlich auszubauen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen. Die deutsch-polnischen Schülerbeziehungen haben sich nicht von heute auf morgen voll entfaltet. Es war zögerliche, langsame und auch harte Arbeit, anders, als man dies vom deutsch-französischen Jugendwerk her gewohnt war; denn die Voraussetzungen zu anderen politischen gesellschaftlichen Verhältnissen sind andere. Hinzu kommt, daß in Polen nicht verordnet wurde und auch nichts von offizieller Seite dazu beigetragen wurde. Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Im Gegenteil, diese Schülerbeziehungen haben sich auf einer

Ebene entwickelt, die praktisch das Erziehungsministerium in Polen duldete, ihnen nicht widersprochen hat, zunächst aber am Anfang sicherlich nicht wollte.

Viel Engagement mußte eingebracht werden, und ich meine, wir sollten heute einem Mann insbesondere danken, der nicht nur die Schülerwettbewerbe, sondern auch diese Begegnungen zwischen polnischen und deutschen Schülern überhaupt ermöglicht hat; es ist Herr Leitender Ministerialrat Wolff, der sich heute auch auf der Zuhörertribüne befindet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ergänzt werden im Lande Rheinland-Pfalz - und das halte ich auch für eine ganz wichtige Sache - diese Begegnungen der Schüler durch Begegnungen von Lehrern. Herrn Studiendirektor Luszczynski ist dafür auch sehr herzlich zu danken, der in den letzten Osterferien eine Begegnung deutscher und polnischer Lehrer herbeiführte.

Wir hoffen, daß sich die deutsch-polnische Schülerpartnerschaft festigt und ausweitet, vertieft, und wir wünschen, daß eine Teilnahme polnischer Schüler an den Schülerwettbewerben „Deutsche und die östlichen Nachbarn", wie sie sich abzeichnet, sich in naher Zukunft realisieren wird. Wir freuen uns, wenn wir demnächst in diesem Landtag sehr viele Schülerklassen aus Polen begrüßen können. Wir leisten damit einen ganz entscheidenden und wesentlichen Beitrag zum Frieden mit den östlichen Völkern, zum Frieden in dieser Welt. Da sollte uns keine Mühe zu viel sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Persönlich wünschte ich mir, daß ich eines Tages an diesem Pult stehen könnte, um einen ähnlichen Antrag zu begründen, der die Landesregierung veranlassen möge, über deutsch-deutsche Schülerbeziehungen in ähnlicher Weise berichten zu können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Dr. Volkert:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Rech.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Schiffmann.

Abg. Dr. Schiffmann, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser vorgezogenen schulpolitischen Debatte erleben wir jetzt einen etwas einvernehmlichen Einstieg, wie ich es nachher noch ausführen werde.

Aber gestatten Sie mir vorab einige Bemerkungen zum parlamentarischen Stil dieses Antrages der CDU-Fraktion. Der Kulturpolitische Ausschuß des Landtags hat bereits in seiner 3. Sitzung am 18. September des letzten Jahres einen Antrag der CDU-Fraktion über - ich zitiere - „Deutsch-polnische Schülerbegegnung, Beziehungen zwischen rheinland-pfälzischen und polnischen Schulen" gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung beraten.

Die sehr ausführliche Berichterstattung des Kultusministeriums und die intensive Beratung im Ausschuß haben auf insgesamt neun Protokollseiten ihren entsprechend ausführlichen Niederschlag gefunden. Auf Seite 62 dieses Protokolls ist dann abschließend vermerkt, daß der Antrag der CDU-Fraktion damit seine Erledigung gefunden habe. Obwohl die CDU dieser Feststellung nicht widersprochen hat, hat sie eineinhalb Monate später mit der Drucksache 11/437 mit leichten textlichen Abwandlungen - das sei zugestanden - denselben Antrag erneut eingebracht, diesmal allerdings im Plenum. Ein durch und durch merkwürdiges Verfahren vom parlamentarischen Stil her; es sei denn, es hätten sich in diesen anderthalb Monaten völlig neue Sachverhalte ergeben. Den Nachweis dafür ist Frau Kollegin Büttner in ihrer hier vorgetragenen Begründung allerdings schuldig geblieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neulich haben Vertreter der CDU in bezug auf einen Antrag der GRÜNEN nicht ganz zu Unrecht von - ich zitiere - einer unnützen Effekthascheraktion gesprochen, die diesem Haus nur Geld und Arbeitszeit koste. Bei Anlegung dieses Maßstabs kann der vorliegende CDU-Antrag in keiner Weise anders qualifiziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem der zuständige Fachausschuß sich ausführlichst mit diesem Thema befaßt und der Minister sowie der zuständige Beamte des Ministeriums umfassend Bericht erstattet haben, macht die heutige Wiederholung als parlamentarische Haupt- und Staatsaktion wenig Sinn; um so weniger, wenn man den Berg unerledigter Anträge bedenkt, den das Plenum vor sich herschiebt.

Des Rätsels Lösung - und damit vermutlich der Zweck der heutigen Wiederaufführung desselben Themas, so drängt sich die Vermutung auf - liegt wohl darin, daß nach einer langen Durststrecke endlich einmal wieder ein positiver Aspekt rheinland-pfälzischer Schulpolitik der staunenden Öffentlichkeit präsentiert werden soll, und sei er auch noch so klein.

(Beifall bei der SPD)

Motivation für das ungewöhnliche Verfahren ist offenkundig weniger die Sache selbst als das fürsorgliche Bemühen der CDU-Fraktion um das Image des Kultusministers.

(Dahmen, CDU: Ach, du lieber Gott!)

Herrn Staatsminister Gölter, seit langem von negativen schulpolitischen Schlagzeilen und Protesten von Schülern, Eltern und Lehrern verfolgt, inzwischen fast mehr ein Minister des Unterrichtsausfalls, des Lehrermangels und seit neuestem des Unterrichtsabbaues

(Beifall bei der SPD)

als ein Minister für Unterricht und Kultus,

(Dahmen, CDU: Kommen Sie mal zum Thema!)

Herrn Gölter also soll Gelegenheit gegeben werden, an dieser Stelle endlich auch einmal etwas Erfreuliches vortragen zu dürfen; und - gestatten Sie mir die Bemerkung - es ist etwas Erfreuliches.

Meine Damen und Herren, die deutsch-polnischen Kontakte zwischen Schulen und Schülern, die in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz mit Unterstützung des Kultusministeriums auf den Weg gebracht worden sind, werden auch von uns Sozialdemokraten unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Um so mehr bedauern wir es, daß sie für ein parlamentarisch nicht ganz seriöses Verfahren herhalten müssen und zum Gegenstand eines Schauantrages gemacht worden sind.

(Dahmen, CDU: Ach!)

Nun zur Sache selbst.

(Dahmen, CDU: So billig!)

- Die Zwischenrufe dieser Qualität bestätigen das, was ich vor zwei Minuten hier über Ihr Image gesagt habe.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Sache selbst.

Zur Völkerverständigung beizutragen, ist ein wichtiger pädagogischer Auftrag an unsere Schulen. Es gilt, Verständnis für die Geschichte und die geschichtlich gewachsenen politischen und gesellschaftlichen Strukturen und die Einstellungen, für die Kultur und die Lebensweise anderer Völker zu wecken. Nur so wird das notwendige Verständnis für das friedliche Zusammenleben unterschiedlich organisierter Nationen wachsen. An dieser Aufgabe muß in den Schulen fächerübergreifend gearbeitet werden.

Aber wir sind uns alle darüber einig, daß sich das im Schulsaal und mit begrüßenswerten Wettbewerben allein nicht erreichen lassen wird. Die unmittelbare Erfahrung, die persönliche Anschauung, der direkte Kontakt mit Menschen eines anderen Volkes, vor allem aber mit Gleichaltrigen, das sind unverzichtbare Elemente, wenn nicht bloß abstraktes Wissen ohne lebendigen und gefühlsmäßigen Inhalt angehäuft werden soll.

Ein Zweites kommt hinzu. Aus der Kenntnis andersartiger Erfahrung und Sichtweisen können unsere jungen Menschen unendlich viel für ihre eigene Standortbestimmung in unserer Gegenwart und in unserer Geschichte gewinnen. In dem Spiegelbild, das uns andere Völker vorhalten, mag es auch manchmal etwas verzerrt sein, können wir immer auch etwas über uns selbst lernen.

Diese allgemeine Feststellung gilt mehr noch als in anderen Fällen für unsere Beziehungen zu all denjenigen Völkern, deren Geschichte über Jahrhunderte hinweg in verhängnisvoller Weise mit der deutschen Geschichte und dabei vor allem mit ihren expansionistischen und aggressiven Traditionslinien verknüpft ist. Die Beziehungen zu diesen Völkern, die in den letzten 120 Jahren von den Deutschen mit Krieg und Vernichtung überzogen wurden, bedürfen besonderer und besonders sensibler Pflege.

Verwandte politische und gesellschaftliche Strukturen haben über alle ehemaligen Feindbilder hinweg und über alle bis heute nachwirkenden persönlichen Schicksale hinweg intensive Kontakte beispielsweise zu Frankreich und Israel ermöglicht. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und das dichte Geflecht des beidersertigen Jugendaustausches sowie der direkten schulischen Kontakte sind ein hervorragendes Beispiel praktischer Erziehung zum Frieden.

(Beifall bei der SPD)

Anders sieht es im Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn aus. Hier mußten mühsam und nach vielen politischen Widerständen von seiten der konservativen Kräfte in unserem Lande erst durch die Vertragspolitik der sozial-liberalen Regierung Anfang der 70er Jahre die notwendigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Begegnung von Mensch zu Mensch schrittweise ermöglichten.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne für das Verhältnis zu Polen nur den Warschauer Vertrag von 1970. Ohne diese Verträge und ohne die KSZE-Akte - alles wesentliche Elemente sozialdemokratischer Außenpolitik - wären wir nicht da, wo wir heute sind.

Im Vergleich zu den Schüler- und Jugendkontakten zu unseren westlichen Nachbarn stehen wir allerdings im Verhältnis zu Polen - Frau Büttner hat das hier auch erläutert - zweifellos immer noch in den bescheidenen Anfängen. Nicht umsonst ist in dem Bericht, den die Landesregierung im Ausschuß gegeben hat, das Wort schwierig eines der am häufigsten verwendeten.

Wie auch bei den kulturellen Kontakten zu Polen, die von rheinland-pfälzischen Städten und Organisationen unter-

halten werden, braucht vieles Zeit zum Wachsen, nicht zuletzt angesichts der schwierigen inneren Probleme Polens.

Ich darf für die SPD-Fraktion sagen, daß wir alle Schritte unterstützen werden, die dazu geeignet sind, über den Kreis der 500 rheinland-pfälzischen Schüler hinaus, die durchschnittlich in den letzten Jahren Polen besucht haben, einer wesentlich größeren Zahl von Schülern aller Schularten die Möglichkeit zu geben, sich eine eigene Anschauung von diesem Lande und seinen Menschen zu verschaffen; von einem Lande, das im Gefolge des von Hitler-Deutschland geführten Vernichtungskrieges wesentliche Teile seiner früheren intellektuellen Führungsschicht, fast seine gesamte jüdische Bevölkerung, wesentliche Teile seines früheren Staatsgebietes und erhebliche Teile seines kulturellen Erbes verloren hat.

In den persönlichen Kontakten mit polnischen Jugendlichen können unsere Schüler erfahren, was es bedeutet hat, daß große Teile der polnischen Bevölkerung ihre Heimat verloren haben und in die ehemals deutschen Gebiete umgesiedelt wurden, die jetzt von den dort herangewachsenen polnischen Generationen als i h r e Heimat betrachtet werden. Sie können und sollen daraus lernen, wie notwendig der politische Gewaltverzicht und die Respektierung der bestehenden Grenzen für das friedliche Zusammenleben unserer Völker ist.

(Beifall bei der SPD)

Mit jedem Gang durch die polnischen Städte wird ihnen klarwerden, welches Zerstörungswerk Deutsche in Polen zu verantworten haben und welche gewaltige Aufbauleistung dieses wirtschaftlich nicht auf Rosen gebettete Volk vollbracht hat.

Aber so wichtig es ist, daß deutschen Schülern die Erfahrungen in Polen vermittelt werden: die deutsch-polnischen Kontakte auf der Ebene der Schulen und der Schüler dürfen keine Einbahnstraße in Richtung Osten sein. Auch wenn die Polen ein aufgeschlossenes, kulturell traditionell nach Westen orientiertes Volk sind, so sind doch auch im kollektiven Bewußtsein der Polen viele Ressentiments und Klischees über das Leben und die gesellschaftlichen und politischen Strukturen in der Bundesrepublik verankert worden, die gleichfalls nur durch eigene Anschauung aufgeweicht werden können.

Die kulturellen Kontakte rheinland-pfälzischer Städte, zum Beispiel auch meiner Heimatstadt Frankenthal nach Polen und die Universitätskontakte von Mainz nach Polen, verlaufen inzwischen Gott sei Dank und erfreulicherweise in beiden Richtungen.

Wir wissen - da stimme ich Frau Kollegin Büttner zu -, daß das der schwierigste Teil der Aufgabe ist, weil hier auch andersartige Bedenken von polnischer Seite hineinspielen. Aber gerade deshalb sollte mit großer Intensität daran weitergearbeitet werden.

Der Landtag hat, getragen von allen Fraktionen, im Haushalt die Mittel für die deutsch-polnischen Schülerkontakte verstärkt. Damit ist ein erster Schritt zur Sicherung dieser Kontakte auf längere Sicht getan; denn es wird auf Dauer nicht möglich sein, sich wie bisher bei der Finanzierung überwiegend auf das dankenswerte Engagement der Bosch-Stiftung zu verlassen. Das Engagement der Stiftung ist bekanntermaßen lediglich als Anlauffinanzierung gedacht, um eine Initialzündung, die inzwischen auch erfolgt ist, zu ermöglichen.

Hier müßte einmal der Kultusminister seine Vorstellungen erläutern, in welcher Weise er sich eine dauerhafte Finanzierung vorstellt, wenn die Kontakte zahlenmäßig noch verstärkt werden sollen.

Lassen Sie mich mit einem Dank an diejenigen im Kultusministerium und an diejenigen abschließen, die in den Schulen mit großem persönlichen Engagement und auch zum großen Teil in unbürokratischer Weise diese menschlichen Kontakte, die die Voraussetzung für die organisierten Kontakte waren, ermöglicht haben.

Vielen Dank

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Volkert:

Ich erteile Herrn Kollegen Professor Reisinger das Wort.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion begrüßt, daß wir heute einmal über dieses Thema des Schüleraustauschs mit Polen sprechen können.

Herr Dr. Schiffmann, ich muß sagen, man muß schon einen engen Horizont besitzen und auch einen kleinen Geist,

(Widerspruch bei der SPD)

wenn man dahinter kleinliche Motive vermutet, daß die CDU-Fraktion hier beantragt hat, über dieses Thema zu sprechen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, so wie Schülerbegegnungen, Schüleraustausch mit unseren westlichen Nachbarn, insbesondere mit unserem französischen Nachbarn, wesentlich dazu beigetragen haben, daß sich aus einer jahrhundertelangen Gegnerschaft und Feindschaft mittlerweile Freundschaft entwickelt hat und für die junge Generation zu einer Selbstverständlichkeit wird, ist es wichtig, daß wir auch mit unseren Nachbarvölkern im Osten und speziell mit den Polen, mit denen uns ein gemeinsames tragisches Schicksal

verbindet, ein gut nachbarliches Verhältnis entwickeln. Dabei ist es besonders wichtig und berechtigt zu großen Hoffnungen, wenn junge Menschen, wenn Schüler sich begegnen. Für die F.D.P.-Fraktion gab es deshalb keinen Zweifel, daß wir uns trotz der schwierigen Haushaltslage hier unterstützend engagieren würden.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P. haben deshalb Mittel von jeweils 100 000 DM - meine Kollegin Frau Büttner hat schon darauf hingewiesen - beantragt. Dieses ist von allen Fraktionen so beschlossen worden. Diese Mittel sollen speziell für die seit 1970 in Rheinland-Pfalz laufenden Aktivitäten beim Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn" für Fahrten von Preisträgern dieses Wettbewerbs nach Polen, für Klassenfahrten nach Polen und für die erfreulicherweise zunehmende Zahl von Klassenfahrten von Polen nach Rheinland-Pfalz eingesetzt werden.

Daß ein Programm deutsch-polnischer Schülerpartnerschaft wegen der sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systeme in Polen und Rheinland-Pfalz mehr Probleme bei der Realisierung als zum Beispiel bei ähnlichen Unternehmungen mit Frankreich macht, muß nicht näher erläutert werden.

Um so erfreulicher ist, daß gerade im letzten Jahr der Durchbruch bis zur offiziellen Ebene in Polen gelungen ist. Die politisch Verantwortlichen dort gehören einer Generation an, deren Vorbehalte und Bedenken, die in ihrer geschichtlichen Erfahrung begründet sind, auf unserer Seite höchstens Anlaß zum Nachdenken, keinesfalls aber Anlaß zu unwirscher Kritik sein sollten. Auch Bedenken, daß polnische Schüler, die immer nur kurz - in der Regel eine Woche - zu uns kommenn und vor allem von der im Vergleich blühenden wirtschaftlichen Situation geblendet sein können, später mit dem polnischen Alltag, in den sie immer wieder zurück müssen, womöglich nicht mehr so gut fertig werden können, sollten wir ernst nehmen.

Ich glaube, wenn wir die polnischen Verantwortlichen davon überzeugen, daß wir diese Probleme partnerschaftlich erkennen und berücksichtigen, wird sich die derzeitige Einbahnstraßen-Situation - so ist sie im Bericht des Kultusministers im Ausschuß genannt worden; sie ist immer noch vorhanden - verbessern und es wird zu einem ausgeglicheneren wechselseitigen Besuchsprogramm kommen können. Dies muß unser Ziel sein, wenn wir den Begriff Partnerschaft, der im Wort Schülerpartnerschaft steckt, ernst nehmen.

Die F.D.P.-Fraktion würde es deshalb auch begrüßen, wenn der Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn" zu einem integrierten Wettbewerb entwickelt werden könnte, an dem auch polnische Schüler teilnehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Von den Sprachkenntnissen her bietet sich das in Polen deshalb an, weil dort das Deutsche nicht auf dem Rückzug wie in anderen Teilen der Welt ist. Dort gibt es eine größere Zahl von Schulen, in denen Deutsch als zweite Fremdsprache nach Russisch und nicht Englisch angeboten wird, wie es eigentlich der Regelfall ist. Die Teilnahmemöglichkeit an einem Wettbewerb mit der Chance für Preisträger zu einem Besuch hier könnte die positive Tendenz zum Deutschen hin verstärken.

Wenn ich dies so sage, so hat dies nichts damit zu tun, daß ich womöglich meine, daß ausgerechnet in Polen die Welt am Deutschen genesen sollte, sondern dies entspricht der wohl unbestrittenen Erkenntnis, daß mit Nachbarn, die Kenntnisse der eigenen Sprache und damit auch Wissen um kulturelle Hintergründe besitzen, auf Dauer bessere Beziehungen möglich sind als mit Nachbarn, mit denen dies sozusagen auf der sprachlosen Ebene bleiben muß.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und CDU)

Anzumerken ist allerdings, daß sich hier eine Einbahnstaßenproblematik in anderer Richtung als eben genannt auftut, wenn nicht auch Angebote in Polnisch bei den deutschen Partnerschulen erfolgen.

In 1987 haben zwei polnische Klassen Rheinland-Pfalz besucht. Die Partnerschulen waren das Görres-Gymnasium in Koblenz und die Realschule in Kandel. Erfreulich ist, daß im Herbst 1987 mit dem Gymnasium in Jelena Góra, dem früheren Hirschberg, ein neuer Schulstandort in Polen hinzugekommen ist. Zunächst erfolgte ein Besuch von hier aus. Inzwischen haben insgesamt zehn Klassen aus Rheinland-Pfalz zu einem Besuch in Polen geweilt.

Alles dies hat natürlich auch eine finanzielle Seite. Die Robert-Bosch-Stiftung in Stuttgart hat sich bisher dankenswerterweise bei den Polenfahrten stark engagiert und dies besonders in Rheinland-Pfalz. Sie hat damit honoriert, daß Rheinland-Pfalz bezüglich der Kontake von Schulen und Hochschulen nach Polen hin am aktivsten unter allen Bundesländern war. Wir von der F.D.P.-Fraktion würden es begrüßen, wenn die Robert-Bosch-Stiftung weiterhin dieses Engagement maßgeblich unterstützen könnte.

Auf der anderen Seite verstehen wir auch, daß die Stiftung an dem Prinzip festhalten will, daß sie die Projekte nur so lange weitgehend fördern will, bis sie etabliert sind. Diese Haltung wird dem Liberalen Robert Bosch gerecht. Hilfe zur Selbsthilfe ist das zugrundeliegende Konzept.

(Beifall der F.D.P.)

Herr Dr. Schiffmann, insofern habe ich diese halbe Kritik, die in Ihren Worten steckte, nicht ganz verstanden. Ich finde es gut, daß die Robert-Bosch-Stiftung mit 1 Million DM, die sie jährlich für solche Zwecke zur Verfügung stellt, versucht, möglichst viele Projekte zu fördern.

Bisher hat die Stiftung 100 % der Sachkosten für die Besuche polnischer Schüler in Rheinland-Pfalz und etwa 50 % für die deutscher Schüler in Polen übernommen. Wenn sie sich nun teilweise zurückzieht, um mehr Projekte zu fördern, so ist dies verständlich und sinnvoll.

Der Stiftung möchten wir von der F.D.P.-Fraktion ausdrücklich für ihr großartiges Engagement danken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir meinen, dadurch, daß die Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P. - wie gesagt, von allen Fraktionen beschlossen - mit der Bereitstellung von je 100 000 DM pro Jahr die entstehende Finanzlücke im Projekt der deutsch-polnischen Schülerpartnerschaft soweit geschlossen haben, können wir auf eine gute Perspektive und Weiterentwicklung bei diesem Programm hoffen.

Von dem fortdauernden Engagement der Schüler, der Lehrer und insbesondere von Herrn Wolff vom Ministerium, wie das gesagt wurde, gehen wir von der F.D.P.-Fraktion aus.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Volkert:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Dörr.

Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für uns ist Schüleraustausch ein Beitrag zur Aussöhnung unseres Volkes mit dem polnischen Volk. Das Verhältnis unseres Volkes zum polnischen Volk ist sehr problembeladen, wenn man die Geschichte betrachtet. Darauf möchte ich zunächst einmal eingehen; denn auch schon die Ostkolonisation - in diesem Zusammenhang spielt dieses Haus eine Rolle - war nicht ganz frei aggressiven Charakters. Der Deutsche Ritterorden wurde von den Pruzzen, die er vernichtet hat, nicht gerufen, sondern von anderen. Ich verweise auch auf die Ermordung wendischer Fürsten anläßlich eines Gastmahls. Die Wenden waren ein slawischer Volksstamm, der in der Lausitz siedelte.

Im 18. Jahrhundert haben die deutschen Staaten Preußen und Österreich kräftig bei den polnischen Teilungen mitgewirkt, die zur Zerschlagung des polnischen Staates führten. Preußen hat sich große Teile Polens mit der Stadt Warschau angeeignet, Österreich Westgalizien und Galizien.

In den Napoleonischen Kriegen entstand wieder ein polnischer Staat, das Großherzogtum Warschau in Personalunion mit Sachsen. Es wurde beim Wiener Kongreß von den Siegermächten gegenüber Frankreich zerschlagen, das heißt insbesondere damals auch von den deutschen Staaten. Preußen schnappte sich dann wieder die Provinz Posen, Österreich behielt Galizien. Den Batzen bekam dann Rußland.

Im 19. Jahrhundert haben wir eher positive Tendenzen, gerade was Rheinland-Pfalz angeht; denn bekanntermaßen hatte das Hambacher Fest ein sehr enges Verhältnis zu Polen. Man wußte von der Unterdrückung des polnischen Volkes. In Hambach wurden damals polnische Fahnen gehißt.

Leider haben die deutschen Regierungen anders gehandelt. Das gilt insbesondere für Preußen, das kräftig bei der Unterdrückung von polnischen Aufständen in den größtenteils von Rußland besetzten Gebieten Polens mitgewirkt hat. Das gilt auch für Kaiser Wilhelm I. In dem Punkt begrüßen wir sehr wohl, daß Herr Minister Dr. Gölter ihn nicht mehr auf den Sockel in Koblenz setzen will.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kaiser Wilhelm I. und Bismarck haben mitgeholfen, polnische Aufstände zu unterdrücken.

Durch den Versailler Vertrag entstand wieder ein polnischer Staat. Auch hier ist die Politik des Deutschen Reiches kein Ruhmesblatt. Das gilt auch für die Weimarer Politik. Während die Weimarer Republik gegenüber Frankreich eine Politik der Aussöhnung betrieb, war das nicht gegenüber dem polnischen Nachbarn im Osten der Fall. Auch die von Zentrum und von der Deutschen Volkspartei - sie war eine Art Vorläufer der F.D.P. - getragenen Weimarer Regierungen betrieben gegenüber Polen eine aggressive Politik und wollten die verlorengegangenen Gebiete des Korridors wieder zurückgewinnen. Dem dienten auch die geheimen Ausbildungen deutscher Armee-Einheiten in der Sowjetunion.

Besonders schlimm ist, daß der Zweite Weltkrieg sehr wohl mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begann. Der polnische Staat wurde zum zweiten Mal vollständig zerschlagen. Den größten Teil bekam damals die Sowjetunion und einen großen Teil Hitler-Deutschland. Die polnischen Juden - Herr Dr. Schiffmann hat das schon gesagt - wurden von den Nazis und von Deutschen, die das waren, zum größten Teil ausgerottet und in KZs ermordet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war es leider so, daß zunächst wenige Versuche zur Versöhnung gemacht wurden; Herr Kollege Dr. Schiffmann hat in diesem Punkt recht. Es ist der Regierung Brandt/Scheel zu verdanken, daß erst einmal die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, daß ein deutsch-polnischer Schüleraustausch erfolgen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

So begrüßenswert es ist, daß diese Landesregierung etwas tut, so muß ich doch sagen, daß einige Ihrer Parteifreunde, insbesondere von der CDU, es nicht gerade erleichtern, Rahmenbedingungen zu schaffen. Ich denke an jüngste

Äußerungen Ihres Parteifreundes Czaja, der wieder die Grenzen von 1937 haben will. Auch Herr Strauß hat gesagt, daß das letzte Wort über Schlesien noch nicht gesprochen sei. Die CDU-Landespolitiker in Rheinland-Pfalz sollten sich einmal klar von diesen Äußerungen distanzieren, die immer noch einige aus ihren Reihen machen.

(Beifall der GRÜNEN und bei der SPD)

Auch in unserer Nachbarstadt hatten wir den Fall, daß eine deutsch-polnische Städtepartnerschaft beschlossen wurde. Sie von der CDU waren es, die das nicht wollten, und zwar deswegen, ob der deutsche Name Breslau oder der polnische Name Wroclaw genannt wird. Ich finde, diese Städtepartnerschaften dürfen nicht daran scheitern, ob solche Städte in den ehemaligen deutschen Ostgebieten liegen. Auch mit solchen Städten müssen wir Partnerschaften anstreben.

(Beifall der GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn sich Völker gegenseitig verstehen, dann ist es ganz wichtig, daß der Unterricht in der Sprache erfolgt. Deshalb ist es gut, daß Deutsche Französisch lernen, was die deutsch-französische Partnerschaft angeht. Wir brauchen auch mehr Deutsche, die Polnisch lernen. Wir haben in Rheinland-Pfalz die Voraussetzungen dafür. Wir haben sehr viele Schüler, die Spätaussiedler sind, insbesondere in den Gebieten von Koblenz und Ludwigshafen. Es wäre sehr sinnvoll, den Unterricht in Polnisch zu verstärken. Es gibt viele Schüler, die das lernen wollen, und zwar deswegen, weil sie es als Spätaussiedler gelernt haben. Für diese Schüler ist es eine Erleichterung, Polnisch zu lernen, weil sie eine Sprache weniger lernen müssen. Polnisch und Russisch sind nicht dasselbe.

Ich fordere die Landesregierung auf - ich habe das schon im Ausschuß gesagt -, den Unterricht in Polnisch in den Schulen zu verstärken, in denen Schüler vorhanden sind, die Polnisch lernen wollen. Die Voraussetzungen dafür sollten geschaffen werden, damit wir es leichter haben, uns mit diesen Nachbarn im Osten zu verständigen.

(Beifall der GRÜNEN)

Auf die Städtepartnerschaften mit den jetzigen polnischen Westgebieten habe ich schon hingewiesen. Gleiches gilt für den Austausch kultureller Kontakte. Es ist begrüßenswert, daß die Stadt Frankenthal das macht. Vielleicht wären auch kulturelle Kontakte im Musikbereich usw. zu fördern. Ich erinnere daran, daß die Stadt Göttingen bei den Händel-Festspielen regelmäßig polnische Orchester einlädt, gemeinsame Proben von Oratorien mit polnischen Chören und deutschen Chören und dann gemeinsame Aufführungen in diesem Sinne macht.

In diesem Sinne unterstützen wir den Antrag und würden es begrüßen, wenn eine Verstärkung der Kontakte erreicht werden könnte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der GRÜNEN)

Präsident Dr. Volkert:

Meine Damen und Herren: Ich habe die Ehre, auf der Zuschauertribüne den Forstminister der Volksrepublik Bulgarien, Herrn Iwan Gruev, herzlich zu begrüßen.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Gölter, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf den Themenbereich beschränken, der durch den Antrag der CDU-Fraktion beschrieben ist, und darauf verzichten, daß wir hier in diesem Zusammenhang eine wie auch immer geartete historische oder außenpolitische Debatte führen.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Ist schon passiert!)

- ich will darauf verzichten, sondern beschreibe das ganz nüchtern.

Wir bemühen uns seit den frühen 70er Jahren darum, daß rheinland-pfälzische Schüler Polen besser kennenlernen. Von Anfang soll dies nicht nur mit Blick auf die leidvolle deutsch-polnische Geschichte geschehen, sondern in gleicher Weise mit Blick auf politische, kulturelle, religiöse, gesellschaftliche, wirtschaftliche und geographische Fragestellungen.

Von Anfang an haben wir uns darum bemüht, auch persönliche Kontakte zwischen polnischen und deutschen Schülern zu ermöglichen. Natürlich wußten wir, ein solches Wirken würde viel Zeit, noch mehr guten Willen auf beiden Seiten und ein hohes Maß an persönlichem Einsatz aller Beteiligten beanspruchen. Ich bedanke mich dafür, daß der besondere Einsatz des einen oder anderen in dieser Debatte von mehreren Rednern gewürdigt worden ist.

Wer Völkerverständigung möchte, muß dafür Sorge tragen, daß die Menschen sich begegnen, daß sie sich kennenlernen und damit letztlich auch verstehen lernen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist Frieden auf Dauer möglich, wenn wir unter Frieden mehr als das Schweigen der Waffen verstehen.

Wir haben im Schuljahr 1970/1971 den ersten Schritt gemacht. Das Kultusministerium führte damals gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales und Familie zum ersten Mal den Schülerwettbewerb „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn" durch. Im laufenden Schuljahr wird der Wettbewerb zum achtzehnten Mal veranstaltet. Meine Damen

und Herren, 1970/1971 waren es knapp 22 000 Schüler, im abgelaufenen Schuljahr waren es fast 95 000 Schüler. Seit dem Bestehen des Wettbewerbs haben mehr als 1 Million Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Der Wettbewerb ist damit nach den Sportwettbewerben in Rheinland-Pfalz der größte, der je veranstaltet worden ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dreimal stand dieser Wettbewerb in diesem Zeitraum unter dem speziellen Vorzeichen „Polen". Die Wettbewerbskonzeption gibt nie Themen ausschließlich und verbindlich vor. Es besteht also schon immer für jeden Teilnehmer die Möglichkeit, sich unter dieser Überschrift „Die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn" auch mit dem Thema Polen zu befassen.

Seit mehreren Jahren bemüht sich das Kultusministerium auch darum, polnischen Schülern im Rahmen unseres Wettbewerbs die Möglichkeit zu geben, sich ebenfalls mit deutsch-polnischen Fragestellungen in Aufsätzen oder in anderer Form zu befassen. Meine Damen und Herren, daß so etwas nicht einfach ist, liegt auf der Hand. Dennoch stieß dieser Gedanke in Polen auf beachtliche Resonanz. Verschiedene Gespräche mit offiziellen polnischen Stellen über die Durchführung eines solchen bilateralen Wettbewerbs lassen uns mit Blick auf den letzten Stand hoffen, daß sich in diesem Jahr erstmals polnische Schüler beteiligen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir planen den weiteren Ausbau einer solchen Zusammenarbeit. Künftig sollen Preisträger beider Seiten zu gemeinsamen Veranstaltungen, zu gemeinsamen Seminaren, Studientagen, Schullandheimaufenthalten oder Kolloquien zusammenkommen. Seit 1978 führen wir für Preisträger des Wettbewerbes 12tägige Studienfahrten in die Volksrepublik Polen durch. Das Kultusministerium hat die letzte Fahrt dieser Art im Oktober letzten Jahres durchgeführt.

Im gleichen Zeitraum, zunehmend aber seit Beginn der 80er Jahre, ist die Volksrepublik Polen auch Ziel von Fahrten einzelner rheinland-pfälzischer Schulen, vor allem der Gymnasien. Seit 1986 fahren bei speziellen Fahrten auch Schüler des freiwilligen 10. Hauptschuljahres nach Polen mit. Die dritte Fahrt dieser Art wurde vor wenigen Tagen durchgeführt. Darüber hinaus haben in den letzten Jahren jährlich rund zehn Schulen ähnliche Fahrten unternommen. Weitere sind in diesem Jahr geplant.

Ziel dieser Studienfahrten sind nicht nur die großen Städte wie Breslau, Krakau, Warschau, Posen, Thorn, Danzig oder Stettin. In jüngster Zeit werden auch ganz gezielt Dörfer, Klein- und Mittelstädte in das Programm mit einbezogen.

Wir bemühen uns um eine Fülle von Kontakten, Unterrichtsbesuchen in polnischen Schulen, die Deutsch als zweite Fremdsprache haben, Möglichkeiten zu Gesprächen auch außerhalb des Unterrichts in Diskussionsveranstaltungen, gemeinsam organisierte und durchgeführte Schulfeste, gemeinsame Schullandheimaufenthalte und gemeinsame Wandertage. Die Durchführung einer Projektwoche an einer polnischen Schule, bei der eine rheinland-pfälzische Schule aktiv beteiligt ist, fand zum ersten Mal in der vergangenen Woche in Hirschberg mit dem Thomas-Morus-Gymnasium statt. Meine Damen und Herren, es war ein Modellversuch, der außerordentlich erfreulich angelaufen ist.

Ich nenne das Kennenlernen der Kulturlandschaft, die von Polen und Deutschen im Laufe der Geschichte gestaltet worden ist. Wo immer es möglich ist, legen wir Wert auf den Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers. Es sind Besichtigungen von Wirtschaftsbetrieben vorgesehen, die den Teilnehmern die Möglichkeit eines Einblicks in das polnische Wirtschaftsleben geben, Kontakte zu katholischen und evangelischen Kirchengemeinden, Besuche von Familien und was auch immer mehr.

Meine Damen und Herren, an den bislang vom Kultusministerium organisierten Fahrten haben rund 600 junge Leute aller Schularten aus Rheinland-Pfalz teilgenommen. Die Zahl der Schüler, die im Rahmen von Studienfahrten einzelner Schulen nach Polen gefahren sind, liegt wesentlich höher. Hier kann im Jahr von einer Zahl von 250 bis 300 ausgegangen werden. Das Interesse weiterer Schulen an solchen Studienfahrten nach Polen ist sehr groß. Dies wirft natürlich die Frage der Finanzierung auf. Bisher konnte sie über die Robert-Bosch-Stiftung sichergestellt werden, für deren großes Engagement auch ich hier sehr herzlich danken möchte.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wie bei vielen anderen Stiftungen auch gehört es allerdings zum Prinzip der Stiftung, sich nach erfolgreichem Anstoß schrittweise aus dem Projekt zurückzuziehen. Da die Schulen diese Fahrten nicht allein finanzieren können, sind im Doppelhaushalt 1988/1989 pro Jahr 100 000 DM ausgewiesen worden, womit das Erreichte nicht nur gesichert, sondern auch ein weiterer Ausbau ermöglicht wird.

Für die polnischen Schulklassen, um deren Besuchsmöglichkeiten sich das Kultusministerium seit Anfang der 80er Jahre intensiv bemüht hat, bestehen natürlich ähnliche Probleme. Auch diesbezüglich hat die Robert-Bosch-Stiftung nennenswerte finanzielle Unterstützung geleistet. Nicht zuletzt deshalb konnten wir im September 1986 erstmals eine polnische Schulklasse des Fünften Lyzeums in Thorn in Rheinland-Pfalz beim Görres-Gymnasium in Koblenz begrüßen.

In der Zwischenzeit ist diese Schule bereits zum zweiten Mal zu einem Besuch nach Rheinland-Pfalz gekommen. Ein dritter Besuch wird stattfinden. Die Tatsache, daß der erste Besuch neben der Teilnahme von Lehrkräften auch durch den

Kurator der Woiwodschaft Thorn begleitet worden ist, also dem ranghöchsten Erziehungsbeamten der Woiwodschaften, hat hier sicher sehr hilfreiche Auswirkungen gehabt. Fünf Gegenbesuche sind es bis heute. Weitere werden folgen.

Ich danke ganz besonders der Robert-Bosch-Stiftung dafür, daß sie die Kosten der polnischen Schulklassen für jeden Teilnehmer übernommen hat. Eine weitere Steigerung kann allerdings nicht erwartet werden, so daß zusätzliche Fahrten polnischer Schulklassen zu uns nur dann durchgeführt werden können, wenn es gelingt, die Kosten für die einzelnen Fahrten zu reduzieren. Hier deuten sich Lösungen an. So ist man von polnischer Seite bereit, in Zukunft deutsche Schüler in polnischen Gastfamilien unterzubringen. Umgekehrt sollen polnische Schüler bei einem Besuch in Rheinland-Pfalz als Gäste bei den Familien unserer Schüler aufgenommen werden, so daß die Gesamtkosten in den nächsten Jahren sinken werden.

Insgesamt gehen wir davon aus, daß in Zukunft die erforderlichen Zuschüsse für eine Studienfahrt einer unserer Klassen in der Volksrepublik Polen und für den Gegenbesuch zusammen nicht höher als die bisherigen Kosten für eine einzige Fahrt sein werden. Wir wollen uns jedenfalls sehr intensiv um den weiteren Ausbau der bislang geknüpften Kontakte bemühen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß das im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ kleine Land Rheinland-Pfalz, das nicht mit einer übermäßigen Finanzausstattung gesegnet ist, auf dem Felde der Zusammenarbeit zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland Ungewöhnliches geleistet hat. Ich glaube, auch wenn ich die vielfältigen Bemühungen beispielsweise der Johannes-Gutenberg-Universität mit einbeziehe, können wir in aller Bescheidenheit sagen, daß wir in der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Polen für die Bundesrepublik Deutschland Schrittmacherdienste geleistet haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich denke, in den nächsten Jahren sollten wir an dieser Perspektive weiter arbeiten. Meine Damen und Herren, das setzt langen Atem und viel Geduld voraus. Alles, was sich an Kontakten zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland vollzieht, darf man nicht mit überfrachteten Erwartungen belasten. Das ist nicht hilfreich. Man muß sich schrittweise vorarbeiten. Man muß vor allem im Auge haben - das ist für mich das Wichtigste -, daß es im Rahmen dieses Themas zu möglichst viel gegenseitigen Kontakten zwischen jungen Leuten aus der Bundesrepublik Deutschland, in diesem Falle aus Rheinland-Pfalz, und jungen Polen kommt.

Ich bin froh darüber, daß wir schrittweise dabei sind, die Einbahnstraße früherer Jahre zu überwinden. Ich denke, das ist alles in allem eine sehr hoffnungsvolle Perspektive und eine schöne Aufgabe auch für die nächsten Jahre.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Dr. Volkert:

Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache 11/437 - beinhaltet ein Berichtsersuchen. Darf ich davon ausgehen, daß mit dem erstatteten Bericht der Antrag als erledigt angesehen werden kann? - Dann ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schlage vor, daß wir jetzt mit Rücksicht auf die Verpflichtung des Herrn Kultusministers in die Mittagspause bis 13.00 Uhr eintreten.

Ich darf bekanntgeben, daß die anberaumte Sitzung des Rechtsausschusses durch den Vorsitzenden abgesetzt wurde. Es ergeht rechtzeitig eine Einladung zur nächsten Sitzung.

Kollege Lang sagt mir, daß seine Besuchergruppe gerade erst Platz genommen hat. Es sind die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Bad Breisig. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich darf die Damen und Herren in die Lobby zu einem persönlichen Grußwort bitten.

Die Abgeordneten möchte ich herzlich bitten, die Zeit zu beachten. Wiederbeginn der Sitzung ist 13.00 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung: 12.21 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 13.06 Uhr

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Plenarsitzung fort. Ich rufe **Punkt 15** der Tagesordnung auf:

Zukünftige Entwicklung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 11/470 -

Ich erteile Herrn Abgeordneten Debus das Wort.

Abg. Debus, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat bisher kein Konzept zur Entwicklung und zu den Zukunftsperspektiven der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule vorgelegt. Die SPD-Landtagsfrak-

tion hält es indessen für dringend an der Zeit, daß die Landesregierung endlich sagt, wie sie sich die Zukunft der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule vorstellt. Das Verharren auf dem gegenwärtigen Stand ist für alle Beteiligten, insbesondere für die Lehrenden und Lernenden an der EWH, frustrierend und alles andere als eine zukunftsweisende Perspektive.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir Sozialdemokraten eine zielorientierte Entwicklungsplanung für die Erziehungswissenschaftliche Hochschule, ihrer Einrichtungen und ihrer organisatorischen Ebenen.

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auch deshalb, weil das Verharren auf dem Status quo längst Spekulationen ausgelöst hat, die sich über die gesamte Bandbreite von der Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes bis hin zur völligen Auflösung der EWH erstrecken. Es ist an der Zeit, daß solchen Spekulationen durch ein klares Konzept, durch klare Vorstellungen auch ein Ende gesetzt wird.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Meine Damen und Herren, das bisherige Hochschulgesetz hat einen planerischen Abstimmungsprozeß zwischen Landesregierung und Hochschulen gefordert, der schlecht funktioniert. Die Hochschulen, so heißt es in der Denkschrift „Forschung und Lehre bis zum Jahre 2000" der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, haben immer verlangt, daß zuerst die Landesregierung ihre Planungen vorgibt, denen die Hochschulen mit ihren Entwicklungsplänen dann zu folgen hätten.

Die Landesregierung hat umgekehrt argumentiert, und man konnte sich nicht verständigen. Die Folge war, daß hinreichende Planung in den letzten Jahren ausblieb und weitgehend durch Konzeptionslosigkeit ersetzt wurde.

(Beifall des Abg. Schweitzer, SPD)

Auch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule ist die Landesregierung Antworten auf die entscheidenden Fragen bisher schuldig geblieben. Ich will einige davon stellen:

Wie weit darf die Umstrukturierung von Lehramts- zu Magister- und Diplomstudiengängen zu Lasten der Lehrerbildung eigentlich vorangetrieben werden?

Ist die Lehrerbildung noch ausreichend gesichert, insbesondere auch im Hinblick auf den jetzt schon deutlich erkennbaren Lehrermangel in den 90er Jahren?

Ist die EWH hinsichtlich ihrer Studienangebote eigentlich noch Erziehungswissenschaftliche Hochschule oder ist sie schon ein Stück Universität geworden und wie weit ist sie dies, wenn dies zutrifft?

Sind beispielsweise die Magister- und Diplomstudiengänge ausreichend ausgestattet?

Ich erinnere daran, daß wir in Landau einen Magisterstudiengang Geschichte haben, der nur mit einer Professur für Mediävistik besetzt ist.

Auch dies sind Defizite, die wir an vielen Stellen in der EWH finden. Wir fragen, auf welche Weise der durch die zunehmende Bedeutung insbesondere der Diplomstudiengänge veränderten Hochschulstruktur Rechnung getragen werden muß. Wie ist die Attraktivität der Psychologie in Landau und der Informatik in Koblenz so zu gestalten, daß sie in ihrem Bestand auch dann gesichert sind, wenn die Studienanfänger einmal nicht mehr über die ZVS in Dortmund zugeteilt werden? Diese Frage richte ich in ganz besonderer Besorgnis auch an die Psychologie in Landau; denn man muß dann fragen, wie dieses Studienangebot in Landau überhaupt noch von den Studenten angenommen wird, wenn die zentrale Vergabe der Studienplätze einmal wegfällt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Fragen müssen wir beantworten. Das sind Fragen, auf die wir vor dem Hintergrund der mangelhaften Ausstattung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule - auch da hat es so etwas wie eine Beibehaltung des Status quo gegeben - klare Antworten der Landesregierung erwarten; denn das Dilemma der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule besteht darin, daß sie ihren gesetzlichen Auftrag in Lehre und Forschung aufgrund der mangelhaften personellen und sächlichen Ausstattung und ihrer ungewissen strukturellen Zukunft nur unzureichend zu erfüllen vermag, obgleich seitens der Lehrenden und Lernenden größtmögliche Anstrengungen erbracht werden.

Aufgrund der starken Nachfrage nach den Diplomstudiengängen Informatik in Koblenz und Psychologie in Landau sind die Studentenzahlen im Wintersemester 1987/1988 im Vergleich zum Wintersemester 1979/1980 annähernd gleichgeblieben. Es sind genau 2 731 Studenten. Dennoch ist die Zahl der Professoren im gleichen Zeitraum um 20 auf 118 zurückgegangen. Die Ansätze für Sachmittel blieben annähernd konstant.

In einigen Bereichen, so zum Beispiel in der Informatik und in der Physik, ist eine erhebliche Überlast zu bewältigen. Die Ausstattung mit Sach- und Bibliotheksmitteln sowie mit Mitteln für Forschung und Lehre ist unzureichend. Die Hilfskraftmittel, insbesondere bei der Informatik und Psychologie, sind zu gering. Die Ausstattung mit Schreibkräften ist völlig mangelhaft.

Die EWH ist die einzige Hochschule im Lande, deren Stellen mit einem Sperrvermerk versehen sind. Bei freiwerdenden Stellen muß über das Kultusministerium beim Finanzministerium die Entsperrung beantragt werden. Wir müssen

auch fragen, ob der frühere Grund, die Umwidmung von Stellen für andere als lehramtsbezogene Fächer, nicht längst entfallen ist oder ob er noch weiter berechtigt ist. Auch Fächer mit niedrigen Studentenzahlen brauchen nämlich zum Überleben eine Mindestausstattung. Die Lehramtsfächer sind inzwischen längst auf dem Stand einer Minimalausstattung angekommen. Dies ist keine Schwarzmalerei, wenn ich das hier vortrage, sondern das Ergebnis eingehender Beratungen mit allen Betroffenen - mit Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten -, die Vertreter meiner Fraktion an der EWH geführt haben.

In Koblenz beträgt der Anteil der Informatikstudenten bereits jetzt 40 %. Es spricht vieles dafür, daß dieser Anteil in den nächsten Jahren auf 50 % anwächst. Von insgesamt 578 Informatikstudenten absolvieren derzeit 360 das Hauptstudium. Sie benötigen zur Wahrung ihrer guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt neben der Computerlinguistik und der sozialwissenschaftlichen Informatik weitere attraktive Anwendungsgebiete. Als weiterer Schwerpunkt wird von den Informatikern in Koblenz selbst die Betriebsinformatik angestrebt. Dies muß auch geklärt werden.

Das heißt doch, daß der sich als angewandt begreifenden Informatik in Koblenz bisher keine ausreichenden Anwendungsfächer zur Verfügung stehen. Eine angewandte Informatik braucht auf Dauer aber eine naturwissenschaftliche oder wirtschaftswissenschaftliche Infrastruktur. Sie ist auf die Kooperation mit naturwissenschaftlichen und/oder wirtschaftswissenschaftlichen Fächern angewiesen. Diese sind jedoch nicht vorhanden.

Meine Damen und Herren, das Signum EWH auf dem Diplomzeugnis der Informatiker führt zu Irritationen und - so wird berichtet - auch zu Wettbewerbsnachteilen der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Auch darüber muß geredet werden.

Darüber hinaus böte sich aber gerade für eine Informatik an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule eine Beteiligung an der Lehrerfort- und -weiterbildung an, die aus Kapazitätsgründen bisher unterblieben ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, einige wenige drängende Fragen aufzuwerfen, die sich im Zusammenhang mit der zukünftigen Entwicklung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz stellen. Die Landesregierung ist jetzt gefordert, ein Konzept über die zukünftige Entwicklung der EWH zu erarbeiten und vorzulegen. Die SPD-Landtagsfraktion hat zu diesem Thema eine breite Diskussion begonnen. Sie ist bereit, das Angebot des Kultusministers zu konstruktiver Zusammenarbeit anzunehmen und an einem Konzept über die künftige Struktur, Organisation, Bezeichnung und auch die Standortfrage mitzuwirken.

Die SPD-Landtagsfraktion ist sich bewußt, daß sich ein Konzept für die Lösung der Probleme der EWH nicht alleine auf hochschulpolitische Fragen beziehen kann, sondern es, soweit möglich, auch regionalpolitische Interessen und Aspekte berücksichtigen muß.

Ich bedanke mich.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Wittkowsky das Wort.

Abg. Wittkowsky, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion wirft die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz auf. Diese Frage war bereits in der letzten Legislaturperiode angesprochen worden, und zwar im Zusammenhang mit der Novellierung der Landeshochschulgesetze aus Anlaß der Verabschiedung des novellierten Hochschulrahmengesetzes

In diesem Zusammenhang wurde uns insbesondere von der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, aber auch von anderen interessierten Kreisen intensiv der Wunsch nahegelegt, die Erziehungswissenschaftliche Hochschule anläßlich der Novellierung der Landeshochschulgesetze zu einer Universität umzubenennen und umzugestalten. Die CDU-Landtagsfraktion hat dieses Begehren mit folgender Begründung zurückgewiesen: Wir haben gesagt, wir können eine so wichtige Frage der Struktur unseres Hochschulwesens hier in Rheinland-Pfalz nicht quasi nebenbei anläßlich der aus ganz anderen Gründen bedingten Novellierung der Landeshochschulgesetze lösen wollen. Wir werden uns - so sagten wir - mit dieser wichtigen Strukturfrage der EWH konzentriert in aller Ruhe mit sorgfältigen Beratungen in der neuen Legislaturperiode beschäftigen.

Zu dieser Aussage damals in der letzten Phase der vergangenen Legislaturperiode steht die CDU-Landtagsfraktion nach wie vor unverändert. Wir haben die Absicht, jetzt nach Abschluß der Haushaltsberatungen die Frage der Struktur für die Erziehungswissenschaftliche Hochschule als einen der ganz wichtigen Punkte unserer Beratungen auf dem Gebiet der Kulturpolitik möglichst rasch und zügig in Angriff zu nehmen. Wir werden zu diesen Beratungen ganz gewiß alle Beteiligten einladen, damit sie uns ihre Ansichten darlegen können.

Ich möchte den Ergebnissen einer solchen eingehenden Erörterung und Diskussion gewiß nicht vorgreifen, aber ich will hier doch ganz einfach einmal ein paar denkbare Mög-

lichkeiten für ein Ergebnis dieser Strukturdebatte anführen und meinerseits schon kurz bewerten.

Ich will dies aber auch tun, um zu zeigen, daß es hier für uns, für die CDU-Fraktion, keinerlei Tabus gibt, daß wir uns mit allen vernünftigen und möglichen Strukturlösungen für die Erziehungswissenschaftliche Hochschule unvoreingenommen und sachgerecht befassen werden.

Die erste der denkbaren Möglichkeiten für die EWH würde lauten, sie an beiden Standorten zu einer Universität umzuformen und damit dem Vorschlag zu folgen, den die Erziehungswissenschaftliche Hochschule selbst und andere - wie vorhin bereits erwähnt - schon in der letzten Legislaturperiode, vor allem auch die Kommunen, die Städte, die als Standorte von einer solchen Entscheidung betroffen sind, vorgetragen haben. Auch sie haben sich, wenn auch unterschiedlich artikuliert, im Tenor gleichlautend wie die EWH dabei geäußert.

Mir scheint, wenn Sie mir diese Bewertung gestatten, meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist wohl die am wenigsten wahrscheinliche der denkbaren Möglichkeiten, weil Universität nach meinem Verständnis einen breiten Fächerkanon des Angebots erforderlich macht, weil Universitas als Begriff zumindest eine große Vielfalt der vertretenen Fächer und Studiermöglichkeiten für den Studenten umfassen sollte. Ich sehe dafür neben den bestehenden Universitäten Mainz, Kaiserslautern und Trier derzeit in unserem Lande keine neue Chance und auch keinen erkennbaren Bedarf.

Eine zweite der denkbaren Möglichkeiten für das Resultat der noch zu führenden Strategiedebatte wäre: Die EWH bleibt im wesentlichen in ihrer bisherigen Form und Gestalt an beiden Standorten erhalten. - Freilich wäre dann die Strukturfrage Informatik am Standort Koblenz zu lösen - zunächst soll dafür die Fachbereichslösung voll verwirklicht werden -, und es wäre das Problem des Bestands aller pädagogischen Fachrichtungen, das Problem der Nachfrage durch Studenten, das Problem der kleinsten und kleinen Einheiten, die es jetzt schon gibt, und damit auch das Problem der oft unzureichenden und kaum zu verantwortenden Studenten-Professoren-Relation nicht gelöst.

Eine dritte der denkbaren Möglichkeiten für den Ausgang der Strukturdebatte wäre: Die EWH wird an ihren bisherigen Standorten jeweils als Abteilung an eine der bestehenden Universitäten an- oder eingegliedert. Es würde sich anbieten, Landau als Abteilung der Universität Mainz, Koblenz als Abteilung der Universität Trier vorzusehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Gedanke hat gewiß einiges für sich. Warum soll für den Beruf des Grund- und Hauptschullehrers nicht im umfassenden Sinne universitär ausgebildet werden? Ist die Problematik des pädagogischen Dienstes gerade in diesen Bereichen der Grund- und Hauptschule zum Beispiel inzwischen nicht so vielschichtig, nicht so gravierend geworden, daß es auch hier einer noch breiter wissenschaftlich fundierten Ausbildung der entsprechenden Lehrer bedürfte? Das sind Fragen, die ernsthaft aufgeworfen werden sollten, um dieser dritten der denkbaren Möglichkeiten zur Lösung der Strukturfrage für die EWH gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, mir sind natürlich die möglichen Konsequenzen einer solchen Umstruktur nicht unbekannt. Aber warum sollten wir uns auf solche Entwicklungen nicht einlassen? Wir werden sie zumindest ganz gründlich bedenken, diskutieren und erörtern müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß aber eines klarstellen, was uns betrifft. Für die CDU-Landtagsfraktion ist bei der anstehenden Debatte um die künftige Struktur der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule von vornherein eines als geklärt und, wenn Sie so wollen, als entschieden anzusehen: Wir wollen an beiden Standorten Koblenz und Landau, Landau und Koblenz festhalten. Dazu hat sich bereits völlig eindeutig auch unser Fraktionsvorsitzender Emil Wolfgang Keller geäußert. Die beiden Standorte werden also bei den anschließenden Erörterungen, was die CDU-Fraktion betrifft, nicht zur Disposition stehen.

Lassen Sie mich abschließend betonen, daß wir daran interessiert sind, die Strukturfrage der EWH möglichst einvernehmlich, nicht nur mit unserem Koalitionspartner, der F.D.P., sondern auch mit den übrigen Fraktionen zu lösen. Wir haben entsprechende Absichtserklärungen auch bereits an anderer Stelle ausgetauscht.

Ich nehme an, daß dieser Antrag noch einmal in einen Ausschuß überwiesen werden sollte. Wir sind damit einverstanden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Ich erteile Herrn Kollegen Eymael das Wort.

Abg. Eymael, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Wittkowsky hat bereits darauf hingewiesen, daß sich der Landtag nicht zum ersten Mal mit der Situation der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz und deren Möglichkeiten zur weiteren strukturellen Entwicklung beschäftigt. In der Plenarsitzung der 10. Legislaturperiode am 12. und 13. März 1987 wurde im Zusammenhang mit der Novellierung der Hochschulgesetze für die jetzige Legislaturperiode eine grundlegende Diskussion über die Zukunft angekündigt.

Die zu erwartenden zurückgehenden Studentenzahlen in den 90er Jahren stellen bekanntlich viele wissenschaftliche Hochschulen vor große Existenzsorgen. Gerade die EWH Rheinland-Pfalz ist aufgrund ihrer besonderen Situation, zwei Standorte, in Koblenz und in Landau, einem relativ schmalen Fächerangebot und der schwer einschätzbaren Entwicklung der nicht lehramtsbezogenen Studiengänge Informatik und Psychologie, in ihrer jetzigen Struktur gefährdet, zumindest auf mittlere Sicht.

Auch in der Vergangenheit wurde diese Hochschule, und zwar seit ihrem Bestehen, seit 1969, immer wieder durch strukturelle Maßnahmen an die sich verändernden Bedingungen durch den rapiden Anstieg, aber auch durch den Rückgang der Studentenzahl angepaßt.

Nachdem mit Beginn des Sommersemesters 1979 die Abteilung Worms der EWH aufgelöst wurde, war die letzte einschneidende Maßnahme die Verlagerung des Fachbereichs Sonderpädagogik an die Universität Mainz im Jahre 1985. Nicht zuletzt die Einführung der neuen Diplomstudiengänge Psychologie in Landau und Informatik in Koblenz hat der EWH heute eine gewisse Stabilität gegeben.

Von den 1 417 im Wintersemester 1987 eingeschriebenen Studenten in Koblenz haben immerhin 572 den Studiengang Informatik gewählt. Damit stellt die Informatik der EWH den größten Studiengang aller Koblenzer Hochschulen, und diese EWH-Abteilung hat dadurch insgesamt die höchste Studentenzahl seit zwölf Jahren erreicht.

Die Abteilung Landau hat mit 1 280 Studenten einen Stand erreicht, der innerhalb der letzten zehn Jahre nur zweimal übertroffen wurde. Immerhin haben auch hier 360 Studierende den Studiengang Psychologie belegt.

Darüber hinaus zeichnet sich an beiden Abteilungen neuerdings ein stärkeres Interesse am Studium für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ab. Hier gibt es offenbar einen Zusammenhang mit aktuelleren positiven Prognosen. Insbesondere bei der Wahl der richtigen Fächer, wie zum Beispiel bei den naturwissenschaftlichen Fächern für die Hauptschulen, haben die heutigen Studenten durchaus wieder Einstellungschancen.

Meine Damen und Herren, die Situation kann sich aber wieder schlagartig verändern, wenn zum Beispiel der zur Zeit bestehende Numerus clausus für Informatik und Psychologie wegfällt, wenn besonders für die Wahl dieser Studiengänge die Attraktivität des Studienangebots und des Studienstandorts eine große Rolle spielen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vor dem Hintergrund der Universitäten Mainz und Trier, die bereits eine ausreichende Ausbildungskapazität in Psychologie vorhalten, kann es zu einem dramatischen Rückgang der Studenten bei der Abteilung Landau kommen.

Ähnlich, doch nicht ganz so dramatisch, kann die Entwicklung des Studienganges Informatik verlaufen. Das allgemeine Verteilungsverfahren wird hier noch einige Jahre länger eine angemessene Zahl von Studenten sichern.

Die augenblicklichen Probleme der EWH werden besonders deutlich, wenn man einen Blick in die Belegung einzelner Fächer des Grund- und Hauptschullehramtes sowie der Realschullehrerausbildung wirft. Nur in wenigen Fächern sind die Personalkapazitäten nach den üblichen Maßstäben im Hochschulbereich halbwegs ausgelastet. Die Statistik macht deutlich, daß bei verschiedenen Fächern der einzelnen Studienjahrgänge praktisch keine Studenten vorhanden sind. Nach Ansicht der F.D.P.-Fraktion muß daher immer wieder eine Anpassung der Professorenstellen an den jeweiligen Bedarf als strukturelle Maßnahme vorgenommen werden.

Wir begrüßen auch den seit 1981 begonnenen Umwidmungsprozeß mit dem Ziel, freiwerdende Stellen für wissenschaftliches Personal aus personell überbesetzten Lehramtsfächern in die neuen nichtlehramtsbezogenen Studiengänge umzuwidmen. In einzelnen Lehramtsfächern ist die Zahl der Studenten so gering, daß selbst eine personelle Mindestausstattung kaum noch zu rechtfertigen ist. Dies ist wohl eines der gravierendsten Probleme, daß Professoren in einzelnen Fächern kaum Studenten haben. Auf der anderen Seite muß aber auch für wenige Studenten ein angemessenes wissenschaftliches Ausbildungsniveau gesichert werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz aller Schwierigkeiten will die F.D.P.-Fraktion die bisherigen Standorte Koblenz und Landau derzeit nicht in Frage gestellt wissen. Dies ist unser Ergebnis nach Abwägung der Vor- und Nachteile der sich darstellenden Alternativen. Die Auflösung der EWH Rheinland-Pfalz als selbständige Hochschule ist für uns auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt strukturpolitisch nicht verantwortbar. Die Grund- und Hauptschullehrerausbildung an nur einem Standort, im Süden oder im Norden, hätte eine einseitige Rekrutierung des Lehrernachwuchses aus der Region zur Folge, zu deren Gunsten die Standortentscheidung fiele, und würde zu beträchtlichen wirtschafts- und strukturpolitischen, ja zu ganz persönlichen Nachteilen in der anderen Region führen.

Eine Anbindung der Abteilung Landau der EWH an die Technische Universität Kaiserslautern oder an den Fachbereich Germersheim der Universität Mainz scheitert an den völlig unterschiedlichen Fächern und Studienangeboten. Eine Eingliederung der Abteilung Koblenz in die Universität Trier dürfte aufgrund der großen Entfernung zwischen den beiden Standorten und den damit verbundenen Problemen auf Schwierigkeiten stoßen.

Meine Damen und Herren, die sinnvollste Alternative wäre sicherlich die Anbindung von Koblenz und Landau an die Universität Mainz. Ob es allerdings sinnvoll sein kann, zwei

Studiengänge Psychologie an einer Universität einzurichten, und ob langfristig die beiden Außenstellen Koblenz und Landau aufgrund des attraktiveren Universitätsstandortes Mainz aufrechterhalten werden können, wäre zu prüfen.

Meine Damen und Herren, für eine längerfristige Absicherung der Studienstandorte Landau und Koblenz der EWH sind heute schon entsprechende strukturelle Verbesserungen vorzunehmen, zum Beispiel durch einen gezielten Ausbau des Studiengangs Informatik zu einem eigenen Fachbereich in Koblenz.

(Beifall bei der F.D.P.)

Durch einen Ausbau des Studiengangs Psychologie in Landau, aber auch für die Grund-, Haupt- und Realschullehrerausbildung ist ein ausreichendes schulspezifisches wissenschaftliches Lehrangebot mit einer entsprechenden Schwerpunktverlagerung in für die Studenten zukunftsweisende Fächer zu sichern. Dem steht nicht entgegen, daß durch eine enge Kooperation der beiden Standorte Landau und Koblenz auch ein effektiverer Personaleinsatz möglich wäre. Die erfreuliche Entwicklung der Studentenzahlen der EWH zu Beginn des Wintersemesters 1987/88, immerhin 2 697 Studierende, und damit 220 Studenten mehr im Vergleich zum vergangenen Sommersemester, läßt uns hoffen, auch in den 90er Jahren an einer eigenständigen Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz mit den Abteilungen Landau und Koblenz festhalten zu können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Ich erteile Herrn Kultusminister Dr. Gölter das Wort.

Dr. Gölter, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat sich heute morgen ausführlicher zum Sinn des vorhergehenden Tagesordnungspunktes geäußert. Ich will jetzt darauf verzichten, mich zum Sinn dieses Tagesordnungspunktes länger zu äußern.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuß vereinbart, daß wir vor einer Festlegung miteinander reden. Wenn man eine solche Vereinbarung trifft, dann müßte das auch beinhalten, daß man mit einer solchen Geschichte in der Zwischenzeit nicht ins Plenum geht. Ich denke, das gehört dann irgendwo zum Sinn einer solchen Vereinbarung hinzu. Jedenfalls habe ich festgestellt, daß die SPD das offensichtlich anders versteht.

(Beck, SPD: Wir denken, darüber könnte man doch einmal reden!)

- Sie können hierherkommen, ja. Aber wir hatten es im Haushalts- und Finanzausschuß. Es gab sogar Äußerungen von Ihrer Seite, daß man zuerst redet, bevor man dann ins Plenum geht. Wenn Sie das dann anders sehen wollen, ist das Ihr gutes Recht, Herr Kollege Beck. Aber ich werde doch darauf noch in aller Gelassenheit hinweisen dürfen.

(Beck, SPD: Sie dürfen natürlich darauf hinweisen! Aber der Antrag war vom 5. November! Das wissen Sie auch!)

- Ja. Es ist im Haushalts- und Finanzausschuß sogar gesagt worden, unter diesen Gesichtspunkten könnte man sogar den Antrag zurückstellen.

(Beck, SPD: Vereinbart war es überhaupt nicht!)

- Doch, so war das.

(Beck, SPD: Ich könnte Ihnen die Briefe zeigen! Da war doch nichts vereinbart! - Zuruf des Abg. Dahmen, CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ganz wenige Bemerkungen. Es bleibt dabei, daß ich das Gespräch suchen werde, bevor es zu einer Festlegung seitens der Landesregierung kommt. Ich bleibe auch bei meinem ursprünglichen Zeitplan. Es ist in der Tat so, Herr Kollege Beck. Das war mündlich so zu verstehen. Ich bleibe bei meinem ursprünglichen Zeitplan. Ich möchte nach der Sommerpause mit dem, was ich dann vorschlage, ins Kabinett gehen und anschließend den Landtag unterrichten.

Ich will eine ganz kurze Bemerkung machen, auch zum Nachdenken, zur Meinungsbildung in der vor uns liegenden Zeit.

Meine Damen und Herren, wir haben mit der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule eine wissenschaftliche Hochschule mit einer eigenen Prägung. Sie ist den Universitäten gleichgestellt. Sie hat Promotionsrecht, sie hat Habilitationsrecht, eine Hochschule, die von ihrer Definition und von ihrer Zielsetzung nach wie vor die Lehrerbildung als Hauptaufgabe hat.

Jetzt sind sicher die Studentenzahlen auf dem Feld von Grund- und Hauptschule zurückgegangen. Wir haben vor einigen Jahren der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule die Realschullehrerausbildung als zusätzliche Aufgabe zugewiesen. Auch hier sind die Studentenzahlen nicht besonders berauschend. Dem Rückgang der Studentenzahlen in der Lehrerbildung steht der Anstieg der Studentenzahlen in anderen Studiengängen gegenüber. Wir haben eine ganze Reihe weiterer Studiengänge eingerichtet, zum Beispiel Diplompädagogik, Ergänzungsstudiengänge, Aufbaustudiengänge, dann die Psychologie und die Informatik, die zahlenmäßig eine große Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, wenn man das, was wir in Rheinland-Pfalz haben, mit der Struktur anderer Länder vergleicht und mit Experten darüber spricht, wird einem immer wieder gesagt, daß wir eine durchaus praktikable und in mancherlei Beziehung auch sehr positive Lösung mit der EWH gefunden haben, unbeschadet der Probleme, die es gibt und die ich gar nicht leugne.

Baden-Württemberg hat nach wie vor Pädagogische Hochschulen, meine Damen und Herren, weil mit der Integration der Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer in Universitäten, nicht überall, sehr gute Erfahrungen gemacht worden sind. Es ist zweifelsohne so, wenn man mit Verantwortlichen aus diesem Bereich spricht, daß viele darauf hinweisen, daß die Integration der Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer in Universitäten auch zu manchen Frustrationen, zu manchen Spannungen und auch zu manchem Aspekt der Vernachlässigung geführt hat.

Ich will mit diesen Bemerkungen lediglich davor warnen, wegen der unbestreitbar vorhandenen Probleme jede andere Lösung von vornherein als problemfrei zu betrachten. Ich meine, das ist ganz wichtig. Es gibt Probleme. Wir müssen darüber reden. Im übrigen ist das ein Thema, das uns in den zurückliegenden Jahren immer wieder intensiv beschäftigt hat, auch den Landtag. Es ist nicht so, Herr Debus, daß das Problem erst in dieser Legislaturperiode eine Rolle spielt. Sie haben gesagt, da wäre nie etwas vorgetragen worden und nie diskutiert worden und so weiter, und alles Versäumnisse, wie es so üblicherweise bewertet wird. Gut, das gehört offensichtlich dazu. Wir haben uns in den letzten Jahren sehr intensiv und bei vielen Gelegenheiten mit der Frage befaßt. Es gibt zweifelsohne Probleme. Ich will nur sagen: Ich warne davor, andere Wege von vornherein für problemfrei zu halten.

In dem Zusammenhang muß man sehen: Ich gehe davon aus, daß wir auf dem Feld der Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer und Realschullehrer in den nächsten Jahren erheblich steigende Studentenzahlen haben werden. - Wir haben in den 90er Jahren einen wachsenden Ersatzbedarf. Prognosen sind schwierig. Aber ich halte es für realistisch, meine Damen und Herren, daß aus den heutigen rund 850 in einem sehr überschaubaren Zeitraum 1 400, 1 500 Studenten in Lehramtsstudiengängen werden. Das heißt, man muß in die Bewertung der nächsten Jahre auch wachsende Zahlen auf dem Feld der Lehramtsstudiengänge mit einbeziehen.

Dem steht andererseits das Problem gegenüber - es ist schon gesagt worden -: Wie entwickelt sich die Psychologie in Landau, wenn die Zuweisung über die ZVS wegfällt, wie entwickelt sich die Informatik in Koblenz, wenn die Zuweisung über die ZVS wegfällt? Zwar werden die Zuweisungen über die Zentralstelle in Dortmund noch eine Reihe von Jahren laufen; das steht außer Frage. Aber, meine Damen und Herren, wenn zehn Jahre über die Bühne gegangen sind - zehn Jahre sind mit Blick auf hochschulpolitische Entwicklungen nicht viel -, dann werden wir in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu heute rund 500 000 Studenten weniger haben. Die Studentenzahlen werden bis zum Jahr 2000 von heute 1,4 Millionen auf rund 900 000 - präterpropter - zurückgehen.

In dem Zusammenhang ist natürlich eine erstrebenswerte Perspektive, alle Zuweisungen über Numerus-clausus-Verfahren im Laufe der nächsten zehn Jahre wegzubekommen, und zwar schrittweise, so früh wie nur irgend möglich, aus den jeweiligen Zuweisungen heraus. Das ist die im übrigen auch zwischen allen Parteien und Bildungspolitikern in der Bundesrepublik Deutschland vernünftigerweise unumstrittene Linie. Man kann nicht sagen, weil es mich an einer Stelle in Schwierigkeiten bringt - es hat in den letzten 12 bis 18 Monaten auch in der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft an der einen oder anderen Stelle solche Ansätze gegeben, nicht so schnell aus Zuweisungen herauszugehen -, verlasse ich jetzt die Grundlinie; man muß dann halt versuchen, mit Schwierigkeiten fertig zu werden.

Wir haben zu bedenken: Wie entwickelt sich der Stellenwert der Lehrerbildung - Grund-/Hauptschule, auch Realschule -, wie sieht das vor dem Hintergrund der Standortstruktur in Rheinland-Pfalz aus, und wie entwickelt sich die Nachfrage mit Blick auf die weiteren Studiengänge über die Lehramtsstudenten hinaus?

Herr Kollege Debus hat gesagt, in der EWH sei viel Verunsicherung. Das trifft partiell sicher zu. Aber ich kann nur sagen: Diese Landesregierung hat immer wieder erklärt, daß an den beiden Standorten festgehalten wird. Wenn man das so oft erklärt, müßten es auch die Gesprächspartner irgendwann einmal freundlicherweise zur Kenntnis nehmen. Ich finde, daß es Leute gibt, die nie etwas zur Kenntnis nehmen oder die trotz Erklärungen ganz bestimmt immer wieder Unsicherheit über Fragen schaffen. Daran kann man sich nicht orientieren.

Ausgangspunkt ist: Sicher sind die beiden Standorte auch in der Zukunft. An die Auflösung - die totale Auflösung meine ich, nicht die rechtliche Auflösung, das ist etwas anderes - und die Zusammenfassung an einem Standort denkt niemand. Sicher wäre mit Blick auf die Lehramtsstudiengänge die Zusammenfassung an einem Standort möglich; aber dann wären an diesem Standort andere Studiengänge nicht mehr möglich, und dieser eine Standort wäre dann auf den Punkt und die Struktur der reinen - ich meine das jetzt nicht negativ - Lehrerbildungsanstalt zurückgeworfen. Das freilich ist eine Perspektive, die niemand wollen sollte, abgesehen von der Konsequenz; denn das kann dann nur Koblenz oder Landau sein, und das bedeutet für die Herkunft der Studenten auf Dauer zwangsläufig erhebliche Ungleichgewichte in Rheinland-Pfalz. Das kann also niemand wollen, auch nicht mit Blick auf eine vernünftige, ausgewogene Lehrerversorgung in den nächsten Jahren, vor allem, weil der Ersatzbedarf erheblich steigen wird. Wir werden ab 1995

in großem Umfang Lehrer einstellen müssen, da die Pensionierungszahlen in erheblichem Umfang steigen werden.

Also gehen wir von zwei Standorten aus. Da ist es in der Tat so, wie der Kollege Wittkowsky und auch der Kollege Eymael eben noch einmal deutlich gemacht haben, meine Damen und Herren. Hier ist zu prüfen: Ist die heutige rechtliche Struktur auf Dauer tragfähig? Welche Konsequenzen hat das Beibehalten der heutigen rechtlichen Struktur für die Ausstattung der einzelnen Fächer? Welche Konsequenzen hat es für die Fachbereiche? Welche Konsequenzen hat es für die Informatiker, die darüber klagen - zum Teil zu Recht klagen -, daß ihr Abschluß Informatik an einer Erziehungswissenschaftlichen Hochschule bei denen, bei denen sie sich bewerben, immer erst begründet und nachgewiesen werden muß?

Wenn wir bei der heutigen Struktur bleiben, stellt sich eine Reihe von Fragen, angefangen von der Ausstattung, von der Fachbereichsstruktur bis hin zum Namen.

Meine Damen und Herren, eines muß ich klar sagen - nicht nur mit Blick auf die Finanzen, sondern auch mit Blick auf die bundesweite Hochschullandschaft -: Daß wir die beiden Standorte in den nächsten Jahren in breitstrukturierten Studiengängen ausweiten, das ist unrealistisch. Das macht auf Bundesebene auch niemand mit. Wenn die Zahl der Studenten von derzeit 1,4 Millionen auf 900 000 in zehn Jahren zurückgeht, bekommen Sie nirgendwo in einem Gutachtergremium eine Zustimmung zur Ausweitung und zur breiten Neueinführung von neuen Studiengängen; das ist ganz klar. Das schließt die eine oder andere Abrundung nicht aus; aber im wesentlichen muß man schon von der heutigen Struktur ausgehend die Ausstattung, die Fachbereichsstruktur und in der Konsequenz dann auch den Namen überlegen. Gelegentlich leidet diese Diskussion ein bißchen, auch bei den Beteiligten draußen, darunter, daß der Name oft sehr stark im Vordergrund des Bemühens steht und Fragen der Struktur - im übrigen auch Fragen, welche Lehrer wir hier für die Kinder ausbilden - eine erstaunlich geringe Rolle spielen. Die Frage, daß wir das alles, zumindest auf dem Feld der Lehrerbildung, für Kinder machen, spielt in vielen Stellungnahmen eine marginale Rolle - wie man so schön sagt -, und die Frage, ob das jetzt Universität heißt oder nicht, schiebt sich dann bei vielen Stellungnahmen in einer sehr starken Form in den Vordergrund.

Die Alternative ist auch schon beschrieben worden. Meine Damen und Herren, das ist die Integration in die Universität, Strich - wie man das heute so schön sagt - die Universitäten. Landau können Sie an Kaiserslautern nicht anbinden; von der Struktur wäre das eine sehr unglückliche Hochzeit, die auf Dauer keinen der beiden Partner, abgesehen von den Ungleichgewichten, befriedigen würde. Man kann mit Blick auf Landau lediglich, wenn man sich zum universitären Weg entscheidet, den Weg gehen, wie wir ihn beim Fachbereich Angewandte Sprachwissenschaften in Germersheim haben, allerdings mit dem einen Unterschied, meine Damen und Herren, daß es dann - auch das müssen die Landauer sehen - beispielsweise in Germanistik oder wo auch immer mit der Universität Mainz gemeinsame Promotions- und Habilitationsausschüsse geben wird; unter Umständen ist dies vielleicht sogar gerade sehr wünschenswert.

(Dahmen, CDU: Wünschenswert, jawohl! - Beifall bei der CDU)

Es wird nicht möglich sein, Landau an Mainz anzukoppeln und zu sagen, aber Promotion, Habilitation und Berufung, das machen wir alles in Zukunft weiter selbst, sondern das wird dann durch den Senat der Universität Mainz laufen, es wird gemeinsame Promotions-, Habilitations- und Berufungsausschüsse geben müssen. Anders ist die Integration in eine Universität nicht vertretbar.

Bezüglich Koblenz hat man in der Tat zwei Alternativen. Man könnte auch hier sagen: Mainz; oder man hat die Alternative, zu sagen: Wir verbinden das mit Trier. Aber das, was ich eben für Landau gesagt habe, gilt dann bezüglich der Struktur auf dem wissenschaftlichen Feld gleichermaßen.

Meine Damen und Herren, das ist eine Lösung, die zweifelsohne eine ganze Reihe von Vorteilen mit sich bringt. Damit erübrigt sich der Streit um den Namen; das heißt dann „Universität Mainz, Fachbereich Landau", das heißt dann „Universität Trier, Fachbereich Koblenz" oder wie auch immer.

Natürlich warne ich auch bei einem solchen Weg davor, hier nur rosarote Perspektiven zu sehen. Überall, wo Sie einen relativ weit entfernten Fachbereich mit einem größeren Gebilde verbinden, gibt es gelegentlich auch Spannungen, gibt es den Vorwurf des mangelnden Interesses der Zentrale, gibt es also auch Reibungen und Reibungsverluste. Das muß man sehen.

Meine Damen und Herren, wenn man den Weg in die Universitäten geht, gibt es auch die Frage: Wieweit sind parallele Studiengänge vertretbar? Wenn Sie sich - ich spreche jetzt von Landau - für die Anbindung an die Mainzer Universität entschließen, kommt natürlich als nächstes die Frage, ob wir uns dann leisten können und mit Blick auf das wissenschaftliche Niveau auf Dauer leisten wollen, daß es in Mainz Diplompsychologie und in Landau Diplompsychologie gibt. Also eines prognostiziere ich Ihnen, meine Damen und Herren: Der Präsident der Mainzer Universität kann heißen, wie er will; spätestens nach zwei Jahren wird der Präsident der Mainzer Universität kommen und sagen: Herr Minister, völlig undenkbar auf Dauer; die Studentenzahlen gehen zurück. - Das heißt, wir müssen die Diplompsychologie von Mainz und Landau zusammenführen. Wenn Sie dann den Mainzern sagen: „Ihr müßt aber nach Landau gehen", meine Damen und Herren, so können Sie sich vielleicht einmal die Senatsstellungnahme dazu vorstellen.

Um es ein bißchen zu verdeutlichen, sage ich, daß alles nicht so einfach ist. Es ist relativ leicht zu sagen, er hat nicht nachgedacht, legt nichts auf den Tisch usw Aber wenn man ein bißchen nachdenkt - ich habe über diese Fragen in den letzten Jahren mit vielen sehr vielfältig geredet -, merkt man, daß es eine Reihe von Fragen gibt.

Jetzt spinne ich den Gedanken fort. Diejenigen, die aus dem Bereich Koblenz kommen, mögen jetzt ein bißchen aufmerksam sein und zuhören. Wenn Koblenz zu Trier kommt, kann der Trierer Präsident heißen wie er will, irgendwann wird er sehr schnell auf den Gedanken kommen, daß die Informatik aus Koblenz natürlich an dem zentralen Standort Trier viel notwendiger und besser untergebracht ist. Wir werden dann begeisterte Stellungnahmen aus dem Koblenzer Stadtrat usw. hören. Sie wissen, wie das läuft. Die Anbindung der beiden Standorte an die beiden Universitäten Mainz und Trier oder die Anbindung beider Standorte an Mainz wirft in sich wieder eine Reihe von Fragen auf. Insofern ist es kein ganz einfaches Geschäft.

Ich habe hier neulich schon einmal gesagt, die EWH muß uns irgendwann einmal sagen, was sie will. Ich bin darauf sehr gespannt. Ich erwarte schon, daß sie uns sagen, was sie wollen. Natürlich kann man sagen, das hat sie bislang gesagt. Es bleibt so, wie es ist, das ganze heißt Universität, nämlich Universität Koblenz/Landau. Man kann das machen. Freimütig wie ich bin, dürfen Sie aber nicht denken, daß das in der deutschen Wissenschaftslandschaft sehr viel Leute vom Hocker reißt, wenn Sie sagen, es bleibt, wie es ist, nämlich daß wir einen Schrägstrich machen und es heißt, Universität Koblenz/Landau. Wir stehen hier vor einem wichtigen Punkt.

Ich fasse zusammen. Die heutige Struktur ist eine Möglichkeit. Über die inneren Strukturen muß gesprochen werden, um zu sehen, was geht. Die Probleme sollen so gut wie irgend möglich gelöst werden. Das ist die eine Alternative.

Die andere Alternative ist die Auflösung und die Integration in eine oder zwei Universitäten. Manches spricht für zwei Universitäten. Es muß versucht werden, die dann auftauchenden Probleme so gut, wie es nur geht, in den Griff zu bekommen.

Eine Patentantwort gibt es nicht. Wir sind nicht auf der grünen Wiese des Jahres 1960, als wir ähnlich wie in Trier und Kaiserslautern, oder wie 1970, umfassende Überlegungen anstellen konnten. Ich denke, daß sieht auch jeder. Trotzdem finde ich, sollten wir es so gut wie möglich machen.

Meine Zielsetzung besteht darin, nach der Sommerpause eine Vorlage an das Kabinett zu geben, nachdem entsprechende Gespräche und Kontakte stattgefunden haben. Das würde bedeuten - um auch das zu sagen -, daß die Landesregierung im Herbst dieses Jahres eine Novelle des Hochschulgesetzes einbringen muß, wenn die Antwort die Auflösung der heutigen Struktur und die Integration in beide Universitäten beinhalten würde.

Es ist relativ leicht möglich, diese Novelle des Hochschulgesetzes einzubringen. Wenn sich die Fraktionen dann - ich weiß nicht, ob es möglich ist - darauf verständigen würden, diese Novelle auf diesen Punkt zu beschränken und nicht das Faß ganz aufzumachen, dann wäre eine solche Novelle auch relativ schnell und unproblematisch zu beraten.

Mit Blick auf den nächsten Doppelhaushalt müssen im Frühsommer nächsten Jahres in den Einzelberatungen Umsetzungen usw. erfolgen.

Die Sache ist für mich zur Stunde auch innerlich offen. Ich habe keine abgeschlossene Meinung, und zwar noch nicht einmal für mich ganz persönlich und vertraulich. Ich bin offen für beide Wege. Wenn wir uns für den anderen Weg entschließen, dann bleibt uns die Novelle erspart. Wir müssen dann in der Tat einige Strukturen durchforsten. Das sieht von Studiengang zu Studiengang sehr unterschiedlich aus. Es gibt Studiengänge, in denen die Personalkapazität viel größer als die studentische Nachfrage ist. Es gibt Studiengänge, bei denen die Personalkapazität und die Nachfrage einigermaßen übereinstimmen. Auch das muß man mit Blick auf die nächsten Jahre und die wachsenden Studentenzahlen bedenken.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Meine Damen, meine Herren, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht vor.

Ich gehe davon aus, daß es im Sinn der antragstellenden Fraktion ist, daß dieser Antrag auch ein Berichtsersuchen enthält und daß er an den Kulturpolitischen Ausschuß zur weiteren Beratung überwiesen werden soll. - Ich sehe, es erhebt sich dagegen kein Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Der Antrag wird an den Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen.

Gemäß der Übereinkunft im Ältestenrat rufe ich die **Punkte 16, 17 und 18** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschule und Gymnasium
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 11/503 -

Ausbau und Organisation des Ganztagsschulangebotes in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 11/669 -

Unterrichtsausfall und Lehrerarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksachen 11/285/446/496 -

Meine Damen, meine Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, daß zu allen drei Punkten der Tagesordnung je Fraktion 20 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen.

Ich erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Franzmann das Wort.

Abg. Franzmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit unserem Antrag, als Drucksache mittlerweile ein halbes Jahr alt, wollen wir erreichen, daß wir uns ernsthaft über ein Konzept unterhalten, in Rheinland-Pfalz besser als bisher berufsbezogene Bildungsinhalte in den Unterricht von Realschulen und Gymnasien aufzunehmen. Mit ernsthaft meine ich eine Auseinandersetzung ohne Vorwürfe ähnlich denen in der Vergangenheit, als bei der Diskussion um die Kollegschule in Nordrhein-Westfalen von einem dort zu erreichenden „Struwwelpeter-Abitur" gesprochen wurde.

Auch eingedenk jeglicher Parteiideologie, die eine Kultur- und Bildungsideologie im Hintergrund hat, muß eine solche Ernsthaftigkeit möglich sein.

„Hinter der Frage nach dem richtigen Bildungsweg stehen große Erwartungen. Jeder möchte in seinem Leben einen Beruf erreichen, bei dem er seine Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen sinnvoll einsetzen kann. Er will auf eigenen Füßen stehen, zugleich aber auch sein Leben sozial absichern. Das ist nur möglich, wenn zwei Punkte zusammenwirken, nämlich die eigene Anstrengung und die gezielte Förderung und Hilfestellung durch andere, von der Familie über die Schule bis hin zu Arbeitskollegen und Freunden.

Das Bildungswesen vermittelt also nicht allein die entscheidende Förderung für die Entwicklung eines Menschen. Aber es bietet besonders systematische Möglichkeiten, Talente und Neigungen zu entdecken, zu selbständigem Handeln anzuregen und zu selbstverantwortlicher Lebenspraxis zu führen".

Wer dies sagt, ist kein anderer als unser Herr Kultusminister Dr. Gölter in seinem Vorwort zur Broschüre „Bildungswege in Rheinland-Pfalz". Wir stimmen dieser Einschätzung zu, sind allerdings der Auffassung, daß diese besonderen systematischen Möglichkeiten, Talente und Neigungen zu entdecken, zu selbständigem Handeln anzuregen, und zu selbstverantwortlicher Lebenspraxis zu führen" - ich habe eben zitiert -, weiter ausgebaut werden könnten, nein, weiter ausgebaut werden müßten.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Als eine Möglichkeit nennen wir dazu die Integration von allgemeinbildenden und berufsbezogenen Inhalten in den Unterricht. Wir verbinden damit aber auch mehr als die - ich darf zitieren - „Hinführung zur Arbeits- und Wirtschaftswelt und zur Berufswahl als eine Aufgabe aller Schulen, die auch bereits in den Lehrplänen verankert ist", weshalb nach Auffassung des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums eine Revision der Lehrpläne zur Haupt- und Realschule und Gymnasium nicht notwendig und auch nicht beabsichtigt sei, ein Fach Arbeitslehre auch für die Realschule und die Gymnasien verbindlich einzuführen. - Ich habe aus der Pressemitteilung des Ministeriums vom 26. Januar 1988 zitiert.

Das Fach Arbeitslehre nimmt in der Bildungs- und Erziehungsarbeit der Hauptschule einen unumstrittenen wichtigen Rang ein. Wir meinen, daß Elemente dieser Arbeitslehre sehr viel stärker als bisher auch in der Realschule und im Gymnasium Einzug finden müssen, und sagen deshalb mit dem Herrn Kultusminister - ich darf ihn zitieren -, „daß in einer Industriegesellschaft der Kontakt zwischen Schule und Wirtschaft, zwischen Bildungs- und Erziehungsbereich und der Berufs- und Arbeitswelt eine existentielle Voraussetzung ist."

So in einem Grußwort vor dem Studienkreis Schule und Wirtschaft gesprochen.

Noch einmal: Es geht uns darum,

1. Diesen Pakt als notwendige Existenzvoraussetzung tatsächlich zu schnüren,

2. die gekünstelte Aufspaltung zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung zurückzudrängen und

3. den Jugendlichen Hilfen zu geben, die über den Schulabschluß hinausgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn beispielsweise das Fach Arbeitslehre für die Schüler der Sekundarstufe I eine so herausragende Bedeutung hat, dann sollte man es für alle Schularten einführen.

(Schweitzer, SPD: Richtig!)

Daß man den Vorteil, den Jugendliche in der Hauptschule durch dieses Fach haben, dadurch schmälern würde, wenn man es auch für die Realschüler und für Gymnasiasten einführen würde, kann keine Rechtfertigung dafür sein, gerade diesen wichtigen Bereich der Arbeitswelt den beiden Schularten, nämlich Realschule und Gymnasium, vorzuenthalten.

Auch im Wissen um die vielen guten, vorwiegend theoretischen Ansätze, die man in dem Bericht der Landesregierung, Schule und Wirtschaft betreffend, nachlesen konnte, meine ich, ist es besser, Jugendliche erfahren neben aller Theorie, was malochen am Fließband heißt, was Dienstleistung in einer Verwaltung heißt, aber auch was kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit beispielsweise heißt.

Ich hoffe, daß Rheinland-Pfalz den umgekehrten Weg wie das Land Hessen geht, in dem jetzt die gemeinsamen Stundentafeln aus 1976 abgelöst und das Fach Arbeitslehre für Realschulen und Gymnasien wieder abgeschafft werden soll.

Ich möchte hier Hans Dedering von der Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Berufspädagogik/Polytechnik/Arbeitswissenschaft, aus der „Frankfurter Rundschau" vom 17. März 1988 zitieren. Dort schreibt er:

„Angesichts des technischen Wandels mit seinen Tendenzen zu Großsystemen und ihren oft gar nicht absehbaren sozialen Folgen sei heute ein Verständnis der technischen, ökonomischen und politischen Zusammenhänge von Arbeitswelt notwendiger denn je. Dies wird in allen Lagern von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft als eine große Herausforderung gerade auch an die allgemeinbildenden Schulen angesehen. Eine Zusammenhang stiftende Qualifizierung für die Arbeitswelt dürfe auch den Schülern und Schülerinnen der Realschulen und Gymnasien nicht vorenthalten werden."

Dem stimmen wir uneingeschränkt zu.

„Wir müssen das Bildungssystem so organisieren, daß unsere Kinder und Enkel aus ihrer historischen Situation das Beste machen können. Wir haben nicht das Recht, aufgrund unserer gegenwärtigen beschränkten Ansichten ihre Bewegungsmöglichkeiten einzuschränken", hat Karl Steinbruch in seinem Buch „Programm 2000" einmal formuliert.

Was ich grundsätzlich zur Bedeutung berufsbezogener Inhalte für die Sekundarstufe I gesagt habe, gilt ebenfalls für die Sekundarstufe II. Neben den vielfältigen Erfahrungen, die wir alle im Gespräch mit Hochschulzugangsberechtigten über Studien- bzw. Berufsabsichten machen, kommen hier noch Besonderheiten hinzu, welche die Aussage rechtfertigen: „Das Gymnasium kann nicht mehr als Vorschule zur Universität gelten". Das Hochschulinformationssystem dokumentiert Ende 1987 wichtige Trends der Studienberechtigten im Vergleich von 1976 zu 1986.

Einige Stichworte dazu:

Rückgang der Brutto-Studierquote auf nunmehr rund 70 %; 1976 waren es 83 %,

Abnahme der Studienaufnahme im Jahr der Hochschulzugangsberechtigung auf 25 %,

überdurchschnittlicher Rückgang der Brutto-Studierquote und der Studienaufnahme im Jahr der Hochschulzugangsberechtigung, insbesondere bei Frauen,

kontinuierliche Zunahme der Zahl von Jugendlichen, die im Jahr der Hochschulzugangsberechtigung eine berufliche Ausbildung beginnen,

Verdoppelung der Zahl derjenigen Hochschulzugangsberechtigten, die eine Berufsausbildung ohne eine spätere Studienabsicht aufnehmen.

Unserer Auffassung nach sind das ausreichende Gründe dafür, berufsbezogene Inhalte stärker als bisher im Unterricht zu berücksichtigen, gerade im Bereich der Realschulen und Gymnasien, wie gesagt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Die KMK-Vereinbarung von 1987 eröffnet die Möglichkeit, daß wir auch bei uns über die in beruflichen Gymnasien hinausgehenden Möglichkeiten den Versuch unternehmen, eine Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung durchzuführen. Warum soll es nicht auch bei uns möglich sein, im Rahmen einer vierjährigen Oberstufe eine Doppelqualifikation zu erhalten, wie sie in einigen anderen Bundesländern möglich ist und dort auch von Rheinland-Pfälzern wahrgenommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen, daß bei uns ein Interesse daran besteht. Zukünftig sollte bei Anfragen interessierter Eltern aus dem Hause des Kultusministers nicht immer nur der Hinweis kommen können: Das gibt es bei uns in Rheinland-Pfalz nicht.

Es macht mir doch im Ernst niemand vor, daß es in diesem Ministerium keine Denkmodelle, noch nicht einmal Gedankenspiele gibt, wie man im Interesse unserer Jugend allgemeine und berufliche Bildung miteinander verzahnen kann. Deshalb fordern wir, aufbauend auf den Erfahrungen anderer Bundesländer, die Möglichkeit dieser Doppelqualifikation auch in Rheinland-Pfalz.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Preuss:

Meine Damen und Herren, zwischenzeitlich sind weitere Gäste eingetroffen. Ich begrüße sehr herzlich ehemalige Schülerinnen und Schüler der Landwirtschaftsschule Saarburg. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im Hause)

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß im Plenarsaal zuviel gesprochen wird. Es gebietet der Respekt vor denjenigen, die ihren Standpunkt vortragen, daß wir ihnen zuhören. Ich bitte Sie, die Erzählungen am Platz einzustellen.

Ich erteile Herrn Kollegen Dahmen das Wort.

Abg. Dahmen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal festhalten, Herr Kollege Franzmann - das gilt aber insgesamt für die SPD-Fraktion -, daß wir im Ältestenrat eine verbundene Debatte vereinbart haben. Wenn dies dann im Plenum wiederum getrennt wird, sehe ich nicht ein, daß wir uns auf eine verbundene Debatte einlassen. Dann trennen wir das demnächst wieder und legen für die unterschiedlichen Themen unterschiedliche Redezeiten fest. Wir haben sodann eine klare Abmachung

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und damit kein Wischiwaschi in der Form der verbundenen Debatte, die in Wirklichkeit keine verbundene Debatte ist.

Ich werde auf jeden Fall diese drei Themen verbinden und unseren Standpunkt zu diesen drei Anträgen der SPD darstellen.

Ich gebe nach dieser Eingangsbemerkung zu, daß ich aus Ihren Reihen einige kritische Stimmen gehört habe, meine Damen und Herren von der SPD, daß wir drei so unterschiedliche Themen zusammenfassen. Ich meine - deswegen sage ich es noch einmal -, man sollte bei einer solchen Abmachung bleiben. Es hat auch einen eigenen Reiz, so zu verfahren, selbst wenn ich den zeitökonomischen Aspekt einmal beiseite lasse.

Wenn ich mich frage, unter welchem Obersatz diese drei Themen zusammengefaßt werden können, so antworte ich mit einer These, die ich in jeder Versammlung, die ich zur Zeit zu den vorgesehenen Änderungen in der Grundschule habe, an die Spitze stelle. Es ist interessant festzustellen, wie die SPD - der Kollege Reisinger wird das nachher im Detail sagen - versucht, entsprechend einer Aufforderung ihres Bundesgeschäftsführers Peter Glotz vor etwa zwei Jahren zu beweisen, daß sie ihre sogenannte Kampagnefähigkeit wieder gewonnen habe.

(Beck, SPD: Nur keinen Neid, Herr Kollege!)

Sie können sich darauf verlassen, wir werden jede Versammlung, die Sie machen, mit einer Versammlung von uns beantworten.

(Itzek, SPD: Da habt Ihr viel zu tun!)

Wenn Sie klar ausdrücken, was wir wollen, haben wir Zuspruch und keine Ablehnung.

(Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Beck, ich hätte Sie vorgestern gern bei einer Versammlung des VBE in Neuwied dabei gehabt. Dort hätten Sie das an Ort und Stelle erleben können.

(Beck, SPD: Gehen Sie einmal zu den Elternversammlungen!)

Meine Damen und Herren, der Obersatz, unter den ich alles stelle, lautet wie folgt: „Nicht alles, was pädagogisch wünschbar ist, ist auch finanziell machbar. Aber alles, was wir tun, muß pädagogisch zu verantworten sein."

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Seichter, SPD: Aha! Da ist das Loch!)

Ich möchte mit diesem Obersatz zunächst einmal dem eingängigen, aber törichten Gerede entgegentreten, die Finanzleute, die Finanzminister, die Fiskalisten, bestimmten heute die Pädagogik und die Schulpolitik.

Meine Damen und Herren, wenn in Zeiten, in denen Geld teilweise in Fülle vorhanden war, wichtige Dinge auf den Weg gebracht wurden, dann muß auch umgekehrt gelten, daß in Zeiten der Geldknappheit all dies auf den Prüfstand zu stellen ist.

Wenn in der Umweltpolitik das Wort gilt - ich bin fest von diesem Wort überzeugt -, daß wir unsere Welt nur von unseren Kindern geborgt haben, daß wir ihnen also nicht eine ausgeplünderte Natur nachlassen dürfen, so gilt dieses Wort mutatis mutandis auch für die ökonomische Welt. Wenn wir unseren Kindern eine ausgeplünderte öffentliche Kasse hinterlassen, dann nützen ihnen noch so wohlgemeinte pädagogische, aber vorfinanzierte Leistungen nichts, wenn sie in ihrem aktiven Leben diesen fiskalischen Schutt erst einmal beiseite räumen müssen. Deshalb wiederhole ich meine Eingangsthese: „Nicht alles, was pädagogisch wünschbar ist, ist auch finanziell machbar. Aber alles, was wir tun, muß pädagogisch zu verantworten sein."

Zunächst möchte ich ein paar Bemerkungen zu der Großen Anfrage der SPD „Unterrichtsausfall und Lehrerarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz" und ihrer Beantwortung durch die Landesregierung machen. Die Verbindung von Unterrichtsausfall und Lehrerarbeitslosigkeit ist zwar griffig, populär und läßt sich deshalb gut an den Mann bringen, zwingend ist diese Verbindung für mich aber nicht.

Man kann ernsthaft darüber diskutieren, ob der Staat eine weitgehende Verpflichtung habe, teuer ausgebildete Lehrer und Lehrerinnen einzustellen. Man kann dies tun, ohne die Unterrichtsversorgung überhaupt zu berücksichtigen. Dann

macht man sozusagen ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für arbeitslose Lehrer.

(Dr. Schmidt, SPD: Wer will das denn?)

- Ich komme nachher auf Ihren Vorschlag zurück.

Man kann in diesem Zusammenhang auch noch andere Faktoren außer acht lassen. Zum Beispiel haben sich inzwischen viele arbeitslose Lehrer - es sind häufig die agileren - längst anders umgesehen. Wenn Sie ehrlich sind, werden Sie viele Beispiele dafür finden. Setze ich dieses Phänomen nicht in meine Betrachtung ein, verenge ich den Blick ausschließlich auf den Punkt der Arbeitslosigkeit von ausgebildeten Lehrern und werde damit der ganzen Wirklichkeit nicht gerecht.

Ich habe bei der Beantwortung einer so diffizilen Frage auch die Tatsache zu berücksichtigen, daß der Haushaltsgesetzgeber bei der Festlegung eines Einstellungskorridors keine Entscheidung für heute und jetzt trifft, sondern in jedem Einstellungsfall eine Festlegung auf 30 bis 35 Jahre vornimmt. Wenn ich mit einem breiten Einstellungskorridor der sogenannten Vergreisung der Kollegien heute entgegentrete, so schaffe ich mir dieses Problem bei weiterhin deutlich zurückgehenden Schülerzahlen dann in den nächsten Jahren erneut. Nein, ich muß korrigieren, nicht ich schaffe mir das Problem, sondern ich hinterlasse dieses Problem denen, die nach mir kommen.

Selbst wenn ich eine Verbindung zwischen Lehrerarbeitslosigkeit und Unterrichtsversorgung herstelle, ist zu fragen, ob das, was an Unterricht angeboten wird, tatsächlich auch in diesem Umfang angeboten werden muß. Wer diese Frage nicht stellt, auch als Kulturpolitiker nicht stellt - ich betone das -, der geht sehr unkritisch an das Problem heran. Ich jedenfalls bin für klare Aussagen - dies mache ich in jeder Versammlung deutlich - und entspreche der von mir aufgestellten Prämisse, daß nicht alles, was pädagogisch wünschbar ist, auch finanziell machbar ist, und daß wir alles, was wir tun, pädagogisch verantworten müssen.

Ich erlaube mir so folgende Fragen: Müssen unsere Stundentafeln tatsächlich den heutigen Umfang haben? Herr Kollege Dr. Schmidt, wenn Sie das Beispiel der Grundschule sehen, muß man feststellen, daß wir an der Spitze aller Bundesländer standen.

(Dr. Schmidt, SPD: War das denn so falsch, Herr Dahmen?)

Jetzt, wenn die vorgesehene Änderung nach der Anhörung so wie im Entwurf vorgesehen durchkommt, stehen wir immer noch in der Spitze der drei ersten Bundesländer. Dann stellen Sie bitte nicht die Frage, ob das so falsch war, sondern stellen Sie die Frage, ob wir das alles noch finanzieren können.

Ich möchte weitere Fragen stellen: Ist jede Fördermaßnahme, die wir einmal aus guten Gründen eingeleitet haben, heute noch nötig, oder haben sich nicht längst andere Herausforderungen ergeben? Sind in der heutigen Situation alle freiwilligen Unterrichtsveranstaltungen, alle Wahlunterrichtsveranstaltungen, so wünschenswert sie auch sein mögen, tatsächlich auch notwendig? Können wir sie alle tatsächlich auf Dauer finanzieren?

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich bin gegen pauschale Antworten auf diese Fragen, aber ich bin dezidiert dafür, daß diese Fragen heute gestellt werden.

Was die Versorgung mit Lehrern und die Unterrichtsversorgung angeht, wird der Kultusminister unter den verschiedensten Aspekten sicherlich detaillierte Antworten nachher geben. Ich möchte hier noch einmal feststellen, in Rheinland-Pfalz stehen wir trotz des diagnostizierten Unterrichtsausfalls nach den Kriterien der Bund-Länder-Kommission, die bundesweit angewandt werden, nicht so schlecht da.

Wenn ich das Fazit der Studie , die die Max-Träger-Stiftung, die Ihnen bekannt sein dürfte, über den künftigen Lehrerbedarf in Auftrag gegeben hat, richtig interpretiere, so lautet es im Grunde genommen, daß wir in der überschaubaren Zukunft nicht mehr Lehrer nötig haben, als wir heute im Dienst haben. Dies ist ein Fazit dieser Studie. Ich meine, da die Studie gerade von der Max-Träger-Stiftung erstellt worden ist, sollte man an einer solchen Aussage nicht vorbeigehen.

Meine Damen und Herren, dabei möchte ich durchaus die Sorge registrieren, die wir haben, daß nach der amtlichen Erhebung der Unterrichtsausfall jetzt erstmals an Grund- und Hauptschulen um zwei Punkte angewachsen ist und damit über dem Unterrichtsausfall in Realschulen und Gymnasien liegt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch sagen, daß ich bei der Durchsicht der Großen Anfrage der SPD mit einigem Amüsement zwei Anträge der SPD angesehen habe, die Sie im Haushaltsausschuß bei den Haushaltsberatungen gestellt haben. Sie haben für alle Schulkapitel 200 Lehrerstellen mehr gefordert. Gleichzeitig haben Sie gefordert, daß wir bei den Titeln für nebenamtlichen und nebenberuflichen Unterricht 5 Millionen DM in beiden Haushaltsjahren streichen. Wenn ich das aus dem Gesichtspunkt der Lehrerarbeitslosigkeit sehe, kann ich anders darüber diskutieren. Aber unter dem Gesichtspunkt der Unterrichtsversorgung ist im Saldo das, was Sie beantragt haben - ich drücke es einmal so aus -, ein Trick; denn im Saldo läuft das für die Unterrichtsversorgung fast gegen Null.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Meine Damen und Herren, damit helfen Sie den Schulen überhaupt nicht.

Herr Kollege Schweitzer, die Lautstärke, mit der Sie das vortragen, steht fast in umgekehrter Relation zu Ihrer Überzeugungskraft. Aber ich werde nicht müde, dies in jeder Versammlung laut und deutlich zu sagen. Die Eltern und die Lehrer haben das sehr bald heraus, daß das trickreich ist, was dort gemacht wird, und daß mit zwei Zungen geredet wird. Hier muß man so reden, weil man den Haushalt auch konsolidieren will - darin waren wir uns bis auf Nuancen einig -, aber draußen gehen die Kollegen der SPD hin und stellen Forderungen über Forderungen, und das alles ist selbst nach Ihrer eigenen Aussage nicht zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, es ist so, als wenn man jemandem aus der rechten Rocktasche etwas herausnimmt, sie schön glatt bügelt, es ihm in die linke hineinsteckt, und dann läuft er links ausgebeult herum. Mit dieser Methode sollte man uns bitte nicht kommen. Ich jedenfalls sage: Der Vorschlag, den Sie bei den Haushaltsberatungen gemacht haben, war nicht seriös. -

(Beifall bei der CDU -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Herr Kollege Dahmen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schmidt?

Abg. Dahmen, CDU:

Selbstverständlich.

Abg. Dr. Schmidt, SPD:

Herr Kollege Dahmen, sind Sie bereit, der SPD-Fraktion einzuräumen, daß 200 zusätzliche Stellen, wenn man sie auf Unterrichtsstunden umrechnet, mehr sind, als wenn wir 5 Millionen DM für nebenberuflichen Unterricht einstellen?

Das ist doch eine einfache Rechenaufgabe. Insofern kann ich Ihre Einlassung, daß Sie meinen, das würde auf Null aufgehen, nicht verstehen. Wenn Lehrer so billig wären, dann könnten wir natürlich Entsprechendes tun.

Abg. Dahmen, CDU:

Herr Kollege Dr. Schmidt, zunächst müssen wir einmal festhalten: Dann müssen wir einmal schauen, ob wir beide die gleiche Rechenart angewandt haben.

Ich habe nicht gesagt: Das ist gleich Null. - Ich habe vielmehr gesagt: Das tendiert nach Null - Das muß man festhalten. Insofern sind die 200 Lehrerstellen, die Sie beantragt haben, bei gleichzeitiger Reduzierung der Mittel für nebenamtlich nebenberuflichen Unterricht ein Trick.

Meine Damen und Herren, ich komme dann mit wenigen Worten unter derselben Überschrift zu der Frage „Ausbau und Organisation des Ganztagsschulangebots in Rheinland-Pfalz". Auch hier stellt sich die einfache Frage: Ist das, was wir wünschen, finanziell machbar? Vielleicht stellt sich auch noch drängender als vorher die Frage, ob das, was wir entscheiden, pädagogisch zu verantworten ist.

Auf den ersten Satz eingehend ist die Antwort zur Zeit absolut klar und leicht zu geben. Wenn eine Ganztagsschule in der geschlossenen Form zirka 40 % - ich denke, das ist richtig, was ich jetzt sage - mehr Lehrer kostet und wenn eine Ganztagsschule in der offenen Form etwa 20 % bis 30 % mehr Lehrer benötigt, dann muß die Frage nach der Erweiterung eines solchen Angebots unter den derzeitigen finanziellen Gegebenheiten eindeutig mit einem Nein beantwortet werden.

Herr Kollege Dr. Schmidt, Sie schauen mich so fragend an. Ich bin in solchen Auseinandersetzungen für klare und deutliche Aussagen.

Dann nützt auch der Hinweis auf die bereits in der 63. Plenarsitzung der 8. Wahlperiode am 26. Januar 1979, also vor fast zehn Jahren, einstimmig geforderte Konzeption der Landesregierung zum weiteren Ausbau des Ganztagsschulangebots gar nichts; denn in zehn Jahren hat sich die Welt sehr, sehr verändert.

Meine Damen und Herren, dennoch sage ich: Wünschbar ist vielleicht in diesem Bereich doch einiges. - Ich will auch unumwunden und deutlich sagen, daß man die Frage, ob man in sozialen Brennpunkten, in Gegenden, in Gebieten mit hohem Ausländerkinderanteil, nicht das eine oder andere noch versuchen sollte, durchaus überlegen muß.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dennoch will ich auch hinzufügen: Die Ergebnisse der Begleituntersuchungen, soweit ich sie noch richtig in Erinnerung habe, sind so, daß auch die Erwartungen, die an das Ganztagsschulangebot gestellt wurden, nur zu einem Teil erfüllt wurden. Ich will diese kritischen und positiven Bemerkungen zusammenfassen und sagen, daß wir in dieser Frage Ihres Antrages mit einer Ausschußüberweisung einverstanden sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte dann aber hinzufügen: Wenn wir dies tun und wenn dann die Landesregierung ein Konzept für die Erweiterung des Ganztagsschulangebots auf den Tisch legt, dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß das für uns keine Meßlatte ist, an der die Opposition Tag für Tag abfragen kann: Wann endlich springt ihr über die Meßlatte? - Wir werden vielmehr klar von Anfang an sagen: Dies ist eine Zielvorstellung. Darin wollen wir uns bewegen, aber verlangen Sie bitte nicht, daß wir Tag für Tag beantworten: Morgen wird es schon soweit sein. -

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

- Herr Kollege Schwertzer, in dem Punkt unterscheiden wir uns, pragmatisch, wie wir sind, von Ihren Patentrezepten. Sie meinen, das wäre alles sofort am nächsten Tag vorhanden. Sie haben offensichtlich einen Dukatenesel. Sie lüften den Schwanz und dann kommt das, was Sie nötig haben, heraus.

(Heiterkeit im Hause -
Beifall bei der CDU)

Wenn dann der Esel geleert ist, meinen Sie immer noch, er sei voll und lüften immer weiter.

(Erneut Heiterkeit im Hause)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem in der Tagesordnung ersten und von mir jetzt als letzten behandelten Antrag der SPD, Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschule und Gymnasium betreffend. Die Darlegungen des Herrn Kollegen Franzmann, moderat vorgetragen, das will ich gerne zugestehen, aber in der Sache sicherlich sehr hart, führen uns zu einer sehr grundsätzlichen Frage. Auch hier bin ich, wie bei den beiden anderen Punkten für eine ganz klare Aussage. Wir sollen nichts verschleiern, wir sollen klären.

In diesem Antrag geht es schon gar nicht mehr darum, was finanziell noch machbar ist, sondern einzig und allein um die Frage, was unter einer solchen Überschrift pädagogisch von uns gewünscht wird und was wir pädagogisch ablehnen müssen.

Der Antrag verbindet in geschickter Weise zwei unterschiedliche Sachverhalte miteinander und könnte so den Unkundigen leicht dazu verleiten, ihn insgesamt anzunehmen. Man wird dies sauber trennen müssen.

Über die Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschulen und Gymnasium kann man durchaus diskutieren. Ich will gar keine Beispiele anführen. Der Kultusminister wird das nachher viel besser können als ich.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Herr Kollege Dahmen, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß die vereinbarte Redezeit von 20 Minuten abgelaufen ist.

Abg. Dahmen, CDU:

Ich bin gleich fertig, Herr Präsident.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die ITG, die Informationstechnische Grundbildung, ein Beispiel dafür ist, wie wir moderne berufsbezogene Inhalte in den Unterricht einbeziehen.

Herr Kollege Franzmann, dem zweiten Teil Ihres Antrages können wir allerdings nicht folgen. Ich bin dagegen, daß man sagt, im Gymnasium werde gekünstelt Berufsfeld und theoretische Welt auseinandergehalten. Ich bin der klaren Auffassung: Wer eine Kollegstufe will, legt die Axt an die Wurzel unserer gymnasialen Ausbildung, die einzig und allein das als wichtigste, primäre und vornehmste Aufgabe hat, nämlich auf die Universität, auf das akademische Studium vorzubereiten und allgemeine Studierfähigkeit zu verleihen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir können uns im Interesse der Betroffenen keine doppelqualifizierende Halbqualifikation leisten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen darf ich noch einmal sagen: Wir stimmen der Ausschußüberweisung des Antrages zum Ganztagsschulangebot zu. Dem Antrag zur Einbeziehung berufsbezogener Inhalte in Realschule und Gymnasium können wir in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Meine Damen und Herren, wir begrüßen als Gäste im Landtag Rheinland-Pfalz Mitglieder des SPD-Ortsverbandes Weilerbach. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Dörr das Wort.

Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Soweit ich weiß, hat der Staat seit Friedrich dem Großen stellvertretend für die Allgemeinheit die Schulausbildung übernommen. Die Große Anfrage der SPD sowie zahlreiche Kleine Anfragen der SPD zeigen uns, daß wir hier heute von einer Leistungsverweigerung des Staates sprechen müssen; denn obwohl noch genug ausgebildete Lehrer zur Verfügung stehen, haben wir einen eklatanten Unterrichtsausfall in den Schulen.

Wir müssen natürlich noch eines bedenken. Diese Zahlen, die in der Großen Anfrage genannt werden, sind nur ein Teil des Unterrichtsausfalles; denn diese Zahlen geben nur den sogenannten strukturellen Unterrichtsausfall durch Minderzuweisung von Lehrern wieder. Zu diesem strukturellen Unterrichtsausfall müssen wir dann noch den - - -

(Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Herr Kollege Dörr, gestatten Sie mir, daß ich Sie unterbreche. Meine Damen, meine Herren! Wir sollten wirklich jedem Redner, der hier im Plenum die Ansichten seiner Fraktion vorträgt, auch die nötige Aufmerksamkeit schenken. Ich bitte Sie sehr herzlich: Stellen Sie Gespräche am Platz bitte ein. -

Herr Dörr, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:

Zu diesem strukturellen Unterrichtsausfall müssen wir noch den Unterrichtsausfall hinzuzählen, der durch Krankheiten und Schwangerschaften entsteht. Die rechte Seite des Hauses möchte immer möglichst viele Schwangerschaften, da sie möglichst viele Kinder haben will. Dann gibt es nämlich noch mehr nichtstrukturellen Unterrichtsausfall. Wenn ich das dazuaddiere, indem ich die Zahl nehme, die wir vor einem Jahr hatten, liegt der reale Unterrichtsausfall bei den Grund- und Hauptschulen bei etwa 7 %, bei den Sonderschulen bei rund 9 %, bei den Gymnasien bei etwa 10 % und bei den Berufsschulen bei sage und schreibe rund 20 %. Diese Berufsschulen müssen wir ganz besonders hervorheben. Dieser eklatante Unterrichtsausfall ist wirklich katastrophal.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Er ist für uns GRÜNE besonders deswegen katastrophal, weil er besonders die allgemeinbildenden Fächer betrifft. Wir gehen in der Berufsschule von einer dualen Ausbildung aus, das heißt von einer Verbindung von Berufsinhalten und von allgemeinbildenden Lerninhalten. Es ist einfach unmöglich, daß diese allgemeinen Inhalte so stark durch Unterrichtsausfall gekürzt sind. Beim Sport sind das zum Beispiel 60 %. Bei der Religion sind es 40 %. Wir halten es sehr wohl für richtig, daß sich die Schüler mit Religion auseinandersetzen. Das sind auch andere Religionen. Wir haben mehr eine Religionswissenschaft, wenn wir so wollen. Es ist zwar noch nicht eine Wissenschaft, aber ich meine, es wird nicht nur das Christentum besprochen. Ich finde es gut, daß solche Dinge der Fall sind. In Deutsch sind es 20 %. Deutsch ist für jeden sehr wichtig, der es macht.

Herr Kultusminister, die Allgemeinbildung kommt in den Berufsschulen also viel zu kurz. Das gilt auch besonders, wenn wir daran denken, daß wir GRÜNE sehr stark für vernetztes Denken sind. Wir wollen, daß man das, was man jetzt im Beruf macht, zusammen mit dem betrachtet, was allgemein notwendig ist und was die Umwelt verträgt. Wenn dieser ganze allgemeinbildende Teil wegfällt, kann diese Zusammenschau gar nicht mehr erfolgen, die wir eigentlich von jedem erwarten. Es sind auch gerade solche Leute, die vernetzt denken können, die uns dann stecken, daß in der BASF einmal etwas illegal gelaufen ist. Solche Leute wollen wir sehr wohl. Das möchte ich schon sagen. Das ist wichtig.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist auch wichtig, daß die Leute, die an der Berufsschule sind, nicht schlechter dastehen als die Gymnasiasten und die Realschüler. Deswegen müssen wir drastisch dafür sorgen, daß dieser Unterrichtsausfall nicht stattfindet. Er ist unserer Meinung nach nicht verantwortbar.

Wir haben eine Verantwortung vor den kommenden Generationen. Das hat der Herr Kollege Dr. Dahmen sehr wohl gesagt.

(Dahmen, CDU: Ohne Doktor! Den Doktor habe ich nicht; - ich bin nur ein Schmalspurakademiker!)

- Ach so.

Das dürfen und können wir nicht verantworten. Das heißt, im Prinzip ist der Unterricht, den wir erteilen, eine Investition in die Zukunft.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir den Unterrichtsausfall wirklich auf Null bringen wollen, brauchen wir etwa 1 200 Lehrer. Jetzt möchte ich gleich auf das kommen, was Herr Dahmen so schön mit den Dukateneseln gesagt hat. Wir GRÜNE haben sehr wohl unsere Dukatenesel; denn wir haben im Haushalt zusätzlich 500 Lehrer für das erste Jahr und 1 000 Lehrer für das zweite Jahr ohne Streichungen gefordert. Die Dukatenesel sind nämlich da. Herr Kultusminister, da trauen Sie sich nur nicht dran, sich mit den Kabinettskollegen um diese Dukatenesel zu streiten. Das ist nämlich, wo das Geld hineingepulvert wird und wo es nicht nötig ist, daß es hineingepulvert wird.

(Schuler, CDU: Wo denn?)

Dies gilt für den Straßenbau, wie die Westrandstraße Haßloch. Das ist genauso ein totaler Schrott wie die Umgehung der Stadt Hoch-Speyer. Diesen Straßenbau wollen wir GRÜNE drastisch reduzieren. Man kann notfalls einen Nachtzug von Kaiserslautern über Hochspeyer nach Neustadt fahren lassen. Man muß noch einen Zug mehr einsetzen, dann ist das abgedeckt. Das ist das, was wir statt dessen wollen. Wenn wir dort drastisch sparen, ist das Geld da, um die Lehrer einzustellen. Wir haben unsere Haushaltsanträge durchgerechnet. Wir hatten darin mehr Streichungen, weil wir im Straßenbau drastisch gestrichen haben. Selbst wenn wir den Nahverkehr auf der Schiene ausbauen, kostet das erheblich weniger, weil ein Kilometer Straße ein Vielfaches dessen kostet, was es kostet, einen Kilometer Schiene zu erhalten wie beispielsweise die Lautertalbahn. Das ist ein Verhältnis wie Hosenknopf zu Hose. Das müssen Sie einmal sehen. Das Geld ist da.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist nur die Frage, wie das Kabinett in seiner Gesamtheit das Geld verteilt. Da gilt: Straßen über alles. - Dann ist kein Geld für Lehrer mehr da. Das ist der Grund, warum das Geld nicht da ist.

Herr Brüderle hat sich selbst widersprochen. Vor der Wahl hat er etwas ganz anderes erzählt. Da wollte er etwas anderes machen. Das ist traurig.

Ganz schlimm ist auch die Kaschierung des Unterrichtsausfalles durch Änderung der Stundentafeln, wobei ich nicht alles ganz pauschal ablehne, weil Sie da zwei Sachen vermengen. Einerseits sparen Sie die Hälfte der Lehrer ein, die Sie durch diese Grundschulordnung verändern. Das ist eine schlimme Sache. Andererseits finden wir allerdings die Sache, daß Sie kleine Grundschulen mit ein paar weniger Stunden versehen, wenn momentan bloß zwölf Schüler in einer Klasse sind, um kleine Schulen zu erhalten, nicht falsch;

(Schuler, CDU: Bitte!)

denn eine Grundsäule unseres grünen Denkens ist die Dezentralität. Wir wollen noch möglichst viele kleine Schulen erhalten. Wir wollen möglichst wenig Schulzusammenlegungen und möglichst wenig weite Schulwege. Das ist sehr wohl ein Punkt, bei dem wir gegenüber Ihnen von der SPD eventuell andere Ansichten vertreten. Das muß man hier ganz klar einmal sagen. Mammutschulen sind nicht grünes Gedankengut. Diesen Aspekt bejahen wir. Aber den Aspekt, dann hinten herum dadurch einzusparen, verneinen wir, um das hier ganz klar und ganz ehrlich zu sagen.

Es ist nicht richtig, was Herr Dahmen gesagt hat, daß die Schülerzahlen zurückgehen; das war einmal. Inzwischen steigen die Geburten an. Daß jetzt die Meßzahlen in der Grundschule wieder erhöht werden, obwohl die Verordnung Erniedrigung genannt wird - ich glaube, sie wird Senkung genannt; das ist dasselbe wie Erniedrigung -, liegt daran, daß jetzt wieder mehr Schüler in die ersten Klassen hineinkommen, weil die Jahrgangsstärken seit einigen Jahren wieder leicht gestiegen sind.

(Dahmen, CDU: Aber nur vorübergehend!)

Das wird die nächsten fünf bis sechs Jahre sehr wohl zumindest konstant bleiben. Deshalb ist es sinnvoll, jetzt Lehrer einzustellen.

In den 90er Jahren wird eine eklatante Pensionswelle auf uns zurollen.

(Dahmen, CDU: Das ist etwas ganz anderes!)

Dann werden wir die Lehrer in bestimmten Fächern eventuell nicht mehr bekommn, die jetzt noch zuhauf vorhanden sein werden, weil die Industrie die Leute „absahnt". Das gilt besonders für Fächer wie Informatik sowie die Naturwissenschaften Physik und Chemie. Es ist heute schon so, daß sehr wenig Leute ein Lehramtsstudium in diesen Fächern machen, und zwar deswegen, weil das dritte Fach verlangt wird. Man kann von einem Studenten, der Biologie und Chemie studiert, nicht erwarten, noch ein drittes Fach hinzuzunehmen. Das ist einfach nicht machbar. Da macht er lieber Diplombiologie oder Diplomchemie, weil das weniger Arbeit ist. Da hat er nämlich ein zweites Fach quasi schon halb dabei. Wer Diplombiologie macht, muß sowieso halb Chemie und dazu noch ein Physikpraktikum machen.

(Dahmen, CDU: Das ist jetzt ein bißchen sehr einfach gemacht!)

- Doch, es ist so. Sie werden Schwierigkeiten in den 90er Jahren kriegen, die Lehrer zu bekommen. Das gilt selbst für solche Sachen wie Sonderschulen. Es ist heute so, oder es soll so werden, daß man zuerst einmal irgend etwas für die Hauptschule macht und dann anschließend ein Zusatzstudium aufnimmt, wenn man Sonderschullehrer werden will.

(Dahmen, CDU: Irgend etwas! Das ist eine Beleidigung der Hauptschullehrer!)

Wer macht denn das dann noch? Ich habe die Befürchtung, daß diese Schulpolitik immer viel zu stark momentan ausgelegt ist. Deshalb kam es, daß die Politiker in den 50er Jahren erzählt haben, um Gottes willen kein Lehrerstudium aufzunehmen. Zumindest ist das die Information, die ich von Professoren an der Universität Kaiserslautern habe, denen das gesagt worden ist: Bitte heiratet nicht, ihr kriegt keine Stelle. - Was hatten wir ein paar Jahre später? - Wir hatten den eklatanten Lehrermangel

In den 60er Jahren wurde herumerzählt, unbedingt ein Lehrerstudium aufzunehmen. Was hatten wir dann? - Die Leute, denen das gesagt worden ist, stehen heute arbeitslos da und haben keine Stellen.

Ich habe den Eindruck, daß es jetzt wieder genau umgekehrt läuft. Jetzt sagt man, um Gottes willen kein Lehrerstudium aufnehmen, weil man keine Leute einstelle. Was ist dann? In den 90er Jahren haben wir die Leute nicht. Daher gilt es, jetzt gleich auf zehn Jahre vorauszudenken und die Situation nicht nur vom Haushalt her zu sehen.

(Beifall der GRÜNEN)

Herr Dahmen, ein weiterer Punkt ist hier noch der Altersaufbau der Lehrerkollegien Das wird ein ganz großes Problem werden. Jetzt haben wir einen Doppelhaushalt, nach dem fast keine Lehrer eingestellt werden. Das nächste Mal wird es vielleicht genauso laufen. Wahrscheinlich wird es 1989 ein bißchen mehr sein, weil die Kommunalwahlen anstehen. Da muß man den Unterrichtsausfall wieder ein bißchen herunterschrauben. Nach den Kommunalwahlen

wird er ein bißchen hochgeschraubt. Vor der Landtagswahl wird er wieder ein bißchen heruntergeschraubt.

(Zuruf der Abgeordneten Schuler und Dahmen, CDU)

- Ich habe gesehen, daß Sie in 1989 viel mehr einstellen als in 1988. Das ist natürlich eine gute Taktik für die Kommunalwahl. Das verstehe ich auch, und das ist nicht so schlimm. Das würde wahrscheinlich jeder machen.

(Heiterkeit im Hause)

Es ist noch der Punkt des Altersaufbaues zu nennen. Die jüngsten Lehrer sind so 33 Jahre alt, und von 25 bis 33 Jahren ist keiner da. Dann werden Sie in den 90er Jahren versuchen einzustellen. Für bestimmte Fächer werden Sie natürlich keine Lehrer mehr bekommen. Dann werden wieder Lateinlehrer Mathematik machen; das hatten wir schon einmal.

(Dahmen, CDU: Beleidigen Sie unsere Lateinlehrer nicht!)

Ein paar Studenten werden dann eingesetzt, die so ein bißchen Nebenpädagogik gemacht haben. Aber Sie werden dann einen Altersaufbau mit einem Riesenloch haben. Es werden ältere Lehrer von 52 bis 65 Jahren da sein. Pensionierte Lehrer werden überredet, möglichst noch bis zum 70. Lebensjahr zu unterrichten. Es werden außerdem dann ein paar junge Spunde da sein. Das ist aber nicht gut; ein solcher Altersaufbau führt zu Konflikten.

Noch ein paar Worte zu den berufsbezogenen Inhalten. Ach nein, ich muß noch ein paar Worte zur SPD sagen; das muß ich wirklich sagen.

(Starke Heiterkeit im Hause)

Da hat der Herr Kollege Dahmen leider recht.

(Heiterkeit im Hause)

Die Große Anfrage und die Masse Ihrer Kleinen Anfragen stehen in einem diametralen Gegensatz zu dem, was Sie hier fordern. Mit den 200 Lehrern mehr schaffen Sie gerade 10 % des Unterrichtsausfalls weg, und dann können Sie sich von der SPD Ihre Ganztagsschulen wirklich an den Hut stecken; das muß man ganz ehrlich sagen.

(Beifall der GRÜNEN)

Dann muß man so ehrlich sein und sagen: Wir wollen 500 oder 1 000 Lehrer mehr, und wir wollen - ich weiß, daß nur eine bestimmte Menge vorhanden ist, ich weiß, daß es hier keinen Dukatenesel gibt - im Straßenbau, bei bestimmten Forschungsprojekten zur Atomforschung und so drastisch streichen. Aber wenn man das nicht tut, dann kann man auch nicht mehr Lehrer fordern. Ich finde, es ist unlauter, was Sie machen. Vor Ort machen Sie ein Riesentheater mit Veranstaltungen, wie schlimm das mit der Bildungsverweigerung wäre, aber im Landtag wollen Sie nur 200 Lehrer mehr als CDU und F.D.P. Diese Forderung ist nicht lauter und nicht ehrlich!

(Beifall der GRÜNEN)

Politik muß in einem gewissen Maße ehrlich sein. Man muß auch ehrlich sagen, was man nicht will und wo man kürzen will, und das tun Sie nicht. Sie können nicht vor Ort sagen: Der Unterrichtsausfall ist unmöglich! - Mit Ihren 200 Lehrern mehr wird es weiterhin Unterrichtsausfall geben, nur vielleicht 10 % weniger Aber das müssen Sie dann ganz ehrlich sagen: Wir fordern 10 % weniger Unterrichtsausfall als die anderen Parteien! -

(Vereinzelt Heiterkeit im Hause - Zurufe von der SPD)

- Das ist wichtig, ja.

Zum Ganztagsschulangebot folgendes: Ich meine, es ist schlimm hier in bestimmten Problemgebieten wie beispielsweise in Mainz bei der Ludwig-Schwamb-Schule; diese möchte ich als Stichwort nennen. Dort ist es notwendig, daß Ganztagsschulangebote vorliegen und diese nicht weiter gekürzt werden.

Wir als GRÜNE wollen Ganztagsschulen aber nur dort, wo diese notwendig sind. Ganztagsschulen grundsätzlich für alle, das ist nicht unser Ziel.

Zu den berufsbezogenen Inhalten: Hier machen Sie es sich sehr einfach: Die Landesregierung möge ein Konzept vorlegen. - So in einem Antrag zu schreiben, - - -

(Heiterkeit im Hause)

Haben Sie eigentlich nicht selbst Konzepte?

Aber ich möchte einmal ein paar Denkmodule vorlegen, was an Konzepten vorhanden sein könnte. Als erstes gibt es bestimmte Punkte, bei denen man aufpassen muß, bei denen die Landesregierung aber bestimmt nicht aufpaßt, wenn es darum geht, berufsbezogene Inhalte aufzunehmen. Was wir als GRÜNE nämlich auf keinen Fall wollen, ist das Hineinregieren der Atomlobby und der Großchemie in die Schule. Das ist ein Punkt, bei dem man bei diesen Geschichten sehr aufpassen muß. Da muß ich mir nur so anschauen, was in Schulchemiebüchern über Atomkraft steht. Da wird so eine Spaltreaktion gebracht, wo nur ungefährliche Spaltprodukte entstehen, die innerhalb von zwei Jahren zu irgendwelchen nichtradioaktiven Stoffen abgeklungen sind. Daß dabei aber 30 andere Reaktionen laufen, wo dann Strontium-90 und Cäsium-137 entsteht, das steht in den Schulchemiebüchern nicht drin. Da muß man mit der Industrie äußerst aufpassen, daß die harten Seiten der Industrie - wir sind nicht grund-

sätzlich gegen die Industrie, sondern nur gegen die harten Geschichten, die nicht umweltverträglich sind - nicht in die Schulen hineinregieren und die Probleme dann so beiseite schieben.

Wenn die Landesregierung das macht, bin ich mir nicht sicher, daß es so läuft. Bei Konzepten der Landesregierung habe ich da meine ganz großen Bedenken in der Richtung.

(Heiterkeit im Hause -
Zuruf von der Regierungsbank: Wir sind aber
auch schon gelobt worden!)

- Ja, ich habe aber Angst, daß das, was ich lobe, wenn ein Fach Arbeitslehre hinzukommt, gekürzt wird, daß Sie nämlich dann die Geographie kürzen, die noch so ein bißchen das vernetzte Denken beinhaltet, oder die Biologie. Das ist meine Angst, daß Sie genau das, was ich lobe, dann holen, wenn Sie Arbeitslehre und so etwas einführen, und dies herauskürzen. Ich hoffe, daß es dann nicht der Fall ist.

Wir wollen natürlich diese Inhalte nicht neben andere Inhalte setzen. Wir wollen natürlich Inhalte des Arbeitslebens sehr wohl vernetzt sehen, und zwar so: Wie sozialverträglich sind sie, und wie umweltverträglich sind sie? - Da sehen wir ganzheitliche Konzepte, wie sie beispielsweise die Waldorfschule in Mainz macht, wenn sie mit einer Schulklasse in biologisch arbeitenden Betrieben arbeitet und sieht, wie die Milch gemacht wird, wie die Kartoffeln gemacht werden usw. Das sind für uns ganzheitliche Konzepte, möglichst auf ökologischer Basis, wie wir sie als GRÜNE vertreten würden.

(Heiterkeit im Hause -
Zurufe: Wie wird die Milch gemacht?
Wie machen Sie denn die Milch?)

Ein weiteres ganzheitliches Konzept gibt es in Dänemark, wo sich bestimmte Schulen selbst ein Windkraftwerk bauen. Hier braucht man auch Inhalte, die mit Berufen zu tun haben, daß man Löten können muß usw. Dies alles ist eine sehr positive Sache. Aber solche Arbeitsinhalte muß man auch kritisch hinterfragen. Wir wollen diese in der Schule auch kritisch hinterfragt sehen: Sind sie umweltverträglich? Sind sie sozialverträglich? - Das ist ein Punkt, bei dem wir uns sehr wohl von der SPD unterscheiden und bei dem wir sehen, daß die SPD diese Aspekte zumindest gar nicht genannt hat und vielleicht auch deswegen gar nicht sieht.

Ich habe den Eindruck, daß es bei Ihnen immer so ist: Die Umweltpolitiker, meistens Herr Nagel, halten ganz tolle Reden, aber die anderen tragen das gar nicht mit. Aber das kann man nicht so nebenanstellen, sondern wir müssen das alles integrieren, die Umwelt in die Schule und die Schule in die Umwelt. Weiterhin müssen Sie das, was Ihre Bildungspolitiker wollen, auch bei den Haushaltspolitikern durchbekommen. Wir als GRÜNE haben das geschafft.

(Beifall der GRÜNEN)

Ich habe es gemeinsam mit Manfred Seibel geschafft, hier durchzusetzen, daß wir 1 000 Lehrer bekommen. Da haben anscheinend Ihre Bildungspolitiker nicht die Kraft gehabt, bei Professor Preuss da Zoff zu machen; diese sind anscheinend auch nicht fähiger als die von der CDU.

(Heiterkeit im Hause -
Zurufe von der SPD: Wo sind denn Ihre
1 000 Lehrer? Wo sind sie denn? Passen
Sie auf, Professor Preuss sitzt hinter Ihnen!)

Herr Schweitzer, ich hoffe, daß Sie einmal ganz konkret darauf eingehen, wie Sie es mit Ihren 200 Lehrern mehr schaffen, sowohl ein Ganztagsschulangebot hinzubekommen als auch den Unterrichtsausfall auf Null zu schrauben.

Damit möchte ich meine Ausführungen beenden und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der GRÜNEN -
Zurufe von der SPD: Wo sind denn die 1 000 Lehrer?-
Dr. Dörr, DIE GRÜNEN: Wir haben leider nicht
die absolute Mehrheit! -
Heiterkeit im Hause)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Meine Damen, meine Herren, ich darf weitere Gäste des Landtags Rheinland-Pfalz begrüßen. Ich begrüße sehr herzlich Damen und Herren einer Seniorengruppe St. Elisabeth aus Pirmasens. Herzlich willkommen!

(Beifall des Hauses)

Ich erteile Herrn Kollegen Professor Reisinger das Wort.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, daß ich gegen den hohen Unterhaltungswert unseres Kollegen Dr. Dörr hier nicht ankommen kann.

(Heiterkeit im Hause -
Zuruf von der SPD: Das ist aber auch
der einzige Wert!)

Herr Dr. Dörr, mir ist eben wieder einmal aufgefallen, wie einfach doch alle Lösungen sind. Wenn ich in Ihren Denkkategorien denken würde, hätte ich da auch so einen Vorschlag. Die vielen arbeitslosen Lehrer könnten Sie auch in der Art von Landwirtschaftlern ganz leicht unterbringen, die Sie immer vorschlagen. Damit wäre das Problem der Arbeitslosigkeit wohl auf einen Schlag gelöst. Ob das allerdings im Sinne der Betroffenen sein würde, das wage ich zu bezweifeln.

Meine Damen und Herren, die drei Anträge der SPD-Fraktion, die ich auch, Herr Kollege Dahmen, als schulpolitisches Tuttifrutti bezeichnen möchte, zielen auf ganz unterschiedliche Themen. Es geht einmal darum, daß die Landesregierung berichten solle, wie ihr Konzept zur Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschulen und Gymnasien aussieht. Weiterhin geht es um das Ganztagsschulangebot, und dann soll hier noch einmal die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zum Unterrichtsausfall und zur Lehrerarbeitslosigkeit besprochen werden.

Ich will versuchen, dieses kunterbunte Gemisch hier in einem Beitrag abzuhandeln.

(Zurufe von der SPD -
Franzmann, SPD: Das hat er noch
nicht gemerkt!)

- Das habe ich schon gemerkt, aber Ihre Taktik ist hier eben treffend charakterisiert worden. Wenn Sie schon eine verbundene Diskussion und Debatte hier beantragen, dann sollten Sie sich selbst daran halten; Sie tun das eben nicht!

(Beifall bei der CDU -
Zuruf von der SPD: Das hat der Ältestenrat
so vereinbart!)

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion wird mit Interesse zur Kenntnis nehmen, ob und wie die Landesregierung berufsbezogene Inhalte im Unterrichtsangebot von Realschulen und Gymnasien jetzt schon enthalten sieht bzw. diese Inhalte aufnehmen will. Auch wir sind der Überzeugung, daß ein Angebot an berufsbezogenen Fächern, zum Beispiel in Arbeitsgemeinschaften, sinnvoll sein könnte.

Das Gymnasium darf dabei allerdings nicht das primäre Ziel, nämlich die Vermittlung der allgemeinen Studierfähigkeit, aus dem Auge verlieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Insofern verweisen wir nochmals darauf, daß diese Frage bei den Auseinandersetzungen, die über Jahre gingen, um die Anerkennung der Oberstufenabschlüsse eine große Rolle gespielt hat. Speziell die Anerkennung der Kollegschulabschlüsse in Nordrhein-Westfalen war umstritten. Zu Recht wurde damals bezweifelt, daß die zeitgleiche Vermittlung der allgemeinen Hochschulreife und eines berufsqualifizierenden Abschlusses miteinander verträglich sein sollte, wenn nicht eine adäquate Verlängerung der Dauer der Ausbildung damit verbunden wird. Das war dann auch die Kompromißformel, das Modell drei plus eins, das heißt, vier Jahre insgesamt.

Im Bewußtsein der damit verbundenen Probleme plädiert die F.D.P.Fraktion daher ganz entschieden dafür, die Einführung berufsbezogener Inhalte mit Bedacht anzugehen. Insbesondere bei den Gymnasien ist dies zu beachten. Bei den Realschulen erscheint dies etwas unproblematischer, da diese gerade vorwiegend die Aufgabe erfüllen sollen, die Grundlage für die berufliche Ausbildung zu legen. Es kann aber auch hier nicht um die Vorwegnahme von Berufsausbildung, sondern nur um eine vorberufliche Bildung gehen.

(Beifall bei F.D.P.und CDU)

Dabei sollten Themenbereiche, wie Betrieb und Arbeitsplatz mit Betriebserkundungen, Wirtschaftsordnung und Marktgeschehen, Berufsorientierung, moderne Kommunikationstechniken in der Wirtschafts-, Arbeits-, und Berufswelt, angesprochen werden. Ich wiederhole hier noch einmal unsere Auffassung, die der F.D.P.-Fraktion, daß Arbeitsgemeinschaften eine adäquate Organisationsform dafür sein könnten.

Was das Ganztagsschulangebot betrifft, so sage ich für die F.D.P.-Fraktion, daß wir für die Konsolidierung der vorhandenen zehn Ganztagsschulen in offener und geschlossener Form eintreten Die F.D.P.-Fraktion wünscht außerdem einen behutsamen Ausbau überall dort, wo Eltern und Schulträger dies wünschen. Der Kollege Dahmen hat mit Recht angesprochen, daß dem, einem forcierten Ausbau, derzeit entgegensteht, daß wir eine Fülle anderer dringender Probleme im Schulbereich lösen müssen.

Zu diesem Thema komme ich nun, nämlich dem der normalen Versorgung unserer Schulen mit Lehrern. Die Zahlen in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion beweisen, daß die Versorgung der rheinland-pfälzischen Schulen über alles gesehen nicht schlecht ist. Ein Vergleich mit anderen Bundesländern - er ist wohl gestattet - bei der Schüler-Lehrer-Relation mit den entsprechenden Zahlen im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen zeigt, daß hier fast exakte Übereinstimmung vorhanden ist.

Diese Aussage gilt auch für andere Vergleichsgrößen. Dies wird auch in 1988 und 1989 so bleiben, eher beim konkreten Vergleich mit Nordrhein-Westfalen besser werden. Auf jeden Fall liegt Rheinland-Pfalz in der Lehrerversorgung deutlich im Rahmen der Forderung der Bund-Länder-Kommission aus dem Jahre 1985.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Alles dies haben wir hier und im Kulturpolitischen Ausschuß schon mehrfach diskutiert und vorgetragen. Ich möchte unsere Argumentation deshalb hier nicht noch einmal in der Art einer Gebetsmühle fortwährend im Detail wiederholen. Die zentralen Aufgaben, an die wir herangehen müssen, sind erstens, ein differenziertes Angehen der Probleme nach Schularten und Standorten, zweitens, das Offenhalten eines genügend breiten Einstellungskorridors für junge Lehrerinnen und Lehrer, einmal als Vorsorgemaßnahme für die 90er Jahre, und zum anderen zur Verhinderung der allmählichen Überalterung der Lehrerkollegien. Was diese erstrangige Fragestellung betrifft, so haben wir, die Koalitionsfraktionen von CDU und F.D.P., gerade mit dem Doppelhaushalt

1988/1989 Mittel beschlossen, die das Land leisten kann und die, so sage ich für die F.D.P.-Fraktion, kein Optimum, aber doch ausreichend sind. Die Ansätze im Schulbereich steigen im Doppelhaushalt stärker als der Gesamthaushalt, und das bei sinkenden Schüler- und Klassenzahlen.

Auch der Einstellungskorridor von ca 280 jungen Lehrkräften wird gehalten werden können. Diese müssen und werden nach den Erklärungen der Landesregierung insbesondere zur Behebung des Lehrermangels in den berufsbildenden Schulen - da haben wir ganz eindeutig die größten Probleme - und in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern verwendet werden müssen.

Völlig unverständlich ist für mich und meine Kollegen in der F.D.P.-Fraktion, wie Ansätze zu einem differenzierten Vorgehen, die nach unserer Ansicht in den Entwürfen für eine neue Grundschulordnung und Hauptschulordnung enthalten sind, mit Vorschlägen für eine neugeordnete Stundentafel in der Grundschule, mit Umschichtung - nicht Kürzung, sagen wir -, mit Änderung bei der Lehrerstundenzuweisung und Klassenmeßzahlen polemisierend heruntergemacht werden. Für die F.D.P.-Fraktion erkläre ich, daß wir in die Diskussion über diese Entwürfe, die wir im Kulturpolitischen Ausschuß führen werden, ohne ideologische Scheuklappen oder vorgeprägt von Verbandsinteressen mit dem Ziel einer pädagogischen Verbesserung gehen werden.

(Beifall bei F.D.P.und CDU)

Wir werden uns dabei auch nicht durch gesteuerte Serienbriefaktionen beirren lassen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Zuruf des Abg. Franzmann, SPD)

Argumente, die sich auf polemische Schlagworte verkürzen, lieber Herr Kollege Franzmann, werden nicht dadurch besser und überzeugender, daß man sie in dumpfer Vervielfachung, in hektographierter Form auf Abgeordnete losläßt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was die Steuerung betrifft - Herr Kollege Dahmen hat das schon angesprochen -, gibt es ein Schreiben Ihres Fraktionsvorsitzenden.

(Zuruf von der SPD: Das kennen wir!)

- Das kennen Sie. Das weiß ich. Aber das muß Ihnen eigentlich ein bißchen peinlich sein, wenn Sie dann sehen, wie in einer konzertierten Aktion, zum Beispiel mit der GEW, ein Muster eines Briefes an die Abgeordneten und dann ein Muster einer Presseerklärung in hundertfacher Vervielfachung ohne eine Änderung irgendeines Wortes hier auf die Menschheit losgelassen wird.

(Franzmann, SPD: Was heißt Menschheit?)

- Ich komme noch einmal auf das zurück, was ich eben sagte. Wenn Sie glauben, daß Sie damit Argumente, die Sie hier nur in Vervielfachung loslassen, die aber immer wieder wiederholt werden,

(Zuruf des Abg Lais, SPD)

besser bei den Abgeordneten zur Geltung bringen, dann sage ich Ihnen: Bei uns werden Sie damit keinen Erfolg haben. -

(Zuruf des Abg. Lais, SPD)

Nachdem wir - ich glaube, das nehmen Sie uns ab - das zum zweiten- oder dritten Mal gelesen oder gehört haben, sind wir sehr wohl in der Lage, diese Argumente in die Diskussion einzubringen.

(Zuruf des Abg. Lais, SPD)

Meine Damen und Herren, auch wir lehnen den Antrag der Fraktion der SPD zu Punkt 16 der Tagesordnung - Drucksache 11/503 - deshalb ab. Gegen den ersten Teil des Satzes „Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschule und Gymnasium" hätten wir nichts; das habe ich eben erläutert. Damit kann man sich einverstanden erklären. Aber in dem zweiten Teil des Satzes zielen Sie ganz klar ab, daß Sie Modelle wie eine Kollegschule in Nordrhein-Westfalen auch hier in Rheinland-Pfalz einführen wollen. Aus diesem Grund lehnen wir den Antrag in dieser Form ab.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir sind bereit, die beiden anderen Anträge in den Ausschüssen mit Ihnen zu diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Ich erteile Herrn Kollegen Schweitzer das Wort.

Abg. Schweitzer, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Unterrichtsausfall an unseren Schulen in Rheinland-Pfalz hat bei den Beratungen zum Doppelhaushalt einen breiten Raum eingenommen. Angesichts der nur noch kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, möchte ich es auf wenige Bemerkungen beschränken.

Herr Kollege Dahmen, als ich mir Ihren Redebeitag anhörte, bin ich zu der Auffassung gekommen, daß Sie wohl zu den Mitgliedern der Koalition gehören, die sich durch die Re-

gierung inspirieren lassen. Die Vielzahl der Versammlungen, von denen Sie hier gesprochen haben, die Sie in dieser Frage abhalten, lassen wohl doch auch den Schluß zu, daß Sie mit dem Rücken an der Wand in der Bildungspolitik stehen.

(Dahmen, CDU: Keineswegs! -
Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dahmen, wenn ich mir Ihren Redebeitrag dann noch näher beleuchte, dann muß man sagen: Im Interesse der Klarheit wäre es zukünftig vernünftiger, wenn von Ihnen kein Kulturpolitiker mehr spricht, sondern der Finanzminister gleich an dieses Rednerpult geht, wenn bildungspolitische Fragen anstehen.

(Beifall bei der SPD -
Dahmen, CDU: Dukatenesel!)

Herr Kollege Reisinger, Sie haben die Politik der SPD in der Frage kritisiert, wie sie mit dem Thema umgeht. Ich sage Ihnen, ich halte überhaupt nichts davon, wenn Sie glauben, hier Verunsicherung schüren zu können. Die SPD hat ihre Positionen zu den Verordnungen des Kultusministers klar dargelegt, und diese werden wir auch den Bürgern und den Betroffenen sagen. Wir machen es nicht, wie die CDU, Ihr Koalitionspartner, das macht, wenn beispielsweise in dem Regiehandbuch Nummer 7 dieser Partei steht, daß die CDU-Funktionäre sich darum bemühen sollten, den Einfluß auf die Wahlen der Elternbeiräte zu verstärken, bis hin zu der Anregung - ich zitiere -: „Stellen Sie fest" - „Sie" ist CDU-Mitglied -, „welche Lehrer an welchen Schulen CDU-Mitglieder sind, um den Kontakt zum übrigen Lehrerkollegium herstellen zu können."

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Wir machen solche Schnüffelei nicht.

(Beifall der SPD -
Unruhe und Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Anfragen der Mitglieder der SPD-Fraktion zum Unterrichtsausfall in den einzelnen Landkreisen und Städten haben die Misere der Unterrichtsversorgung an unseren Schulen in Rheinland-Pfalz in einem erschreckenden Ausmaß offenbart.

(Debus, SPD: So ist es!)

Sie machen vor allem deutlich, daß der schon zu hohe durchschnittliche Ausfall von über 3 % an den Grund- und Hauptschulen, an den Gesamtschulen und Gymnasien - wachsende Probleme bei den Sonderschulen! - und der nach wie vor skandalöse Ausfall an den berufsbildenden Schulen von den tatsächlichen Verhältnissen an den einzelnen Schulen vor Ort übertroffen wird und darüber hinaus dadurch noch verschleiert werden soll, daß Sie sich konstant weigern, die in Wirklichkeit noch viel höheren Zahlen durch eine Ermittlung des tatsächlichen Unterrichtsausfalls, bedingt durch Beurlaubung, Fortbildung und anderes, ermitteln zu lassen.

Unterrichtsausfall von 10 %, von 20 % - und mehr an nicht wenigen Schulen unseres Landes aller Schularten - schadet den Zukunftschancen junger Menschen, schadet diesem Land und verweigert allen Schülern Chancengleichheit und gleichberechtigte Teilhabe am Bildungswesen.

(Beifall der SPD)

Wenn die Position der SPD bei der Haushaltsberatung

(Dahmen, CDU: Worthülsen!)

hier mit dem Dukatenesel - wie Sie es gemeint haben ansprechen zu müssen - zitiert wird, dann sage ich ganz einfach: Die SPD hat Prioritäten gesetzt; und Bildungspolitik hat bei der SPD eine Priorität, bei Ihnen nicht mehr, Herr Kollege Dahmen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion hat Ihnen voll durchgerechnet - Sie werden zugeben, daß das hier bisher auch niemals bestritten worden ist -, wie ohne einen Pfennig zusätzliche Verschuldung Lehrer eingestellt werden können, um die unterrichtliche Situation für unsere Kinder zu verbessern.

(Zuruf des Abg. Dahmen, CDU)

Wir haben ein Schulentwicklungskonzept beantragt, das statt immer neuer Verordnungen sich an den zukünftigen Entwicklungen unserer Schulen orientieren soll. Sie von der CDU und der F.D.P. haben das abgelehnt.

Herr Kultusminister, Sie können in Zukunft nicht mehr in der Öffentlichkeit jammern, Sie würden gerne mehr Lehrer beschäftigen, aber das Parlament billige Ihnen nicht mehr Stellen zu. Sie haben mit Ihrer Ablehnung unserer Anträge nun auch persönlich die Verantwortung für diese Entwicklung zu tragen.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt Unterrichtsausfall zu beseitigen, sind Sie dazu übergegangen, die Statistik zu bekämpfen, weil Sie sich mit den Zahlen über den Unterrichtsausfall öffentlich nicht mehr sehen lassen können. Nicht die Einstellung junger Lehrer ist die Antwort, die Sie auf die anhaltenden, nein, wachsenden Probleme der Unterrichtsversorgung geben, sondern Verschlechterungen der pädagogischen Qualität an unseren Schulen zu Lasten der Schülerinnen und Schüler, dies ist Ihre Antwort.

Kürzung der Unterrichtsstunden für Grundschüler, Verringerung des Unterrichtsangebots bei den Berufsfachschülern, Erleichterung der Zusammenlegung ganzer Klassen, Bildung

größerer Klassen, Existenzgefährdung von Schulkindergärten sind Maßnahmen, die von uns abgelehnt werden und auf unseren Widerstand treffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie mir das schon als Abgeordnetem nicht abnehmen, dann lassen Sie mich das an dem Beispiel meines Sohnes, der in diesem Jahr eingeschult wird, verdeutlichen. Mein Sohn wird ab August eine Grundschule besuchen, die in diesem Jahr schon einen Unterrichtsausfall von über 11 % hat. Er wird sich nach Auskunft des Schulleiters wahrscheinlich einen Klassenlehrer mit der Parallelklasse teilen müssen. Seine Klasse wird nicht die von Ihnen errechnete Durchschnittsgröße aufweisen; er wird mit 28 Klassenkameraden in dieser Klasse sitzen; und er wird vor allen Dingen zwei Unterrichtsstunden weniger haben als seine Spielkamenraden, die im letzten Jahr eingeschult wurden. Nun, Herr Kollege Wittkowsky hat bei den Haushaltsberatungen gemeint, fragen zu müssen, von welchem Land ich rede. Ich sage dem Herrn Kollegen Wittkowsky: Mein Sohn wird in eine Schule in Rheinland-Pfalz eingeschult.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum zweiten Punkt kommen. CDU und F.D.P. sind in ihrer Koalitionsvereinbarung übereingekommen, das Ganztagsschulangebot in Rheinland-Pfalz zu erweitern. Eigentlich hätte es einer solchen Feststellung nicht bedurft, da doch der Landtag bereits 1979 die Landesregierung einstimmig aufgefordert hat, eine Konzeption zum weiteren Ausbau und zur Organisation von Ganztagsschulen vorzulegen. Außer der Gründung einiger Ganztagsschulen sind Sie diesem Auftrag nicht nachgekommen.

Wenn ich mir beispielsweise den Entwurf der Landesverordnung zur Änderung der Schulordnung für die öffentlichen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien/Kollegs ansehe, dann stelle ich schlicht und einfach fest, daß Sie jetzt schon dabei sind, von Ihrer eigenen Koalitionsvereinbarung abzurücken. Wenn Sie dort beispielsweise in der Begründung zu § 34 a feststellen, daß für Ganztagsschulen ein besonderes öffentliches Interesse zu verlangen ist und sie insbesondere in sozialen Brennpunkten besondere Bedürfnisse auffangen soll, dann verkennen Sie, daß Ganztagsschulen einen eigenen Bildungsauftrag haben, der ein besonderes Angebot zur pädagogisch verantwortlichen Betreuung von Kindern beinhaltet.

(Beifall bei der SPD)

Ganztagsschulen sind mehr als zeitlich ausgedehnte Halbtagsschulen, und ihre Einrichtung kann nicht allein vom sozialen Umfeld abhängig gemacht werden. Ganz sicher tragen Ganztagsschulen dazu bei, gesellschaftlich bedingte Benachteiligungen hinsichtlich des Schulerfolgs abzubauen. Es ist aber falsch, die sozialpädagogischen und sozialpolitischen Intentionen einseitig zu betonen. Dies würde der Ganztagsschule eher den Charakter einer sozialen Sonderschule geben. Vielmehr ist die Ganztagsschule in der Lage, den schulischen Leistungsbegriff durch soziale, musische und technische/handwerkliche Bereiche zu ergänzen.

Auch eine weitere Bemerkung und Feststellung in der Koalitionsvereinbarung hat mich in meinem Eindruck bestärkt, daß Sie in Wirklichkeit kein großes Interesse an einer Ausweitung dieses Angebots haben. Sie sprechen dort von der Form der sogenannten offenen Ganztagsschule, und zwar nur von der offenen Ganztagsschule, Herr Kollege Reisinger, wohl wissend, daß Sie damit die übrigen Formen als geschlossene Anstalten abqualifizieren. Sie tun damit auch den Schulen in Rheinland-Pfalz, die diese Form gewählt haben, keinen Dienst.

Warum - frage ich - bedienen Sie sich nicht der Begriffsbestimmung der Bund-Länder-Kommission und auch des Deutschen Bildungsrates? Warum - frage ich - wollen Sie in § 34 a Abs. 2 des Entwurfs der neuen Schulordnung die Entscheidung über die Form der Ganztagsschule allein der Schulbehörde überlassen? Wir wollen, daß die Betroffenen selbst darüber entscheiden, nämlich die Eltern, die Kinder, die Lehrer, auch der Schulträger, anstatt von vornherein einer Schulbehörde das Recht zu übertragen, die Entscheidung darüber zu treffen, was für die Kinder am sinnvollsten ist.

(Beifall bei der SPD)

Elternrecht darf sich nicht darauf beschränken, gelegentliche Unterrichtsbesuche gestattet zu bekommen, sondern muß auch die Möglichkeit beinhalten, über die Organisation der Schule ihrer Kinder mitentscheiden zu können.

Schließlich paßt es auch nicht zusammen, der Öffentlichkeit eine Verbesserung des Ganztagsschulangebotes zu versprechen und gleichzeitig beispielsweise der Ludwig-Schwamb-Schule, einer Ganztagsschule in Mainz, die Lehrerwochenstunden um fünf Stunden zu kürzen und die vier Stunden für pädagogische Fachkräfte pro Klasse zu streichen. Sie gefährden damit ein erfolgreiches pädagogisches Konzept, das Orientierungshilfe bei der Einrichtung weiterer Ganztagsschulen sein könnte.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Das ist nur die halbe Wahrheit!)

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion hat Ihre Ankündigung auf Ausbau des Ganztagsschulangebots begrüßt; wir haben aber den Eindruck, daß es, wie so häufig, nur bei Ankündigungen bleiben soll. Weder der Doppelhaushalt noch die geplante neue Schulordnung lassen erkennen, daß die Landesregierung die Koalitionsvereinbarung auch tatsächlich umsetzen will. Wir vermissen entsprechende Weichenstellungen in der Lehrerbildung an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, und wir vermissen entsprechende Angebote in der Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes.

Wir fordern Sie auf, nun endlich eine schlüssige Konzeption über die Ausweitung der Ganztagsschule als Angebotsschule voruzulegen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Meine Damen, meine Herren, ich darf weitere Gäste im Landtag von Rheinland-Pfalz begrüßen. Ich begrüße Mitglieder des Deutschen Hausfrauenverbandes, Ortsverband Neuwied.

(Beifall im Hause)

Ich begrüße Mitglieder des CDU-Gemeindeverbandes Loreley. Herzlich willkommen, meine Damen, meine Herren!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Kultusminister Dr. Gölter das Wort.

Dr. Gölter, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe von mir aus nicht zu kritisieren, wie einzelne Punkte der Tagesordnung hier diskutiert werden. Ich stelle von mir aus nur fest - ich denke, das ist erlaubt -, daß eine verbundene Debatte dann einige Probleme auch für alle Beteiligten mit sich bringt, wenn die Punkte doch so abgearbeitet werden, wie sie auf der Tagesordnung stehen. Das erschwert vielleicht auch den Überblick und die Beurteilung in gewissen Zusammenhängen.

Ich habe mich aufgrund des Ablaufs der Debatte entschlossen, zu den Punkten im einzelnen etwas zu sagen. Ich möchte mit Punkt 16 der Tagesordnung anfangen, mit dem Antrag der Fraktion der SPD über die Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschule und Gymnasium.

Ich habe sehr viel Verständnis dafür, daß in einem Parlament nicht alles, was auf dem Weg des parlamentarischen Verfahrens vorgelegt wird, im einzelnen zur Kenntnis genommen werden kann. Auch in diesem Hause gibt es in hohem Maße Arbeitsteilung. Das ist ganz selbstverständlich. Ich bitte vor diesem Hintergrund sehr herzlich darum, daß der Bericht der Landesregierung vom 12. Dezember 1986 - Drucksache 10/2855 - aus der letzten Legislaturperiode noch einmal zur Hand genommen wird. Ich bin mir nicht sicher, ob die SPD-Fraktion bei der Stellung dieses Antrages sich überhaupt an diesen Bericht erinnert hat und ob er einzelnen Kollegen in der SPD-Fraktion überhaupt bekannt war.

Ich möchte auch darauf hinweisen, genau derselbe Themenkreis ist am 4. Januar dieses Jahres durch eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Schweitzer aufgegriffen worden. Bei der Anwort haben wir zum Teil die gleichen Antworten gegeben.

Wir haben im Dezember 1986 einen Bericht vorgelegt, der bezüglich des Punktes der berufsbezogenen Inhalte in Haupt-, Realschulen und Gymnasien in umfassender Form darlegt, was wir in den letzten Jahren getan haben. Dieser Bericht legt die Leitlinien dieser Arbeit dar. Er legt dar, daß wir Fach für Fach und Schulart für Schulart aufgearbeitet haben. Er legt den fächerübergreifenden Ansatz beispielsweise der informationstechnischen Grundbildung im einzelnen dar. Er nimmt ausführlich zu den didaktisch-methodischen Ansätzen Stellung.

Hier ist ein eigenes Kapitel mit Blick auf die besondere Problematik junger Mädchen und mit Blick auf berufsbezogene Inhalte aufgenommen worden. Es ist ausführlich zur Fort- und Weiterbildung und zur Frage der künftigen Perspektiven Stellung genommen worden. Ich möchte Sie sehr herzlich darum bitten, daß dies noch einmal aufgegriffen wird. Im Grunde haben wir durch diesen Bericht den ersten Teil des Antrags im Spätjahr 1986 aufgrund der damaligen Debatte im rheinland-pfälzischen Landtag erfüllt.

Ich kann der Abstimmung über den Antrag nicht vorgreifen. Ich kann den Bericht in weiten Teilen abschreiben und erneut einbringen, wenn der Bericht zur Grundlage einer weiteren Aussprache im rheinland-pfälzischen Landtag gemacht würde.

(Franzmann, SPD: Es wird kein Bericht gefordert!)

- Natürlich, ich habe dem Landtag eine umfassende Unterrichtung - - -

(Franzmann, SPD: Es wird kein Bericht gefordert!)

Das zweite ist der Antrag der SPD, daß wir zur Verbindung allgemeinbildender und berufsbezogener Bildungsgänge in der Sekundarstufe II Stellung nehmen sollen. Hier ist formuliert: „Verbindung allgemeinbildender und berufsbezogener Bildungsgänge". Das entscheidende Wort ist „Bildungsgänge" und nicht „Bildungsinhalte". Damit sind wir in der Tat - nur dann ist dieser Antrag überhaupt sinnvoll - bei der Kollegschule des Landes Nordrhein-Westfalen. Auch dazu haben wir hier ausführlich Stellung genommen.

Es ist offensichtlich eine Parallelität und Duplizität der Argumentation der Debatte über die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe, die am 25. Februar 1988 hier geführt worden ist, nicht zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, ich kann hier nur das aufgreifen, was von den beiden Sprechern der Koalitionsfraktionen schon gesagt worden ist. Die Erfahrungen mit der nordrhein-westfälischen Kollegschule sind alles in allem nicht ermutigend. Die nicht ermutigenden Erfahrungen haben unter anderem dazu geführt - das war beileibe nicht nur von der Unionsseite her mit Gewalt erzwungen -, daß Nordrhein-Westfalen im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Sekundarstufe II einer Ausweitung von drei auf vier Jah-

ren zugestimmt hat, weil die nordrhein-westfälische Auswertung der Berichte selbst zu dem Ergebnis geführt hat, daß eine Integration von Hochschulreife und der Assistentenausbildung auch nur in ganz bestimmten theoriebezogenen Assistentenberufen in drei Jahren im Normalfall nicht zu schaffen ist. Es ist nur von einer kleinen hochbegabten - jetzt nehme ich Ihr Reizwort - elitären Minderheit zu schaffen.

Der nordrhein-westfälische Kollege Schwier hat immer wieder darauf hingewiesen, es ist eine ganz kleine Minderheit, die dies schafft. Die Erfahrungsberichte aus Nordrhein-Westfalen sagen selbst, daß diese kleine Minderheit in drei Jahren im Grunde überfordert ist, Hochschulreife, Abitur und Assistentenausbildung miteinander zu verbinden. Deshalb hat sich Herr Kollege Schwier relativ leicht die vier Jahre aufs Auge drücken lassen.

Selbst bei den vier Jahren stellt sich nach wie vor die Frage der Qualität der Ausbildung. Wenn in Rheinland-Pfalz ein junges Mädchen oder ein junger Mann das Abitur macht, dann kann sie, dann kann er danach eine Assistentenausbildung durchlaufen. Das dauert fünf Jahre. Da gibt es in der Tat manche Parallelitäten. In vier Jahren beides miteinander zu verbinden, ist auch in Zukunft eine außerordentlich schwierige Geschichte. Wie dies aussehen wird, das werden wir uns im einzelnen auch weiter anschauen, und zwar auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Sekundarstufe II in der gymnasialen Oberstufe.

Wir sind in der Kultusministerkonferenz dabei, Fach für Fach eine Grundlinie einheitlicher Prüfungsanforderungen zu erarbeiten, um zu einer gewissen Vergleichbarkeit im Niveau des Abiturs in der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft zu kommen. Ich halte das für einen ganz wichtigen Punkt.

Diese Integration ist ein in sich problematischer Weg. Deshalb bleiben wir dabei, daß eine sukzessive Qualifikation, die aufeinander abgestimmt ist, auch im Interesse der jungen Menschen der freundlichere und humanere Weg ist.

Wer heute Abitur macht und in einen Beruf geht, muß nicht berufsbezogene Kenntnisse im Detail mitbringen. Kein Mensch erwartet es von ihm. Kein Mensch will es.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nur ein paar Leute in der GEW und einige Sozialdemokraten, die das nachplappern, fordern das.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die einzigen in der Republik, die von Abiturienten berufsbezogene Kenntnisse verlangen, sind die GEW-Leute und ein paar Parlamentarier. Wo man sich in der Bundesrepublik Deutschland umhört, sagen alle, gebt den Leuten eine breite und gute Fundierung, eine breite und gute Allgemeinbildung mit auf den Weg.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gebt ihnen Fremdsprachen mit auf den Weg. Gebt ihnen eine gute Beherrschung der Muttersprache, bessere mathematisch-naturwissenschaftliche Kenntnisse, ein offenes Weltbild, Weltorientierung, Weltkenntnis mit auf den Weg. Dazu gehören sicher auch Fragen von Wirtschaft und Technik. Das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt, und zwar mit Blick auf die Perspektiven für die nächsten Jahre.

Aber bitte doch keine berufsbezogenen Inhalte. Es gibt nirgendwo von draußen diese Forderung. Insofern ist es im Grunde ein ideologisch vorbestimmter alter Hut aus der Mottenkiste, den Sie hier vortragen.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund sind sukzessive Wege, die auf Weltorientierung und Weltkenntnis angelegt sind, der bessere Weg.

Ich sage es noch einmal: Bei den Ingenieurwissenschaften an der Fachhochschule in Rheinland-Pfalz kommen 70 % der Studenten über den Weg des S-I-Abschlusses, wie auch immer, meistens über Realschule, Lehre und Fachoberschule. Die Fachhochschule sagt, daß sie mit diesen jungen Leuten hervorragende Erfahrungen macht. Die breite Grundbildung der Realschule, die Lehre und dann die Fachoberschule ist ein brillanter Weg der Vorbereitung. Selbst in den kaufmännischen Disziplinen kommen mehr als 40 % über diesen Weg, das heißt über sukzessive Qualifikation. Wir können durchaus darüber reden, wo wir in den nächsten Jahren das eine oder andere vielleicht auch einmal zeitlich ein bißchen einsparen können. Dafür bin ich offen. Das, was hier gewollt ist, nämlich dieser alte Integrationsgedanke - ich sage es Ihnen -, ist ein überholter Hut. Niemand draußen will das. Es gibt noch ein paar Wissenschaftler. Es gibt für alles in Deutschland ein paar Wissenschaftler. Es gibt auch Lehrerverbände, die sich Wissenschaftler halten. Das sage ich nicht nur im Blick auf eine Richtung, bei der so eng kooperiert wird. Die Vorstellung, daß wir über eine Integration den jungen Leuten eine Chance mit auf den Weg geben, ist falsch.

Ich sage in diesem Zusammenhang auch, daß der allgemeinbildende Anteil berufsbezogener Bildungsgänge und die damit verbundenen Defizite in den nächsten Jahren verbessert werden müssen. Die Defizite, die wir im allgemeinbildenden Bereich innerhalb des berufsbildenden Schulwesens haben, halte ich in der Tat für ein Defizit.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne das hier auch so.

(Härtel, SPD: Seit 20 Jahren!)

- Ich weiß, Herr Härtel, es ist schon schwierig.

Meine Damen und Herren, wir werden zum Ganztagsschulangebot einen Bericht vorlegen. Er ist am 26. Januar 1979 damals gegen Ende der Legislaturperiode gefordert worden. Es ist zu diesem Bericht im Jahr 1979 nicht mehr gekommen. Dann war die Landtagswahl und danach ist dieser Auftrag der Diskontinuität der Legislaturperiode des Parlaments, wie es so schön heißt, anheim- und zum Opfer gefallen. Der Bericht ist im wesentlichen fertig.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit Blick auf den zeitlichen Ablauf jetzt darauf verzichten, das im einzelnen vorzutragen. Ich habe mir ursprünglich überlegt, ob ich den Bericht im wesentlichen in mündlicher Weise geben soll. Er wird in einer überschaubaren Zeit im Rahmen der nächsten Wochen dem Ausschuß vorliegen.

Es ist kein konzeptionelles Problem, sondern ein finanzielles Problem. Ich sage das ganz offen - die Herren Kollegen Dahmen und Reisinger haben es auch gesagt; die F.D.P. tut sich ein bißchen schwerer -, da die F.D.P. es als einen wichtigen Punkt in die Koalitionsgespräche eingebracht hat. Wir haben das unter den Haushaltsvorbehalt gestellt. Es ist kein konzeptionelles Problem.

Wir haben zwei Formen, die Ganztagsschule in geschlossener Form - vielleicht fällt uns noch ein anderes Wort ein; es klingt nicht schön - und die Ganztagsschule in offener Form. Wir haben zur Stunde 2,6 % der rheinland-pfälzischen Schülerschaft in Ganztagsschulen. Das ist wirklich nicht viel. Aber wir sehen im bundesweiten Vergleich noch nicht einmal schlecht aus.

Meine Damen und Herren, es ist in der Tat so, daß man sich vor allem in Brennpunkten mehr Ganztagsschulen wünschen könnte. Ich fand den Satz von Herrn Dörr schon bemerkenswert, wie er gelegentlich differenzierter hier argumentiert, als das die SPD tut. Mir fiel schon auf, daß er sagte, wir wollen die Ganztagsschulen dort, wo soziale Fragen und soziale Brennpunkte hinzukommen.

Ich verspreche mir davon überhaupt nichts. Überall, wo eine Schule in Rheinland-Pfalz an den Rand der Existenz gerät, kommt die Idee der Ganztagsschule auf, um Schulen um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Ein Mitglied der SPD-Fraktion hat im Falle des Are-Gymnasiums Ahrweiler gesagt, ich müßte dort eine Ganztagsschule installieren. Das ist nicht der Weg. Dort, wo soziale Brennpunkte sind, sollten wir in der Tat in den nächsten Jahren ein Stück weiterkommen. Es ist kein konzeptionelles Problem, es ist ausschließlich ein finanzielles Problem.

Man muß sehen, daß eine Ganztagsschule, die über fünf Tage hinweg nachmittags Unterricht gewährleistet, im Bereich des Personals 40 % Mehrkosten verursacht. 40 % Mehrkosten sind gravierend.

Auch die offene Form von drei Tagen in der Woche macht Mehrkosten in der Größenordnung von 20 bis 30 % notwendig. Man muß sich fragen, ob man sich das insgesamt mit Blick auf die Ausgangssituation leisten kann. Auch der Bericht wird deutlich machen, daß wir offen und bereit sind - es ist nichts, wogegen ich Bedenken hätte -, die Zahl auszuweiten, aber es ist ausschließlich ein finanzielles Problem.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Bemerkungen zu dem dritten Teil dieser Debatte machen, wobei das schon in einem sehr starken Maß durch ständige Wiederholungen gekennzeichnet ist. Es läßt sich innerhalb weniger Wochen nicht radikal Neues dazu sagen.

Meine Damen und Herren, die Antwort auf die Große Anfrage ist die Grundlage. Die Zahl, die ich jetzt habe und die sich auf den Ausfall bzw. auf nicht zugewiesene zusätzliche Verfügungsstunden bei der Grund- und Hauptschule bezieht, beläuft sich auf 3,1 %. Es ist in einer Schule, in der man sehr stark mit zusätzlichen Zuweisungsstunden arbeitet, problematisch zu sagen, das sei Unterrichtsausfall. Das ist kein Unterrichtsausfall im Normalfall, was die Pflichtstunden betrifft. Hier können wir die Zuweisungsstunden nicht so ausfahren, wie wir das wollen.

Bei den Sonderschulen sind es 2,6 %, bei den Realschulen 0,3 %, bei den Gymnasien 2,9 %, bei den integrierten Gesamtschulen 3,3 %, bei den Studienkollegs 1,7 % und bei dem berufsbildenden Schulwesen 12,9 %. Ich muß noch einmal sagen, im berufsbildenden Schulwesen geht das im wesentlichen auf Sport und Religion zurück. Das sind die beiden großen Faktoren, die die Statistik im wesentlichen belasten.

Meine Damen und Herren, auch hier sei noch einmal gesagt - ich bin denjenigen dankbar, die das vorweg dargestellt haben -, daß wir alles in allem trotz dieser Probleme, die wir haben, weit unter dem liegen, was man sich vor einigen Jahren als Zielvorstellung gegeben hat. Wir haben im Verhältnis Schüler je Lehrer in der Grundschule 18,9, in der Hauptschule 13,6, in der Realschule 16,7, im Gymnasium 16,5 und in der Sonderschule 7,2.

Die durchschnittliche Klassenzahl ist in den letzten Jahren alles in allem erheblich zurückgegangen. Wir haben in der Grundschule 20,9 Kinder pro Klasse, in der Hauptschule 21,8, in der Realschule 25,3, im Gymnasium 25,9 und in der Sonderschule 9,1. Das ist alles in allem eine insgesamt durchaus beachtliche Bilanz.

Meine Damen und Herren, auch heute muß ich hier sagen - es tut mir leid, daß ich das wiederhole, aber wenn die SPD in einer solch vordergründigen Form bestimmte Dinge immer wiederholt, muß ich auch zu dem Mittel der Wiederholung greifen -: Wer die Strukturen von heute im wesentlichen erhalten will, der muß auch bereit sein, über die eine oder andere Korrektur in Grenzbereichen mit sich reden zu lassen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn in der Grundschule 50 % der Klassen weniger als 20 Kinder haben, wenn wir in einer zunehmenden Zahl von Grundschulen Klassengrößen haben, die sich so nicht mehr durchhalten lassen, dann stehen wir vor der Alternative der Auflösung einer größeren Zahl von Grundschulen oder auch einer bedingt bescheidenen Korrektur dessen, was wir in kleinen Grundschulen vor Ort umsetzen.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die letzten Wochen möchte ich auch hier im Parlament in allem Freimut folgendes sagen - das wird mir unter Umständen die Vorwürfe einiger Leute einbringen -:

„Wenn wir Rechtsverordnungen in die Anhörung geben, dann sind wir von der Gesetzeslage gezwungen, die Hauptpersonalräte zu beteiligen, nicht die Verbände."

Ich habe in den letzten Jahren immer die Verbände beteiligt. Ich möchte das in Zukunft auch über die Gesetzeslage hinaus gerne machen. Nur, wenn das dann dazu führt, daß Verbände zum Teil mit groben Verkürzungen und mit mutwilligem Verschweigen dessen, was vorgesehen ist, ihre Personalratswahlen führen, dann werden die Verbände in der Zukunft nicht mehr mit einbezogen. Das ist ganz einfach.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die Mitglieder der Hauptpersonalräte können dann schreien, wenn der Minister entschieden hat. Wenn sie vorher schreien, ist das ein Gesetzesverstoß, um das ganz klar zu sagen. Das muß man ganz nüchtern sehen. Wenn ich den VBE, der sich hier besonders hervorgehoben hat, freiwillig einbeziehe - es ist so, die Rechtslage ist ganz eindeutig -, und der VBE dann zu einer landesweiten Kampagne mit einer völlig verkürzten Information aufruft, dann ist das für mich keine Grundlage der Partnerschaft. So kann man mit mir nicht zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe nichts dagegen, daß Außenstehenden zu mir manches einfällt. Eines habe ich in den letzten Jahren immer hier im Parlament und im Umgang mit meinen Partnern, auch im dienstlichen Bereich, praktiziert, nämlich das größtmögliche Maß an Offenheit und die gegenseitige und frühzeitige Information. Wenn das aber so beantwortet wird, indem beispielsweise verschwiegen wird, daß das, was wir in der Grundschule mit der Stundentafel machen, auch erfolgt, um größeren Klassen höhere Lehrerzuweisungen zu ermöglichen, dann ist das ein bemerkenswerter Vorgang mangelnder Fairneß. Ich sehe nicht ein, daß Fairneß nur eine Einbahnstraße sein soll. Das erwarten zwar offensichtlich heute manche Personen von mir, aber ich finde, das ist keine Art und Weise des Umgangs miteinander.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht zu sehr ins Detail gehen und daher zum Schluß kommen. Ich möchte aber noch einmal feststellen, daß wir auf Platz 3 der Bundesländer liegen, wenn wir in der Pflichtstundentafel um zwei Stunden heruntergehen. Wir liegen in der Zuweisung für die großen Klassen nach allen mir zur Verfügung stehenden Unterlagen auf Platz 1 in der Bundesrepublik Deutschland. Nach diesen Unterlagen weist das Land Nordrhein-Westfalen großen Klassen in einer einzügigen Grundschule mit vier Klassen maximal 91 Stunden zu. Wir weisen nach diesem Entwurf maximal 116 Stunden zu.

Da könnte man fragen, ob sich das Land Rheinland-Pfalz diese Form der Zuweisung überhaupt leisten kann. Wissen Sie, das ist auch von SPD-Leuten zu erwarten, es sei denn, sie machen es nach der Methode, die Herr Schweitzer hier schon mehrfach praktiziert hat, daß man einfach ganz bestimmte Aussagen aneinanderknüpft. Daß man sich ein bißchen mit den Unterlagen und Vorgängen beschäftigt, ist auch in diesem Parlament ein Restbestand an Gemeinsamkeit von Verantwortung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Bayern geht in der Zuweisung für große Klassen bis 107 Stunden. Nach den Pflichtstunden hätte Bayern 98, Saarland 96, Rheinland-Pfalz 92, Baden-Württemberg 90, Niedersachsen 90, Schleswig-Holstein 89, Berlin ohne Religion 88, Hessen 87, Bremen ohne Religion 85, Nordrhein-Westfalen mit Religion 83, wir in Rheinland-Pfalz 92. Das traditionell von den Sozialdemokraten geführte Land Hamburg hätte 78. Das heißt, die Differenz bei den Pflichtstunden zwischen Hamburg und uns liegt bei 14 Stunden.

Ich habe nun von einer differenzierten Zuweisung nach Klassengrößen überhaupt noch nicht geredet. Diese erfolgt nach den mir zur Stunde vorliegenden Unterlagen in Hamburg in einer Größenordnung von vier bis fünf Stunden, so daß man dort maximal auf 95 Stunden in großen Grundschulen, vier Klassen hintereinandergerechnet, kommt. Bei uns wären im Einzelfall bis zu 116 Stunden denkbar.

Ich finde, es ist dann alles ein bißchen zu einfach und zu vordergründig. Auch Herr Scharping muß sich hier an den Briefen messen lassen, die er schreibt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte es einmal vorlesen: Was kann getan werden? - „Erster Schritt: den zuständigen Vorstand beraten", und so weiter. - „Zweiter Schritt: öffentliche Erklärung" -. „Dritter Schritt: Gespräch mit Schulleitern, Personalrat, Eltern; Besuch in der Schule; auf Presseöffentlichkeit achten." - Das ist legitim. „Vierter Schritt: prüfen, ob Eltern- oder Bürgerinitiative vorhanden ist, gegründet wird; ggf. mithelfen."

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

- Herr Schweitzer, Sie haben das Helferhandbuch der Bundesgeschäftsstelle der CDU,

(Schweitzer, SPD: Das Regiehandbuch!)

- das Regiehandbuch. Ich glaube, es ist vom letzten Bundestagswahlkampf. Da kann man über manches streiten, aber an Ihrer Stelle wäre ich bei dem Punkt ein bißchen vorsichtiger.

(Beifall der CDU und F.D.P. -
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

- Herr Schweitzer, Ihnen macht gar nichts aus, das ist mir klar. Sie haben bei nichts intellektuelle Probleme, noch r icht einmal mit sich selbst. Sie haben überhaupt keine intellektuellen Probleme; das habe ich mittlerweile verstanden.

(Dr. Schmidt, SPD: Sehr sachlich!)

- Entschuldigung, ich kann auch einmal ein bißchen zurückgeben, Herr Schmidt. Das kann ich schon.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das kann ich vielleicht sogar noch besser, als ich es im Normalfall hier mache.

(Grimm, SPD: Sind Sie nicht so empfindlich!)

Nur möchte ich sagen, wenn das Helferhandbuch des Adenauer-Hauses

(Schweitzer, SPD: Das Regiehandbuch!)

bzw. das Regiehandbuch zitiert wird, dann möchte ich hier schon Herrn Scharping zitieren.

(Beck, SPD: Das kann immer gut sein!)

Es trägt dessen Unterschrift. „Fünfter Schritt: öffentliche Veranstaltung; immer Kultusministerium bzw. Bezirksregierung einladen;"

(Schweitzer, SPD: Richtig!)

- dann kann man hinterher so schön sagen, sie kneifen; das ist übrigens ein Versuch, uns arbeitsunfähig zu machen, damit es ganz klar ist -

(Beck, SPD: Ach Gott!)

„ebenso CDU einladen; auf F.D.P. oder GRÜNE kommt es nicht an."

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Es trägt die Unterschrift von Herrn Scharping. „Auf F.D.P. oder GRÜNE kommt es nicht an."

(Beck, SPD: Zutreffende Beschreibung
der Realitäten!)

- Eine zutreffende Beschreibung der Realitäten; Zwischenruf des Abgeordneten Beck. Ich wollte ihn hier doch noch einmal auch für das Protokoll in wiederholender Form festhalten

(Beck, SPD: Tragen Sie die Verantwortung
für das Kultusressort, oder tragen Sie sie nicht?)

- Ich trage doch nur vor, was Herr Scharping sagt, „auf F.D.P. oder GRÜNE kommt es nicht an."

(Beck, SPD: Haben Sie die Verantwortung, oder
haben Sie sie nicht?)

- Herr Beck, nicht ausweichen. Ich sage doch nur, was hier steht. Es ist Ihre Regieanweisung für dieses Thema.

(Beck, SPD: Sie sind ganz schön getroffen!)

- Ach nein. Diese Vorgänge wollte ich hier noch vortragen.

(Unruhe und Zurufe im Hause -
Zuruf von der SPD: Sie sind völlig von der Rolle!)

- Ich habe zwar einige Probleme zu bewältigen - das weiß ich -, aber ich habe nicht den Eindruck, ich sei völlig von der Rolle. Soweit würde ich jetzt doch nicht gehen.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns immer darüber klar sein, welchen Weg wir gehen. Halten wir kleine Schulen und sind wir dann auch im Rahmen des Vertretbaren bereit, gewisse Korrekturen vorzunehmen und mit gewissen zeitlich befristeten Zusammenlegungen zu leben? Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Die Erregung im anderen Teil bezog sich auf die Grundschulordnung und die Frage der Schulkindergärten. Das war in der Tat mißverständlich formuliert. Das muß man klar sagen. Diese Formulierungen haben zu Mißverständnissen Anlaß gegeben.

(Zuruf von der SPD)

- Stellen Sie sich vor, ein solches Anhörverfahren ist dazu da, daß man auf so etwas aufmerksam gemacht wird und so etwas bereinigen kann. Wenn das so läuft, daß alles, was ich in die Anhörung gebe, von Lehrerverbänden und von der SPD so nach draußen umgesetzt wird, wenn die Welt so ist, dann bin ich doch gezwungen, vor der Anhörung den Text so fertig zu machen, daß hinterher überhaupt nichts mehr passiert. Das ist doch die Konsequenz. Dann wird die Anhörung zur Farce. Das ist doch ganz klar. Es ist schlimm, wenn ich mich nicht mehr darauf verlassen kann, daß mir die

Verbände sagen, in welchen Punkten sie Bedenken haben, sondern dann, bevor sie mir schreiben, Flugblätter an nichtinformierte Schulen schreiben und zu Protestaktionen aufrufen.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

- Sie machen das hier mit.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD - Dr. Langen, CDU: Ein mieser Stil!)

- Entschuldigen Sie bitte, ich kann nur sagen, wenn hier eine andere Person mit einer anderen politischen Farbe stünde oder wenn die CDU das im Saarland oder in Nordrhein-Westfalen so machte, dann würden sie sich doch auch zu Recht darüber beklagen. Herr Kollege Schwier würde sich doch mit Recht darüber beklagen, wenn es die CDU mit ihm so machte, wie Sie es hier in dieser Sache versucht haben. Das wollte ich jedoch noch einmal sehr deutlich sagen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Prof. Dr. Preuss:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung zu den Tagesordnungspunkten 16, 17 und 18.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD „Aufnahme berufsbezogener Inhalte in Realschule und Gymnasium" - Drucksache 11/503 -. Von der antragstellenden Fraktion ist die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß beantragt worden. Erheben sich dagegen Widersprüche? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag an den Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD „Ausbau und Organisation des Ganztagsschulangebots in Rheinland-Pfalz" - Drucksache 11/669 -. Auch zu diesem Antrag ist von der antragstellenden Fraktion die Überweisung an den Kulturpolitischen Ausschuß beantragt. Erheben sich Widersprüche? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag einstimmig an den Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen.

Ich gehe davon aus, daß der Tagesordnungspunkt 18 - Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der SPD - Drucksachen 11/285/446/496 - mit der heutigen Debatte seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Verhaltenskodex für Abgeordnete des Landtags
Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 11/436 -

Zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Heinz das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Anfang Februar dieses Jahres ist der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - - -

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Herr Präsident, ich bin extra heruntergekommen, weil jetzt Ellweiler behandelt werden soll!)

Präsident Prof. Dr. Preuss:

Meine Damen und Herren, es liegt offensichtlich ein Mißverständnis vor. Ich hatte keine Kenntnis davon, daß die Fraktionen vereinbart hatten, andere Tagesordnungspunkte zu besprechen

(Dieckvoß, F.D.P.: Für die antragstellende Fraktion darf ich sagen, daß das, was jetzt mitgeteilt wird, auch meine Billigung hatte!)

- Das hätten Sie mir vorher sagen sollen.

(Dieckvoß, F.D.P.: Ich war davon ausgegangen, daß Sie das wissen!)

- Ich habe das nicht gewußt.

Herr Kollege Heinz, ich gehe davon aus, da Ihre Fraktion das Einverständnis bekundet hat, daß dieser Tagesordnungspunkt später behandelt werden soll, daß ich jetzt die vereinbarten Tagesordnungspunkte aufrufen muß.

Ich bitte Sie um Entschuldigung. Ich war als amtierender Präsident darüber nicht informiert.

Ich rufe die **Punkte 22** und **23** der Tagesordnung auf:

Genehmigungslage von Ellweiler
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
- Drucksache 11/766 -

Stillegung der Urananlage Ellweiler
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
- Drucksache 11/1030 -

Es ist eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion vereinbart.

Ich erteile Frau Kollegin Bill das Wort.

Abg. Frau Bill, DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Umweltminister, seit vielen Wochen und Monaten ist die Urananlage Ellweiler Mittelpunkt des politischen Tagesgeschehens. Seit Wochen und Monaten liegen Initiativen der Fraktion DIE GRÜNEN, unter anderem der Antrag, die Genehmigungssituation bezüglich der Urananlage offenzulegen, vor. Ferner liegt der Antrag auf Stillegung dieser Urananlage vor.

Das bisherige Verfahren bzw. der Umgang von seiten der Landesregierung mit diesen Anträgen und dem dahinterstehenden massiven Problem ist unseres Erachtens eines Parlaments an und für sich nicht würdig.

(Vizepräsidentin Frau Büttner übernimmt den Vorsitz)

In einem Antwortschreiben vom 8. April 1988 an meinen Fraktionskollegen Dr. Harald Dörr zu unserem Antrag vom Januar dieses Jahres, Genehmigungslage von Ellweiler betreffend, führt der Umweltminister unter anderem aus, daß die Genehmigungslage sowie der sicherheitstechnische Zustand der Anlage in einer Dokumentation erwähnt werden soll. Dies ist allerdings nicht das Anliegen unseres Antrages; denn dieser bezieht sich unmißverständlich auf die Offenlegung sämtlicher Genehmigungen nach der Strahlenschutzverordnung und nach dem Atomgesetz.

(Vereinzelt Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Was von der Landesregierung praktiziert wird, ist aus unserer Sicht, sicher nicht nur aus unserer Sicht, eindeutig das Beschneiden und das Verweigern von Informationen, auf die jeder Abgeordnete ein Recht hat

Diese Art des Umgangs mit Informationen und mit den Mitgliedern dieses Hauses scheint ein bißchen auch für Rheinland-Pfalz spezifisch zu sein; denn es gibt durchaus Beispiele anderer Bundesländer, in denen mit solch brisanten Themen auch anders umgegangen wird und entsprechende Konsequenzen gezogen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will das an zwei Beispielen verdeutlichen. In Hessen beispielsweise bekamen seinerzeit die GRÜNEN immerhin Akteneinsicht in die Genehmigungsunterlagen der Hanauer Nuklearfirma Alkem unter Hinzuziehung eines Rechtsanwalts ihres Vertrauens. Die Konsequenz der gewonnenen Informationen war dann letztendlich, daß sich die Staatsanwaltschaft genötigt sah, gegen diese Atomanlage tätig zu werden, was Ihnen hinlänglich bekannt ist.

In Karlsruhe hatte eine Firma ein Lager für radioaktive Abfälle eingerichtet. Messungen hatten ergeben, daß an der Grenze des Lagers der nach § 44 geltende Grenzwert der Strahlenschutzverordnung überschritten wurde. Das Gewerbeaufsichtsamt verfügte daraufhin die Räumung des Lagers.

Sie sehen also: In anderen Bundesländern werden durchaus auch einmal, sicher nicht immer, Konsequenzen gezogen. - In Rheinland-Pfalz gehen die Uhren anscheinend gewaltig nach.

Wir fordern daher die Landesregierung zum wiederholten Male auf, sich diesen Beispielen anzuschließen und unseren Anträgen positiv zu entsprechen. Herr Umweltminister, ansonsten setzen Sie sich weiter dem Verdacht aus, daß Sie die berechtigten Ängste und Sorgen der Bevölkerung vor Ort in Ellweiler nicht ernst nehmen. Ihr bisheriges Verhalten in Sachen Ellweiler läßt für uns nur den Schluß zu, daß wirtschaftliche Interessen Vorrang vor der öffentlichen Sicherheit haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein unhaltbarer Zustand, so finden wir, der die Gesetzeslage unterläuft bzw. aushebelt und umgehend zu korrigieren ist. Mein Kollege Dr. Dörr wird Ihnen nachher dazu noch Einzelheiten sagen. Jetzt sind Sie erst einmal dran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ich danke für die Begründung der Anträge und eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schuler.

Abg. Schuler, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Bill, diese bodenlose Unverschämtheit,

(Zuruf von der SPD: Was?)

die Ihre Pressemitteilung umgreift - ich wundere mich, daß der Herr Kollege Härtel lächelt, er kennt sie gar nicht; Sie werden mit betroffen sein - unterstellt Altparteien, damit auch der SPD, der F.D.P. und der CDU, daß ihr Verhalten bezüglich Ellweiler ein menschenverachtendes Verfahren sei. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die GRÜNEN offenbar geglaubt haben, ihre Strategie ginge auf, wir würden diesen Tagesordnungspunkt vertagen. Weit gefehlt; denn wir behandeln ihn jetzt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Bill, DIE GRÜNEN)

Ihre Pressemitteilung vom heutigen Tage war zu früh. Das paßt nicht in diese Konzeption, die da lautet: Verunsichern und Emotionen schüren, nach Möglichkeit die Sache selbst so zu problematisieren, daß die Menschen in diesem Raum in Angst und Sorge versetzt werden.

Meine Damen und Herren, in der Tat hat das der Minister - deshalb ist das eine bodenlose Unverschämtheit - in den Ausschußsitzungen immer wieder betont. Wenn Sie redlich wären, hätten Sie das gesagt, daß der Minister immer wieder betont hat, daß die Sorgen um die Gesundheit der Menschen in diesem Raum von uns sehr ernst genommen werden. Das wäre redlich gewesen, wenn wir uns in dieser Frage nicht gegenseitig auseinanderdividieren wollen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Schuler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Steffny?

Abg. Schuler, CDU:

Ja, bitte.

Abg. Steffny, DIE GRÜNEN:

Herr Kollege Schuler, es ist aber doch richtig, wenn ich feststelle, daß Sie gestern gegen unseren Antrag gestimmt haben, Ellweiler auf die Tagesordnung zu nehmen, - -

Abg. Schuler, CDU:

Das ist falsch.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Das ist eindeutig falsch!)

Abg. Steffny, DIE GRÜNEN:

- - oder genauer - die Reihenfolge der Tagesordnung zu verändern, damit es besprochen werden kann, - -

Abg. Schuler, CDU:

Das ist etwas anderes.

Abg. Steffny, DIE GRÜNEN:

- - und daß wir erst heute Ihre Bereitschaft sehen, Ellweiler heute zu behandeln, wovon normalerweise nicht auszugehen gewesen war, also folglich unsere Presseerklärung zum Zeitpunkt berechtigt war.

Abg. Schuler, CDU:

Das ist falsch, und zwar ist es deshalb falsch, weil Sie die Sachen verdrehen. Hintergrund dieser Änderung der Tagesordnung jetzt war der Wunsch der SPD-Fraktion, diesen Punkt vorzuziehen, da der Kollege Nagel ab 18 Uhr nicht zur Verfügung steht. Das ist der Hintergrund, weshalb wir jetzt die Tagesordnung geändert haben. Hintergrund war doch, daß Ihnen das nicht in den Kram paßt, daß das nicht publikumswirksam Punkt 1 der Tagesordnung war, nicht der Sache gemäß, sondern der Schlagzeile willen auf Punkt 1 zu kommen. Deshalb wollten Sie doch diesen Punkt auf Punkt 1 der Tagesordnung haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch der Minister hat in der Haushaltsdebatte sehr deutlich gemacht, daß es uns bei dieser Frage um größtmögliche Transparenz geht, und zwar um größtmögliche Transparenz aller Vorgänge, aller Daten bis hin zu der subtilen Frage - Herr Dr. Dörr müßte das bestätigen; denn er ist Mitglied in diesem Ausschuß -, ob eine Häufung von Leukämiefällen wissenschaftlich nachweisbar sei. Das ist Fakt. Das war die Diskussionslage im März in unserem Ausschuß

Meine Damen und Herren, Ellweiler ist ohne Zweifel ein sehr komplexer Sachverhalt. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Initiative der Landesregierung in diesen Tagen, daß der TÜV Rheinland beauftragt wird, ein umfassendes Statusgutachten zur Urananlage Ellweiler zu erstellen. Dieses Gutachten sollte von der Strahlenschutzverordnung ausgehen und alle Produktionsbereiche der Urananlage, die betrieblichen Abläufe, Einrichtungen und angewandte Verfahren, die Kontrolle der Einsatzstoffe, die Meßprogramme, die getroffenen Schutzmaßnahmen, fernerhin die Auswirkungen der Anlage innerhalb und außerhalb des Betriebes, auch die Halden, überprüfen, um konkret - das ist verantwortliche Politik, Frau Bill; sie ist leider nicht da - Maßnahmen einzuleiten, sofern es erforderlich ist Das ist die Zielvorgabe der Landesregierung. Diese Zielvorgabe findet die Unterstützung unserer Fraktion.

Ziel muß - darin unterscheiden wir uns überhaupt nicht von den GRÜNEN und lassen uns in der Sorge der Menschen in diesem Raum nicht teilen - die Minimierung der Strahlenbelastung im Bereich der Urananlage Gewerkschaft Brunhilde sein.

Ich betone das noch einmal, dazu gehört die größtmögliche Transparenz. Dazu zählt auch die Studie über die Krebserkrankungen im Umkreis von 30 Kilometern rund um Ellweiler, die in enger Zusammenarbeit des Umweltministeriums mit der Universität Mainz derzeit erstellt wird.

Natürlich stellt sich auch für mich die Frage, ob wir nicht in der Vergangenheit zu sorglos mit diesen komplexen Vorgängen umgegangen sind, die Ursachen und Quellen der Kontamination nicht ernst genug genommen haben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ist keine Bagatellisierung, aber - das geht an die Adresse der GRÜNEN - auch keine Dramatisierung.

(Beifall der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, dies ist kein parteipolitisches Thema. Ich warne jeden, der glaubt, er könne mit Emotionen Stimmen gewinnen. Das ist keine verantwortliche Politik. Wir brauchen die Seriosität; das ist das Gebot der Stunde. Die mögliche Gefährdung ist unser Arbeits- und Informationsauftrag.

Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies sind Fragen, die in den Wissenschaftsbereich, in das, was die „FAZ" vom 23. April 1988 als „Gestrüpp zwischen Ortsdosis- und Ganzkörperdosisleistung, Millirem und Becquerel, Picocurie, Rest-Beta-Werte und der Interpretation statistischer Werte" bezeichnete. Auch die Radonbelastung und die mögliche Grundwasserkontamination fordern die subtile Analyse. Genau das wird das Gutachten zutage fördern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die rechtliche Situation ist eindeutig Das müssen auch die GRÜNEN zur Kenntnis nehmen. Nach § 3 der Strahlenschutzverordnung ist der Umgang mit sonstigen radioaktiven Stoffen genehmigt. Auch die wasserrechtliche Genehmigung, die die Einleitung des Betriebswassers der Uranerzanlage in den Steinaubach erlaubt, liegt seit 1960 vor und gilt bis zum Jahre 1990. Atomrechtlich ist somit eine Schließung heute nicht möglich.

Das Statusgutachten wird uns - das hoffe ich persönlich - Entscheidungshilfe so oder so liefern. Aus diesen Gründen stimmen wir der Überweisung des Antrages der GRÜNEN, Genehmigungslage von Ellweiler betreffend, an den Ausschuß für Umwelt und Gesundheit zu.

Allerdings sollten wir uns darüber im klaren sein, es wird die Verpflichtung aller verantwortlichen Umweltpolitiker sein, sich in dieser Frage mit vorschnellen Urteilen zurückzuhalten. Wir verhandeln vor einer sehr komplizierten Materie. Alle, die wir hier im Plenum Verantwortung tragen, sollten uns darüber im klaren sein, daß es sehr schwierig ist, eine solch komplexe Materie Menschen, die Angst haben, zu verdeutlichen. Auch das hat dieses Expertengespräch im Raum Ellweiler vor wenigen Tagen deutlich gemacht.

Meine Damen und Herren, eines geht nicht. Sie können nicht aus der Tatsache, daß ein Vertreter des Bundesgesundheitsamtes auch seine Bedenken dahingehend äußert, daß jede radioaktive Belastung mehr für die Gesundheit des Menschen natürlich ein Gefährdungspotential ist, schließen, daß damit - das ist das Infame in Ihrer Sprache; so in Ihrer Presseerklärung heute - der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes Umweltkriminalität decke. Das ist ein Sprachstil, der dieser Sache nicht angemessen ist. Ich hoffe, daß wir im Fachausschuß hoffentlich eine andere Sprache finden werden. Ich kann nur sagen, daß wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner und gemeinsam mit dem Umweltministerium für größtmögliche Transparenz stehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nagel.

Abg. Nagel, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich zunächst bei den Fraktionen des Hauses für die Rücksichtnahme bedanken, die mir entgegengebracht wurde, diesen Termin etwas vorzuziehen, weil ich für heute abend andere Terminverpflichtungen eingegangen bin, nicht wissend und nicht ahnend, daß die Tagesordnung so ablaufen würde. Vielen Dank für diese Rücksichtnahme.

Herr Kollege Dörr, dies bedeutet aber nicht, wie in Ihrer Presseerklärung steht, wenn der Tagesordnungspunkt heute nicht mehr abgehandelt worden wäre, daß er damit auf das Jahr 2000 verschoben worden wäre, sondern er würde, wenn Sie das, was die Geschäftsordnung erlaubt, mitgemacht hätten, in öffentlicher Sitzung des Ausschusses für Umweit und Gesundheit am 5. Mai behandelt. Ich habe aus den Reihen Ihrer Fraktion gehört, Sie wollten gar nicht haben, daß dies in öffentlicher Sitzung am 5. Mai im Ausschuß für Umwelt und Gesundheit behandelt werden soll. Insofern bin ich ein bißchen über die Erklärung überrascht, die hier von Frau Bill abgegeben worden ist.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Steffny?

Abg. Nagel, SPD:

Ja, bitte sehr.

Abg. Steffny, DIE GRÜNEN:

Herr Nagel, ist Ihnen bekannt, daß in einer Ausschußsitzung am 5. Mai in der Sache nicht entschieden werden kann, es dagegen aber möglich ist, heute schon in einmaliger Beratung die Stillegung der Anlage in Ellweiler zu beschließen, wenn wir auf eine Ausschußüberweisung verzichten?

Abg. Nagel, SPD:

Herr Kollege Steffny, ich weiß nicht, wie Sie Politik verstehen. Aber ich denke, eine so komplizierte und komplexe Sache wie das mit Ellweiler und um Ellweiler kann nicht hier in 15-Minuten-Beiträgen behandelt werden, sondern dies bedarf der eingehenden Erörterung im zuständigen Fachausschuß, um dort eine Entschließungsempfehlung zu erarbeiten, die dann hier im Plenum gefaßt wird. So verstehe ich zumindest Politik, und nur so kann man seriöse Politik machen!

(Beifall der SPD und bei CDU und F.D.P.)

Dennoch, meine Damen und Herren, trotz allem Verständnis für die Rücksichtnahme, ich komme nicht umhin, hier auch heftig Kritik an der Art und Weise zu üben, wie das Thema Ellweiler insgesamt hier von seiten der Landesregierung bisher dargestellt und abgehandelt wurde. Die Vorkommnisse und Ereignisse in der und um die Urananlage Ellweiler sind nämlich für mich ein Paradebeispiel dafür, wie man politisch mit einem solch sensiblen Sachverhalt genau nicht umgehen sollte.

Von dem angeblich durch wenig Sachkenntnis sich auszeichnenden und voreiligen Ermittlungsprotokoll eines, wie es von Ihnen damals dargestellt wurde, etwas trottelhaften Dorfpolizisten - ich erinnere hier an Ihre Pressekonferenz, die Sie am 10. Februar gegeben haben - bis hin zu der Presseverlautbarung von vorgestern, vom 27. April, daß nun doch ein umfängliches Gutachten zu der Anlage erstellt werden sollte, bietet diese Zeitspanne von etwa drei Monaten nahezu alle Facetten politischer und sachlicher Ignoranz des verantwortlichen Ministers, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

wobei, Herr Wilhelm, ich Sie gar nicht persönlich verantwortlich mache und Ihnen nicht einmal unterstelle, Sie hätten absichtlich nur allmählich und scheibchenweise und, wie ich denke, nach wie vor nicht umfassend das Parlament und die Öffentlichkeit informiert. Nein, ich denke, Herr Minister, daß dieser erste wirkliche Fall für Sie als Umweltminister vielleicht auch eine Schuhnummer zu groß für den Neuling und Anfänger Wilhelm im Amt des Umweltministers war.

(Beifall bei der SPD -
Zurufe von der CDU)

Nein, ich will das auch erhärten, Herr Hörner; hören Sie einmal zu. Ich will aber zu seiner persönlichen Entlastung gerne auch noch anfügen, daß es sich eigentlich um eine Erblast seines Vorgängers handelt, der es zu seiner Amtszeit hier sicherlich blendend verstanden hat, politische Ankündigungen und scheinbaren Aktionismus zu betreiben, deren Einlösung er aber zumeist seinem Nachfolger hinterlassen hat, wie man gelegentlich selbst aus dem Munde Wilhelms klagend vernehmen kann.

Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, fest steht: Die Urananlage Ellweiler verstößt seit Jahren mit Wissen und Duldung der zuständigen Landesbehörden gegen geltendes Recht! Daran geht kein Weg vorbei! Angesichts der hohen Sensibilität, von der ich sprach, die man kerntechnischen Anlagen entgegenbringen müßte, sage ich: Das, was dort jahrelang gelaufen ist, ist eine bodenlose Schlamperei, die lediglich dazu geeignet ist, den Argwohn und das begründete Mißtrauen der Bevölkerung in solche Anlagen noch zu vertiefen! Die Art und Weise, wie das Thema hier von der Landesregierung in den letzten Wochen behandelt worden ist, führt genau dazu, das Mißtrauen zu stärken, und nicht dazu, es abzubauen!

(Beifall der SPD)

Herr Minister Wilhelm, deshalb macht es für uns allmählich auch Sinn, und ich unterstelle fast sogar eine gewisse Absicht, daß die Einzelgenehmigungen für die Urananlagen nach wie vor für uns auf sich warten lassen. Es war im Ausschuß angekündigt, es würde geprüft, ob wir in diese Einzelgenehmigungen Einblick nehmen könnten. Ich stelle Wochen danach fest: Bislang haben wir keine einzige dieser Einzelgenehmigungen zu Gesicht bekommen. Weil wir sie noch nicht kennen, muß ich mich wieder in die Rolle des Fragestellers begeben, und ich frage: Wo ist neben der Bewilligung, täglich bis zu 750 cbm radioaktiv belasteten Wassers in den Steinaubach einleiten zu dürfen,

1. die Genehmigung, daß auch bei abgeschalteter Anlage radioaktive Sickerwässer offensichtlich in den Bach gelangen, und

2. wo ist die Genehmigung, daß über die Auswaschungen der Abraumhalden Radioaktivität möglicherweise ins Grundwasser eindringen darf?

Ist es nicht so, daß solche Einleitungen ins Grundwasser ebenfalls einer wasserrechtlichen Genehmigung bedürfen? Ich frage: Gibt es diese Genehmigungen?

Ich frage weiter: Ist es richtig, daß es bei den ergangenen Bescheiden für das radioaktiv belastete Betriebswasser keinen Grenzwert für Alpha-Radioaktivität gibt, und ist es ferner richtig, daß die Einleitkonzentrationen, die im Steinaubach gemessen wurden, bis zu viermal höher sind, als dies nach der Strahlenschutzverordnung zulässig ist?

Alles Fragen, meine Damen und Herren, die ich nicht stellen müßte, wenn es, wie von uns verlangt, eine umfassende und lückenlose Information gegenüber dem Parlament gäbe. Vielleicht sind es aber auch Fragen, die der zuständige Ressortminister im Moment gar nicht beantworten kann, weil ihm seine Beamten die Antworten dazu noch nicht aufgeschrieben haben.

Eine Frage, Herr Minister, die Sie sicherlich beantworten können, deren deutliche Antwort Sie aber mit viel Fleiß in

der Vergangenheit verschleiert haben oder zu verschleiern versucht haben, ist die nach der Strahlungsintensität an der Oberfläche. Ich will mich dabei nicht auf das einlassen, was vorhin von den GRÜNEN gemacht wurde, nämlich mich in den Streit zu begeben: Ab welchen Grenzwerten sind definitiv gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung zu befürchten? - weil sich hier selbst die Strahlenmediziner nicht einig sind. In diesen Streit will ich mich nicht begeben.

(Dr. Dörr, DIE GRÜNEN: Jede zusätzliche Radioaktivität ist gefährlich!)

- In diesen Streit begebe ich mich bewußt nicht. Ich halte mich nicht für kompetent genug, Herr Kollege Dörr, da bei Strahlenmedizinern mitstreiten zu wollen.

Aber ich will folgendes klarmachen und hier verdeutlichen: Ich weiß, daß die an den Meßpunkten gemessenen Werte - diese Werte haben Sie auch veröffentlicht - eindeutig und zum Teil mehrfach über den Höchstwerten der Strahlenschutzverordnung liegen!

Ich weiß, es gibt diese Grenzwerte in der Strahlenschutzverordnung, und ich denke, diejenigen, die sie festgelegt haben, haben sich dabei auch etwas gedacht. Ich weiß, daß an verschiedenen Meßpunkten bei Ellweiler - alle wissen dies, weil es nachlesbar war - die Werte mehr als deutlich überhöht waren.

Dann kam etwas Merkwürdiges, Herr Minister Wilhelm. Sie haben sich in eine Interpretation der Strahlenschutzverordnung begeben und haben ausgerechnet und vorgerechnet, wie viele Tage und Nächte man sich am jeweiligen Meßpunkt aufhalten müsse, um den Wert zu bekommen, der in diese gesundheitsbedenkliche Relevanz führen würde. Ich sage es einmal so: Dieses Beispiel, das Sie der staunenden Öffentlichkeit vorgeführt haben, war weder dazu angetan, die betroffene Bevölkerung zu beruhigen, noch haben Sie damit die Fachwelt überzeugt. Im Gegenteil, im bayerischen Umweltministerium soll man sich dem Vernehmen nach vor Lachen den Bauch gehalten haben ob dieser eigenwilligen Interpretation der Strahlenschutzverordnung durch Sie.

Nein, meine Damen und Herren, Fakt ist vielmehr, daß die Strahlenschutzverordnung in den §§ 44 und 45 eine Obergrenze von 150 mrem Strahlenintensität vorsieht und ausweislich des Meßberichts der Landesregierung die Strahlungsintensität an einem Meßpunkt 638 mrem beträgt, wobei 110 mrem natürlicher Ortsstrahlung schon abgezogen sind.

Tatsache ist ferner, daß sich die Betreiber von Kernkraftwerken mit Stolz brüsten, daß sie nur 8 bis 10 % der genehmigten Radioaktivität an die Umwelt abgeben und daß in Ellweiler bei der Anlage 150 bis 200 % dessen, was eigentlich genehmigt ist, auch in Bereiche, wo Menschen leben, abgestrahlt werden. Herr Kollege Schuler, daran geht nichts vorbei, und Sie können diesen unrechtmäßigen Zustand nicht einfach sanktionieren wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Nagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dörr?

Abg. Nagel, SPD).

Nein. Ich bitte um Verständnis. Ich habe nur noch zwei Minuten Redezeit.

Ganz abgesehen davon haben Sie, Herr Minister, bei Ihrer Betrachtung nicht zugrunde gelegt, daß der Belastungspfad für den Menschen mit Radioaktivität ein fünffacher ist und daß die 150 mrem nach der Strahlenschutzverordnung für alle fünf Wege insgesamt gelten.

Die GRÜNEN haben in dem Antrag, den Sie eingebracht haben, die sofortige Schließung der Anlage gefordert. Ich denke - ich habe das vorhin zum Ausdruck gebracht -, wir müssen darüber im Ausschuß noch einmal intensiv beraten. Dies wird schon am 5. Mai sein, also keine Zeitspanne bis zum Jahr 2 000. Es steht allerdings für mich schon heute nach meinem heutigen Erkenntnisstand fest: Die Anlage bedarf dringendst und schnellstens einer umfassenden Sanierung, gegebenenfalls auch die Umgebung der Anlage.

(Beifall bei der SPD)

Insofern sollte das bestellte Gutachten beim TÜV vor allem auch darüber Auskunft geben, welcher Art und wie umfassend die Sanierungsmaßnahmen sein müssen, wobei ich schon heute Zweifel anmelde, ob juristisch, wenn es um die Bezahlung der Sanierungsmaßnahmen geht, das Verursacherprinzip greifen kann, nachdem ganz offensichtlich eine Reihe der Umweltbelastungen mit stillschweigender Duldung der Landesbehörden geschehen ist.

Herr Minister, ich denke, es gibt dort mehr zu tun, als uns lieb sein kann. Ich denke, unser Staatssäckel, der eh schon arg gebeutelt ist, kann dort unter Umständen und muß dort unter Umständen mehr herhalten, als es ihm guttun kann. Meine Damen und Herren, deshalb beantragen wir, die Thematik am 5. Mai im Ausschuß für Umwelt und Gesundheit weiter zu behandeln, um auch die Fragen, die ich hier aufgeworfen habe, dort intensiv weiterberaten zu können.

(Schuler, CDU: Das steht schon auf der Tagesordnung!)

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ehe ich das Wort weitergebe, habe ich neue Gäste im Haus zu begrüßen. Ich heiße sehr herzlich Mitglieder der Landfrauenvereinigung Mainz-Ebersheim willkommen.

(Beifall im Hause)

Ebenso herzlich heiße ich Angehörige der Bereitschaftspolizei willkommmen.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Professor Reisinger.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Thematik, die in den beiden Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN angesprochen ist, steht seit Monaten auf der Tagesordnung dieses Parlamentes. Wir werden uns in der Sitzung am 5. Mai im Ausschuß für Umwelt und Gesundheit zum dritten Mal ausführlich mit der Urananlage der Gewerkschaft Brunhilde beschäftigen.

(Zuruf des Abg. Schuler, CDU)

Herr Kollege Nagel, insofern bedarf es hier nicht eines Antrages, daß dies erfolgt.

(Schuler, CDU: Eben! -
Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dieses steht auf der Tagesordnung, die Sie spätestens heute morgen bekommen haben.

Eine ganze Reihe von Anträgen der Fraktionen liegt vor,

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

im übrigen nicht nur von der Fraktion DIE GRÜNEN, die sich hier wieder einmal mit aller Gewalt als die antielitäre Elite im Umweltschutz profilieren wollen. Sie betreiben dies - ich muß das wiederholen - mit einer Unverschämtheit und in einer ehrabschneidenden Art und Weise, die im zivilen Leben ein gerichtliches Nachspiel haben müßte.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch ich darf hier noch einmal auf dieses Pamphlet zurückkommen, das Sie Presseerklärung genannt haben. Ich kann das nur als politische Lümmelei bezeichnen, was Sie hier betreiben,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

wenn Sie angesichts der von mir eben geschilderten Behandlung in dieser Frage behaupten, daß wir das Thema auf das Jahr 2 000 verschieben wollten. Dann wird ferner behauptet - hier sind insofern alle drei Fraktionen, SPD, CDU und F.D.P., angesprochen -, daß wir - wörtlich - einen Zustand der Umweltkriminalität legalisieren würden. Ich kann dazu nur sagen: Welche Anmaßung. - Sie maßen sich an, Staatsanwaltschaft und Gericht in einem zu sein. - Meines Wissens sind neue Gutachten von der Staatsanwaltschaft auf dem Wege. Der Umweltminister hat ebenfalls Untersuchungen angekündigt. In einer solchen Situation zu behaupten, daß wir Umweltkriminalität legalisieren wollten, ist eine Lümmelei - ich wiederhole es -.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie sprechen auch von Menschenverachtung. Wie weit wollen Sie sich eigentlich in Ihrer blinden Darstellungswut noch treiben lassen, die nur ein Ziel hat: Wie kann ich mich am besten öffentlichkeitswirksam darstellen? - Ich will Ihnen noch einmal sagen, was in meinen Augen Menschenverachtung ist. Wenn man, wie Sie, hingeht, Behauptungen in die Welt setzt bzw. breit in den Medien äußert, daß sich in Ellweiler und Umgebung Leukämiefälle überdurchschnittlich zeigen, ohne anständig die Fakten zu recherchieren, dann ist das Menschenverachtung, meine Dame und meine Herren von den GRÜNEN.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Haben Sie sich einmal in die Lage einer jungen Mutter versetzt, die ohne das überprüfen zu können, was an diesen Gerüchten wirklich dran ist, von der Liebe zu ihrem Kind bestimmt, in Angst und Schrecken versetzt wird, wenn angebliche Fachleute - in den Medien so bezeichnet - solche Aussagen machen? Nachdem nun selbst die Stefan-Morsch-Stiftung davon abgerückt war, daß im Altersbereich bis 15 Jahre keine Überhöhung der Zahl der Fälle gegenüber dem Durchschnitt auftritt, haben Sie dieses schäbige Spiel weiter betrieben, indem Sie nun behaupten, es könnte sein, daß in der Altersgruppe über 15 Jahre eine überdurchschnittliche Häufung auftritt.

Um dies klar zu sagen: Die F.D.P.-Fraktion befürwortet ganz energisch, daß man dies untersuchen soll. Aber wir gehen nicht in die Öffentlichkeit

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

- ich komme noch dazu, Herr Nagel -,

bevor nicht die Fakten anständig untersucht sind.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Herr Minister Wilhelm, wir meinen, Sie tun das einzig Richtige, indem Sie ein umfassendes Status-Gutachten durch den TÜV Rheinland in Ellweiler durchführen lassen. Auch eine erneute breit angelegte Meßwertuntersuchung der Universität Homburg über das Strahlungsfeld im Bereich der Gewerkschaft Brunhilde und des außerbetrieblichen Bereiches begrüßen wir.

Wir werden im Ausschuß Gelegenheit haben, insbesondere im Detail über die strittigen Punkte bei der Auslegung der Strahlenschutzverordnung zu diskutieren. Dort im Fachausschuß gehört das meiner Ansicht nach zunächst einmal hin, wenn man sieht, welch komplexe Gemengelage aus technischen und juristischen Problemstellungen sich hier auftut.

Für meine Fraktion möchte ich vorweg sagen: Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die zur Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen nach dem Atomgesetz und nach der Strahlenschutzverordnung beitragen.

Herr Nagel, ich muß noch einmal darauf zurückkommen, weil Sie eben von Sensibilität gesprochen haben und von Fragen, die Sie stellen. Ich kann feststellen, daß die Fragen, die Sie bisher gestellt haben, sich anschließend - bisher in jedem Fall - als Fragen ohne realen Hintergrund herausgestellt haben.

Ich darf noch einmal auf den Zeitungsartikel vom 5. Februar 1988 zurückkommen, in dem es heißt, daß der Kollege Nagel den Minister aufgefordert hat, rasch, umfassend und nicht verniedlichend zu den ungeklärten Vorkommnissen in Ellweiler Stellung zu nehmen. Dann werden solche Dinge aufgelistet wie: Es seien Fässer korrodiert; das sei zu fragen. Es soll auch gegen das Nichtverbreitungsgebot verstoßen worden sein;

(Nagel, SPD: Ich habe nur gefragt, ob umgeflaggt wurde!)

Sie erinnern sich der Frage mit dem Umflaggen.

(Nagel, SPD: Nur, es wurde ja auch oft umgeflaggt!)

Sie haben in den Raum gestellt, dort würde ungesetzlich vorgegangen.

(Nagel, SPD: Nein, das habe ich nicht gesagt! Ich habe nur gefragt: Wurde umgeflaggt?)

Von Ihren politischen Freunden ist weiterhin auch die Frage der Leukämiefälle in den Raum gestellt worden. Ferner ist von Ihnen die Frage des plutoniumverseuchten Stabes in den Raum gestellt worden. Mittlerweile ist durch Messung nachgewiesen, daß da nichts dran ist.

(Nagel, SPD: Das Faß ist noch nicht untersucht! Oder haben Sie andere Informationen?)

Die einzige offene Frage, die bisher noch nicht geklärt ist, ist die Frage nach dem Inhalt des 15-Kilogramm-Fasses.

(Nagel, SPD: Nur danach hatte ich gefragt!)

Der Minister hat in der letzten Sitzung des Ausschusses dazu gesagt, daß er drängt; ich nehme ihm das ab. Ich bitte ihn von dieser Stelle noch einmal, mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß dieser bisher offene Punkt noch aufgeklärt wird.

Noch ein Hinweis, Herr Nagel. Sie werfen hier der Landesregierung vor, daß sie die Strahlenschutzverordnung leichtfertig auslegt. Sie haben die §§ 44 und 45 zitiert, aber - für mich sehr interessant - nicht den § 60 Abs. 2, in dem ausdrücklich steht - ich darf es mit Genehmigung der Frau Präsidentin kurz zitieren -: „Es ist dafür zu sorgen, daß die Strahlenbelastung von Personen bei dauerndem Aufenthalt

(Schuler, CDU: Das ist es!)

in außerbetrieblichen Überwachungsbereichen den nach § 44 Abs. 1 zulässigen Wert nicht überschreiten kann "

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Nagel, SPD: Ja, wohnen da nun Menschen oder nicht?)

Meine Damen und Herren, das ist in meinen Augen - ich gebe das zu - im Moment die strittige Frage. Daß aber jemand, der noch Deutsch lesen kann, daraus entnimmt, daß es natürlich wichtig ist, wie lange sich ein Mensch an der betreffenden Stelle aufhält, ich glaube, das ist doch unstrittig. Ich bin einmal sehr gespannt

(Nagel, SPD: Wie hoch ist denn die Strahlenbelastung bei der Raststätte?)

- ich habe das bei der letzten Plenarsitzung schon so gesagt -, ob und wie Sie diese windige Konstruktion weiterhin vertreten wollen. Nachdem alles, was Sie bisher vorgebracht haben, nachgewiesenermaßen reine Behauptungen und Verdächtigungen waren, legen Sie es nun darauf an - so will mir scheinen -, sich in ein Feld hineinzubegeben, das so komplex ist, daß Sie am Ende vielleicht ein Stückchen recht bekommen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Professor Reisinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Scharping?

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Gerne, Herr Scharping.

Abg. Scharping, SPD:

Herr Kollege Reisinger, sind Sie der Auffassung, daß auch der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes diese „windige Konstruktion" vertreten und für richtig befunden hat, oder sind Sie dieser Auffassung nicht?

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Meines Wissens hat der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes in der Frage, wie man diesen strittigen Fall auslegt, ihn so ausgelegt, daß Sie aus seinen Äußerungen entnehmen, Sie hätten recht. Aber es gibt nicht nur Äußerungen des Vertreters des Bundesgesundheitsamtes; es gibt auch entsprechende Äußerungen aus dem Bundesministerium für Umwelt, die genau das Gegenteil aussagen. Für mich ist das im Moment - -

(Glocke des Präsidenten)

- ich darf meine Antwort zu Ende sagen -

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Es handelt sich um eine Zusatzfrage!)

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

- - eine Streitfrage von Spezialisten im Atomrecht.

Aber entscheidend ist doch, daß der Minister - nichts anderes hat er gesagt - bei der gegebenen Sachlage, nämlich der Lage der Meßpunkte, auf die Frage: Wie wahrscheinlich ist es, daß sich dort jemand 80 Tage und 80 Nächte aufhält?, die Antwort gibt: Das ist so unwahrscheinlich, daß ich davon ausgehe, daß kein Mensch gefährdet worden ist. - Das ist die Aussage, und diese akzeptiere ich; zumal ich eines sagen kann, meine Damen und Herren: Die Gewerkschaft Brunhilde - zunächst als Tochter von Krupp-Lurgi - betrieb zunächst einmal Erzabbau, anschließend Verarbeitung von Erzen, seit Ende der 50er Jahre. Jeder weiß, daß sich seit Ende der 50er Jahre die gesetzliche Grundlage im Atomrecht und beim Strahlenschutz fortlaufend geändert hat.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Scharping?

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Lassen Sie mich diesen Gedanken gerade noch zu Ende führen; dann gerne.

Wenn man das sieht und ferner sieht - das läßt sich aus den Meßwerten, die man uns vorgelegt hat, auch ersehen -, daß sich die Gewerkschaft Brunhilde durch entsprechende Maßnahmen fortlaufend der neuen Gesetzeslage angepaßt hat - ich möchte Ihnen das hier nicht vorlesen, Sie kennen die Werte; die Werte sind kontinuierlich heruntergegangen, bis auf ein paar Stellen, bei denen man sich über die Ursache streiten kann -, daß die Firma auf Anordnung hin große Mengen an gelagerten Erzen oder Schlämmen umsetzt, um die Lage zu verbessern, dann ist es meines Erachtens sehr einleuchtend, daß in dieser Zeit des Umsetzens

(Zuruf von der SPD: Wer hat es denn angeordnet?)

sich auch kurzfristige Überschreitungen der gesetzlichen Werte einstellen.

Für mich ist entscheidend, daß man das Ziel weiter verfolgt, am Ende die neuen, seit 1977 gültigen Grenzwerte zu erreichen.

(Beifall bei der F.D.P. -
Nagel, SPD: Das sind elf Jahre her! -
Glocke des Präsidenten)

Entschuldigen Sie, Sie wollten noch eine Frage stellen.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Erst die Zusatzfrage. Es folgt dann noch eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schuler.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Ja, einverstanden.

Abg. Scharping, SPD:

Herr Kollege Reisinger, ich entnehme Ihrer ganzen Rede einen deutlich zweifelnderen Ton, vor dessen Hintergrund ich Sie frage, ob Sie bei Ihrer früheren Feststellung bleiben, die ich in der Zeitung nachlesen konnte, daß in Ellweiler alles in Ordnung sei und die Befürchtungen der Opposition aus der Luft gegriffen seien.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Herr Scharping, wenn Sie das sagen: Ich habe diesen Zeitungsartikel zufällig auch bei mir. Ich habe mich ganz konkret auf Ihre Behauptungen bezogen. Hier steht:

„Reisinger hatte sich am Wochenende in der privaten Anlage informiert. Er habe in den letzten Winkel geblickt. Den Vorwurf, die Firma habe unzulässige Umdeklarationen von Fässern vorgenommen, könne nur erheben, wer die Zuständigkeiten nicht kenne." - Das ist nach wie vor richtig. - „Die Lagerung von Urankonzentrat in Ellweiler sei eine Dienst-

leistung für die Besitzer des Konzentrats unter Kontrolle von Euratom." - Auch das ist ferner richtig. - Es folgt dann die Erläuterung des Vorgehens.

„Zum Vorwurf, Fässer seien verrostet," - das war der dritte Vorwurf - „sagte Reisinger, wenn Behälter mit Wandstärken von 1,5 Millimetern nach zehn Jahren äußerliche Rostschichten aufweisen, sage dies noch lange nichts über ihre Transportfähigkeit aus."

Ich glaube, auch Sie sind mittlerweile davon abgerückt, daß diese Fässer nicht mehr transportfähig waren.

(Glocke des Präsidenten)

Ich stelle also fest: Das, was ich damals sagte, gilt nach wie vor.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Professor Reisinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schuler?

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Bitte schön.

Abg. Schuler, CDU:

Ja, fast zu spät, Herr Kollege Professor Reisinger: Können Sie bestätigen - dies hat der Kollege Nagel wohlweislich unterschlagen -, daß die höchstzulässige Strahlenbelastung im Kontrollbereich 5 000 mrem beträgt, und können Sie weiterhin bestätigen, daß auch im betrieblichen Überwachungsbereich 500 mrem zulässig sind?

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

So ist es; das kann ich bestätigen.

(Schuler, CDU: Das hat der Kollege Nagel wohlweislich unterschlagen! - Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Meine Damen und Herren, die F.D.P.-Fraktion wird, weil sie weiß, daß eine Stillegung der Anlage bei der derzeitigen Faktenlage das untauglichste Mittel wäre, um das Ziel, nämlich Einhaltung der Grenzwerte, zu erreichen, den Antrag auf Stillegung ablehnen. Der beantragten Ausschußüberweisung des Antrags auf Offenlegung werden wir zustimmen. Wir fordern Sie auf, Herr Umweltminister, weiterhin darin fortzufahren, gezielt Anordnungen so zu treffen, daß die wenigen verbliebenen Dosisgrenzwertüberschreitungen in kürzester Frist abgebaut werden. Wir sind ferner der Überzeugung, daß dies in Abstimmung zwischen den Behörden und dem Betrieb möglich sein sollte.

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat jetzt Herr Staatsminister Wilhelm.

Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß mit Empörung zurückweisen, was die Vorsitzende der Fraktion DIE GRÜNEN hier gesagt hat, die allerdings ihre Anteilnahme, was die Gesundheit der Bevölkerung anbelangt, darauf beschränkt, Vorwürfe zu erheben, ohne den Verlauf der Diskussion dann weiterzuverfolgen. Auch das zeigt erkennbar, wie groß das Interesse der Repräsentanten der GRÜNEN an der Klärung der sachlichen Probleme zu diesem Thema ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich sage auch mit persönlicher Betroffenheit,

(Zuruf des Abg. Schuler, CDU)

daß die Dame aus den Reihen der GRÜNEN der Landesregierung bzw. mir unterstellt, daß der Anlaß unseres Handelns oder Verhaltens - offenbar können Sie nur in diesen Schablonen denken - wohl geschäftliche Verknüpfungen der Landesregierung bzw. des Umweltministers mit dem Unternehmen darstellt. Was erlauben Sie sich eigentlich, einen solchen Vorwurf zu erheben? Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Jeder, der ein Stück Anstand in sich verspürt, sollte sich von dieser Aussage der Repräsentantin der GRÜNEN - ich spreche genau zu den vier Kollegen, die hier sitzen - distanzieren. Ich weise das mit großer Entschiedenheit zurück. Das ist keine Basis, auf der wir reden können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abg. Steffny, DIE GRÜNEN)

Ich meine - subjektiv meint man viel, möglicherweise ist es objektiv auch nachvollziehbar -, daß alles, was im Zusammenhang mit der Urananlage Ellweiler an Befürchtungen, Ängsten und Verdächtigungen auf den Tisch kommt, untersucht wird. Das Ergebnis wird publiziert. Zu einem früheren Zeitpunkt ist das als Glasnostpolitik von Wilhelm bezeichnet worden.

Hier ist kein Minister, der aus welchen Gründen auch immer nur das geringste Interesse daran hat - ich wäre töricht - alles, was wir in dem Zusammenhang neu erfahren oder schon gewußt haben, der Öffentlichkeit nicht zugänglich zu machen; denn ich nehme vorhandene aber auch erzeugte Ängste von Bürgern um ihre Gesundheit sehr ernst. Es ist doch völlig klar - ich glaube, daß wir uns in dieser Frage alle wiederfinden -, daß wir erstens alles tun sollten, die Befürchtungen an der Stelle zu zerstreuen, an der sie unangebracht sind, und zweitens an der Stelle, an der sie angebracht sind, durch Vorkehrungen zu erreichen, daß es keinen Anlaß mehr für Ängste gibt.

Frevelhaft empfinde ich den Versuch, mit Fiktionen, mit Unterstellungen und ausschließlich mit Verdächtigungen bei Menschen Ängste zu schüren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe in der Nacht der Haushaltsberatungen versucht, das zu sagen. Herr Kollege Professor Reisinger hat zu Recht auf diesen Aspekt noch einmal hingewiesen.

Wenn Eltern ein an Leukämie erkranktes Kind haben, dann ist das für die Eltern und das Kind ein schlimmes Schicksal. Herr Dr. Dörr, damit bin ich einverstanden. Natürlich fragt sich jedes Elternteil, wo es herkommt, ob man selbst daran schuld ist. Natürlich ergreift man begierig - ich kann mich durchaus in eine solche Situation hineinversetzen - die Interpretation von wem auch immer, daß es irgendwer oder die Urananlage in Ellweiler war. Ich weiß nicht, ob eine solche Art der politischen Auseinandersetzung, die sehr durchsichtig ist, erlaubt sein dürfte. Ich halte es für unerlaubt, in dieser Weise mit den Ängsten der Menschen Politik zu machen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Vorwurf der Kollegin Frau Bill - sie war nie dabei; sie ist auch jetzt nicht dabei -,

(Zuruf des Abg. Seibel, DIE GRÜNEN)

die Informationen seien nicht immer und ausreichend gegeben worden, kann nur auf die Information des immer anwesenden Kollegen Dr. Dörr zurückgeführt werden.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dörr?

Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:

Nein.

Herr Dr. Dörr, Sie haben noch Restredezeit. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu dieser Frage der nicht ausreichenden Information einmal Stellung nehmen würden.

(Dr. Dörr, DIE GRÜNEN: Ja, das tue ich!)

Es gibt keinen Punkt, ob vor diesem Plenum oder im Ausschuß, bei dem wir nicht bis in alle Einzelheiten das gesagt haben, was wir wissen bzw. zu diesem Zeitpunkt wußten. Die Tatsache, daß es Restanten im Ausschuß gibt, ist weniger auf das Durchhaltevermögen des Umweltministers zurückzuführen. Den weiteren Satz lasse ich weg, weil das Parlament tangiert wäre.

Meine Damen und Herren, es gibt überhaupt keine Frage, daß zu dieser Bereitschaft zur Auskunft - wir haben uns im Zusammenhang auch über andere rechtliche Bestimmungen nach Rückfrage beispielsweise mit dem Unternehmer hinweggesetzt - auch die Genehmigungen gehören. Die Genehmigungen reichen im übrigen bis in das Jahr 1960 zurück. Dort wurden aufgrund der rechtlichen Bestimmungen von der Hohen Kommission Genehmigungen ausgesprochen.

Natürlich bekommen Sie diese zur Verfügung gestellt. Genau das ist der Inhalt des Antrages der GRÜNEN, der heute auf dem Tisch liegt. Ich soll heute offenbar vor dem Parlament den Inhalt der Genehmigungsbescheide vorlegen. Wenn ich Ihren eigenen Antrag ernst nehme, muß ich pflichtgemäß über die Genehmigungen ab dem Jahre 1960 bis in die jüngste Zeit hier vor dem Plenum berichten. Herr Dr. Dörr, das können wir alles machen. Es gibt überhaupt keinen Hinderungsgrund, dies nicht zu tun. Ich weiß allerdings nicht, ob das Plenum bei einer solchen subtilen Erörterung wichtiger Fragen nicht möglicherweise überfordert ist. Ich teile die Auffassung der Kollegen Schuler und Professor Reisinger, daß genau dieser Sachverhalt und dieser Vorgang in einen Ausschuß gehört, in dem die Möglichkeit besteht, ein solches Thema in allen Einzelheiten und Facetten zu diskutieren.

Sie haben von uns - dabei schließe ich mich mit ein - in der Vergangenheit nie gehört - jetzt will ich meine Kollegen Schuler und Reisinger, weil er konkret angesprochen wurde, mit einbeziehen -, daß wir definitiv wissen, daß in der Urananlage Ellweiler alles 100 %ig in Ordnung ist. Meinen Sie, ich wäre so töricht, eine solche Erklärung abzugeben?

Ich kann nur Erklärungen abgeben, bei denen gewissenhaft recherchiert wurde und verläßliche Aussagen vorliegen, die ich zum Teil glauben muß. Darüber kann ich Aussagen machen. Ich werde natürlich keine Aussagen über den Gesamtkomplex einer Anlage machen, die seit etwa 27 Jahren arbeitet - das muß man sich einmal vor Augen führen -. Dort ist ein komplexer Betriebsablauf und eine schwierige Genehmigungslage vorhanden. Meinen Sie, ich wäre bereit zu sagen, ob in allen Facetten die Genehmigungen aus dem

Jahre 1963 - sollte es dort eine solche geben - in jeder Verästelung den rechtlichen Voraussetzungen entspricht?

Ich schließe nicht aus, daß es hier zu Beanstandungen kommen könnte, wenn man genau hinschaut. Das ist doch völlig klar. Deswegen besteht meine Bereitschaft, über alle Einzelheiten zu reden. An der Stelle, an der offenkundig Fehler, Versäumnisse oder sonst etwas festgestellt wird, sollen diese auch festgehalten werden.

Herr Dr. Dörr, aus diesem Grunde bin ich sehr daran interessiert, daß wir eine Dokumentation machen, in der über diese ganzen Facetten in allen Einzelheiten berichtet wird.

Ich wundere mich ein bißchen. Dabei beziehe ich mich als Parlamentarier, der schon 14 oder 15 Jahre tätig ist, mit ein. Ich wußte immer, daß es eine Urananlage Ellweiler gibt. Ich rede nicht von der Landessammelstelle Ellweiler. Herr Kollege Henze hat uns in diesem Zusammenhang genug Sensibilität herübergebracht.

Die Urananlage Ellweiler war parlamentarisch eher weniger als zuviel behandelt worden. Alles, was heute hier auch von der Fraktion DIE GRÜNEN - Sie haben aber nicht die lange Laufzeit - beanstandet wird, war früher auch vorhanden. Ich habe keine Aktivität auch des empörten Herrn Kollegen Nagel in diesem Parlament festgestellt, diesen Dingen auf den Grund zu gehen. Ich darf die mehr rhetorische Frage stellen: Würden Sie mir erlauben zu sagen, Sie hätten ihre Pflicht verletzt? Ich will es gar nicht sagen. Das war nicht Gegenstand unserer Betrachtungen.

(Nagel, SPD: Aber Ihr Vorgänger kannte dies!)

Zum Teil wußten wir nicht, was dort abgelaufen ist.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Die Opposition ziehe ich in die Betrachtungen mit ein. Sie können sich nicht abseits stellen und sagen, Sie hätten mit der Sache nichts zu tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, dies ist aus einem populistischen Anlaß entstanden. Möglicherweise - das füge ich hinzu - war es sogar richtig, daß es aus diesem Anlaß als Thema entstanden ist, nämlich wegen des Skandals bei Transnuklear und wegen des 15-kg-Fäßchens.

Ich will noch dazu Stellung nehmen, was die Untersuchung auf Reste von Plutonium bei dem 15-kg-Faß angeht. Ich habe, wie Sie einer jüngsten Pressemeldung entnehmen können, vor wenigen Tagen erneut interveniert. Ich sage das wieder mit erheblichen Vorbehalten, weil man immer auf Leute angewiesen ist, die das machen müssen und deren Labor offenkundig auch längere Zeit aufgrund bestimmter Einflüsse ausgefallen ist, nämlich in Karlsruhe, daß vielleicht das Ergebnis wirklich in den nächsten 14 Tagen vorliegt.

(Zuruf des Abg Nagel, SPD)

Ich will aber nicht leugnen, daß ich über bestimmte Ergebnisse nicht überrascht wäre.

Anschließend hat uns der Flaggentausch 14 Tage beschäftigt. Das Krebsübel unserer Zeit - das sage ich als allgemeine Vorbemerkung - ist der Aktionismus, vor allen Dingen der politische Aktionismus. Diesem Aktionismus kann sich eine Opposition in besonderer Weise nicht ganz entziehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Nagel, dieses Unschuldslamm aus der Südpfalz, stellt sich heute nach dem Motto hin: Wir können einmal fragen. - Lieber Herr Kollege Nagel, das war nicht nur ein Fragen. Es wurden doch über Namibia und Südafrika ganz geheimnisvolle politische Verwicklungen angedeutet. Es wurden auch konkrete politische Bewertungen vorgenommen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Nagel?

Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:

Nein.

Im Gegensatz zu der Voreiligkeit und dem Aktionismus - offenbar ist eine Opposition diesen Fragen gegenüber weiter geöffnet -

(Beck, SPD: Ja!)

- ich habe „Opposition" gesagt; gelegentlich war die CDU in anderen Ländern auch schon einmal in der Opposition - haben Sie Bewertungen vorgenommen, und zwar Sie und Ihr Fraktionsvorsitzender.

(Nagel, SPD: Jetzt sollten Sie doch die Zwischenfrage zulassen!)

- Wann ich Zwischenfragen zulasse, bestimme ich. Die SPD-Fraktion hat mir in den letzten 14 Jahren immer dann Zwischenfragen gestellt, wenn es ihr unangenehm wurde. Deswegen wollen wir jetzt weitermachen.

(Reitzel, SPD: Dann würde ich sie aber zulassen! Soviel Nächstenliebe wäre nicht notwendig! - Weitere Zurufe von der SPD)

Der Kollege Scharping hat diesen Vorwurf des Flaschentausches - das ist in der Tat richtig -, des Flaggentausches bewertet, ohne zu wissen, was ein Flaggentausch ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Keller, CDU: Keine Ahnung!)

Der Unterschied zu jemandem, der versucht, seriös zu handeln, besteht darin, daß er immer schneller ist. Das ist richtig, nur leider falsch; denn zwischenzeitlich - das ist hoffentlich unstreitig; die Undurchsichtigkeit in dieser Frage, von der wir beide erkennbar nichts wußten, ist bei Ihnen offenkundig geworden, bei mir weniger, weil ich mich erst informiert habe - stellt sich die Frage, ob diese nicht vorhandene Transparenz so sinnvoll war oder ob es nicht sinnvoller wäre, es transparenter zu machen. Auf jeden Fall ist das Kartengehäuse des unzulässigen Flaggentausches in sich zusammengebrochen.

Nachdem dies zusammengebrochen war - ich überspringe einmal die Phasen, die Sie mit dem Bericht des übrigens von mir nicht so gekennzeichneten Polizisten, lieber Herr Kollege, erwähnt haben -,

(Scharping, SPD: Wie denn gekennzeichnet?)

kam die Frage des sogenannten Brennstabes, der angeblich mit Plutonium kontaminiert sei. Was hat der verantwortungsbewußte Umweltminister gemacht, obwohl nur noch Restzweifel bestanden haben, daß Plutonium enthalten ist? Ausweislich der Aussage des Kernforschungszentrums habe ich diesen Brennstab mit dem Ergebnis untersuchen lassen, daß kein Plutonium enthalten ist. Das waren die Schritte, mit denen wir uns auf dieses Thema Ellweiler hin bewegt haben.

Im Verlauf dieser Diskussion ist in der Tat die Behauptung mit den Leukämiefällen aufgestellt worden. Es ergab sich dann - Herr Reisinger hat das völlig zutreffend dargestellt -, daß signifikante Überschreitungen von Leukämiefällen bei Kindern vorhanden seien. Gott sei Dank konnten wir den Nachweis führen, daß es signifikante Überschreitungen nicht gibt. Genau im gleichen Moment, obwohl es wochenlang wiederholt wurde, wurde von den gleichen Leuten behauptet, daß jetzt die Leukämierate bei Personen zwischen 15 und 20 Jahren höher sei. Dazu ist gebeten worden, bei der Betrachtung auch das Saarland mit einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, wenn uns jetzt der Nachweis gelänge - ich hoffe, daß er uns gelingt -, daß auch bei Personen zwischen 15 und 20 Jahren keine signifikante Überschreitung gegeben ist, dann frage ich mich, ob wir dann damit zu rechnen haben, daß die Behauptung aufgestellt wird, bei Leuten zwischen 25 und 30 Jahren gibt es signifikante Überschreitungen. Sie sehen also, daß es bei einer solchen Art von Politik und bei einem solchen Transport von Politik immer schwieriger wird, wirklich seriös arbeiten zu können, zumal das lange Zeitläufe beinhaltet, bis man solche Feststellungen unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes tatsächlich treffen kann.

Meine Damen und Herren, vor wenigen Wochen - ich glaube, es war vor zwei oder drei Wochen - hat in der „Welt am Sonntag" ein langer Bericht über Ellweiler gestanden. Noch zu diesem Zeitpunkt, als von denen, die das ursprünglich behauptet haben, die Behauptung längst zurückgezogen war, wurde gesagt, daß Professor Michaelis von der Universitätsklinik Mainz eingeräumt habe, daß die Leukämierate in diesem Bereich um 500 % höher sei. Professor Michaelis, der das nie gesagt hat, war empört und hat Leserbriefe geschrieben. Sie sehen also, wie sich das in dem Denken auch von sorgfältig recherchierenden Journalisten festhakt. Eine solche Zahl wird dann unverändert weiter erwähnt. Damit wird immer weiter Angst und Sorge in die Bevölkerung dieses Raumes hineingetragen.

Die Stillegung, die Sie heute gefordert haben und die auch aus dem Kreis von Bürgerinitiativen in Ellweiler an uns herangetragen wird, ist nicht nur mit heißen Herzen zu beurteilen, Herr Dr. Dörr. Wir leben in einem Rechtsstaat und haben als Regierung und Verwaltung die Pflicht, nach rechtsstaatlichen Prinzipien solche Fragen zu beurteilen. Das heißt, wir können nicht, weil DIE GRÜNEN sagen, wir sollten den Laden zumachen, eine Firma schließen. Dazu sind schon etwas höhere Anforderungen gestellt; denn Gott sei Dank und unverändert hätte diese Firma das Recht, gegen den, der stillegt, zu klagen; gegebenenfalls bekommt sie recht oder auch nicht.

(Dr. Dörr, DIE GRÜNEN: Sehr richtig!)

An diesen sehr schlicht ausgedrückten Maximen müssen wir unser Handeln orientieren. Ich gehe davon aus, daß DIE GRÜNEN zumindest in dieser Frage nicht anderer und abweichender Meinung sind, es sei denn, Sie erklären dazu nachher etwas völlig anderes.

Meine Damen und Herren, Genehmigungen nach dem Atomgesetz und nach der Strahlenschutzverordnung können nur nach § 17 Abs. 3 Nr. 3 des Atomgesetzes widerrufen werden, Herr Dr. Dörr, wenn der Betrieb gegen das Atomgesetz und die Strahlenschutzverordnung, die Genehmigungsbescheide oder gegen Anordnungen oder Verfügungen der Aufsichtsbehörden erheblich und wiederholt verstoßen hat.

(Nagel, SPD: Permanent!)

Ich füge hinzu: wiederholt verstoßen hat.

Außerdem ist der Widerruf einer Genehmigung nach § 17 Abs. 5 des Atomgesetzes möglich, wenn von den genehmigten Tätigkeiten eine erhebliche Gefährdung der Beschäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit ausgeht und keine Abhilfe in angemessener Zeit geschaffen werden kann.

Beide Widerrufstatbestände sind nach unseren heutigen Erkenntnissen heute nicht erfüllt. Was unsere Untersuchungen ergeben und zu welchen Schlußfolgerungen wir dann gezwungen sind, ist zum heutigen Zeitpunkt - ich sage das ausdrücklich - eine völlig andere Frage.

Eine der wichtigsten Einwände gegen den Betrieb der Urananlage - das ist vorhin von Herrn Kollegen Nagel noch einmal aufgearbeitet worden - ist die Behauptung, die hiervon ausgehende Strahlenbelastung überschreite die nach der Strahlenschutzverordnung zulässigen Grenzwerte und gefährde damit die Gesundheit der Bevölkerung. Meine Damen und Herren, Sie werden sich daran erinnern, daß ich immer betont habe, daß die Gesundheit der Bevölkerung Vorrang vor allem anderen hat. Aktiver Gesundheitsschutz kann aber nur auf der Basis objektiver Daten erfolgen. Herr Kollege Nagel, deswegen hat das Meßinstitut des Landesamtes für Umweltschutz und Gewerbeaufsicht die Messungen um die Urananlage vorgenommen. Die Meßergebnisse habe ich sofort nach ihrem Vorliegen der Öffentlichkeit präsentiert. Ich füge hinzu, sie wurden erstmals vorgelegt, nur um Ihren Einwand von vorhin aufzugreifen. Die Korrektheit der Messungen ist bislang von niemandem in Frage gestellt worden.

(Dr. Dörr, DIE GRÜNEN: Diese stellen wir in Frage!)

Allerdings hat es über die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen Meinungsunterschiede gegeben. Ich benutze daher die Gelegenheit zur Sachdarstellung der Position der Landesregierung.

Im außerbetrieblichen Überwachungsbereich der Urananlage Ellweiler darf keine Person eine höhere Ganzkörperdosis als 150 mrem je Jahr erhalten. Dieser Grenzwert bezieht sich auf die tatsächliche Strahlenbelastung konkreter Personen. Er bezieht sich nicht auf eine gedachte Person mit ständigem Aufenthalt im außerbetrieblichen Überwachungsbereich. In diese Ganzkörperdosis - so ist das richtig - ist die Strahlenexposition aus den Ableitungspfaden Luft und Wasser einzubeziehen. Die daraus resultierende Strahlenbelastung darf also nicht dem Grenzwert von 150 mrem hinzuaddiert werden, sondern muß bereits in ihm enthalten sein.

Die Überprüfungen in Ellweiler haben ergeben, daß keine der untersuchten oder der in Betracht kommenden Personen eine höhere Ganzkörperdosis als 150 mrem je Jahr erhalten hat oder erhalten konnte. Das heißt, meine Aussage ist unverändert richtig, daß vor diesem Hintergrund der Ganzkörperdosis und der Ortskörperdosis keine gesundheitliche Beeinträchtigung verbunden war.

Für die Strahlenbelastung durch die Ableitung radioaktiver Stoffe über Luft und Wasser besteht gemäß § 45 der Strahlenschutzverordnung ein Höchstwert von 30 mrem pro Jahr je Belastungspfad. Nach den uns vorliegenden Unterlagen und Gutachten sind diese Werte nicht überschritten. Meine Damen und Herren, ich sage auch an dieser Stelle, daß dies nach den uns vorliegenden Unterlagen so ist. Wir haben in den Jahren 1979/1980 ein Radon-Gutachten der Universität Homburg anfertigen lassen. Dieses Gutachten hat ergeben, daß dieser Belastungspfad unter 30 mrem liegt. Gleichwohl habe ich die gleiche Universität beauftragt, jetzt eine erneute Radon-Untersuchung vorzunehmen, um festzustellen, ob dieser Belastungspfad tatsächlich wie damals unter 30 mrem liegt oder nicht.

Trotzdem muß die Gesamtstrahlenbelastung - auch das ist unstrittig - durch die Urananlage Ellweiler gesenkt werden. Dies ist keine neue Erkenntnis der Landesregierung. Ich habe das mehrfach öffentlich betont. Zur Reduzierung der Strahlenbelastung sind in der Vergangenheit zahlreiche Maßnahmen getroffen worden. Ich habe in der Zwischenzeit dem Betrieb per Anordnung weitere Maßnahmen aufgegeben. Ziel dieser Bestrebungen ist die Reduzierung der Strahlenexposition von Personen im außerbetrieblichen Überwachungsbereich auf einen Wert, der auch bei einem fiktiven ganzjährigen Aufenthalt 150 mrem nicht übersteigt. Meine Damen und Herren, das ist das Ziel. Ich bin guten Mutes, meine Auflagen werden dieses Ziel auch herbeiführen, damit wir uns klar verstehen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß bei einer Genehmigung für eine neue Anlage dieser Wert von Anfang an einzuhalten wäre. Das ist völlig klar. Die Urananlage Ellweiler wurde jedoch zu einer Zeit errichtet und betrieben, als wesentlich höhere Strahlenwerte galten. Mit Inkrafttreten der jetzigen Strahlenschutzverordnung wurden die Grenzwerte zum Teil drastisch gesenkt. Eine Stillegung der Anlage hätte das Problem der von ihr ausgehenden Strahlenbelastung nicht gelöst, um das ganz deutlich zu sagen. Die von den Halden ausgehende Strahlung wäre geblieben. Daher wurde auf Betreiben des damaligen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport ein Sanierungsprogramm für die Urananlage Ellweiler zusammen mit dem Betreiber erarbeitet und in Angriff genommen.

Die Strahlenbelastung wurde in den vergangenen Jahren auch tatsächlich verringert. Nur im Rahmen dieses auf den sukzessiven Abbau der Strahlenbelastung gerichteten Sanierungskonzeptes konnte die vorhandene Strahlenbelastung hingenommen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In dem Zusammenhang ist in der Öffentlichkeit auch von Ihnen nach meiner Erinnerung das Beispiel Karlsruhe nach dem Motto angesprochen worden, macht es doch so wie in Karlsruhe. Das Verwaltungsgericht hat die Anlage dort zugemacht.

(Nagel, SPD: Ich habe es nicht angesprochen!
Aber ich habe es hier!)

- Es ist in der Öffentlichkeit zitiert worden. Meine Damen und Herren, zu der Gerichtsentscheidung des Verwaltungsgerichtes Karlsruhe ist in dem Zusammenhang anzumerken, daß es sich nicht um ein Urteil handelt - ich glaube, für die juristisch Kundigen hat dies etwas Bedeutung -, sondern um einen Beschluß nach summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage in einem Eilverfahren nach § 80 der Verwaltungsgerichtsordnung.

Meine Damen und Herren, der Fall ist mit Ellweiler nicht vergleichbar. Jeder, der die Hintergründe von Karlsruhe kennt, kann den Versuch, hier eine Vergleichbarkeit zu konstruieren, nicht hinnehmen. Dies kann aus folgenden Grund nicht akzeptiert werden: Verehrter Herr Kollege Nagel, die Ortsdosiswerte in Karlsruhe liegen um das Zehnfache höher als in Ellweiler. Es ist zehnmal höher als bei uns. Dies bedeutet, daß bereits nach einem zehntägigen Aufenthalt die 150 mrem überschritten worden wären. Also ist eine Vergleichbarkeit mit Karlsruhe nicht gegeben, weil die Werte in Ellweiler zehnmal niedriger liegen und weil in einem zehntägigen Aufenthalt eine signifikante Erhöhung der Radioaktivität hier in dem Fall überhaupt nicht gegeben wäre.

Im übrigen ist die Anlage jüngeren Datums. Die Abfallcontainer sind abtransportierbar. Wissen Sie eigentlich, wie das in Ellweiler aussieht? Dort liegen Zehntausende von Tonnen Material. Das ist abtransportierbar, natürlich, aber Sie müssen mir nur sagen, wo man es hintransportieren soll.

(Nagel, SPD: Das ist ein teurer Spaß! -
Zuruf des Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN)

- Herr Kollege Dr. Dörr, der Abtransport von Containern aus der Halle in Karlsruhe mit einer zehnmal höheren Radioaktivität ist etwas völlig anderes als das, was wir hier bei einem Betrieb haben, der 27, 28 oder 30 Jahre alt ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Man sieht, es wird immer wieder der Versuch unternommen, zu täuschen.

(Scharping, SPD: Ist der Beschluß von Karlsruhe aufgehoben worden?)

- Nein, natürlich nicht. Das ist auch gerechtfertigt. Wenn bereits nach einem zehntägigen Aufenthalt 150 mrem erreicht werden, dann hat das eine ganz andere Besorgnisberechtigung als in dem konkreten Fall bei uns. Das ist gar keine Frage.

Das Sanierungsprogramm für die Urananlage Ellweiler wird beschleunigt fortgesetzt. Folgende Maßnahmen sind bereits veranlaßt:

1. Anordnung des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit gegenüber der Urananlage zur Durchführung weiterer Sanierungsmaßnahmen an drei Meßpunkten mit den ungünstigsten Meßwerten durch Austausch von Untergrundmaterial, Hochziehen zusätzlicher Schutzwände an der Lagerhalle und Abdeckung eines Haldenteils mit neutralem Erdreich.

2. Anordnung zur Vorlage eines überarbeiteten Sanierungskonzeptes für die Bereiche weiterer Meßpunkte.

3. Erstellung eines weiteren Radon-Gutachtens durch das Institut für Biophysik der Universität Homburg im Hinblick auf den Belastungspfad Luft.

4. Erstellung eines Statusgutachtens durch Experten des TÜV-Rheinland mit dem Ziel einer systematischen Untersuchung der Urananlage Ellweiler als weitere Grundlage einer umfassenden Sanierung.

5. Auftrag des Ministeriums für Umwelt und Gesundheit an das Institut für Medizinische Statistik und Dokumentation der Universität Mainz zur Erstellung einer Studie, um zur Frage von Erkrankungshäufungen von Leukämien in den Altersgruppen der unter 15- bis 20jährigen klarere Aussagen treffen zu können.

6. Erstellung einer Dokumentation über die Urananlage Ellweiler mit einer Darstellung der Anlage und ihrer historischen Entwicklung, ihrer Aktivitäten, der Produktionsabläufe, der Genehmigungslage, der Auswirkungen auf Arbeitnehmer und Bevölkerung, der Meßprogramme, der Sanierungsmaßnahmen, der Kontrolle und der im Zusammenhang mit der Anlage aufgekommenen Probleme.

Meine Damen und Herren, eine Schließung der Urananlage Ellweiler, unabhängig von rechtlichen Erörterungen, ist meines Erachtens keine sinnvolle Alternative zu diesen von mir eben verkündeten Maßnahmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie wäre zum einen bei der derzeitigen Sach- und Rechtslage und bei dem, was wir heute wissen, nicht durchsetzbar, weil sie einer gerichtlichen Nachprüfung nicht standhalten würde. Zum anderen würde eine Schließung die von der Anlage ausgehenden Strahlenbelastung nicht verringern. Sie würde nur die zügige Durchführung weiterer Maßnahmen des Betriebes zur Verringerung der Strahlenbelastung verhindern. Dies stünde in diametralem Gegensatz zu dem gebotenen Gesundheitsschutz der Bevölkerung. Die vollständige Sanierung der Anlage, nicht ihre Schließung, ist daher das Gebot der Stunde.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Dörr. Herr Abgeordneter, Sie haben noch elf Minuten Redezeit.

Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Schuler, CDU: Frau Präsident!)

Herr Nagel, Sie haben wunderschön einige Fakten genannt. Doch welche Konsequenz Sie daraus ziehen, das steht in den Sternen, weil Sie dann sicherlich Schwierigkeiten mit Ihrer Fraktion und dem knallharten „Jein" Ihrer Fraktion zur Kernenergie haben. Das ist bei der Nachtsitzung herausgekommen, daß sich einige Atomkraftbefürworter, wie Herr Professor Dr. Preuss, aus Versehen verraten haben, weil sie wahrscheinlich vorher zu lange gebechert hatten.

(Heiterkeit im Hause)

Wie auch die von Minister Wilhelm vorgelegten Berichte aufzeigen, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Atomanlage, die mehr Radioaktivität an die Umwelt abgibt als die Urananlage in Ellweiler.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Preuss, SPD)

Das Überschreiten der Grenzwerte am Zaun wurde schon genannt. Diese Grenzwerte sind erheblich überschritten. Im Wissen, daß radioaktive Strahlung schon unterhalb der juristischen Grenzwerte zu Erbschäden und Krebs führen kann, gilt es, den Schutz der Bevölkerung höher als den Profit dieser Anlage zu bewerten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt keine Grenzwerte im biologischen Sinne. Wir wissen, daß eine einzige Röntgenaufnahme das Leukämierisiko schon um das Doppelte erhöht. Das sind 80 mrem.

Zur juristischen Argumentation von Ihnen, Herr Minister. Ich habe den Beschluß von Karlsruhe gelesen. Ich habe die Begründung so verstanden, daß sie daher rührt, daß diese 150 mrem bei dauerndem Aufenthalt am Zaun überschritten sind und nicht so, wie Sie es gesagt haben.

Man soll den Konflikt eingehen. Dann könnte die Firma klagen. Dann muß man sehen, wie das Verfahren ausgeht. Diesen Konflikt müssen wir führen.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Schuler, Sie sagen, 150 mrem sind nicht schlimm; denn 500 mrem können die Leute abbekommen, die dort arbeiten. Dazu müssen wir ganz klar sagen: Wer in einer Atomanlage arbeitet, nimmt bewußt ein höheres Krebsrisiko dadurch in Kauf, daß er einer höheren Jahresdosis ausgesetzt ist als ein Arbeiter, der dort nicht arbeitet. -

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Dr. Dörr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dieckvoß?

Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:

Nein, jetzt nicht. Ich muß erst einmal sehen, wieweit ich komme.

Herr Minister Wilhelm, ich habe den Eindruck, daß Sie überhaupt keine Ahnung von den Begriffen „Ortsdosisleistung" und „Ganzkörperdosis" haben.

(Beifall bei den GRÜNEN -Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Dr. Dörr, es liegen noch Zwischenfragen von den Herren Abgeordneten Schuler und Professor Reisinger vor.

Abg. Dr. Dörr, DIE GRÜNEN:

Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfragen.

(Schuler, CDU: Weil es unangenehm ist! -
Zuruf des Abg. Nagel, SPD -
Prof. Reisinger, F.D.P.: Das ist falsch,
was Sie behaupten!)

- Das ist sehr wohl richtig.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Nein, das ist falsch,
was Sie behaupten!)

Jede zusätzliche Radioaktivität erhöht das Krebsrisiko. Wenn ein Atomarbeiter mehr abbekommen darf, nimmt er bewußt ein höheres Krebsrisiko in Kauf.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Auch das ist falsch!)

- Natürlich ist das richtig. Entschuldigung, ich habe Biologie studiert. Es ist bekannt, daß jede Radioaktivität Krebs auslösen kann. Jede Zunahme erhöht das Krebsrisiko. Ich habe die Literatur studiert.

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Wer sagt denn, daß er
bewußt ein Krebsrisiko in Kauf nimmt?)

Alle Grenzwerte sind nur eine Abwägung dessen, was wirtschaftlich sinnvoll ist und was man an zusätzlichen Krebstoten und zusätzlichen Erbschäden in Kauf nimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Belastung des Menschen ist viel höher als die Ortsdosisleistung. Wenn man nur die Ortsdosisleistung mißt, ergibt sich das, was an äußerer Strahlung auf den Menschen zukommt, nämlich die Strahlung durch radioaktive Stoffe, die auf den Boden niedergegangen ist, die Strahlung, die direkt von der Anlage ausgeht, und das, was radioaktive Aerosole, also in der Luft schwebende Teilchen, abgeben.

Dazu kommt aber, daß man noch über die Nahrungskette Stoffe aufnimmt und in den Körper einbaut. Das ist eine ganz besonders gefährliche Sache. Dabei ist in Ellweiler das Radium ganz besonders gefährlich. Radium ist ein Zerfallprodukt des Urans. Das werden wir dort in der Umgebung haben. Wir wissen, daß die natürliche Strahlenbelastung im Knochen schon 40 mrem pro Jahr an Radium beträgt, was sich überall in der Umwelt befindet. Wenn wir dort mehr Radium haben, - - -

(Zuruf des Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.)

- Herr Reisinger, reden Sie mir nicht andauernd dazwischen. Ich habe Ihnen auch nicht andauernd dazwischengeredet. Sie benehmen sich hier wirklich wie ein pubertierender Schulbub.

(Heiterkeit im Hause -
Zuruf des Abg. Schuler, CDU)

- Das hat der Herr Minister auch nicht gestattet. Herrn Minister Wilhelm nehme ich mir als Vorbild.

(Dr. Langen, CDU: Von dem können Sie
noch viel lernen! -
Prof. Reisinger, F.D.P.: Das haben
Abgeordnete auch!)

- Herr Professor Reisinger, ich habe mit radioaktiven Stoffen an der Universität Bochum gearbeitet. Ich kenne mich deswegen auch aus. Ich kenne auch insbesondere das biologische Risiko. Das kennen eigentlich die Physiker nicht. Das ist die ungleiche Verteilung im Körper, daß diese radioaktiven Stoffe, die man aufnimmt, beispielsweise Radium, mit Erdalkalie, mit Kalium, Calzium, verwechselt werden. Diese werden in die Knochen eingebaut. Das führt dazu, daß bestimmte Organe, wie beispielsweise die Knochen, einer besonders hohen Belastung ausgesetzt sind, der übrige Körper nicht, und zwar Alpha-Strahlung, die nicht weit geht. Das ist viel gefährlicher als eine Ganzkörperdosis, daß in bestimmten Organen, bei denen sehr viele Zellteilungen erfolgen, nämlich in den Knochen, blutbildende Zellen gebildet werden. Dann ist das Risiko besonders groß.

Herr Minister Wilhelm, in Sachen „Leukämie" hätten Sie sehr viel mehr Sicherheit schaffen können. Sie hätten nämlich die Kinder, die Leukämie haben, auf Radium in den Knochen untersuchen können. Dann hätte man herausbekommen können, ob diese mehr Radium in den Knochen haben als ein Durchschnittsbürger oder weniger. Dann hätte man den Verdacht erhärten oder abschwächen können.

Ich kann signifikant beweisen, daß es wie die Umgebung gleich ist. Ich kann beweisen, daß es höher liegt, oder ich habe den Fall, ich kann weder das eine noch das andere beweisen; dann habe ich einen Verdacht. Wir befinden uns in Ellweiler in diesem letztgenannten Fall, wenn man das rein statistisch sieht.

In Ellweiler wohnen Menschen direkt in der Nähe. Es gibt dort einen Hühnerzüchter, der überhaupt nicht weit vom Zaun entfernt wohnt, vielleicht 500 Meter abwärts. Es wäre wirklich interessant zu messen. Das haben Sie nicht getan. Sie haben die Verpflichtung festzustellen, ob diese Werte der Strahlenschutzverordnung einschließlich des Pfades über die Nahrungsaufnahme eingehalten werden. Sie haben nie gemessen, wieviel Radioaktivität der Mensch über die Eier usw. aufnimmt. Wir wissen nämlich, daß die Hühner besonders über die Eier Radium anreichern, und zwar besonders in der Gegend, in der wir Rotliegendes haben, wo sich wenig Calzium im Boden befindet. Dort ist aufgrund sogenannter kompetitiver Hemmung die Radiumanreicherung größer als in Kalkgebieten. Daran muß man auch denken

Wir haben sehr große Bedenken hinsichtlich der TÜV-Untersuchungen. Wir wissen, daß der TÜV sehr stark von der Atomlobby beherrscht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden deshalb als Fraktion DIE GRÜNEN eine eigene Untersuchung von einem unabhängigen Institut durchführen lassen,

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

von einem nicht von der Atomlobby abhängigen Institut, und dies auch zur Grundlage für einen Prozeß machen.

Für uns ergibt sich die einzige Konsequenz: Das Gefahrenpotential muß verschwinden. Ein Abdichten der Halden ist Augenwischerei und Makulatur. Es geht nicht darum, diese Anlage zu sanieren, sondern das Gebiet muß saniert werden. Ansonsten bleibt das Gefahrenpotential vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen doch immer so genau, wie Sie alle atomaren Stoffe entsorgen können. Anscheinend geht das noch nicht. Weiter wird in Ellweiler rechtswidrig abgebautes Uran gelagert, Uran aus Namibia. Nach UN-Dekret ist namibisches

Uran nicht erlaubt; es darf nicht verwendet werden. Wir haben uns an das Völkerrecht zu halten.

Der Uranabbau auch in den Reservaten der australischen Ureinwohner und der Indianer ist menschenverachtend. Wir GRÜNE haben deswegen Indianer eingeladen

(Zuruf: Das hat damit nichts zu tun!)

- Das hat doch etwas damit zu tun, da der Abbau so erfolgt, daß die australischen Ureinwohner und die Indianerstämme in Nordamerika mit ihren Krebsraten zu kämpfen haben.

(Zurufe von der CDU)

- Wir haben die Verantwortung für alle Menschen, nicht nur für die Deutschen. Das sehe ich anders.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir finden es auch skandalös, daß das Ministerium diese Problematik nicht ernst nimmt. Bei einer Kreistagsanhörung war weder der Minister noch sein Stellvertreter beteiligt. Das Umweltministerium besteht doch nicht nur aus ein bis zwei Personen.

(Staatsminister Wilhelm: Sie sind doch alle eingeladen; das wissen sie doch!)

Wenn die Indianer - damit möchte ich schließen - die Gebirgszüge, in denen sich Uran befindet, zu heiligen Bergen erklärt haben, wie beispielsweise die Black Mountains im Sioux-Reservat, hatten sie uns einiges voraus. Sie haben sicher in sehr langen Generationen festgestellt, daß erhöhte Mißbildungsraten zu verzeichnen sind, wenn man sich dort lange aufhält. Diese lange historische Erfahrung war sicher der Ansatz, diese Berge zu heiligen Bergen zu erklären, die man nicht betreten darf. Von den Indianern könnten wir einiges lernen.

Die Abraumhalde, die durch den einjährigen Betrieb eines Atomkraftwerks vom Typ Mülheim-Kärlich entsteht, führt nach Angaben der US-Umweltbehörde statistisch zu 500 zusätzlichen Krebstoten. Da haben wir die Verantwortung. Das gilt für australisches Uran. Das gilt für amerikanisches Uran. Die Anträge, die wir stellen, sind unserer Ansicht nach in der Sache heute zu entscheiden. Eine Ausschußüberweisung würde sie nur verzögern. Für uns ist die Schließung von Ellweiler eine so klare Sache, daß wir hier lieber eine Abstimmung in der Sache als eine Ausschußüberweisung haben wollen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat nunmehr Herr Abgeordneter Schuler.

Herr Kollege, Sie haben noch fünf Minuten Redezeit.

Abg. Schuler, CDU:

Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Rede des Kollegen Dr. Dörr hat die wahre Absicht der Fraktion DIE GRÜNEN dekuvriert;

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

denn was er eben hier verbreitet hat, ist nach wie vor eine bodenlose Unverschämtheit.

(Erneut Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies sage ich deshalb mit Betroffenheit, weil ich zu Beginn meiner Ausführungen sehr deutlich gesagt habe, daß hoffentlich in diesem Hause Übereinstimmung darüber besteht, daß man ein solch sensibles Thema nicht auf diese Weise, wie Sie es eben getan haben, abhandeln kann. Wenn Sie mir eben unterstellt haben, ich hätte mich über die 150 mrem lächerlich gemacht, dann ist das eine Unverschämtheit, die ich entschieden zurückweise.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Dörr, was habe ich getan? Ich habe Sie bis vor wenigen Minuten noch als sehr kompetenten Mitarbeiter in diesem Ausschuß geschätzt, aber Sie haben Ihr wahres Gesicht gezeigt. Es paßt nicht in den Kram, daß Sie Ihr Ergebnis jetzt heute nicht erreichen. Deshalb werfen Sie, um die erstaunte Öffentlichkeit zu verwirren, Begriffe durcheinander und hoffen damit, Ihre Kompetenz zu beweisen. Sie haben bewiesen, daß Sie in Teilbereichen nichts verstehen.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Was ist denn die Ganzkörperdosis? Das ist keine feste Größe, sondern eine rechnerische Größe, die auf die Dauer des Aufenthaltes eines Menschen im Strahlungsbereich bezogen ist. Das haben Sie nicht gesagt.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Das ist eine infame Politik, die Sie im Vergleich zu den Menschen , die hier sitzen, immer wieder betreiben und von der Sie hoffen, damit Stimmen zu gewinnen.

Was habe ich getan? Ich will das wiederholen, damit es deutlich wird. Ich habe den Kollegen Reisinger folgendes gefragt, weil er Biologe ist. Herr Kollege, auch andere haben damit gearbeitet: Auch der Kollege Reisinger und ich, nicht nur Sie. - Diesen Kompetenzanspruch weise ich entschieden zurück, daß Sie allein damit gearbeitet hätten. Was habe ich

getan? Ich habe gefragt, ob es zutreffend sei, daß zum Beispiel im Kontrollbereich die höchstzulässige Strahlenbelastung für einen Beschäftigten 5 000 mrem nach der Strahlenschutzverordnung beträgt. Ich habe nicht mehr getan. Das trifft zu.

- Jetzt nicken Sie, aber eben haben Sie gesagt, ich hätte mich über die 150 mrem lächerlich gemacht. Das ist eine Unverschämtheit.

Ich habe zweitens den Kollegen Professor Reisinger gefragt, ob es zutrifft, daß im betrieblichen Überwachungsbereich innerhalb des Werksgeländes ebenfalls die höchstzulässige Ganzkörperdosis 500 mrem erreichen kann. Nichts anderes habe ich getan. Ich wollte das noch einmal deutlich machen, damit in diesem Hause auch klar wird, daß es uns genau wie Ihnen geht. Da gibt es keine doppelte Moral, daß angeblich die GRÜNEN für die Gesundheit der Menschen seien und die etablierten Parteien die seien, die leichtfertig aus wirtschaftlichen Interessen heraus diese ganzen Fakten außer acht ließen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ist meine Redezeit beendet? Nein.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Schuler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dieckvoß?

Abg. Schuler, CDU:

Ja, bitte.

(Heiterkeit im Hause)

Abg. Dieckvoß, F.D.P.:

Herr Kollege Schuler, halten Sie es mit der Verantwortung dieses Hauses für vereinbar, wenn Ihr Vorredner, ohne auch nur von ferne die Voraussetzungen des § 17 Abs. 3 Nr. 3 oder § 17 Abs. 5 des Atomgesetzes darzulegen, gewissermaßen im Schnellschuß ins Blaue hinein eine Schließungsverfügung verlangt und die Verantwortung dafür, ob das hält, dem Gericht überträgt?

(Beifall bei der CDU)

Abg. Schuler, CDU:

Das ist Methode der GRÜNEN. Das kennen wir. Genau dies wollte ich zu Ende ausführen. Das war ein Mißverständnis meinerseits zu Beginn meiner Rede. Wir werden dem Antrag auf Stillegung heute nicht zustimmen. Wir werden die Angelegenheit auch nicht in den Ausschuß überweisen.

(Beifall der CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat nunmehr Herr Abgeordneter Scharping.

Abg. Scharping, SPD:

Frau Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte wenige kurze Bemerkungen machen. Das eine hat mit dem Inhalt und der Sprache der Debatte zu tun. Ich registriere mit einer ziemlichen Betroffenheit die Art und Weise, wie hier über unterschiedliche Auffassungen - diese mögen so begründet sein, wie sie wollen - im einzelnen hergezogen wird. Ich habe den Eindruck, daß in vielerlei Reden, nicht nur der Rede des Kollegen Dörr - das will ich ausdrücklich sagen -, das Bemühen um eine sachliche Aufklärung hinter dem Bemühen um die Diffamierung einer anderen politischen Diskussion deutlich zurückgetreten ist.

(Beifall der SPD -
Prof. Reisinger, F.D.P.: Belegen Sie das doch einmal anhand meiner Rede!)

- Augenblick, Herr Kollege Reisinger, ich komme gleich darauf zurück. Herr Kollege Reisinger, ich habe Sie gar nicht angesprochen.

Des weiteren registriere ich, daß der Umweltminister und andere in ihrer Sprache deutlich vorsichtiger geworden sind, was die Beurteilung von Ellweiler angeht. Ich erinnere mich sehr gut an Erklärungen von Glasnost - Sie haben das zitiert -, an die freundlichen Formulierungen von dem Fäßchen - jeder assoziiert dann, es handelt sich um so ein Fünf-Liter-Fäßchen wie bei einem Grillabend irgendwo - und von der Panikmache, die natürlich andere betreiben. Jetzt mittlerweile hat sich der Vertreter des Bundesgesundheitsamtes in die Reihe jener eingeordnet, die eine bestimmte Vorstellung von der Strahlenschutzverordnung haben.

(Unruhe im Hause)

- Wenn Sie noch nicht einmal fünf Minuten ruhig zuhören können, kennzeichnet das auch ein großes Stück Ihrer Ernsthaftigkeit in dieser Debatte.

(Starker Beifall der SPD)

Ich habe sie von der ersten bis zur letzten Minute hier verfolgt und das jetzt einmal so grob, weil Sie den Pastor angeblich nicht so lieben, daß es dem Kollegen Hörner schwerfällt, außer Prost in der Schoppenrunde auch noch etwas anderem zuzuhören. Das halte ich für genauso - - -

(Beifall der SPD -
Zurufe von der CDU)

Dann möchte ich auf den eigentlichen Streitpunkt der Geschichte zu sprechen kommen;

(Dr. Langen, CDU. Machen Sie ruhig weiter so!)

denn der Kollege Wilhelm hat im Zusammenhang mit dem 150 Millirem-Grenzwert die Konstruktion aufgemacht, daß es auf den tatsächlichen Aufenthalt einer Person an dem Ort ankomme, an dem ein bestimmter Wert gemessen werde. Ich zitiere Ihnen aus den amtlichen Veröffentlichungen über die Strahlenschutzverordnung, aus der amtlichen Begründung und aus den amtlichen Erläuterungen zur Strahlenschutzverordnung einige Sätze zu der Frage, ob es darauf ankommt, ob sich eine Person an einem bestimmten Ort aufhält oder nicht. Das ist nämlich die entscheidende Frage dafür, welche Konsequenzen im Zusammenhang mit Ellweiler zu ziehen sind.

In den Erläuterungen zu den Begriffen sagt diese Amtliche Erläuterung zunächst „Funktion der Begrenzung der Strahlenbelastung" und nennt dann unter den Buchstaben aa) personenbezogene Grenzwerte, darunter die Grenzwerte nach §§ 49, 56 und 50 der Strahlenschutzverordnung. Die gelten zum Beispiel für Personen unter 18 Jahren, für Frauen, die gebärfähig sind, für Personen, die in ihrem Beruf besonders exponiert sind usw. In den Erläuterungen steht ausdrücklich „personenbezogene Grenzwerte"!

Dann gibt es die Buchstaben bb), die lauten: Ortsbezogene Grenzwerte. - Unter dem Rubrum der ortsbezogenen Grenzwerte werden die §§ 51 und 52, 44 und 52 Abs. 1 Nr. 4 der Strahlenschutzverordnung erwähnt. Nun kommt der für diese Frage allerdings entscheidende Punkt. Das zitiere ich jetzt wörtlich: „Ein ortsbezogener Grenzwert ist danach auch festzuhalten für Bereiche, die nicht Strahlenschutzbereiche sind, und für diese Bereiche ortsbezogener Grenzwerte gelten die nach § 45 vorgesehenen Dosisgrenzwerte." Das ist das, was ich zunächst zu zitieren habe.

Dann habe ich den § 45 Abs. 2 der Strahlenschutzverordnung zu zitieren, weil er einschlägig ist. Er lautet: „Diese Strahlenexposition" - von 3/500, im Falle der Schilddrüse über Ernährungsketten höchstens 3/1000 der Werte der Anlage X Spalte 2, diese ist gemeint - „muß für die ungünstigsten Einwirkungsstellen unter Berücksichtigung sämtlicher relevanter Belastungspfade einschließlich der Ernährungsketten berechnet werden; die im einzelnen zu treffenden Annahmen und anzuwendenden Verfahren zur Ermittlung der Strahlenexposition bestimmt der für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz zuständige Minister durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates."

Ich sage noch einmal: Das ist § 45 mit einem ortsbezogenen Grenzwert, diese 150 mrem.

Nun zitiere ich Ihnen aus den Amtlichen Erläuterungen. Dort steht unter Nummer 11 zu dem eben zitierten Satz 2 - ich bedauere, daß man das alles hier noch einmal vorlesen muß, aber es ist offenkundig notwendig -: „Aus praktischen Gründen kann nicht bei jedem Einwohner direkt gemessen werden, ob die genannten Werte eingehalten werden. Satz 2 bestimmt daher, daß die Strahlenexposition für die ungünstigsten Einwirkungsstellen unter Berücksichtigung sämtlicher relevanter Belastungspfade einschließlich der Ernährungsketten berechnet werden muß. Unter der ungünstigsten Einwirkungsstelle ist nach der Richtlinie des Bundesministeriums des Innern zu § 45 die Stelle der Umgebung zu verstehen, bei der aufgrund der Verteilung der freigesetzten Radioaktivität in den Medien der Umwelt die höchste Strahlenexposition zu erwarten ist. Hierbei ist davon auszugehen, daß die Nahrungsmittel vom Ort der höchsten Nahrungsmittelkontamination in diesem Bereich herrühren. Dabei ist irrelevant, ob diese Stelle zur Zeit bewohnt ist oder zur Erzeugung von Nahrungsmitteln genutzt wird."

Erstens halte ich fest: Wenn wir über § 45 der Strahlenschutzverordnung reden, dann reden wir über einen ortsbezogenen und nicht über einen personenbezogenen Grenzwert.

Zweitens halte ich fest: Die nach den Amtlichen Erläuterungen vorgesehenen Grenzwerte von 150 mrem außerhalb des Überwachungsbereichs von Anlagen werden in Ellweiler seit langer Zeit überschritten.

Drittens halte ich fest, daß die Kenntnis dieser Überschreitung beim Ministerium für Gesundheit und Umwelt seit langem vorhanden ist. Anders ließe sich nicht erklären, warum zum Beispiel - - -

(Glocke des Präsidenten)

- Ich halte es wie meine Herren Vorredner; Sie werden alle Verständnis dafür haben

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Ich habe Ihnen eine Zwischenfrage gestattet.)

- Entschuldigung, Herr Kollege Reisinger.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Reisinger?

Abg. Scharping, SPD:

Natürlich.

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Bitte sehr, Herr Reisinger.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Herr Kollege Scharping, darf ich Sie in Ihrer sehr langen Konstruktion einmal unterbrechen und Sie fragen oder darauf hinweisen, ---

(Zurufe von der SPD: Frage, Frage!)

Darf ich Sie fragen, ob Sie mit Absicht nicht darauf hingewiesen haben, daß die §§ 49 und 51, die Sie eben zitiert haben, sich ausdrücklich auf beruflich strahlenexponierte Personen im betrieblichen Bereich beziehen und nicht auf den außerbetrieblichen Bereich, um den es in der strittigen Frage geht? Wollen Sie das bitte zur Kenntnis nehmen?

Abg. Scharping, SPD:

Ich nehme dies zur Kenntnis. Ich habe aber noch einmal darauf hinzuweisen, Herr Kollege Reisinger, daß die eben von Ihnen zitierten Paragraphen personenbezogene Grenzwerte enthalten, und ich habe mich auf § 45 der Strahlenschutzverordnung deshalb so ausdrücklich bezogen, weil dieser § 45 nach den Amtlichen Erläuterungen einen ortsbezogenen und nicht einen personenbezogenen Grenzwert enthält und weil ich vor dem Hintergrund dieser klaren Definition in der Strahlenschutzverordnung und in den Amtlichen Erläuterungen die Konstruktion für unhaltbar halte, die hier aufgemacht worden ist, daß es nämlich darauf ankomme, ob sich jemand an diesem Ort eine bestimmte Zeit aufhalte, um den Grenzwert zu überschreiten. Dafür haben wir personenbezogene Grenzwerte. Was § 45 jedoch definiert, ist ein ortsbezogener Grenzwert. Es kommt überhaupt nicht darauf an, ob sich eine Person mehr oder weniger lange dort aufhält, sondern nur darauf, ob an diesem Ort der Grenzwert überschritten wird oder nicht, und er ist dort überschritten!

(Starker Beifall der SPD -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter Scharping, gestatten Sie eine Zusatzfrage des Herrn Abgeordneten Reisinger?

Abg. Scharping, SPD:

Bitte schön, Herr Reisinger.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Herr Kollege, entschuldigen Sie bitte, daß ich hier insistiere. Sie wissen genausogut wie ich, daß es bei den Meßwerten ---

(Zurufe von der SPD: Frage, Frage!)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Bitte stellen Sie eine Frage.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Die Frage kommt noch; es ist ein Vorsatz.

Sie wissen genausogut wie ich, daß es bei der Kritik in Ellweiler darum ging, daß bei zwei Meßpunkten die Meßwerte deutlich überschritten waren.

Abg. Scharping, SPD:

Ja.

Abg. Prof. Reisinger, F.D.P.:

Gestehen Sie mir zu, daß sich diese Meßpunkte im außerbetrieblichen Überwachungsbereich befinden und dafür § 44 und nicht § 45 gilt?

(Keller, CDU: Aha, das ist eine völlig andere Sache! -
Anhaltend Unruhe im Hause)

Abg. Scharping, SPD:

Verehrter Herr Kollege Reisinger, man kann über diese Frage streiten; das will ich Ihnen gerne konzedieren.

(Dr. Langen, CDU: Jetzt sind wir schon klarer!)

Dennoch bleibt das Problem, daß wir es mit ortsbezogenen Grenzwerten zu tun haben. Es bleibt das Problem der Definition des außerbetrieblichen Überwachungsbereichs, und es bleibt das Problem, ob Sie zum Beispiel den Grenzwert auch noch an der Tür der Raststätte beispielsweise einhalten müssen und ob Sie nach dem betrieblichen oder außerbetrieblichen Überwachungsbereich oder nach § 45 definieren dürfen.

Ich will damit folgendes sagen: Sie wissen so gut wie ich, daß der Wert an der Raststätte überschritten ist.

(Dr. Langen, CDU: Jetzt kürzt er ab; jetzt
weiß er nichts mehr! -
Anhaltend Unruhe im Hause)

- Entschuldigung, ich verstehe es wirklich nicht, aber es ist Ihr Problem, wie Sie das machen; mein Problem ist das nicht.

Ich möchte auf folgendes hinweisen, und zwar auf den Widerspruch im Verhalten und im Umgang mit dem Thema: Noch vor einigen Jahren hat der damalige Staatssekretär in

diesem Ministerium dem Abgeordneten Henze mitgeteilt, und anderen übrigens auch, daß wegen der Überschreitung des 30-Millirem-Konzepts - wohlgemerkt, des 30-Millirem-Konzepts, nicht des 150-Millirem-Konzepts - die Etage Nummer 1 in dem Pförtnerhaus der Anlage, unmittelbar neben dem Tor - Sie kennen das genausogut, wie ich das kenne -, geräumt werden müsse, und zwar wegen Überschreitung des 30-Millirem-Konzepts!

Nun bleiben zwei Fragen, und deswegen plädieren wir für Ausschußüberweisung: Was ist in der Vergangenheit getan worden, um seit dieser Feststellung des damaligen Staatssekretärs Töpfer, daß das 30-Millirem-Konzept überschritten sei und deshalb in dem Pförtnerhaus eine bestimmte Konsequenz gezogen werden müsse, was ist seither und was ist seit dem Termin des Inkrafttretens der Strahlenschutzverordnung geschehen, um, Herr Kollege Wilhelm, eine tatsächliche Minimierung der Strahlenbelastung so zu erreichen, daß außerhalb der Anlage die Grenzwerte des § 45 der Strahlenschutzverordnung eingehalten werden? Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist: Welche Auflagen zu welchen Terminen sind gemacht worden, um diese Grenzwerte einhaltbar zu machen?

Wenn dort und an anderen Stellen 1984/1985 gemessen worden ist, daß man über den Grenzwerten liegt, dann werden wir die spannende Frage zu beantworten haben, was seit diesem Zeitpunkt bis zu den jetzigen Messungen geschehen ist, um auf das 150-Millirem-Konzept zu kommen. Danach wird zu beurteilen sein, ob wegen der Untätigkeit der Landesregierung oder der ihr nachgeordneten Behörden oder wegen des Nichteinhaltens von Auflagen durch den Betreiber oder durch ein Zusammenwirken beider Mechanismen die Anlage überhaupt noch genehmigungsfähig ist. Dabei darf keine Rolle spielen, ob denkbare Auflagen in kurzer Zeit und zu vernünftigen Preisen, wie die Betriebsleitung das vielleicht formulieren würde, erfüllt werden können oder nicht. Dabei darf nur und ausschließlich eine Rolle spielen, daß mit der seit Jahren bestehenden zu hohen Strahlenbelastung in diesem Bereich sofort Schluß gemacht werden muß. Wenn das die Schließung der Anlage erforderlich macht - das wird sich nach der Beantwortung der Fragen beantworten lassen -, dann allerdings muß sie geschlossen werden, wenn der Satz einen Sinn haben soll, daß der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung wichtiger ist als jedes betriebliche Interesse.

(Anhaltend starker Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Wir haben weitere Gäste im Hause. Auf der Zuhörertribüne begrüße ich sehr herzlich Soldaten des Stabfernmelderegiments 32 Birkenfeld.

(Beifall des Hauses)

Ebenso herzlich heiße ich ehemalige Schüler der Landwirtschaftsschule Saarburg willkommen.

(Beifall des Hauses)

Das Wort hat Herr Staatsminister Wilhelm.

Wilhelm, Minister für Umwelt und Gesundheit:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schlußfolgerung meines Kollegen Scharping in seinen letzten beiden Sätzen stimme ich genau so zu, wie er es gesagt hat. Genau das ist der korrekte, richtige, rechtsstaatliche Ablauf eines solchen Vorgehens, damit überhaupt kein Zweifel besteht.

Ich will gleichwohl, nur damit es nicht - wie sagt man - im Raume stehen bleibt, noch einmal auf ein paar Bemerkungen zurückkommen. Es ist, obwohl Sie es heute zum zweiten Mal wiederholt haben, falsch, daß man sich in der Diskussion der letzten Tage und Wochen deutlich distanzierter zu dieser Frage verhielte. Es ist so falsch. Wie wir von Anfang an bis heute zu diesem Vorgang stehen, habe ich bisher relativ unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Wir sagen das, was wir wissen, und wir sagen da, wo wir nicht wissen, daß wir prüfen, um dann zu wissen und es dann zu sagen. Das ist unser Prinzip.

Der Hinweis auf das Fäßchen - das ist fast ein traumatischer Vorgang bei meinem Kollegen - ist vernachlässigbar. Das sind semantische Zulässigkeiten. Es geht darum, einen Unterschied zwischen einem 15-Kilo-Faß und einem 200-Kilo-Faß herzustellen, so schwer sind diese nämlich üblicherweise. Damit hier nicht Irritationen, möglicherweise von anderen beabsichtigt, eintreten, werden auch sprachliche Differenzierungen in Größenangaben vorgenommen.

Panik, ja, Panik dann, richtig, ist gesagt worden, dann, wenn falsche Behauptungen erhoben werden, meine Damen und Herren. Sie haben falsche Anschuldigungen erhoben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben falsche Anschuldigungen erhoben.

(Nagel, SPD: Wann und welche?)

Dieses Thema hat mit Namibia und diesen Verbindungen, die Sie herzustellen versuchten, nichts zu tun, und das ist zweifelsfrei durch Euratom und durch das Bundesforschungsministerium bewiesen. Sie haben zwischenzeitlich die Redlichkeit dieser Argumentation auch erkennbar eingesehen.

Meine Damen und Herren, Ihre politischen Wunschträume in dieser Frage sind nicht in Erfüllung gegangen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nur, um das noch einmal zu sagen.Panik da, in der Tat, und ich gehe davon aus, Herr Kollege Scharping, daß wir in dieser Frage auch gar nicht weit voneinander weg sind, daß man leukämiekranke Kinder nicht zum Gegenstand des politischen Händelns miteinander machen sollte.

(Scharping, SPD: Sehr richtig! -
Beifall im Hause)

Jetzt finden Anhörungen und Beratungen statt. Sie haben sich auch von der Darstellung verführen lassen, daß ein Repräsentant des Bundesgesundheitsministeriums, Herr Dr. Martignoni, sich zu dieser Frage der Interpretation des 150-Millirem-Konzepts geäußert habe und eine abweichende Meinung geäußert hat. Wenn man das so unbefangen in der Zeitung liest, kann der Eindruck entstehen, immerhin das Bundesgesundheitsamt ist eine anerkannte Institution und könnte das unter Umständen wissen. Ich will nur - und das hat mit der Redlichkeit dieses Mannes überhaupt nichts zu tun - darauf hinweisen, Herr Dr. Martignoni ist Arzt. Ein subtiles präsentes juristisches Wissen wäre für einen Arzt - ich trete keinem Arzt zu nahe - zumindest sehr erstaunlich.

Meine Damen und Herren, wir haben aber nach dieser Aussage in der Zeitung gleichwohl mit Herrn Dr. Martignoni gesprochen und ihm dieses Konzept, wie wir die Strahlenschutzverordnung interpretieren, vorgetragen. Da fügte er hinzu, daß er hiergegen überhaupt keine Bedenken habe Meine Damen und Herren, entweder ist Herr Dr. Martignoni dort falsch verstanden worden oder er hat die Schlüssigkeit unserer Argumentation zu einer subtilen Rechtsfrage als Arzt nachträglich anders vollzogen.

Ich will damit nur folgendes sagen: Wir bewegen uns in dieser Frage sicher auf einem schwierigen Rechtsfeld. - Ich möchte nochmals darauf hinweisen - ich habe es bei anderer Gelegenheit schon einmal getan -: Unsere Interpretation dieser Frage ist genauso durch die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach im Jahre 1979 geteilt worden. Es ist unschwer nachlesbar.

Unsere Auffassung auch vom Bundesumweltministerium in dieser Frage wird geteilt. Was dazu zu sagen ist, habe ich nicht nur heute, sondern auch in den Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren, gesagt. Das Ziel ist selbstverständlich 150 mrem. Nur müssen wir uns diesem Ziel nähern. Jetzt nenne ich Ihnen noch einmal die juristische schlüssige Beweiskette: § 44, § 45, § 60 und § 33. Das heißt, ich kann Überschreitungen temporär dann hinnehmen, wenn ich aufgrund von Sanierungsauflagen die Hoffnung habe, daß wir das 150 Millirem-Konzept tatsächlich auch realisieren; dann kann ich es machen. Die Schlußfolgerung war schon richtig. Nur der Eingang war bei Ihnen da falsch.

(Nagel, SPD: Wie lange ist temporäre
Überschreitung?)

- Entschuldigung, ich rede jetzt von dem, was ich gemacht habe. Das heißt, ich habe an den drei belasteten Punkten Anordnungen treffen lassen, Abschirmungen vorzunehmen und diese radioaktive Belastung zu mindern. Das Messen, meine Damen und Herren - Sie wissen, daß wir eine dreijährige Meßphase hatten -, ist bei stationären Meßeinrichtungen eine sehr subtile Sache, die auch dadurch noch gestört wurde, daß wir in der Zwischenphase Tschernobyl hatten, die das Meßergebnis insoweit, was dieses Jahr anbelangt, verwischt hat. Natürlich kann ich mit einem Hand-Dosis-Leistungsgerät messen. Nur, die Toleranzen - meine Damen und Herren, machen Sie sich keine Illusionen - betragen zum Teil bis zu 40 %. Ich habe Ihnen bei der Interpretation der Meßergebnisse gesagt, daß Nachmessungen mit der Hand sehr viel geringere Ergebnisse an diesen Stellen gebracht haben, als im Meßbericht stehen. Ich kokettiere jetzt nicht mit diesen geringen Werten. Was soll das? Wir müssen zu richtigen Werten kommen. Wir müssen dafür sorgen, daß entsprechende Abschirmmaßnahmen erfolgen, die diesen 150-Millirem-Weg auch expressis verbis auf lange Frist herbeiführen. Das muß unser Ziel sein, und zwar schnellstens das Ziel sein.

Das, was Sie immer wieder variieren, das Töpfersche 30-Millirem-Konzept, natürlich nicht Töpfersche, das von ihm damals praktizierte an dem Pförtnerhäuschen, ist insoweit irrig, meine Damen und Herren. Dieses über die Ingestion Begrenzte, auf 30 mrem Begrenzte, ist deswegen seinerzeit angewandt worden, weil die Tür dieses Pförtnerhäuschens in die Anlage hineinging, quasi auf die Halde, und daß nicht auszuschließen war, daß dort durch das Spielen von Kindern über die Ingestion die 30 mrem überschritten wurden. Das war genau der Grund gewesen, warum man das Pförtnerhäuschen dann zugemacht hat, nämlich die Befürchtung, daß Kinder in diesem Staub spielen oder essen und daß dann diese 30 mrem überschritten werden könnten. Das war eine völlig korrekte Vorsorge und richtige Maßnahme, die seinerzeit getroffen wurde.

(Zuruf des Abg. Nagel, SPD)

Meine Damen und Herren, ich hielte es für richtig, auf diese paar sachlichen Korrekturen hinzuweisen. Ich teile die Auffassung in dem Zusammenhang mit der Pressemeldung, die die IG Chemie vor einiger Zeit oder vor wenigen Tagen in dieser Angelegenheit mitgeteilt hat, nämlich den Hinweis: Laßt uns doch, und wir Arbeitnehmer wollen dazu einen entscheidenden Beitrag leisten, helfen, daß die Anweisungen der Landesregierung zur Minimierung der Strahlenexposition in diesem Bereich durch konkrete bauliche Auflagen zügigst realisiert werden und die Anlagen auch nach Auswertung entsprechender Gutachen möglicherweise moder-

nisiert werden, so daß wir zum Schluß eine Anlage haben, auch unter dem gesundheitlichen Aspekt der dort wohnenden Bevölkerung. - Ich muß allerdings einräumen, Ellweiler ist durch einen Berg von dieser Anlage getrennt. Daß im Mittelpunkt all dieser Überlegungen die gesundheitliche Gefährdung der Menschen steht, ist völlig klar. Vor diesem Hintergrund gemeinsame Lösungen zu finden, zu diskutieren und zu erarbeiten, ich finde, da sollte der Weg aufeinanderzu nicht so sehr weit sein.

Gehen Sie bitte unverändert davon aus, daß die Landesregierung und daß ich mich von niemandem in der Sorge um das Wohl und Wehe von Menschen übertreffen lasse, meine Damen und Herren

(Beifall der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Es liegt noch eine Wortmeldung vor. Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Seibel.

Die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit ist von der Fraktion DIE GRÜNEN noch nicht ausgeschöpft. Ich weise darauf hin, daß noch eine Minute zur Verfügung steht. Dadurch, daß ein Mitglied der Landesregierung gesprochen hat, kommen noch einige Minuten dazu.

Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meinerseits nur noch einmal auf zwei Punkte eingehen.

Herr Staatsminister Wilhelm, Sie haben unsere Kollegin Frau Bill verbal sehr hart attackiert und das mit der Begründung getan, meine Kollegin Frau Bill hätte in ihrem Redebeitrag behauptet, daß die Landesregierung in irgendeiner Art und Weise Geschäftsbeziehungen zu der Urananlage in Ellweiler unterhält. Ich zitiere Ihnen jetzt aus dem Redebeitrag von Frau Bill, was Sie gesagt hat. Frau Bill hat gesagt:

„Denn ihr" - der Landesregierung - „bisheriges Verhalten in Sachen Ellweiler läßt nur den Schluß zu, daß wirtschaftliche Interessen Vorrang haben vor der öffentlichen Sicherheit."

Von einer Unterstellung, daß die Landesregierung Geschäftsbeziehungen zu der Urananlage unterhält, ist an keiner Stelle der Rede ein Wort zu finden.

(Unruhe bei CDU und F.D.P. -
Dieckvoß, F.D.P.: Sophistische Haarspalterei ist das!)

Wenn Sie noch einen gewissen Mannesstolz haben,

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

dann treten Sie hierher an dieses Pult und entschuldigen sich für diese harte, ungerechtfertigte Attacke gegen meine Kollegin Bill,

(teils Heiterkeit, teils Unruhe bei CDU und F.D.P.)

weil Sie nämlich zum ersten offensichtlich nicht zugehört haben und zum zweiten das, was Sie durch dieses Nicht-Zuhören falsch aufgefaßt haben, auch noch zur Grundlage einer sehr harten verbalen Attacke gemacht haben. Das ist ein sehr fragwürdiger politischer Stil.

(Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Sache mit der Pressemitteilung, die uns von Herrn Kollegen Schuler und anderen vorgeworfen wurde. Sie haben ausgeführt, das wäre eine bodenlose Unverschämtheit gewesen.

(Zurufe von der CDU: Ist es auch!)

Unserer Ansicht nach war dies ein absolut normaler Vorgang

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

- Moment, Herr Kollege Schuler -, den ich jetzt, was den Ablauf betrifft, noch einmal darstellen möchte.

Wir haben gestern zu Beginn der Plenarsitzung einen Geschäftsordnungsantrag eingebracht, der sicherstellen sollte, daß unsere beiden Anträge heute behandelt werden. Sie haben diesen Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Genau so war es!)

Deshalb mußten wir nach Lage der Tagesordnung davon ausgehen, daß unsere Anträge eben nicht mehr behandelt werden. Daraufhin haben wir diese Pressemitteilung formuliert. Wenn dann die anderen Fraktionen die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte in einer internen Mauschelei - nämlich genau das ist das Problem -

(Unruhe bei CDU und F.D.P. -
Zurufe von der CDU: Unverschämtheit!)

unter Nichtbeteiligung der Fraktion DIE GRÜNEN verändern,

(Glocke des Präsidenten!)

so ist das nicht unsere Schuld, sondern es ist - -

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß dieser Vorwurf eben unangemessen war.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Ich bitte, Beifallskundgebungen zu unterlassen, wenn der Präsident etwas sagt.

Abg. Seibel, DIE GRÜNEN:

- - dann ist dies jedenfalls nicht unsere Schuld, sondern Ihre eigene Schuld.

Im übrigen freuen wir uns außerordentlich, Herr Kollege Schuler, daß diese Tagesordnungspunkte heute hier behandelt werden konnten; denn das war unser eigenes Interesse, und aus diesem Grund hatten wir auch den Geschäftsordnungsantrag eingebracht. Die Taktiererei, die Sie uns unterstellt haben, bleibt eben eine reine Unterstellung und nichts anderes.

Wenn Sie in Zukunft solche Absprachen vielleicht nicht mehr nur unter sich träfen, wie das heute, aber nicht nur heute, wieder einmal geschehen ist, sondern uns mit einbeziehen würden, dann ließen sich derlei Dinge künftig wohl auch vermeiden. Das nur einmal als Angebot an Sie, weil Sie sich darüber so sehr aufgeregt haben.

Zum Schluß möchte ich in der Sache noch eines klar und deutlich feststellen. Unserer Ansicht nach ist gar nicht so sehr die entscheidende Frage, ob irgendwelche gesetzliche Vorschriften übertreten wurden oder nicht übertreten wurden und ob jetzt der § 45 oder der § 44 oder irgendein anderer Paragraph zuständig ist, sondern, meine Damen und Herren, in erster Linie steht im Vordergrund, auch im politischen Sinne, die Frage: Wollen wir die Nutzung der Atomenergie, oder wollen wir die Nutzung der Atomenergie nicht? Da haben die GRÜNEN eine klare und eindeutige Position, und auf der Grundlage dieser Position haben wir diesen Antrag eingebracht.

Vielen Dank.

(Beifall der GRÜNEN -
Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zunächst über den Tagesordnungspunkt 22, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Genehmigungslage von Ellweiler - Drucksache 11/766 - betreffend. Es ist Überweisung an den Ausschuß für Umwelt und Gesundheit beantragt. Wird dem widersprochen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen. Ich weise darauf hin, daß der Antrag auf Offenlegung wohl als Teil des zu erstattenden Berichtes anzusehen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 23, den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Stillegung der Urananlage Ellweiler - Drucksache 11/1030 - betreffend. Es ist Ausschußüberweisung beantragt. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist die Mehrheit. Der Antrag auf Ausschußüberweisung wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und DIE GRÜNEN abgelehnt.

(Heiterkeit und Unruhe im Hause)

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag selbst. Wer dem bezeichneten Antrag der GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Erneut Heiterkeit und Unruhe im Hause)

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und mit einigen Stimmen aus der SPD-Fraktion abgelehnt.

(Erneut Heiterkeit und anhaltend Unruhe im Hause)

Ich rufe nunmehr **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Verhaltenskodex für Abgeordnete des Landtags
Antrag der Fraktion der F.D.P.
- Drucksache 11/436 -

Ich erteile Herrn Abgeordneten Heinz das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! -

(Anhaltend starke Unruhe im Hause -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß der Geräuschpegel im Saal wieder sehr hoch ist. Ich erbitte Aufmerksamkeit für den Redner, der den Antrag der F.D.P.-Fraktion begründet.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Ich bedanke mich sehr.

Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anfang Februar dieses Jahres ist der Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Barschel/Pfeiffer-Affäre vorgelegt worden. Diese Affäre war es, die meine Fraktion zu dem Ihnen vorliegenden Antrag bewogen hat. Danach soll der Rechtsausschuß des Landtages beauftragt werden, Grundsätze eines Verhaltenskodex für

Abgeordnete des Landtages sowie Vorschläge zur Zusammensetzung eines Ehrenrates zu erarbeiten, der die Einhaltung dieses Verhaltenskodex überprüfen soll.

Lassen Sie mich daher vorweg eines sagen. Wir, die F.D.P.-Fraktion, hatten und haben nicht die Befürchtung, daß das, was in Kiel passiert ist, auch hierzulande möglich sein wird. Aber schlimm war die Erkenntnis dennoch, daß es eine breite Strömung gibt, die der Meinung ist, Kiel sei kein Sonderfall, sondern Kiel könne eigentlich überall sein. Neue Umfragen bestätigen diese Vermutung. Nur etwa 20 % der Bürger sollen danach Vertrauen in die Politik haben. Das war die Erfahrung, die meine Fraktion und mich veranlaßt haben, offensiv zu werden. Wir wollten von uns aus ein Zeichen setzen, um das Image der Politik in der Öffentlichkeit zu verbessern.

Meine Damen und Herren, das, was der Untersuchungsausschuß herausgefunden hat, war schlimm. Doch fest steht auch folgendes: Der Untersuchungsausschuß hat hervorragende Arbeit geleistet. Seine Arbeit ist ein Beweis für die Selbstreinigungskräfte der Demokratie.

Er hat die Überlegenheit des parlamentarisch-demokratischen Gedankens überzeugend bewiesen und dafür gesorgt, daß es nicht zu einer Krise des Staates oder der Demokratie gekommen ist. Seine Ergebnisse haben gezeigt, daß nicht die Politik schlechthin zu verurteilen ist, sondern daß es immer nur einzelne sind und waren, die das Vertrauen vieler Menschen in die Politik und die Parteien nachhaltig gestört haben. Wichtig ist es aber nun, Konsequenzen aus der-Affäre zu ziehen, die das Land erschüttert hat. Eine dieser Konsequenzen ist daher der Antrag der rheinland-pfälzischen F.D.P.-Landtagsfraktion.

Meine Damen und Herren Kollegen, in Kiel hat sich ein Abgrund an politisch-moralischem Fehlverhalten aufgetan, den niemand von uns für möglich gehalten hatte. Niemand von uns, auch wenn er einer Partei angehört, die mit dieser Affäre nichts zu tun hat, hat aber Anlaß, einen von Häme geprägten Rückblick zu wagen.

Aber gesagt werden darf: Diese Affäre ist, wie wir von der Fraktion der Freien Demokraten meinen, durch die jahrelange absolute Einparteienherrschaft erheblich erleichtert worden. Nicht zuletzt ist durch diese Affäre das Mißtrauen gegenüber der Alleinherrschaft von Parteien noch mehr als bisher gewachsen. Noch mehr als bisher haben die Wählerinnen und Wähler erkannt, daß es für eine funktionstüchtige und glaubwürdige Demokratie grundsätzlich besser ist, wenn eine Regierung nicht nur von einer Partei, sondern von sich gegenseitigen kontrollierenden Parteien getragen wird.

Es kam in Kiel durch ein von Befehl und Gehorsam geprägtes Klima zu Verquickungen zwischen Staatskanzlei, Pressestelle der Landesregierung, Regierungsapparat und Partei. Staatskanzlei und Parteizentrale waren am Ende eine Einheit. Wen wundert es, daß Kontrollmechanismen versagten, daß es niemanden mehr mit Zivilcourage gab, daß kritische und verantwortungsbewußte Mitarbeit nicht mehr gefragt waren? Wen wundert es da, daß die Machtverteilung, auf die sowohl das Grundgesetz als auch unsere Landesverfassung angelegt sind, nicht mehr funktioniert hat?

Wenn auch in Kiel nicht Parlamentarier, sondern vielmehr Regierungsmitglieder und Parteiapparat dieses Desaster verursacht haben, so glauben wir doch als Parlamentsfraktion, diese Fehler der Politiker zum Anlaß nehmen zu sollen,

(Dr. Langen, CDU: Die gibt es bei der F.D.P. auch, nicht nur bei den anderen!)

unseren Beitrag zu leisten, um künftig solche Vorkommnisse zu unterbinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Langen, CDU)

- Herr Dr. Langen, haben Sie etwas besonderes einzuwenden?

(Zuruf des Abg Dr. Langen, CDU)

- Melden Sie sich nachher zu Wort, ich will Ihnen dann gern noch einmal antworten.

(Beck, SPD: Er hat Ihnen Selbstherrlichkeit vorgeworfen, damit es akustisch übermittelt ist!)

Die politischen Auseinandersetzungen in jüngster Zeit sind mitunter in Formen geführt worden, die zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in ihrer Einstellung zur repräsentativen Demokratie und den sie tragenden Parteien verunsichert haben.

(Dr. Langen, CDU: Die F.D.P. hat mit allem nichts zu tun!)

Gerade auch bei jungen Menschen hat der Verlust politischer Tugenden zu einer Distanz zur Politik insgesamt geführt. Deshalb, so meinen wir, wird es Zeit, daß wir wieder zur Solidarität der Demokraten, zum Ideenwettbewerb zwischen Bürgern und zum Ideenwettbewerb zwischen den Parteien zurückkehren.

Der Gedanke, sich auf einen Verhaltenskodex zu einigen, liegt daher nahe; denn § 1 a des rheinland-pfälzischen Abgeordnetengesetzes bestimmt schon jetzt ausdrücklich: „Der Landtag gibt sich Verhaltensregeln". Diese Verhaltensregeln haben wir auch. Sie betreffen aber nur berufliche Tätigkeiten, Interessenverknüpfungen, besondere Einnahmen, Zuwendungen usw. Diesen Verhaltensregeln wollen wir von der F.D.P.-Landtagsfraktion eine neue, moralisch-ethische Kategorie geben.

Wagen Sie daher mit uns gemeinsam diesen Versuch. Helfen Sie mit, daß das Ansehen der Demokratie nicht in ein schlechtes Licht gerät.

(Frau Bill, DIE GRÜNEN: Es ist schon passiert!)

Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, von Rheinland-Pfalz Impulse zu einer Renaissance der politischen Kultur ausgehen zu lassen.

Lassen Sie uns als die 100 Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtags und somit als Repräsentanten rheinland-pfälzischer Politik ein Zeichen setzen. Demonstrieren Sie gemeinsam mit uns, der F.D.P.-Fraktion, daß wir gewillt sind, auch aus den Fehlern anderer zu lernen.

(Dr. Langen, CDU: Aber nicht nur aus Fehlern anderer!)

Zeigen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, daß wir gewillt sind, uns selber einem Verhaltenskodex zu unterwerfen und daß wir gewillt sind, dieses Verhalten auch einer Kontrolle zu unterwerfen.

Stimmen Sie daher dem Antrag der F.D.P.-Fraktion zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der F.D.P.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Ich danke für die Begründung des Antrages und eröffne die Aussprache.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Weyrich das Wort.

Abg. Dr. Weyrich, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als der Antrag, der Anlaß der heutigen Debatte ist, von der antragstellenden Fraktion eingebracht wurde, schrieb man Anfang November 1987. Kaum einer weiß heute noch, daß genau zu diesem Zeitpunkt die Ursache des Antrages, nämlich die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses des schleswig-holsteinischen Landtages unmittelbar vor dem Abschluß standen. In der gleichen Woche hatten Zeugen vor diesem Ausschuß bestätigt, was einige längst vermutet hatten, was andere einfach gar nicht glauben wollten, daß in massiver Weise Schindluder mit der privaten Persönlichkeitssphäre von Personen getrieben wurde, die im politischen Leben standen. Diese Intrigen veranlaßten ausgerechnet Personen, die als Politiker oder Bedienstete der Regierung im Zentrum des politischen Lebens des nördlichen Bundeslandes Macht ausübten.

(Zuruf des Abg. Dahmen, CDU)

Der Schock aus diesen Vorgängen, die bis dahin viele einfach für undenkbar hielten, war nachhaltiger und machte querbeet durch alle Parteien der Bundesrepublik betroffen.

Jetzt auf einmal wurde allenthalben die Forderung laut, daß Vorgänge dieser Art sich nicht wiederholen dürfen. Das sind Vorgänge, die sich eigentlich gar nicht hätten ereignen dürfen, wenn Selbstverständliches, wie lauterer Charakter, menschlicher Anstand und Fairneß, nicht einfach der Macht im Staate willen geopfert und über Bord geworfen worden wären.

Zu keiner Zeit wurde das Wort aus der Studentenrunde in Auerbachs Keller „Politisch Lied, ein garstig Lied" mehr zitiert als in jenen Tagen. Genau dieses Klima - davon darf ich ausgehen; Herr Kollege Heinz hat das auch bestätigt - hat den vorliegenden Antrag der F.D.P. geboren.

Meine Damen und Herren, allerdings ist viel Zeit seit seiner Einbringung verflossen, und zwar Monate, die inzwischen mit einer Fülle anderer neuer Ereignisse verstrichen sind und fast schon den Schleier des Vergessens über die Vorgänge gebreitet haben. Es wäre der Bedeutung dieses Themas sicher angemessener gewesen und hätte wohl auch mehr den ehrlichen Willen auf eine Besinnung zum Besseren dokumentiert, wenn dieses Haus zu einem früheren Zeitpunkt, als die Dinge noch aktuell gewesen sind und quasi auf der Haut aller beteiligten Politiker brannten, sich der Sache angenommen hätte.

Über welche im Vergleich dazu nebensächlichen und unbedeutenden Angelegenheiten haben wir doch seither hier debattiert. Ist denn die Frage der Einstellung einer Werbung für militärische Einrichtungen, um nur ein Beispiel zu nennen, wichtiger, als Überlegungen anzustellen, wie Moral, Anstand und Ehrlichkeit im Umgang der Politiker miteinander gewährleistet werden können?

(Beifall bei der SPD)

Daß keine Zeit dafür gewesen wäre, sich schon früher mit der Frage zu beschäftigen, was prophylaktisch zur Verhinderung einer Wiederholung jener Vorgänge in Schleswig-Holstein, sei es in gleicher oder ähnlicher Art, hätte getan werden können, kann niemand behaupten. Ich jedenfalls meine, es wäre längst an der Zeit gewesen, dies hinter uns zu bringen.

Die Verpflichtung obliegt uns auch den Bürgern draußen im Lande gegenüber, bei denen Mißtrauen, Distanz und Ablehnung der Politik bis hin zur schlichten Verteufelung noch nie so groß gewesen sind wie im Augenblick.

Wie wollen wir die Staatsbürger von der Richtigkeit eines bestimmten politischen Wollens noch überzeugen, wenn uns entgegengehalten wird, daß manche Politiker selbst im Um-

NNP 11/ 26/ 1857

gang miteinander auf Recht und Gesetz zu pfeifen begannen? Spät kommt also die Debatte, aber immerhin sie kommt.

Wie stellen wir uns vor, was hier geschehen soll? Der Antrag, den die F.D.P. eingebracht hat, spricht von der Einrichtung eines Verhaltenskodex. Meine Herren von der F.D.P., ich weiß nicht, ob Sie an die Bedeutung des Wortes Kodex gedacht haben, als Sie dies formuliert haben. Unter Kodex versteht man landläufig ein Gesetzbuch, zum Beispiel den Codex Juris Canonici, das Gesetzbuch der Katholischen Kirche.

(Reitzel, SPD: Daran hat er nicht gedacht!)

Es scheint mir ein hoher Anspruch zu sein, den Sie hier stellen. Ich meine, es geht auch mit einigen Empfehlungen und guten Ratschlägen schlichter, die mir, wenn sich alle Betroffenen ehrlich damit identifizieren, die guten Sitten unter den Abgeordneten genauso, wenn nicht sogar besser als tönerne Rechtsregeln zu wahren in der Lage sind, die am Ende wie viele Rechtsvorschriften zweideutig und auslegungsfähig sind und damit nur zur Umgehung reizen.

Natürlich wollen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Persönlichkeit des einzelnen vor Verunglimpfungen und Ehrverletzungen schützen können. Meine Damen und Herren, glauben Sie doch nicht, daß dies einfach dadurch möglich wäre, daß wir die Regel, Persönlichkeit, Privatleben und Intimsphäre eines Abgeordneten sind unantastbar, in einen Kodex aufnehmen. Damit allein wird sich überhaupt nichts ändern, solange unserem Bemühen nicht grundlegend eine Wandlung im Subjektiven gelingt. Ich meine damit, daß jede in dieser Frage in diesem Hause beschlossene Ehrenregelung solange eine leere Phrase und Worthülse bleibt, solange nicht die Achtung vor dem Mitmenschen und der Respekt vor seiner Persönlichkeit, und zwar ohne jede Rücksicht darauf, aus welchen Reihen er kommt, für jeden einzelnen die entscheidende Maxime seines Handelns im Umgang miteinander wird.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Ich will wahrlich nicht dem Landtag Moral predigen und auch nicht die Devise aufstellen, die Abgeordneten mögen sich wie in einer Klosterschule benehmen. Die Politik ist ein hartes Geschäft und bedarf gelegentlich auch deutlicher Worte. Meine Damen und Herren, ist es aber notwendig - dieses Eindrucks kann ich mich gelegentlich nicht erwehren -, die verbale Auseinandersetzung oft nur so zu führen, daß der Gegner als unwissend und unbelehrbar hingestellt wird, wobei man ihm natürlich polemisch verbrämt mit einigen Seitenhieben auch noch seine Dummheit demonstriert, die eigene Position hingegen als auf höherer Einsicht beruhend als der Weisheit letzter Schluß verkauft? Weil diese Methode üblicherweise Beifall findet, ist sie schon gar zu häufig Methode geworden.

Daß dabei die Sache auf der Strecke bleibt, daß von einem harten Ringen mit Sachargumenten um den besten Weg oft keine Rede mehr sein kann, auch davon war heute schon die Rede. Dies ist als Folge davon bedauerlich. Viel schmerzlicher scheint mir aber zu sein, daß in einem solchen Verhalten ganz schlicht und einfach die fehlende Achtung voreinander oder - anders gesagt - der fehlende menschliche Respekt zum Ausdruck kommt.

Ein anderes Beispiel, nämlich die Beantwortung von Anfragen im Landtag. Ich räume zunächst unumwunden ein, daß die Beantwortung solcher Anfragen in einer großen Zahl korrekt und nach bestem Wissen erfolgt. In manchen Fällen jedoch wird man beim Lesen der Antwort das Gefühl nicht los, daß hier unter Betonung des überlegenen Wissens des Antwortenden der Fragesteller - salopp gesagt - ganz einfach abgebürstet werden soll. Auch dies ist kein Umgang miteinander, der von der Achtung der Persönlichkeit des jeweiligen Abgeordneten geprägt wäre oder der gar das Bestreben, nicht zu verletzen, zum Ausdruck brächte.

Ein weiteres Beispiel: Welches Verhalten ist es im Umgang untereinander, wenn allein der Gesichtspunkt, ob eine Initiative von der Opposition oder der Regierungsfraktion ausgeht, deren Schicksal bestimmt, der Inhalt der Initiative also, auch wenn er vernünftig und noch so sachgerecht ist, keine Rolle mehr spielt?

(Dr. Langen, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir hatten gestern ein solches Beispiel auf der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, die Änderung des Landesgesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes betreffend,

(Itzek, SPD: Ja! Ein Musterbeispiel!)

war im federführenden Ausschuß von der Mehrheit abgelehnt worden und sollte eigentlich gestern endgültig beerdigt werden. Siehe da, da brachten die Fraktionen der CDU und F.D.P. einen Gesetzentwurf ein, der im Kern der Sache völlig gleichen Inhalts war und lediglich ein bißchen mit einigen Verfahrensvorschriften angereichert war. Jetzt auf einmal soll vernünftig und zweckentsprechend sein, was unmittelbar davor noch von den beiden einbringenden Fraktionen als unbrauchbar verdammt wurde. Meine Damen und Herren, auch das ist kein Umgang miteinander und auch kein Umgang, der auch nur das geringste Maß von Achtung vor dem Bemühen des politischen Gegners, nach besten Kräften dem Gemeinwohl zu dienen, erkennen läßt.

(Beifall der SPD)

Die Mehrheit wird hier allein der Macht willen ausgespielt; denn es soll nach außen nicht erkennbar werden, daß außer den gerade Regierenden auch andere brauchbare Ideen haben. Dies könnte bei dem Wähler zu einem Umdenken bei seiner künftigen Entscheidung führen, was nach Auffassung

der Mehrheit in jedem Fall verhindert werden muß. Das ist nicht nur Mißbrauch und Arroganz der Macht, ein solches Verhalten ignoriert auch in unerträglicher Weise die Achtung der Persönlichkeit des politischen Gegners.

Meine Damen und Herren, fehlender Respekt untereinander ist im übrigen auch die heute schon in dieser Sitzung wiederholt

(Dr. Langen, CDU: Wie ist das in Nordrhein-Westfalen gewesen, Herr Kollege?)

gerügte Unruhe im Hause während der Debattenbeiträge. Wir alle müssen in diesem Punkt wohl mea culpa sagen. Wer nicht einmal bereit ist zuzuhören, dokumentiert damit zugleich, daß er auch nicht bereit ist, über das, was gesprochen wird, und über die Argumente, die vorgetragen werden, nachzudenken. Auch hier ist eine Mißachtung des Kollegen gegeben. Dieses Mißtrauen ist durchaus geeignet, dessen Persönlichkeit zu verletzen.

Meine Damen und Herren, ich habe schon betont, daß ich bezweifele, daß man auf der Grundlage allein eines Verhaltenskodex ein anderes Verhalten der Abgeordneten im Umgang miteinander erzwingen oder gar durch einen Ehrenrat überwachen kann. Wenn die subjektive Bereitschaft dazu nicht bei allen vorhanden ist, bleibt ein solcher Kodex vergeudetes Papier und der Ehrenrat eine von vielen unnützen Kommissionen.

(Dr. Langen, CDU: Da haben Sie recht, Herr Kollege!)

Dennoch ist es aber richtig, die angeschnittenen Fragen insgesamt zu diskutieren und den Versuch zu unternehmen, aus dieser Diskussion das eine oder andere Ergebnis mit dem Ziel zu gewinnen, nicht nur ein zweites Schleswig-Holstein zu verhindern, sondern auch die Dominanz gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Respekts, soweit dies überhaupt möglich ist, wiederherzustellen.

Wir scheuen diese Diskussion nicht. Meine Fraktion bietet hiermit ihre Bereitschaft zur Mitarbeit an. Wir stimmen der Überweisung des Antrags sowohl an den Rechtsausschuß zu, haben aber auch keine Einwände, wenn die antragstellende Fraktion dies wünschen sollte, die Überweisung an den Ältestenrat vorzunehmen, der meines Erachtens aufgrund seiner Erfahrungen und der Erfahrungen insbesondere der ihm angehörenden Kollegen am ehesten in der Lage sein wird, das Thema zu werten und auch auszuwerten.

Ich danke für das Zuhören.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Als weitere Gäste im Hause begrüße ich sehr herzlich französische Schulaufsichtsbeamte.

(Beifall im Hause)

Außerdem heiße ich eine Besuchergruppe aus Hütschenhausen herzlich willkommen.

(Beifall im Hause)

Ferner begrüße ich Mitglieder des CDU-Ortsverbandes und Landfrauen aus Flamersfeld.

(Beifall im Hause)

Das Wort hat nunmehr Herr Abgeordneter Kutscheid.

Abg. Kutscheid, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der rheinland-pfälzische Landtag ist bisher ohne einen besonderen Verhaltenskodex für Abgeordnete ausgekommen. Die Abgeordneten des Hohen Hauses haben durch ihr Verhalten in den zurückliegenden 40 Jahren der Parlamentsarbeit kaum Anlaß dazu gegeben. Auch die Tatsache, daß sich der Landtag durch unsere Geschäftsordnung in der Anlage 1 aufgrund § 1 a des Abgeordnetengesetzes Verhaltensregeln für die Mitglieder des rheinland-pfälzischen Landtages gegeben hat, wird für einen Teil dessen, was man unter Verhaltenskodex einordnen könnte, dazu beigetragen haben, daß weitergehende Verhaltensregeln bisher nicht erforderlich wurden. Meine Damen und Herren, nur ein jederzeit korrektes Verhalten der Parlamentarier wird dem hohen Rang und der Stellung des Parlamentes in der parlamentarischen Demokratie gerecht.

Selbstverständlich haben wir als Repräsentanten des Volkes eine Sonderstellung. Nach Artikel 38 des Grundgesetzes und Artikel 79 der Landesverfassung sind die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Nach Artikel 93 der Landesverfassung darf kein Abgeordneter zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Mandates getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Nach Artikel 94 der Landesverfassung kann kein Abgeordneter ohne Genehmigung des Landtages während der Wahlperiode wegen einer strafbaren Handlung zur Untersuchung gezogen werden.

Diese Vorschriften sollen uns verfassungsrechtlich die Unabhängigkeit und Freiheit garantieren, die wir brauchen, um unser Mandat wirkungsvoll auszuüben und die Interessen unserer Bürger angemessen zu vertreten. In der Praxis un-

serer Zeit sind diese Vorschriften jedoch nicht ganz unproblematisch geworden. Die Aufhebung der Immunität wird öffentlich bekannt, eine Vorverurteilung ist infolgedessen nicht ganz auszuschließen

Wer aber nur seinem Gewissen unterworfen ist, muß sich diesem auch verpflichtet fühlen. Er muß bereit sein, Maßnahmen, die er zum Wohle des Volkes für erforderlich hält, durchzuführen bzw. Forderungen, deren Erfüllung ihm unvertretbar erscheinen, zurückzuweisen, selbst wenn dies im Einzelfall unpopulär ist und er dafür nicht mit Beifall überhäuft wird. Freiheit ist nämlich auch Verantwortlichkeit, und zwar für alle Parlamente, für Regierungsfraktionen ebenso wie für Oppositionsfraktionen, für jeden Abgeordneten. Ohne Verantwortlichkeit kann politische Freiheit leicht zum Machtmißbrauch werden.

Wir sind uns darüber einig, daß beispielsweise die Vorgänge in Kiel unverantwortlich waren und das Vertrauen unserer Bürger in Politik und Politiker nachhaltig erschüttert haben. Wir sind uns jedoch sicher auch einig, daß das Fehlverhalten eines einzelnen oder einzelner nicht verallgemeinert werden darf und daß die Vorgänge in Kiel nicht das dortige Parlament betrafen bzw. nicht vom Verhalten der Abgeordneten ausgelöst wurden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Selbstgerechtigkeit ist dennoch in dieser Situation nicht am Platze, von wem auch immer sie kommt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich wiederhole: Selbstgerechtigkeit ist nicht am Platze, von wem auch immer sie kommt.

Bisher war der Umgang miteinander in unserem Land auch bei harten politischen Auseinandersetzungen im großen und ganzen vertretbar; ich betone letzteres. Der Umgang war auch in Ausnahmefällen noch von einem Minimum an persönlichem Respekt geprägt Persönliche Angriffe oder gar Schläge unterhalb der Gürtellinie sind bei uns Gott sei Dank nicht an der Tagesordnung. Man kann auch deshalb durchaus die Frage stellen, ob wir weitergehende Verhaltensregeln brauchen.

Wir haben als Vertreter des Volkes eine besondere, auch moralische Verantwortung und Verpflichtung. Wir müssen dem Bürger Vorbild sein, Identifikation ermöglichen und dies auch im Umgang miteinander dokumentieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft von Politik setzen auch persönliche Integrität der handelnden Personen voraus. Diese Erkenntnis und das entsprechende Bemühen darum sind im Grunde für jeden von uns selbstverständlich. Ich bin aber der Meinung, daß wir uns diese Selbstverständlichkeiten manchmal bewußter machen und stärker praktisch umsetzen sollten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Kollege Dr. Weyrich, Sie haben in diesem Zusammenhang einige Vorgänge und Erlebnisse aufgezählt. Nicht alle teile ich in vollem Umfang, aber einen großen Teil. Ich möchte einen weiteren Aspekt hinzufügen. Zu dieser Verantwortung zähle ich auch die Pflicht der Abwägung der einzelnen Mitglieder des Landtages und der Fraktionen darüber, welche Themen in welcher Form in unsere Landtagsarbeit einfließen und welche man sich eigentlich untereinander, vor allem im Plenum, nicht zumuten sollte.

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

So gab es auch wieder einzelne in der Tagesordnung unserer jüngsten Sitzungen. Über die Frage, welches Thema in welcher Dimension aufgegriffen wird und welche der vielen Möglichkeiten, die unsere Geschäftsordnung zur Behandlung zuläßt, gewählt wird, sollte man sehr ernst beraten, bevor man vor allem das Plenum mit einer Vielzahl von Anträgen belastet, die wir, um sie überhaupt noch bewältigen zu können, häufig ohne Aussprache an einen Ausschuß überweisen oder sie beraten, nachdem sie ungebührlich lange liegengeblieben sind, wie auch dieser Tagesordnungspunkt jetzt. Das alles ist nur mit einem Mehr an Selbstdisziplin möglich, um das ich herzlich bitten möchte.

Meine Damen und Herren, ich schlußfolgere aus all dem, daß wir die Überlegungen der F.D.P.-Fraktion im Ältestenrat vertiefen sollten. Über den Antrag sollte nach Erörterung im Vorstand des Landtages der Ältestenrat weiter beraten. Dabei sollten die bisherigen Erfahrungen auf der Grundlage der geltenden Verhaltensregeln berücksichtigt und ausgewertet werden.

Zum Vorschlag der Bildung eines Ehrenrates möchte ich jedoch schon heute Bedenken anmelden. Ich bezweifle die Notwendigkeit eines Ehrenrates schon deshalb, weil Vorstand und Ältestenrat des Landtages den entsprechenden Aufgaben bisher schon weitgehend gerecht wurden und wohl auch in Zukunft gerecht werden können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion wird der Überweisung des Antrages der F.D.P.-Fraktion an den Ältestenrat zustimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Bill.

Abg. Frau Bill, DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, vor allem meine Herren von der F.D.P.! Oberflächlich betrachtet habe ich Ihren Antrag zuerst einmal für einen der üblichen Schaufensteranträge gehalten, die man so macht, mit nichts dahinter.

(Muscheid, SPD: Wie Sie es gewohnt sind!)

Bei näherem Hinsehen muß ich aber sagen, ohne daß ich es Ihnen persönlich unterstellen möchte, erscheint mir dieser Antrag doch mehr als bedenklich.

Ich möchte meine grundsätzliche Kritik an diesem Antrag, die vielleicht auch ein bißchen über das hinausgeht, was gesagt worden ist, darlegen, ohne daß Sie sich persönlich angegriffen fühlen. Ich unterstelle Ihnen nicht unbedingt das, was ich an diesem Antrag grundsätzlich kritisiere. Das möchte ich vorweg sagen. Ich halte ihn für bedenklich, auch wenn Sie vielleicht nicht soweit gedacht haben.

Ich meine, Sie verstoßen gegen jeglichen Gleichheitsgrundsatz und verlangen Sonderregelungen zum Schutze für Abgeordnete, aus meiner Sicht so nach dem Motto: Haust du mich nicht, hau ich dich nicht. - Persönlich sehe ich überhaupt keinen Bedarf für solche Sonderschutzregelungen nach einem Verhaltenskodex für Abgeordnete.

Ich weiß nicht, wie sich das früher bei Ihnen zugetragen hat. Bei mir war es so, daß ich von meinen Eltern, in der Schule, im Umgang mit meinen Freundinnen und Freunden, in meiner Jugendgruppe gelernt habe, wie sich ein Mensch in einem Gemeinwesen zu verhalten hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sollte ich es wirklich einmal nicht so genau wissen, dann sorgt unser Rechtsstaat unermüdlich mit täglich neuen Gesetzen und Verordnungen für meine Orientierung. Sollte ich mich nicht daran halten, muß ich mich entsprechenden Verfahren aussetzen wie jeder Mensch in diesem Staat.

Einige Vorteile habe ich noch, aber bei mir als GRÜNE spielt dies wahrscheinlich weniger eine Rolle; ich meine die Immunität.

Wie soll ich jetzt Ihre Zusatzregelung für Abgeordnete verstehen? Ich habe mir darüber wirklich lange Gedanken gemacht. Ich bin mir immer noch nicht sicher, aber ich frage Sie: Muß ich die Sache vielleicht so verstehen, daß Ihrer Ansicht nach Politiker immer mehr und immer offener außerhalb gültiger Rechtsnormen stehen oder sich persönlicher Vorteile wegen stellen, daß ethische Konventionen für Politiker keine Bedeutung mehr haben - ich handele das sehr grundsätzlich ab; das habe ich vorher angekündigt -

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Sie stellen alles auf den Kopf!)

und sie sich zwangsläufig zu ihrer eigenen Moral auch noch ihre eigenen Regeln geben.

Ein Ehrenrat - ich gehe davon aus, daß dieser sicher nach d'Hondt besetzt wird, so daß DIE GRÜNEN draußen bleiben - soll dann diese „Ehrenwerte Gesellschaft" der Politiker vor sich selber schützen, damit nur keiner mit Steinen wirft, der mit in diesem Glashaus sitzt.

Meine Herren von der F.D.P., ich meine, wir sind hier nicht in Sizilien, auch wenn die Ereignisse in diesem unserem Lande - ich meine nicht nur in Rheinland-Pfalz - in den letzten Monaten häufiger so anmuten.

Zum Verständnis möchte ich einige Stichworte nennen: Flick-Skandal, DAL-Skandal hier im Lande, Celle, Barschel, Transnuklear. - Diese Liste ließe sich ins unermeßliche verlängern, wenn ich Waffenlieferungen in Krisengebiete, das Umdeklarieren von Atommüllfässern, Praktiken des sogenannten Verfassungsschutzes und der Geheimdienste usw., also diese alltäglichen Vergehen, mit einrechnen würde.

(Widerspruch bei der CDU -
Böckmann, CDU: Welche Vergehen?)

Diesen Verhältnissen, denke ich, müssen Sie auf den Grund gehen, wenn Sie das wirklich ändern wollen; denn wir haben es hier nicht allein mit schlechten Manieren zu tun, sondern diese Dinge, von denen ich eben geredet habe, sind schlicht politische Barbarei. Dabei muß man wirklich den Ursachen nachgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann man nicht so einfach wegbeantragen, wie Sie das mit diesem Antrag tun wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist übrigens wie in der Umweltpolitik. Dabei neigen Sie doch auch zum großen Teil dazu, oft und gerne den Dreck einfach zuzuschütten oder die Schäden, die Ihre Politik angerichtet hat, zu verwalten statt nach den Ursachen zu fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

neue Wege zu beschreiten, weil aus Fehlern gelernt wurde.

So kommen wir nicht weiter, weder in der Umweltpolitik noch mit der Rettung der politischen Moral. Ihr Antrag wird von uns GRÜNEN als ein höchst untauglicher Versuch angesehen, der alltäglichen politischen Kriminalität etwas entgegenzusetzen

(Zurufe von der CDU: Pfui! Pfui! -
Starker Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

- Das ist das, was ich eben erwähnt habe.

(Widerspruch bei CDU, SPD und F.D.P.)

- Das ist genau das, was ich eben beispielhaft aufgeführt habe. Was Sie wollen, ist schlicht und einfach, mich schon wieder zu diskriminieren.

(Reitzel, SPD: Das ist märchenhaft!)

Sie haben diesen Antrag auf dem Höhepunkt der Barschel-Unruhen gestellt. Ich nenne das bewußt so. Wenn es keine Unruhen gegeben hätte, wäre das überhaupt nicht aufgefallen. Barschel hat zwar die Dummheit begangen, gegen das elfte Gebot, du sollst dich nicht erwischen lassen, zu verstoßen, ansonsten steht er aber durchaus in angemessener Tradition.

(Dahmen, CDU: Pfui, das ist doch unverschämt!)

Ich erinnere nur an die Kampagne gegen General Kiesling.

(Bauckhage, F.D.P.: Das ist unerträglich!)

Diese Sache ist nur deshalb nicht vergleichbar, weil der schuldige Verantwortliche, besser gesagt der Unverantwortliche, nämlich Herr Minister Wörner, immer noch in Amt und Würde ist und jetzt auch befördert wird.

Das gleiche gilt für Ministerpräsident Albrecht und das Loch in Celle.

(Böckmann, CDU: Was soll das heißen? -
Staatsminister Dr. Wagner: Was ist denn
mit Albrecht? Verleumdung und Hetze, primitiv! -
Widerspruch und Zurufe von der CDU, SPD und F.D.P.)

Auch die Machtinhaber im Lande Rheinland-Pfalz müssen den Vergleich nicht scheuen, wenn es um Methoden zur Erhaltung dieser Macht geht. Sie kennen alle die Schriften, mit denen zum Beispiel die CDU im Wahlkampf übers Land zog.

(Staatsminister Dr. Wagner: Wir kennen vor
allen Dingen Ihre billige Hetze!)

Spätestens im Kommunalwahlkampf werden sie wohl wieder aus der Schublade geholt.

Ich habe eines hier, falls Sie sich nicht mehr erinnern: Wie Die GRÜNEN unsere Kinder mißbrauchen wollen, unsere Kinder sind kein Freiwild für rot-grüne Experimente.

(Zurufe von der CDU)

Hetze gegen die Eltern, freier Sex, Chaos an den Schulen.

Wenn Sie sich nicht mehr erinnern, kann ich das einmal rundreichen. Blackout ist in Rheinland-Pfalz schon öfter vorgekommen.

Weiter heißt es: DIE GRÜNEN propagieren die Abtreibung bis wenige Stunden vor der Geburt.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

In der Neujahrsrede 1987 von Herrn Dr. Volkert war der immer wiederkehrende Vergleich zwischen der Entstehung der NSDAP und den GRÜNEN zu entnehmen,

(Widerspruch bei der CDU)

der den Menschen suggerieren sollte, GRÜNE und Nazis seien ein identisches Gefahrenpotential -, von Druckschriften im Bundestags- und Landtagswahlkampf, in denen GRÜNE als Gewalttäter in allen nur denkbaren Variationen dargestellt wurden, ganz zu schweigen.

(Reitzel, SPD: Dabei ist ein Körnchen Wahrheit!)

Diese GRÜNEN sind also durchaus die mit Vorliebe angesteuerten Ziele von Dreckschleudern. Aber von Ihrem Verhaltenskodex erwarten wir uns beim besten Willen keine politische Kulturrevolution. Wir sollten lieber damit beginnen, uns dem real existierenden Problem der Verrohung der politischen Kultur zu stellen.

(Zurufe von CDU, SPD und F.D.P. -
Rocker, CDU: Sie haben die besten Beispiele geliefert!)

Statt neue Gremien zu gründen, empfehlen wir, neue Wege in der politischen Alltagsarbeit zu erproben.

(Keller, CDU: Wir kaufen Ihnen einen Spiegel!)

- Dazu gehört auch, einen einmal ausreden zu lassen.

Statt sich selbst in Ehrenräten kontrollieren zu wollen, was Sie mit diesem Antrag vorhaben, sollten wir den Souverän, das Volk, nämlich die Menschen, die uns hierhergeschickt haben,

(Zurufe von CDU, SPD und F.D.P.)

stärker an der Macht beteiligen. Das ist aus unserer Sicht die beste Kontrolle für Politiker.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bedeutet natürlich auch mehr Transparenz parlamentarischer Arbeit. Sie wissen, wir hoffen immer noch auf die Öffnung der Ausschüsse. Ich meine, es müßten mehr offene parlamentarische Debatten statt Schaufernsterreden vor dem Hintergrund längst vorhandener Abstimmungsbindung der Fraktionen stattfinden.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut! -
Prof. Reisinger, F.D.P.: Realität und Anspruch klaffen
so weit auseinander; Sie merken das gar nicht!)

Aus meiner Sicht wären das Schritte in die richtige Richtung, über politische Konzepte zu diskutieren, den anderen auch ernst zu nehmen, auch mich durchaus einmal, statt mit Unterstellung und Verunglimpfung Stimmung zu machen.

(Staatsminister Dr. Wagner: Aber nicht mit solchen Verleumdungen!)

- Ich sehe das nicht so. Ich habe vorneweg gesagt, wie ich das meine. Wenn Sie das nicht anerkennen wollen, kann ich Ihnen nicht helfen.

(Reitzel, SPD: Dadurch wird es noch schlimmer!)

Meine Herren von der F.D.P., Versprechen zu halten, ist übrigens auch eine anzustrebende positive Eigenschaft für Abgeordnete. Gutgläubige Menschen in Wieslautern zugunsten machtstabilisierender Koalitionsabsprachen für dumm zu verkaufen, ist ebenso kein Beispiel politischer Moral wie das Fallenlassen der Verbandsklage für die Umweltschutzverbände.

(Beifall der GRÜNEN -
Böckmann, CDU: So ein Unsinn!)

Aus unserer Sicht gilt es, Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung zu stärken, statt die Probleme der Menschen zu ignorieren und das Kreuz für vier Jahre Parlamentszeit zur Durchsetzung lobbyistischer Politik zu gebrauchen.

Das Interesse der Menschen an der Politik, an den Inhalten der Politik, nicht an Zeitungsschlagzeilen, muß gefördert werden, wenn der vielbeschworene Wille des Volkes hier oben wirklich ankommen soll. Sie behindern dieses politische Interesse - Bürgerkontrolle, Bürgerbeteiligung - mit Ihrer Politik einer geschlossenen Gesellschaft. Ihr Antrag, weiteren Schonraum für Politiker zu schaffen, geht mindestens fahrlässig am Problem vorbei. Die GRÜNEN lehnen diesen Antrag aus diesem Grunde ab. Sie sind auch nicht der Ansicht, daß darüber im Ausschuß diskutiert werden muß; denn entweder hat man seinen Verhaltenskodex drin, weil man es von vornherein gelernt hat, oder man muß sich halt mit den ganz normal geltenden Regeln - für jeden anderen Menschen gelten diese auch - auseinandersetzen.

Ich habe jetzt noch drei Minuten Redezeit. Ich möchte noch etwas zu Ihren Vorwürfen und auch zu dem Verhalten hier in diesem Plenum sagen, das heute ganz besonders grob war. So ist es zumindest mir vorgekommen. Ich war heute nachmittag einige Stunden bei einer Veranstaltung der Zentrale für politische Bildung mit Lehrern, Polizisten und anderen zusammen. Von Ihren Fraktionen war dort auch jemand. Ich bin sehr böse deswegen angegriffen worden, daß ich nicht an meinem Platz saß. Das ist auch unfair, weil Sie wissen, daß das bei Ihnen allen vorkommt. Nur fällt das bei Ihnen nicht auf, weil Sie 40 sind.

(Rocker, CDU: 48!)

Bei uns fällt es auf, weil wir nur fünf sind. Diese Leute waren wirklich voll blanken Entsetzens über die Art und Weise, wie hier diskutiert wurde. Ich muß sagen, so kraß habe ich das noch nie gehört.

(Bauckhage, F.D.P.: Sie haben dafür ein exemplarisches Beispiel geliefert!)

- Herr Bauckhage, Sie waren ja dabei; Sie haben es auch gehört.

(Zuruf von der CDU)

- Es ging weniger um die Redebeiträge, sondern um die Form, das heißt, daß niemand dem anderen zuhört, daß ständig nur Beschimpfungen kommen - ich fasse mich auch an die eigene Nase; ich laufe auch hier herum - - -

(Prof. Reisinger, F.D.P.: Das wird Zeit!)

Ich will damit nur sagen, es ist natürlich wirklich überdenkenswert - da stimme ich meinem Vorredner von der SPD gerne zu -, über die politische Kultur hier zu diskutieren. Aber was ich ablehne - ich habe das deswegen so gesagt -, ist dieser Verhaltenskodex, weil diese Forderung total an der Sache vorbeigeht. Das berührt überhaupt nicht das, was hier an politischer „Unkultur" ab und zu herrscht. Das berührt das gar nicht.

(Beifall der GRÜNEN)

Da wäre es nämlich notwendig, wirklich einmal einen Tag hier zu sitzen und über den Umgang miteinander, vielleicht über eine andere Form von Debattieren, zu diskutieren. Die Frauendebatte heute hatte zum Beispiel gut angefangen. Da kamen sich Mann und Frau vielleicht näher. Dann wird sie abgebrochen, weil die Redezeit abgelaufen ist. Über solche wichtigen Themen müßte man sich vielleicht ab und zu einmal mehr Zeit nehmen. Vielleicht könnte auf diese Art und Weise auch eine andere Form von Debattieren zustande kommen. Die Form der Debatte, wie wir sie hier haben, ist jahrhundertealt. Normalerweise macht man die Dinge, die wir ein paar hundert Jahre gemacht haben, heute nicht mehr so, weil sich die Landschaft und die Vermittlung nach außen schlicht und einfach geändert haben. Ich denke an die Medien. Da ist für meine Begriffe diese Form der Debatte ein gewisser Anachronismus.

Wir haben versucht, mit Geschäftsordnungsanträgen unsere Vorstellung hier am Anfang der Legislaturperiode ein bißchen einzubringen, um etwas zu verändern. Das ist uns leider abgelehnt worden. Ich möchte noch einmal sagen, diesen Verhaltenskodex halte ich wirklich nicht für erörternswert. Aber über den Umgang miteinander zu sprechen, bin ich lernfähig und hoffe, daß Sie das auch sind.

Vielen Dank.

(Beifall der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Büttner:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Es ist Überweisung an den Ältestenrat vorgeschlagen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Ich stelle fest, die Mehrheit ist für die Überweisung in den Ältestenrat. Damit werden die Beratungen im Ältestenrat fortgesetzt.

Nach Übereinstimmung, die unter den Fraktionen erzielt werden konnte, sollen weitere Tagesordnungspunkte nicht abgehandelt werden. Ich schließe daher die Sitzung und berufe den Landtag Rheinland-Pfalz zu seiner 27. Sitzung für den 19. Mai, morgens 9.30 Uhr, ein.

Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Ende der Sitzung: 18.36 Uhr.

Anlage
Mündliche Anfragen:

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ Drucksache 11/1111
11. Wahlperiode 26. 04. 1988

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Dr. Schmidt (SPD)

Fortführung der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahme „Textil" bei der Handwerkskammer in Kaiserslautern

14 junge Menschen haben im vergangenen Jahr eine vom Land Rheinland-Pfalz finanziell geförderte überbetriebliche Ausbildungsmaßnahme mit dem Schwerpunkt „Textil" in Kaiserslautern begonnen. Nach Abschluß des Grundlehrgangs soll nun die Ausbildung nicht mehr weitergeführt werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen ist die Landesregierung nicht bereit, diese begonnene Ausbildungsmaßnahme bis zu ihrem Abschluß finanziell zu fördern?
2. Aus welchen Gründen hat man die überbetriebliche Ausbildung angeboten und begonnen, wenn die Finanzierung der Gesamtmaßnahme nicht sichergestellt war?
3. Gibt es in Rheinland-Pfalz weitere vom Land geförderte Ausbildungsmaßnahmen, die jetzt nicht mehr weiter geführt werden?
4. Welche Kosten würden dem Land entstehen, wenn die überbetriebliche Ausbildungsmaßnahme in Kaiserslautern abgeschlossen würde?
5. Wer ist dafür verantwortlich, daß den betroffenen 14 Jugendlichen bei Beginn der überbetrieblichen Ausbildungsmaßnahme die Hoffnung auf eine umfassende Vollzeitausbildung mit einem entsprechend qualifizierten Abschluß vermittelt wurde?
6. Ist der Landesregierung bekannt, daß in der Region Kaiserslautern die für eine Fortbildung notwendigen 14 betrieblichen Ausbildungsplätze nicht zur Verfügung stehen?
7. Ist die Landesregierung bereit, die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die begonnene Ausbildung fortgeführt und zum Abschluß gebracht werden kann?

Dr. Schmidt

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ Drucksache 11/1113
11. Wahlperiode 27. 04. 1988

Mündliche Anfrage

der Abgeordneten Jürging, Debus und Rösch (SPD)

Weinrechtsurteil des Europäischen Gerichtshofes

Welche Auswirkungen ergeben sich nach Ansicht der Landesregierung für die Winzer in den nördlichen rheinland-pfälzischen Anbaugebieten aus der jüngsten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zum Deutschen Weingesetz?

Jürging
Debus
Rösch

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ Drucksache 11/1114
11. Wahlperiode 27. 04. 1988

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Kroh (CDU)

Verunreinigungen in Mehlprodukten

Presseberichten zufolge sind durch die nordbadischen Lebensmittelüberwachungsbehörden in bestimmten Mehlsorten der Pfälzischen Mühlenwerke Mannheim Verunreinigungen festgestellt worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wurden die beanstandeten Mehlsorten der Pfälzischen Mühlenwerke Mannheim auch nach Rheinland-Pfalz geliefert?
2. Sind die rheinland-pfälzischen Lebensmittelüberwachungs- und Gesundheitsbehörden in die Ermittlungen eingeschaltet worden, wenn ja, ab welchem Zeitpunkt?
3. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse vor, daß die Verunreinigungen u. U. gesundheitsgefährdend sein können?

Kroh